

Wie unabhängig von politischen Eliten sind die Printmedien?

Eine Argumentationsanalyse von innen- und außenpolitischen
Debatten in deutschen Qualitätszeitungen.

Dissertation zur Erlangung
des Doktorgrades der Philosophie
am Fachbereich Politik-
und Sozialwissenschaften
der Freien Universität Berlin

Christian Eckl
Regensburg 2011

Erstgutachter: Prof. Dr. Hans-Jürgen Weiß
Freie Universität Berlin

Zweitgutachter: Prof. Dr. Gerhard Vowe
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Tag der Disputation: 14. Februar 2011

VORWORT

Für Journalisten ist das Arbeiten mit Quellen – menschlichen und niedergeschriebenen – täglich Brot. Selten reflektiert man im Alltag, welche Bedeutung diese Quellen nicht nur für die eigene Arbeit, sondern für das gesellschaftliche System Journalismus haben: Welche Auswirkungen hat es, dass ein ganz bestimmter Kreis von öffentlichen Personen sich in regelmäßigen Abständen äußert, ja diese Äußerungen oftmals Grundlage für die Berichterstattung überhaupt sind? Dieser oft ungeachtet zur Kenntnis genommene Umstand bewog mich, die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Medieninhalten gezielt zu suchen.

Allerdings ist die wissenschaftliche Analyse mit einem Arbeitsaufwand verbunden, der gerade bei einer empirischen Studie nur durch helfende Hände gestemmt werden kann: Diese Dissertation wäre nicht entstanden, hätten nicht drei fleißige studentische Hilfskräfte mit großer Tatkraft die ungeheure Zahl von insgesamt 2.996 Artikeln codiert. Mein besonderer Dank gilt Christina Siebert, Veronika Hackl und Andreas Hilgart für ihre großen Mühen, ihren Fleiß und ihre Bereitschaft, sich dem von mir gesetzten zeitlichen Rahmen zu beugen und immer wieder kritisch nachzufragen, ob sie jedes Detail des Codebuches richtig verstanden haben.

Dank gilt auch den Verantwortlichen meines Arbeitgebers, der stets mit Verständnis der für mich besonderen Arbeitsbelastung in der Freizeit begegneten und mir in vielerlei Hinsicht als verlässliche Arbeitgeber Sicherheit gaben.

Zudem möchte ich mich bei Stefan Keilhammer und Katharina Weilermann bedanken, die sich geduldig und stets mit offenem Ohr für meine Sorgen und Nöte interessierten.

Zuletzt bedanke ich mich bei meinen Eltern, weil sie den Glauben an mich nie verloren haben. Meinen Eltern ist diese Arbeit gewidmet.

Christian Eckl

Regensburg, den 1. Dezember 2010

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Einleitung: Die Darstellung politischer Entscheidungen in den Medien	Seite 9
2.	Theoretischer Rahmen	Seite 15
2.1	Ursprünge der Indexing-Hypothese	Seite 17
2.2	Grundlagen der Indexing-Hypothese	Seite 20
2.2.1	Das Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten	Seite 20
2.2.2	Medien als Marktplätze der Argumente	Seite 23
2.2.3	Kritischer Journalismus im Konfliktfall	Seite 28
2.3	Weiterentwicklung der Indexing-Hypothese	Seite 29
2.3.1	Source, Power und Political Indexing	Seite 30
2.3.2	Das Kaskaden-Modell	Seite 31
2.4	Indexing entgegenstehende Ansätze	Seite 33
3.	Forschungsstand	Seite 36
3.1	Stand der empirischen Forschung zu Indexing in den USA	Seite 36
3.1.1	Indexing in innenpolitischen Debatten in den USA	Seite 36
3.1.2	Indexing bis zum II. Golfkrieg in den USA	Seite 43
3.1.3	Indexing nach dem II. Golfkrieg in den USA	Seite 47
3.2	Stand der empirischen Forschung zu Indexing in Deutschland	Seite 50
3.2.1	Indexing in innenpolitischen Debatten in Deutschland	Seite 50
3.2.2	Indexing im Kosovo-Krieg in Deutschland	Seite 57
3.2.3	Indexing im Afghanistan-Krieg in Deutschland	Seite 59
3.2.4	Indexing im Irak-Krieg 2003 in Deutschland	Seite 62
3.3	Forschungslücken	Seite 66
4.	Kausalmodell und Hypothesen	Seite 67
4.1	Übertragung der Indexing-Hypothese auf das politische System in Deutschland	Seite 68
4.2	Der Begriff „politische Elite“	Seite 71
4.2.1	Verengung des Begriffs auf „Entscheidungselite“	Seite 71
4.2.2	Parteizentrierte Definition politischer Elite	Seite 72
4.3	Haltung der Bevölkerung	Seite 80

4.4	Dissens oder Konsens zwischen Regierung und Bevölkerung	Seite 81
4.5	Kausalmodell und Hypothesen	Seite 82
5.	Wahl der Methode für eine Untersuchung	Seite 85
5.1	Die Argumentationsanalyse	Seite 86
5.1.1	Vorgehen der Argumentationsanalyse	Seite 86
5.1.2	Das Argumenten-Schema der Studie in Anlehnung an Toulmin	Seite 88
5.1.3	Vorgehen der Untersuchung	Seite 92
5.1.4	Das Messinstrument	Seite 94
5.1.4.1	Die Mess-Skala	Seite 94
5.1.4.2	Gewichtung von Argumenten	Seite 94
5.2	Ausprägungen der Variablen	Seite 95
5.3	Das Untersuchungsmaterial	Seite 96
5.3.1	Voruntersuchung: Presseerklärungen als Grundlage für das Codebuch	Seite 96
5.3.2	Die Medien-Stichprobe	Seite 98
6.	Auswahl der zu untersuchenden Debatten	Seite 100
6.1.1	Fall 1: Die Debatte um den III. Irak-Krieg	Seite 101
6.1.2	Fall 2: Die Debatte um das Vorziehen der Steuerreform	Seite 104
6.1.3	Fall 3: Die Debatte um den Einsatz im Kongo	Seite 108
6.1.4	Fall 4: Die erste Phase der Gesundheitsreform	Seite 111
6.2	Die Untersuchungszeiträume	Seite 115
6.3	Übersicht zu den politischen Konstellationen der Fälle im Hinblick auf die Indexing-Hypothese	Seite 116
7.	Ergebnisse der Fallstudien	Seite 117
7.1	Indexing in der Debatte um den Irak-Krieg	Seite 117
7.1.1	Rahmenbedingungen in der Debatte um den Irak-Krieg	Seite 117
7.1.2	Datenbasis der Zeitungsanalyse des Irak-Krieges	Seite 118
7.1.3	Akteursanalyse zur Debatte um einen Irak-Krieg	Seite 120
7.1.4	Quellen- und Tendenzanalyse zur Debatte um den Irak-Krieg	Seite 123

7.1.4.1	Zentrale Konflikte und Tendenzen in der Debatte um einen Irak-Krieg	Seite 123
7.1.4.2	Bewertungsakteure und Tendenzen in Eigen- und Fremdbewertungen beim Irak-Krieg	Seite 124
7.1.5	Zusammenfassung der Analyse-Ergebnisse zur Debatte um den Irak-Krieg	Seite 128
7.2	Indexing in der Debatte um das Vorziehen der Steuerreform	Seite 129
7.2.1	Rahmenbedingungen in der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform	Seite 129
7.2.2	Datenbasis der Zeitungsanalyse in der Debatte um das Vorziehen der Steuerreform	Seite 129
7.2.3	Quellen- und Akteursanalyse zur Debatte um das Vorziehen der Steuerreform	Seite 131
7.2.4	Tendenzanalyse zur Debatte um das Vorziehen der Steuerreform	Seite 135
7.2.4.1	Zentrale Konflikte und Tendenzen in der Debatte um eine Steuerreform	Seite 135
7.2.4.2	Bewertungsakteure und Tendenzen in Eigen- und Fremdbewertungen um eine Steuerreform	Seite 136
7.2.5	Zusammenfassung der Analyse-Ergebnisse zur Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform	Seite 138
7.3	Indexing in der Debatte um den Kongo-Einsatz	Seite 139
7.3.1	Rahmenbedingungen in der Debatte um den Kongo-Einsatz	Seite 139
7.3.2	Datenbasis der Zeitungsanalyse des Kongo-Einsatzes	Seite 140
7.3.3	Quellen- und Akteursanalyse zur Debatte um einen Kongo-Einsatz	Seite 141
7.3.4	Tendenzanalyse zur Debatte um den Kongo-Einsatz	Seite 144
7.3.4.1	Zentrale Konflikte und Tendenzen in der Debatte um einen Einsatz im Kongo	Seite 144
7.3.4.2	Bewertungsakteure und Tendenzen in Eigen- und Fremdbewertungen um einen Einsatz im Kongo	Seite 145

7.3.5	Zusammenfassung der Analyse-Ergebnisse zur Debatte um den Kongo-Einsatz	Seite 146
7.4	Indexing in der Debatte um eine Gesundheitsreform	Seite 147
7.4.1	Rahmenbedingungen in der Debatte um eine Gesundheitsreform	Seite 147
7.4.2	Datenbasis der Zeitungsanalyse in der Debatte um eine Gesundheitsreform	Seite 148
7.4.3	Quellen- und Akteursanalyse zur Debatte um eine Gesundheitsreform	Seite 149
7.4.4	Tendenzanalyse zur Debatte um eine Gesundheitsreform	Seite 152
7.4.4.1	Zentrale Konflikte und Tendenzen in der Debatte um eine Gesundheitsreform	Seite 152
7.4.4.2	Bewertungsakteure und Tendenzen in Eigen- und Fremdbewertungen um eine Gesundheitsreform	Seite 153
7.4.5	Zusammenfassung der Analyse-Ergebnisse zur Debatte um eine Gesundheitsreform	Seite 155
7.5	Die Ergebnisse der vier untersuchten Debatten im Vergleich	Seite 156
8.	Zusammenfassung und Diskussion der Untersuchungsergebnisse	Seite 160
8.1	Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen für die Indexing-Forschung	Seite 160
8.2	Schlussfolgerungen für das Verhältnis zwischen Journalismus und Politik	Seite 161
9.	Literaturverzeichnis	Seite 167
10.	Abkürzungsverzeichnis	Seite 178
11.	Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	Seite 179
12.	Anhang	Seite 184

1. Einleitung: Die Darstellung politischer Entscheidungen in den Medien

Meinung in zigtausendfacher Ausführung öffentlichkeitswirksam äußern zu können, ist ein Privileg, das nur wenigen Menschen in einer Demokratie zu Teil wird¹. Daran hat auch das Internet mit seiner vermeintlich grenzenlosen Freiheit nicht viel geändert. Die Entscheidung darüber, was als Nachricht verbreitet wird, liegt auch und gerade in einem demokratischen Land noch immer bei einer professionalisierten Gruppe, den Journalisten. Auf allen Ebenen – lokal, regional und bundesweit – gehören Journalisten zu einem privilegierten Kreis, arbeiten eng mit Bürgermeistern und Landräten, Landtagsabgeordneten und Ministerpräsidenten, Bundestagsabgeordneten und Ministern zusammen. Die Elite der Journalisten darf allsommerlich die Bundeskanzlerin interviewen. Politiker sind es, die gerade in den Qualitätszeitungen ein hohes Maß an Aufmerksamkeit erhalten und ihre Deutungen und Problemlösungsvorschläge via Medien äußern können. Wie kritisch oder kritiklos diese Haltungen von Journalisten über die Massenmedien verbreitet werden, ist eine wichtige Frage in einer Demokratie.

Denn eine der wichtigsten Aufgaben der Medien und ihrer Vertreter ist die unabhängige Kontrolle der Regierenden und die analytische Kritik, die dann laut wird, wenn Missstände durch Politiker und ihre politischen Entscheidungen verursacht werden. Wie aber soll ein elitärer Kreis von Journalisten einen nicht minder elitären Kreis von politischen Entscheidungsträgern kritisieren? Gibt es solchen kritischen Journalismus überhaupt noch, wie ihn einst Walter Lippman in den USA und Kurt Tucholsky oder Egon Erwin Kisch in Deutschland geprägt haben? Oder pickt die eine Krähe der anderen einfach kein Auge aus?

Gerade Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit lassen an der Funktionstüchtigkeit des kritischen, kontrollierenden Journalismus in Deutschland zweifeln. Warum wurde der Spendenskandal der CDU erst öffentlich, als Bundeskanzler Helmut Kohl bereits abgewählt war? Weshalb berichteten die Medien in breitem Umfang über den Schmiergeldskandal bei Siemens, aber erst, als die Staatsanwaltschaft bereits Vernehmungen vornahm?

¹ Vgl. Scholl/Weischenberg/Malik (2006), S. 12: „Journalisten sind eine einflussreiche Berufsgruppe – vielleicht in mancher Hinsicht sogar die einflussreichste der Republik.“

Immer noch ist die Vermittlung politischer Inhalte über Massenmedien das zentrale Scharnier von Demokratien. „Politisches Handeln in Demokratien vom Typ der Bundesrepublik Deutschland ist begründungs- und zustimmungspflichtig, muß also kommunikativ legitimiert werden.“² Gerade das Ringen um politische Entscheidungen ist geprägt von zahlreichen Kommunikationsprozessen. Denn in politischen Entscheidungen drückt sich der unmittelbare Wille der Regierung im Wechselspiel mit den Interessen von Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften und vielen weiteren Interessensgruppen und Lobbys aus. Diese bündeln wiederum auch Bürgermeinungen.

Medienakteure nehmen dabei eine zentrale Funktion ein: Sie verteilen Macht – nämlich, indem sie politischen und gesellschaftlichen Akteuren Sprecher-Raum in ihren redaktionellen Plätzen verschaffen. Da sich diese Form von der Entscheidungsmacht abhebt, die den politischen Akteuren durch Mandate übermittlelt wurde, kann man sie als Deutungsmacht bezeichnen. Diese befähigt politische Akteure dazu, ihre jeweilige Interpretation eines Problems, die dazugehörige Analyse sowie ihre politische Lösung der Öffentlichkeit zu unterbreiten. In diesem Sinne kann man Macht auch als „individuelle Teilhabe an kollektiven Entscheidungsprozessen“³ interpretieren. Der Begriff Deutungsmacht als individuelle Teilnahme an Entscheidungsprozessen verengt den Blick auch darauf, dass viele – vereinfacht ausgedrückt das Wahlvolk – die Entscheidung auf wenige delegieren, die diese für sie zu treffen haben.

Der Bedeutungsgewinn der Medien in der Politikvermittlung hat nachhaltige Auswirkungen auf die politische Kommunikation: „Vor diesem Hintergrund wird die Kommunikationskompetenz der Sprecher, insbesondere aber die der politischen Akteure zu einer zentralen Bedingung für die erfolgreiche Vermittlung politischer Botschaften“⁴. Um Entscheidungen durch öffentliche Zustimmung legitimieren zu können, ist „politische Kommunikation und politische Mobilisierung in der öffentlichen Arena zur Erlangung von Zustimmung des Publikums für alle Beteiligten eine entscheidende Voraussetzung zur Durchsetzung ihrer politischen Anliegen“⁵.

² Schicha (1999), S. 1.

³ Lasswell/Kaplan (1965): S. 75. Die wörtliche Definition von „Macht“ lautet hier: „Power is participation in the making of decisions: G has power over H with respect to the values K if G participates in the making of decisions affecting the K-policies of H“.

⁴ Pfetsch/Mayerhöffer (2006): S. 1.

⁵ Kriesi (2001): S. 2.

Die Vermittlung politischer Handlungsabsichten der Regierung und der daraus resultierenden Entscheidungen geschieht zum größten Teil noch immer durch Massenmedien. Zur Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen – also solcher, die von einer Mehrheit der Regierten akzeptiert werden – benötigen Politiker eine Plattform der Interessensvermittlung, die größtenteils durch die Massenmedien zur Verfügung gestellt wird. Doch welche Entscheidungen sind es, die über die Medien vermittelt und gerechtfertigt werden?

In zweierlei Bereichen gerinnt politische Macht direkt und unmittelbar: Zum einen in der Befähigung der Regierung, ihren Willen bzw. die zuvor in Koalitionsverträgen festgelegte politische Agenda in Gesetzesvorlagen umzusetzen und diese anschließend mit einer parlamentarischen Mehrheit in ein für jeden Bürger der Bundesrepublik Deutschland rechtswirksames Gesetz umzuwandeln. Zum anderen ist es die Regierung, die in internationalen Krisen, wie erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg 1999 im Kosovo geschehen, den Einsatz deutscher Soldaten als Beitrag zu einem Krieg oder humanitären Einsatz als unumgänglich ansieht und dem Parlament empfiehlt – oder, wie im Irak-Krieg, einen solchen Einsatz und damit auch den Krieg ablehnt.

Dass dabei die Befürworter und Gegner eines solchen Kriegseinsatzes nicht immer nach Fraktionen im Parlament zu trennen sind, hängt offenbar mit der Tragweite der Entscheidung zusammen; ein Beispiel dafür war der Afghanistan-Einsatz 2001, in dessen Vorfeld der Bundeskanzler sein Amt mit einem Mandat des Bundestages für einen Einsatz deutscher Soldaten verknüpfte⁶.

Doch auch innenpolitische Debatten wie die um die Gesundheitsreform 2007 machen deutlich, dass es für politische Entscheidungsprozesse nicht nur von zentraler Bedeutung ist, den politischen Willen der Regierenden in der Öffentlichkeit zu legitimieren, sondern auch innerparteilich für Gefolgschaft zu sorgen. Wer in solchen Debatten um Kriegseinsätze oder um die Umsetzung von Gesetzesvorhaben in den Medien Deutungen aussprechen kann – also von Journalisten zitiert wird –, hat Deutungsmacht.

⁶ Deutscher Bundestag, Drucksache 14/7440: Antrag des Bundeskanzlers gem. Art. 68 GG.

Medien sind vom Bundesverfassungsgericht⁷ zu einer kontrollierenden Instanz, ihre Vertreter zu einer Art Gegenelite zu den demokratisch legitimierten Regierenden erklärt worden. Die Bezeichnung von Medien als vierte Gewalt ist sprichwörtlich.

Neben Legislative, Exekutive und Judikative wird den in Medien veröffentlichten Meinungen eine solche große Bedeutung für das Gemeinwesen zugeschrieben, dass das Mediensystem als eigene, für sich stehende Gewalt betrachtet werden kann. Diese Bezeichnung als vierte Gewalt stellt das Mediensystem als teilweise private, aus der Gesellschaft heraus in den Staat hineinragende und diesen kontrollierende Instanz dar.

Andererseits sehen sich Medien immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, dass sie die herrschende Klasse – wie auch immer man diese jeweils definiert – durch ihre Berichterstattung unterstützen. Angenommen wird, dass Journalisten in offiziellen Quellen verlässliche Lieferanten sehen, mit denen sie in einem stetigen Fluss von Informationen ihre Medieninhalte erarbeiten können. Diese Hypothese wird „Indexing“ genannt. In den USA wurde die Diskussion, ob, wie und wie stark Medien von den Machthabern abhängig sind, besonders angesichts von Kriegen mit Beteiligung der Vereinigten Staaten geführt.

Der häufig als Medienkrieg bezeichnete Einmarsch der USA in den Irak 1991 lenkte das wissenschaftliche Interesse in besonderem Maße auf die Frage der Beeinflussbarkeit der Medien durch die Politik.

Dieses Forschungsinteresse mündete in der sogenannten Indexing-Hypothese, die im Folgenden als theoretischer Rahmen dieser Studie erläutert werden soll. Zunächst wird der Forschungsstand zur Indexing-Hypothese dargestellt und anschließend detailliert beschrieben.

Die Indexing-Hypothese wurde seit dem zweiten Golfkrieg 1991 in zahlreichen Untersuchungen als theoretischer Rahmen geprüft. Dabei hat sich der Ansatz als gut operationalisierbar und empirisch überprüfbar herausgestellt.

⁷ BVerfG 33, 52 „Zensur“: In dem Urteil vom 25. April 1972 wird auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hingewiesen, nachdem die „freie geistige Auseinandersetzung ein Lebenselement der freiheitlichen demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik und für diese Ordnung schlechthin konstituierend“ sei.

Allerdings kommen Untersuchungen zu unterschiedlichen Ergebnissen: Einige Studien aus dem deutschsprachigen Raum haben mittels der Indexing-Hypothese Kriegsdebatten untersucht und fanden die These in den deutschen Medien bestätigt. Aus den USA allerdings gibt es Studien, deren Ergebnisse diesen Erkenntnissen diametral gegenüber stehen und teilweise der Hypothese widersprechen. Die Vertreter der Indexing-Hypothese gehen davon aus, dass die Haltung der Regierung in der Medienberichterstattung übernommen wird, außer es wird Kritik innerhalb des Regierungslagers an dieser Haltung laut. Nur dann, so die Vertreter der Hypothese, würden die Medien die Haltung ihrer Regierung hinterfragen.

Die Indexing-Hypothese, die auch am deutschen Mediensystem untersucht wurde, lässt aber offen, ob die Orientierung der Medien an der Regierungshaltung in der Bewertung von politischen Debatten nur im Zusammenhang mit Kriegen eintritt. Denn diese wurden im Zusammenhang mit der Indexing-Hypothese bislang am häufigsten untersucht. Aus diesen Überlegungen zum Spannungsverhältnis zwischen Politik, Mediensystem, aber auch den Bürgern ergeben sich Fragestellungen für ein Forschungsprojekt. Diese Arbeit versucht, durch den direkten Vergleich von innen- und außenpolitischen Debatten mit und ohne Kriegshintergrund die Frage zu beantworten, welchen Einfluss die Haltung politischer Eliten zum einen und die Haltung der Bevölkerung zur Politik der politischen Eliten zum anderen auf die Berichterstattung von Printmedien haben. Die zentrale Forschungsfrage, die gestellt wird, lautet: *„Ist der Konsens oder Dissens zwischen politischer Elite, Regierung und Bevölkerung maßgeblich für die Positionierung von Zeitungen in ihrer Berichterstattung bezüglich politischer Entscheidungen?“*

Um die Frage nach den Machtverhältnissen in politischen Debatten beantworten zu können, wird folgender Arbeitsfaden gespannt: Zunächst wird im zweiten Kapitel dieser Arbeit die historische Entwicklung der Indexing-Hypothese und damit ihre Wurzeln und Hintergründe beleuchtet. Im dritten Kapitel soll der Forschungsstand in der Kommunikationswissenschaft zusammengetragen werden. Der Fokus liegt hierbei auf der US-amerikanischen Forschungstradition einerseits sowie auf dem Forschungsstand in Deutschland. Dabei soll der Forschungsstand abgebildet werden, der bis Ende 2010 erhoben wurde.

Um Medieninhalte zu untersuchen und insbesondere Debatten zu vergleichen, hat sich das Instrument der Inhaltsanalyse, hier insbesondere die Argumentationsanalyse, als verlässlich herausgestellt. Kapitel vier führt die zuvor erörterten theoretischen Annahmen der Indexing-Hypothese und die gewählte Methode zusammen, indem die Hypothese auf die Rahmenbedingungen des deutschen Mediensystems modifiziert und diese anschließend in Arbeitshypothesen überführt wird.

Zudem müssen in diesem Kapitel, das als Scharnier zwischen theoretischem und methodischem Teil dient, zentrale Begriffe wie etwa „politische Elite“ definiert werden. Ferner wird festgelegt, was unter einem gesellschaftlichen Konsens im Rahmen dieser Studie verstanden werden soll. Aus den theoretischen Annahmen wird ein Kausalmodell erarbeitet, aus dem Hypothesen folgern.

Um die Strukturen politischer Debatten, wie sie in Qualitätszeitungen abgebildet werden, untersuchen zu können, ist es nötig, die Struktur von Argumenten zu definieren. Toulmin hat dazu ein Modell geliefert, das Argumente in Bewertungen und Begründungen überführt. Aus diesem und aus eigenen Entscheidungen heraus wird in Kapitel fünf das Messinstrument entwickelt. Dieses Modell dient als Grundlage und soll stark vereinfacht ein Gerüst bilden, mit dem Argumente und Argumentationen identifiziert werden können.

Da es von Legislaturperiode zu Legislaturperiode eine Vielzahl von Gesetzesentscheidungen des Deutschen Bundestages gibt, war es nötig, politische Entscheidungsprozesse zu finden, die bestimmte politische Konstellationen aufweisen. Kapitel sechs dient der Darstellung von vier ausgewählten Gesetzes-Debatten sowie der Darstellung der Haltung der Bevölkerung zu diesen Entscheidungen. Hierzu wurden Daten eines Meinungsforschungsinstitutes heran gezogen.

Das Kapitel sieben dient der Darstellung der Ergebnisse der Studie: Die Print-Berichterstattung zu den Debatten um einen Krieg im Irak (2003), um ein Vorziehen der Steuerreform (2003), um einen Einsatz deutscher Soldaten im Kongo (2006) sowie die erste Phase in der Debatte um die Gesundheitsreform (2006) werden in einer Inhaltsanalyse untersucht und die Ergebnisse dargestellt. In Kapitel acht werden die Ergebnisse im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Indexing-Hypothese interpretiert.

2. Theoretischer Rahmen

Das Spannungsfeld zwischen Politik und Medien als Forschungsgegenstand ist in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft so alt wie das Fach selbst⁸. Fraglich ist, ob es in diesem Spannungsfeld zu einem Dominanzverhältnis beider Seiten kommt: Beherrschen die Medien den politischen Diskurs, also ordnet sich die Politik demgemäß unter? Oder benutzen politische Akteure die Medien nur, um ihren Willen gegenüber einer stets aufs Neue zu überzeugenden Öffentlichkeit durchzusetzen? Medien werden als Vermittler politischer Inhalte oftmals Gegenstand von Kritik bezüglich ihrer Rolle im öffentlichen Diskurs.⁹ Denn diese Rolle wird in der wissenschaftlichen Diskussion häufig gegensätzlich¹⁰ beschrieben: „Die eine Position beklagt einen eher scham- und verantwortungslosen Umgang professioneller Kommunikatoren mit ihrer politischen Informationsaufgabe. (...) Die andere Position sieht Journalisten ihren politischen Quellen eher hilflos ausgeliefert, von ihnen instrumentalisiert, ja missbraucht.“¹¹

Beide Positionen stehen sich in einschlägigen Studien diametral gegenüber. Nicht bedacht wird bei diesen gegensätzlichen Annahmen jedoch, dass politische Debatten offensichtlich ganz unterschiedlichen Niederschlag in den Medien finden.

Es ist also fraglich, ob nur eine dieser gegensätzlichen Annahmen die Medienwirklichkeit zutreffend beschreibt. Möglicherweise ist die Positionierung der Journalisten und damit der Medien durch die Art der politischen Entscheidung geprägt, über die in Medien berichtet und die durch darin zitierte Argumente legitimiert werden soll.

Ein integrativer Ansatz dieser beiden Blickwinkel ist die Annahme, dass es zwischen Journalisten und Akteuren des politischen Spektrums – hierunter werden nicht ausschließlich Politiker verstanden, sondern auch Berater, Spin Doctors oder Pressesprecher – zu einer Art symbiotischem Verhältnis kommt. „Die Beziehung der gesellschaftlichen Akteure zu den Medien ist dabei nicht einseitig: Die Journalisten sind

⁸ Vgl. Schönbach, Klaus (1998): S. 116.

⁹ Vgl. dazu Delhaes (2002), S. 13, der aus Sicht der Politikwissenschaft prüft, welche Rolle die Medien im politischen System spielen: „Über das Zusammenspiel von Politik und Medien liegen aus politikwissenschaftlicher Perspektive zwar Erkenntnisse vor, diese aber kaum in dem Maße, als dass daraus weitreichende und praxisrelevante Ergebnisse zum Verhältnis von Politik und Medien ermittelt werden könnten.“

¹⁰ Vgl. Schönbach, Klaus (1998): S. 120 f..

¹¹ Ebd..

vielmehr darauf angewiesen, dass die Sprecher sie mit Themen und Meinungen versorgen. Bei dem Verhältnis von Sprechern und Journalisten geht es grundsätzlich um den Tausch von Informationen gegen Publizität¹².

Für jede dieser drei Perspektiven – die der Medien-Übermacht, der Politik-Dominanz und der Symbiose – findet sich wissenschaftliche Literatur. Schließlich könnte es eine Frage des behandelten Themas sein, welche dieser Annahmen das komplexe Zusammenspiel zwischen Medien(-Machern) und Politik(-Akteuren) besser beschreibt als die anderen beiden.¹³

Eine theoretische Perspektive, die eine Dominanz politischer Eliten gegenüber den Medien annimmt, ist die sogenannte Indexing-Hypothese. Vertreter der Indexing-Hypothese gehen allerdings nicht davon aus, dass diese Dominanz ihre Wurzeln in der fehlenden journalistischen Autonomie gegenüber politischen Akteuren oder gar gegenüber der Regierung hat. Vielmehr sind es symbiotische Verhältnisse, die dazu führen, dass Diskurse, die in und über Medien debattiert werden, deshalb von politischen Akteuren dominiert werden, weil Journalisten in der Recherche von Inhalten der „Spur der Macht“¹⁴ folgen. Medien sind laut Indexing-Hypothese also bloße Spiegelbilder der Machtverhältnisse in einer Gesellschaft.

Diese Perspektive wirft zahlreiche Fragen im Hinblick auf die Rolle der Medien, die Dominanz der Politik gegenüber Medien und letztlich auch demokratietheoretische Fragen auf, die empirisch auf ihre Auswirkungen auf die Medienberichterstattung geklärt werden müssen. Deshalb sollen zunächst die Wurzeln dieses Ansatzes beschrieben werden, um anschließend die theoretischen Annahmen in ihren Grundlagen und schließlich bezüglich des Forschungsstandes zu beschreiben.

¹² Pfetsch/Wehmeier (2002): S. 39.

¹³ So kommt von Beyme (1994), S. 320, zu dem Schluss, dass der Einfluss von Medien auf die Politik abhängig von der Art der Entscheidungen ist: „Je nach den hier unterschiedenen sechs Typen der Entscheidungspolitik ist der Einfluss der Medien höchst unterschiedlich ausgeprägt.“

¹⁴ Bennett (1996), S. 378.

2.1 Ursprünge der Indexing-Hypothese

Eine zentrale Wurzel der Indexing-Hypothese ist das sogenannte „Propaganda-Modell“. Die beiden Forscher Noam Chomsky und Edward Herman gehen darin davon aus, dass Medien Konsens herstellen, weil sowohl Medienakteure als auch Politiker ein gemeinsames Ziel verfolgen: Eine „verwirrte Herde“¹⁵, also Mediennutzer und Wähler, von ihren Absichten zu überzeugen.

Laut der Annahme des „Manufacturing Consent“, wie das Propaganda-Modell auch genannt wird, gibt es in der Gesellschaft eine politische Klasse, deren Mitgliederzahl deutlich geringer ist als die des Publikums, zu der neben den politischen und wirtschaftlichen Eliten auch Journalisten gehören. Während die politische Klasse die Ausübung von Macht anstrebt, wollen die Medien kommerzielle Erfolge erzielen. Sie sind aber in ihrem Ziel vereint, die „verwirrte Herde“ unter ihre Kontrolle zu bringen. Medienakteure und politische Akteure gehen Symbiosen ein.

Während in totalitären Systemen Konsens durch Gewaltandrohung und Propaganda hergestellt wird, kommt es in Demokratien laut der Annahmen von Chomsky und Herman zu subtileren Formen der Machtausübung, die sie als „informelles politisches Meinungssteuerungssystem“¹⁶ bezeichnen. Der Begriff der Propaganda, der etwa durch Diktaturen wie die nationalsozialistische Herrschaft eindeutig negativ besetzt ist, wird von Chomsky und Herman jedoch nicht in dem Sinne verstanden, dass Medien in der Hand eines totalitären Regimes liegen und als Instrument zur Kontrolle der Massen benutzt werden. Chomsky und Herman vermuten „routes by which money and power are able to filter out the news fit to print, marginalize dissent, and allow the government and dominant private interests to get their messages across to the public.“¹⁷ Propaganda wird im Zusammenhang mit dem Manufacturing Consent also nicht als Instrument zur Manipulation allein für politische Zwecke gesehen, sondern auch als Mittel zur Durchsetzung finanzieller Interessen, etwa durch Werbebotschaften.¹⁸

Der Medienmarkt sei gekennzeichnet durch eine stetig zunehmende Konzentration – der Großteil der Medien werde kontrolliert von wenigen Verlegern.

¹⁵ Chomsky (2002): S. 31. Die Formulierung stammt ursprünglich von Walter Lippmann, den Chomsky ausführlich zitiert (ohne die ursprüngliche Quelle zu nennen).

¹⁶ Gizewski (2000), elektronische Ressource.

¹⁷ Chomsky/Herman (1988): S. 2.

¹⁸ Vgl. Gellner (2002), S. 752 f..

Die Grundüberlegung im Propaganda-Modell lautet, dass Medien einem zunehmenden Druck ausgesetzt sind, das Publikum zu halten. Damit Medien ihre ökonomischen Interessen verfolgen können, benötigen sie einen verlässlichen Fluss von Informationen, aus dem Medieninhalte generiert werden können, die als objektiv gelten.¹⁹

Chomsky und Herman gehen in ihrem Propaganda-Modell von fünf Filtern aus, durch die jegliche Medienberichterstattung von vornherein beeinträchtigt ist:

- Der erste Filter ist die Konzentrierung der Medienkonzerne auf wenige Eigentümer, die selbst zur Elite der Gesellschaft gehören.²⁰
- Der zweite Filter ist die Kommerzialisierung der Medieninhalte, da diese nicht den Absichten der Werbekunden, die Medien zunehmend finanzieren, entgegenstehen dürfen.²¹
- Der dritte Filter ist die Quellenzentrierung der Medieninhalte. Quellen müssen ökonomisch günstig erreichbar und glaubwürdig sein. Dieser Filter wird bei der Formulierung der Indexing-Hypothese eine zentrale Rolle spielen.²²
- Der vierte Filter ist die Angreifbarkeit der Medien durch „Flaks“, durch mächtige Verbände und Nichtregierungs-Organisationen, aber auch durch Unternehmen. Zum einen geschieht dies dadurch, dass Medien wie alle Institutionen einer Gesellschaft zusehends einer Glaubwürdigkeitskrise gegenüberstehen, zum anderen durch Wirtschaftseliten, die etwa durch Beteiligungen oder Werbung Einfluss auf Medien nehmen können.²³
- Der fünfte und letzte Filter ist ein ideologischer Filter. In den USA ist dies der Antikommunismus, generell formuliert ist dieser Filter die ideologische Unterstützung des Kapitalismus in marktwirtschaftlichen Systemen.²⁴

¹⁹ Vgl. Chomsky/Herman (1988): S. 18.

²⁰ Vgl. ebd., S. 3.

²¹ Vgl. ebd., S. 18.

²² Vgl. ebd., S. 18.

²³ Vgl. ebd., S. 26.

²⁴ Vgl. ebd., S. 3.

Ein weiterer mit dem Indexing-Ansatz verwandter Entwurf ist das Sphären-Modell von Hallin,²⁵ das allerdings wegen der großen Ähnlichkeit zum Propaganda-Modell an dieser Stelle nicht ausgeführt werden soll. Eine quellenzentrierte Forschung legte auch Baerns²⁶ vor, deren Untersuchung von Pressemitteilungen politischer Parteien eines Bundeslandes, einer Landesregierung und eines Landtages und deren Niederschlag in den wichtigsten Printmedien des jeweils untersuchten Bundeslandes schließlich im Determinationsansatz mündete. Demnach dominiere Öffentlichkeitsarbeit sowohl das „Timing“ als auch die Themen der Berichterstattung in den untersuchten Printmedien²⁷.

Journalisten vermitteln laut der These passiv jene Inhalte, die durch PR in die Medien getragen werden sollen. Kritik an den Thesen Baerns wurde laut, weil sie Krisen-PR und deren Probleme der Vermittlung durch die Medien zunächst nicht thematisierte. Weitergeführt wurde die Determinationshypothese u. a. von Barth und Donsbach²⁸, die zu dem Schluss kamen, dass Öffentlichkeitsarbeit „in alltäglichen journalistischen Entscheidungssituationen eine größere Relevanz als in Konflikt- oder Krisensituationen“²⁹ besitzt.

Ein der Indexing-Hypothese zunächst entgegenstehender Ansatz ist das Agenda-Setting-Konzept³⁰. Grundlegender Gedanke dieses Konzepts, das auf Medienwirkungen zentriert ist, war die Erkenntnis, dass Medien „nicht was wir denken“ beeinflussen, „sondern worüber wir nachdenken, wobei dies bereits die Wirkung impliziert, daß die Individuen überhaupt über etwas nachdenken (only thinking about).“³¹ Im Zuge der Watergate-Affäre wurde das Konzept um eine Hypothese erweitert, dem Agenda Building³², das den Fokus nicht auf die Medienwirkungen richtet, sondern darauf, wer die Agenda der Medien beeinflusst.³³ Auch hier sind Parallelen zur Indexing-Hypothese erkennbar, denn insbesondere staatlichen Stellen³⁴ wird zumindest ein deutlicher Einfluss auf die Medien-Agenda unterstellt.

²⁵ Vgl. Hallin (1986).

²⁶ Vgl. zunächst Baerns (1979), dann Baerns (1985).

²⁷ Vgl. Baerns (1985).

²⁸ Vgl. Barth/Donsbach (1992).

²⁹ Vgl. als Überblick Löffelholz (2000), S. 189 ff..

³⁰ Vgl. grundlegend McCombs/Shaw (1972).

³¹ Rössler (1997), S. 17.

³² Vgl. Lang/Lang (1981).

³³ Vgl. hierzu etwa Sarcinelli (2005): S. 215 ff..

³⁴ Vgl. ebd., S. 223: „Erfolgreich ist parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit insofern dann, wenn sie die Parlamentsberichterstattung beeinflusst.“ Hier zitiert Sarcinelli Baerns (1987). Und weiter:

Neuere Ansätze fokussieren auf das Verhältnis zwischen Journalisten und ihren Quellen. Da den Medienakteuren die Verteilungsmacht über die Herstellung von Öffentlichkeit zukommt, gehen die Politiker mit den Medienakteuren eine Art „Tauschverhältnis“³⁵ ein. Dieses Tauschverhältnis führt zu einer gegenseitigen Abhängigkeit, in die Journalisten ihre Ressourcen der Öffentlichkeits-Herstellung einbringen, während die Politiker mit der Exklusivität von Informationen über Entscheidungsprozesse handeln. Im Laufe zahlreicher Studien auch in Deutschland kristallisierten sich Grundlagen der Indexing-Forschung heraus, die im Folgenden dargestellt werden sollen.

2.2 Grundlagen der Indexing-Hypothese

2.2.1 Das Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten

In der US-Forschung folgert unter anderem Cook³⁶ aus dem Verhältnis zwischen Journalisten und ihren Quellen, dass journalistische Standards eine Grundlage des Regierens bilden, dass das enge Zusammenwirken von Quellen und Journalisten aber auch die Rolle der Medien beeinflusst. Cook folgert daraus, dass Medien ein – wenn auch vordergründig autonomer – Teil des Regierungs-Apparates sind: Weil die Arbeit von politischen Journalisten eingebettet ist in die politischen Prozesse, habe die Berichterstattung wiederum Auswirkungen auf politische Entscheidungen.³⁷

Manche Vertreter der Indexing-Hypothese gehen sogar soweit, Journalisten nicht als Teil der Politik, sondern sogar als Teil der Regierung zu bezeichnen.³⁸ Reporter werden als Schlüsselfiguren bei der Entscheidungsfindung und der politischen Strategie der Regierung gezeichnet, die eine zentrale Rolle auch für die Regierung spielen.³⁹ Sie seien aufgrund des Zeitdrucks Teil des Entscheidungsprozesses und eine Ressource des Entscheidungshandelns.⁴⁰

„Sie nutzt die Kriterien der Selektion und Strukturierung von Nachrichten und ist vor allem effektiv, wenn sie in die Vorstufen und Ausgangsmaterialien von Nachrichten eingreift, durch Ereignismanagement, durch agenturfähige Vorprodukte oder durch nachrichtenfähige Inszenierungen.“

³⁵ Z. B. Sarcinelli (1991): S. 477.

³⁶ Vgl. Cook (1998).

³⁷ Vgl. ebd., S. 2 f..

³⁸ Vgl. ebd., S. 3: „Indeed, I will claim that the American news media today are not merely part of politics; they are part of government.“

³⁹ Vgl. ebd.: Demnach könne man Journalisten beschreiben als „a key participant in decision making and policy making and of the news media as a central political force in government.“

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 5: „It is not in spite of, but because of, their commitment to norms of objectivity and impartiality that journalists are nowadays important political actors.“

Journalisten vermieden es durch den Verweis auf Quellen außerdem, selbst „Teil der Geschichte“⁴¹ zu werden: Journalisten versuchen Cook zufolge, Mediennutzer davon zu überzeugen, dass ihre Position neutral gegenüber dem Berichterstattungs-Gegenstand ist. Dies wurzelt demnach in einem „ritual of objectivity“⁴². Allerdings zitierten Journalisten oftmals gerade jene Quellen, deren Aussagen zugespitzt sind oder gar die Extrempositionen darstellten. Auch dadurch nähmen Journalisten Positionen ein und verließen die durch das Zitieren suggerierte Position der journalistischen Neutralität⁴³.

Diese Selbstdarstellung des Journalisten als neutral im Kontrast zur parteiischen Quelle betrifft laut Cook alle Genres eben auch jenseits des naturgemäß subjektiven Kommentars. Journalisten versuchen dabei, selbst als neutrale Berichterstatter zu erscheinen und damit im Kontrast zum Objekt ihrer Berichterstattung zu stehen, beispielsweise den Akteuren aus der politischen Elite. Umgekehrt wirke sich das nicht nur auf die Darstellung von Nachrichten aus. Selbst in Kommentaren werde oftmals Distanz gewahrt, indem Stellungnahmen zitiert werden.⁴⁴ Doch genau diese vermeintliche Position der Neutralität bildet geradezu das Fundament der Journalisten als politische Akteure und dem Mediensystem als politische Gewalt, so Cook.

Gerade weil sich Journalisten selbst als neutral gegenüber Parteien und Regierungen bezeichnen, weil sie in Bezug auf Normen der Objektivität handeln, gerade weil sie Objektivität und Distanz zu politischen Akteuren als Berufsnorm definieren, hat ihre Berichterstattung Einfluss auf den politischen Prozess.⁴⁵ Die Rolle, die sich Journalisten aneignen – die des neutralen Vermittlers, der sich auf Quellen bezieht und denen der Journalist die Deutung eines Ereignisses oder Themas überlässt –, führe keineswegs dazu, dass die Medienberichterstattung quasi politisch neutralisiert wird. Vielmehr sind Nachrichten Resultate von immer wieder neu, in Zeitungen täglich geführten

⁴¹ Ebd., S. 6: Cook zitiert einen Reporter der Hauptstadt-Zeitung Washington Post: „If we got involved in calling for a new trial, that would threaten the integrity of the organization. I don't want to step out of ourselves and become part of the story.“

⁴² Ebd.. Cook zitiert hier den Soziologen Gaye Tuchman.

⁴³ Vgl. ebd., S. 7: „Not just the language of news in print but the implications of television framing are clear: journalists present themselves as coolly dispassionate in contrast to the intensity, color, and subjectivity of their subjects.“

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 7.

⁴⁵ Vgl. ebd., S. 85: „The news media should be thought of not only as an institution but as political; in other words, journalists are political actors.“

„Verhandlungen“ zwischen bestimmten Autoritäten, die von Journalisten zitiert werden.⁴⁶ Journalismus wird hier als Teil der Herrschaftsstrukturen gezeichnet und ist somit mehr als nur ein Spiegelbild der politischen Wirklichkeit. Journalisten kann demnach selbst der Status des politischen Akteurs zugesprochen werden, gerade weil sie nicht parteiisch sind, wie das von politischen Akteuren erwartet wird: Nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer Berufsnorm der Neutralität sind sie wichtige politische Akteure⁴⁷. Dass Journalisten bislang aber nicht als selbst am politischen Prozess beteiligte Akteure bezeichnet wurden, liegt offenbar auch an ihrem eigenen Selbstbild.⁴⁸

Auch eine Sonderform des Journalismus, der sogenannte investigative Journalismus, der durch eine besonders sorgfältige und oft tiefgehende Recherche gekennzeichnet ist und der oftmals Demokratie gefährdende Vorgänge anprangert, orientiert sich zumeist an offiziellen Stellen, die jedoch geschützt werden und als Quellen unerkannt bleiben. Das prominenteste Beispiel von investigativem Journalismus in den USA ist der Watergate-Skandal, der durch die Recherchen von zwei Washington Post-Redakteuren ausgelöst wurde und deren Quelle sich nach Jahrzehnten als der stellvertretende FBI-Chef entpuppt hatte. Selbst diese Recherchen fußten auf den Angaben eines „Whistleblowers“, einer offiziellen Quelle, deren hoher Rang den Journalisten die Gewissheit der Glaubwürdigkeit vermittelte.⁴⁹ Auch für Beispiele investigativen Journalismus' in Deutschland sind solche Zusammenhänge bekannt.⁵⁰

Einen weiteren Schritt, aus Journalisten Symbionten des politischen oder ursprünglich militärischen Systems zu machen, unternahm die US-Regierung, indem sie den sogenannten „Embedded Journalism“ schuf. Vor allem in Hinblick auf den Irak-Krieg 2003 ist diese Form des Journalismus intensiv diskutiert worden.⁵¹

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 87: „Consequently the news is the result of recurring negotiations between sources and newsmen, the daily results of which favor only certain authoritative allocations of values.“

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 5.

⁴⁸ Vgl. ebd., S. 5. Für das Verhältnis zwischen Journalisten und Politiker stellt übrigens Kepplinger (2009) fest, dass sowohl die eine als auch die andere Gruppe von einem jeweils starken Einfluss auf den anderen ausgeht.

⁴⁹ Vgl. Cook (1998), S. 94.

⁵⁰ Prominentester Fall ist etwa die Aufklärung der CDU-Spendenaffäre. Erst Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hatten investigative Recherchen ausgelöst.

⁵¹ Vgl. Jörges (2003): S. 1, sowie Elter (2003): S. 331 ff..

2.2.2 Medien als Marktplätze der Argumente

Journalisten glauben, dass ihre Berichte „ausgeglichen“ sein sollten: „Presenting both sides is an effort to achieve balance, and as such, it has been institutionalized”.⁵² Journalisten halten ihr Vorgehen dann für neutral und den journalistischen Regeln gemäß, wenn sie den jeweils von einer Berichterstattung Betroffenen die Möglichkeit zur Stellungnahme geben.⁵³ Wollen die Betroffenen keine Stellungnahmen abgeben, verweisen Journalisten in ihrer Berichterstattung darauf, dass diese eine Stellungnahme verweigerten. Aber gerade jene Routine journalistischen Handelns – die Identifizierung von zwei Seiten einer Geschichte – kann dazu führen, dass eben nicht die Fülle an Argumenten in der Berichterstattung thematisiert wird, sondern oftmals zwei extreme Positionen.⁵⁴

Die über Medien ausgetragene öffentliche Debatte wird auf diese Art polarisiert.⁵⁵ Doch im Wettkampf dieser verschiedenen Interessen haben offizielle Stellen, wie oben beschrieben, einen absoluten Vorteil: Ihre Aussagen werden als verlässlich angesehen.

Besitzen die offiziellen Stellen selbst in investigativen Formen des Journalismus ein „news monopoly”⁵⁶, sind es also ihre Deutungen bzw. Stellungnahmen zu einem Problem, die über die Verlässlichkeit von Informationen für Journalisten zumindest mitentscheiden, könnte dieses Monopol die Vielfalt des „politically volatile ,marketplace of ideas“⁵⁷ gefährden.

Das wäre ein Umstand, der nicht auf Zensur, sondern vielmehr auf Arbeitsroutinen und Entscheidungen der Medienmacher zurückgeführt werden kann. Dies würde somit eine Art Selbstzensur darstellen, die nicht staatlich verordnet ist. Denn die Journalisten wählen ihre Quellen diesen Annahmen zufolge ja durchaus selbst und frei aus, zensieren sich und ihre Berichterstattung aber schließlich im Sinne der offiziellen Stellen, die sie wiederum als verlässliche Quellen betrachten.

⁵² Johnson-Cartee (2005): S. 130.

⁵³ Ebd.. Im Wortlaut heißt es: „Journalists also suggest they have provided a balance account (and, in their logic, acted objectively) if they allow individuals, corporations or other entities when attacked by the government or their competitors an **opportunity to respond**.” Betonung im Original.

⁵⁴ Ebd., S. 131.

⁵⁵ Ebd., S. 29 ff..

⁵⁶ Bennett (1990): S. 103.

⁵⁷ Ebd.. Wörtlich heißt es: „One explanation is that granting public officials a virtual news monopoly restricts diversity in the politically volatile ,marketplace of ideas”.

Bennett stellt drei Regeln auf, die seiner Ansicht nach in der politischen Medienberichterstattung empirisch belegt werden können:

- Als erste Regel wird die „ausführlich untersuchte Recherchier-Regel“ bezeichnet, wonach politische Berichterstattung stets versucht, soweit wie möglich die „story line“⁵⁸ entlang Stellungnahmen offizieller Stellen oder Mandatsträgern zu bilden.
- Die zweite Regel politischer Berichterstattung ist demnach, dass Quellen und deren Standpunkte je nach Inhalt und Stärke eines Konflikts an der Haltung von Regierungs-Entscheidungsträgern und Schlüsselfiguren⁵⁹ innerhalb der Regierung orientiert sind und sich dies auf die Entwicklung der „story line“ nachhaltig auswirkt.
- Die Tatsache, dass sich viele „Storys“ in eine andere Richtung entwickelten, als dies herkömmliche journalistische Regeln erwarten ließen, erklärt Bennett zur dritten Regel: „Folge dem Pfad der Macht.“⁶⁰

Bennett schließt aus diesen „Produktions-Regeln“ auf eine symbiotische Beziehung zwischen Medienmachern und Regierungsvertretern, die zu einer Dominanz offizieller Stellungnahmen und Aussagen in den Medien führt. Diese Symbiose ermöglicht es Medienmachern, das tägliche „News Hole“ durch eine ständige Quelle, die „economical, well-produced material“⁶¹ liefert, zu füllen.

Dieses symbiotische Verhältnis führt dazu, dass in der Medienberichterstattung eben nicht die Vielfalt an Argumenten zu einem umstrittenen Thema kommuniziert wird, sondern Journalisten in der Recherche von ihren Quellen zumindest beeinflusst werden.

⁵⁸ Bennett (1996): S. 376. Wörtlich schreibt Bennett: „The first and most extensively researched rule of political reporting then, is the imperative to build a story line – whenever possible – upon official or at least authoritative viewpoints.“

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 377. Wörtlich heißt es: „This second rule of political reporting is that sources and viewpoints are ‚indexed‘ (admitted through the news gates) according to the magnitude and content of conflicts among key government decision makers or other players with the power (as perceived by journalistic insiders) to affect the development of a story.“

⁶⁰ Ebd., S. 378. Wörtlich: „The development of a story beyond normal institutions and newsbeats suggests a third representation rule for journalists pursuing a complex developing story: follow the trail of power.“

⁶¹ Bennett (1990): S. 103.

Journalisten pflegen demnach Kontakte zu politischen Akteuren, deren politischer Einfluss ihre Position als journalistische Akteure stärken kann.⁶²

Journalisten werden zu Managern der „national symbolic arena“⁶³. Wenn sie sich in ihren Veröffentlichungen aber überwiegend auf die Stellungnahmen offizieller Stellen berufen, bedeutet dies auch, dass aus den offiziellen Stellen privilegierte Eliten werden, die wie „authorized knowers“⁶⁴ agieren und denen Journalisten – praktisch rekursiv – automatisch den Status einer legitimierten Quelle zusprechen.⁶⁵ Die Medienmacher tendieren dazu, die Bandbreite an Stimmen und Standpunkten in den Medien einzuschränken auf den Regierungsdiskurs: „Mass media news professionals, from the boardroom to the beat, tend to ‚index‘ the range of voices and viewpoints in both news and editorials according to the range of views expressed in mainstream government debate about a given topic“.⁶⁶

Kritisch betrachtet bedeutet dies: Medien fungieren als „entscheidendes Element einer Reihe von Institutionen, durch die Eliten Kontrolle über das Volk ausüben“.⁶⁷ Offizielle Stellen werden bevorzugt als Quellen in den Medien genannt – soziale, basisdemokratische Bewegungen und Beschwerdeführer bekommen kaum die Möglichkeit, ihre Ansichten in die jeweilige Debatte miteinzubringen.

Das Ergebnis ist eine verzerrte Debatte, die in den Medien ausgetragen wird, weil die jeweiligen Argumente nicht nach ihrem Gewicht im Diskurs bewertet werden, sondern

⁶² Vgl. Johnson-Cartee (2005): S. 80. Zitiert nach Moloch/Protess/Gordon (1996): S. 54. Dort heißt es über die enge Verzahnung zwischen Politik und Journalismus: „A ‚policy partner‘ is usually an administrator or politician who (a) can be appraised of the nature of developing investigation, (b) can be used as a consultant for informing the investigatory work, and (c) can be relied on to provide headline-worthy policy initiatives as ‚response‘ to the resulting exposés.“

⁶³ Gans (1979): S. 298. Wörtlich heißt es: „I feel somewhat more certain, however, about a final one: that one of the journalists’ prime functions is to manage, with others, the symbolic arena, the public stage on which national, societal, and other messages are made available to everyone who can become an audience member.“

⁶⁴ Ebd..

⁶⁵ Vgl. ebd., S. 271. Wörtlich heißt es auf den Quellenbezug, der später von Bennett u. a. aufgenommen wird: „The principal form of cooperation is built into the source considerations, through their skew toward official sources; and into the symbiotic relationship between beat reporters and their sources, which inhibits reporters from displeasing them.“

⁶⁶ Bennett (1990): S. 106.

⁶⁷ Bennett/Lawrence (1995): S. 21. Das oben genannte Zitat ist eine Übersetzung, wörtlich heißt es bei Bennett/Lawrence (1995): „The critical model, in contrast, sees the media as the crucial set of institutions through which elites exercise control over the people. Mass media, in this model, frustrate and marginalize challenge, constituting a crucial site for the reproduction of dominant ideology.“

vielmehr das Gewicht der Quelle entscheidend ist, ob ein Argument kommuniziert wird oder nicht. Medien präsentieren auf diese Weise „symbolic constructions“ der politischen Realität, die für eine Mehrheit des Publikums auf anderem Weg als durch Medien nicht greifbar sind.⁶⁸

Nachrichten sind also nicht neutral.⁶⁹ Wenn sie aber parteiisch sind, stellt sich die Frage, auf welche Seite sie tendieren. Indexing versucht letztlich die Frage nach öffentlicher Deutungsmacht und wer sie innehat zu beantworten: Wer den öffentlichen Diskurs dominiert, übt Deutungsmacht aus.⁷⁰ Politiker konkurrieren um diese Deutungsmacht. Politiker in Regierungsverantwortung sind in der Lage, durch ihre Handlungen Themen vorzugeben und dadurch den Bedarf der Medien an Nachrichten zu befriedigen.⁷¹ Treffen die Annahmen von Indexing zu, würde Meinung über politische Sachverhalte von den politischen Eliten aus nach unten ausstrahlen.⁷²

Eliten schaffen auf diese Weise öffentliche Meinung. Medienberichterstattung ist verzerrt, weil sie den Status quo stützt.⁷³ Dies geschieht, indem über Abläufe, Rituale und Zeremonien des politischen Raumes berichtet wird. Das wirft demokratietheoretische Fragen auf.⁷⁴ Wie sich Medien gegenüber der politischen Elite verhalten, steht aber auch im Zusammenhang mit dem Grad an Konsens unter den politischen Akteuren – zumindest dann, wenn der Konsens überwiegt.⁷⁵ Wenn zwischen den politischen Eliten Dissens besteht, lassen sich die Medien von den Repräsentanten des politischen Systems nicht mehr „managen“:⁷⁶ „The behaviour of the media (...) is intimately related to the unity and clarity of the government itself, as well as to the degree of consensus in the society at large.”⁷⁷

⁶⁸ Vgl. Bennett (1997): S. 103. Wörtlich heißt es hier: „No matter how realistic they may seem, however, news accounts are representations – that is, symbolic constructions – of distant political realities that the vast majority of people never experience firsthand.”

⁶⁹ Vgl. Entman / Paletz (1981): S. 22. Wörtlich heißt es: „News is not neutral.”

⁷⁰ Vgl. ebd., S. 11.

⁷¹ Vgl. ebd., S. 184.

⁷² Vgl. ebd., S. 186.

⁷³ Vgl. Hahn (1998): S. 41: „Thus, in both news and entertainment the status quo is favored. This bias has political ramifications, obviously, but it is not a liberal or conservative bias because it continues regardless of who is in control of the government. The media presumption always favors the rulers.”

⁷⁴ Vgl. Callaghan/-Schnell (2001): S. 183.

⁷⁵ Vgl. Hallin (1994): S. 11.

⁷⁶ Ebd..

⁷⁷ Hallin (1986): S. 213.

Die Verzerrung politischer Berichterstattung in Medien bezeichnet Bennett als die Ursache der Krise des amerikanischen Mediensystems, die sich in Entertainingisierung der Nachrichten ebenso niederschlägt wie in sinkenden Verkaufs- und Zuschauerzahlen sowie dem stetig sinkenden Vertrauen der Mediennutzer in das, was Journalisten und Medienunternehmen als Nachrichten präsentieren.

Als Ursache macht Bennett die Mechanismen des Indexing aus, vor allem die Annahme, dass Journalisten politischen Eliten zu nahe stehen würden.⁷⁸ Für ausschlaggebend hält Bennett neben den oben bereits geschilderten Mechanismen der Nachrichtenentstehung einerseits auch eine Professionalisierung der Kommunikatoren andererseits.⁷⁹ Die Journalisten sind nach dieser Deutung selbst Teil jener Elite, die bestimmt, welche Interpretationen der politischen Wirklichkeit an die Bürger herangetragen werden.

Welche Auswirkungen die Professionalisierung der Kommunikatoren auch und vor allem im Lager der Regierung einerseits und die vermeintliche Verlässlichkeit dieser Quellen für Journalisten andererseits auf Mediendiskurse haben können, beschreibt Bennett für das amerikanische Mediensystem an einem gravierenden Medien- und Politik-„Desaster“: dem Irak-Krieg.

In der Diskussion um den Irak-Krieg in den USA hat die amerikanische Regierung gezielt durch eine Medienkampagne Vorbereitungen getroffen, die auch die amerikanische und internationale Öffentlichkeit auf Kriegskurs bringen sollte.⁸⁰

Neben einer politischen und mediengerechten Inszenierung, die eine gewünschte politische Bewertung des Iraks und des Hussein-Regimes durch die Bush-Regierung in einen für die Medien leicht zu transportierenden Rahmen einbetten sollte, kam es im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg jedoch zu einer viel schwerwiegenderen Verzerrung des Diskurses, der für die Medien und auch für die Weltöffentlichkeit erst im Nachhinein sichtbar wurde. Die US-Regierung hatte gezielt Beweise unterschlagen und falsche Verdächtigungen präsentiert, die von den Medien ungeprüft übernommen wurden.⁸¹

⁷⁸ Vgl. Bennett/Lawrence/Livingston (2007): S. 1 sowie S. 4.

⁷⁹ Vgl. ebd., S. 3.

⁸⁰ Vgl. ebd., S. 17.

⁸¹ Vgl. ebd., S. 13.

Unzweifelhaft werden Vorgänge wie die Legitimierung des Irak-Krieges durch die Bush-Regierung jedoch auch in Medien kritisiert und oftmals sogar aufgedeckt. Doch die damit verbundene Kritik an der Regierung wird zumeist von politischen Eliten selbst ausgesprochen: Wenn es also zwischen politischen Eliten zu einem Dissens kommt, so die Annahme der Vertreter von Indexing, dann kommt es auch in den Medien zu Kritik an Positionen der Regierung. Denn dass es auch kritischen Journalismus gibt, gilt ja als unbestritten – aber ist die Kritik aus dem politischen System selbst heraus verursacht?

2.2.3 Kritischer Journalismus im Konfliktfall

Die Indexing-Hypothese geht nicht davon aus, dass keine Kritik an politischen Führern über die Medien vermittelt oder ausgeübt wird. Vielmehr dienen die Medien lediglich als eine Art Vehikel für Kritiker innerhalb der Regierung oder der politischen Elite und sind so nur Transporteur, nicht eigentliche Quelle der Kritik. Fundamentale Kritik von außerhalb des politischen Systems wird dabei jedoch ausgeblendet.⁸² Dies stellt nicht etwa ein Problem von idealistischen Normen oder Perspektiven des Mediensystems dar. Denn gerade in außenpolitischen Fragen, in denen über den Einsatz militärischer Mittel entschieden wird, besteht unter den politischen Eliten häufig Konsens, während die Bevölkerung oftmals aufgrund fehlender Kenntnis über den oft weit entfernten Krisenherd für ein ausreichendes Bild des Konflikts auf die Medien angewiesen ist.

Wenn nun Nicht-Regierungsakteure, die gegen den politischen Konsens argumentieren, im politischen Diskurs ausgeblendet werden, besteht die Gefahr, dass Medien der Bevölkerung nicht die Möglichkeit geben, sich eine auf Abwägung der Argumente begründete Meinung zu bilden.⁸³ Zudem entspricht es nicht dem Bild, das Politiker, Bevölkerung und Journalisten sowie das Bundesverfassungsgericht hinsichtlich der Aufgabe von Medien haben⁸⁴. Strategien werden, treffen die Annahmen der Indexing-Hypothese zu, nicht ausführlich diskutiert, sondern vorgegeben.⁸⁵

⁸² Vgl. Mermin (1999): S. 7. Wörtlich heißt es: „Under the indexing rule, the press is independent of the *president*, but not the *government*, as it does not offer critical analysis of White House policy decisions unless actors inside the government (most often in Congress) have done so first.”

⁸³ Vgl. ebd..

⁸⁴ Für die USA argumentieren beispielsweise vgl. Mermin (1999) und Lawrence (2003) mit dem First Amendment, also der ersten Verfassungsänderung, die den US-Medien Freiheiten einräumt, die diese zur Kontrolle der Regierung und damit zur Fundamentierung und Sicherung der Demokratie verliehen bekommen. Mermin geht davon aus, dass sowohl Journalisten als auch Politiker die Medien als Kontrollinstanz betrachten (S. 9).

⁸⁵ Vgl. Bennett / Paletz (1994): S. 21.

2.3 Weiterentwicklung der Indexing-Hypothese

Der Kommunikationswissenschaftler Jonathan Mermin⁸⁶ erweiterte die Indexing-Hypothese, er will sie nicht etwa widerlegen. Seine Argumentation lautet, dass es selbst im Konsens-Fall Kritik gibt, sich diese kritische Berichterstattung aber allein auf die von der Regierung gesteckten Ziele bezieht. Dies erkläre, warum außerhalb des wissenschaftlichen Diskurses Medien oftmals als überkritisch gegenüber der Regierung empfunden würden.⁸⁷ Die Kritik verstummt erst dann, wenn sich ein Konsens im politischen Raum eingestellt hat und sich der eingeschlagene politische Weg als effektiv herausstellt.⁸⁸

Zu den Grundannahmen der Indexing-Hypothese – der Orientierung an offiziellen Stellen, aber auch der Darstellung beider Seiten, wenn es zu Kritik in der politischen Elite kommt – formuliert Mermin eine weitere Annahme, die er als Ergänzung der Indexing-Hypothese versteht: „When conflict is not found among official sources, reporters try to fulfill the ideal of independent, balanced coverage by finding conflicting possibilities in the efforts of officials to achieve the goals they have set.”⁸⁹ Nicht die Entscheidung selbst wird in den Medien also kritisiert, sondern die Einhaltung der selbst gesetzten Ziele der Politiker wird kritisch hinterfragt. Also nicht das Ziel, sondern die Strategie und deren Erfüllung durch die jeweilige Regierung werden thematisiert. Mermin geht übrigens davon aus, dass diese Annahme nicht nur für den hinsichtlich der Indexing-Hypothese gut untersuchten Bereich der Außenpolitik zutrifft, sondern – wenn auch in abgeschwächter Form – auch für innenpolitischen Debatten.⁹⁰

Zu den bereits bezüglich der Kritik an Regierungshandeln in der einschlägigen Forschung vorgenommenen Modifikationen der Indexing-Hypothese kamen in den letzten Jahren noch weitere Ausdifferenzierungen hinzu, die vor allem über die Prozesse Aussagen treffen. Im Folgenden sollen diese Modifikationen vorgestellt werden. Zunächst wird eine Differenzierung dargestellt, wie sie Zaller und Chiu (2000) vorgeschlagen haben. Dann wird auf das Kaskaden-Modell zurückgegriffen, das Entman entwickelt hat.

⁸⁶ Mermin (1996).

⁸⁷ Vgl. Mermin (1996): S. 182. Wörtlich heißt es: „In other words, when there is consensus in Washington, the media are vigilant for signs that the president is not achieving the goals he has set, and the political fallout that may follow.”

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 183.

⁸⁹ Ebd., S. 191.

⁹⁰ Vgl. ebd..

2.3.1 Source, Power und Political Indexing

Zaller und Chiu⁹¹ modifizieren die Indexing-Hypothese, indem sie unterschiedliche Formen von Indexing unterscheiden: Source Indexing, Power Indexing und Political Indexing. In einer Sekundärstudie werten sie außenpolitische Konflikte der USA zwischen 1945 und 1991 aus – unabhängig davon, ob zu militärischen Mitteln gegriffen wurde oder nicht (vgl. 3.1.2). Das bislang als Indexing-Hypothese bekannte Konzept nennen sie Source Indexing: „What drives indexing, on this view, is the pervasive and direct dependence of journalists on sources for everything they report.”⁹² Gemeint ist hier also die Grundannahme der Indexing-Hypothese, dass Journalisten in ihrer Berichterstattung Quellen nutzen, der Rang der Quelle für die Gewichtung der Aussage ausschlaggebend ist und sich daraus Beiträge ergeben, die gewichtete Haltungen im politischen Raum widerspiegeln. Eine weitere Variante von Indexing nennen sie Power Indexing. Darunter verstehen sie, dass Journalisten dazu tendieren, Quellen zu zitieren, die Aussagen darüber treffen können, welche politischen Entscheidungen als Nächstes unternommen werden: „Another, more sophisticated possibility is that journalists may consider information newsworthy in proportion to its capacity to foretell or affect future events.”⁹³ Auch das kann erklären, warum die Regierung viel größere Chancen hat, dass die eigene Haltung in den Medien bevorzugt wird, weil sie die politische Agenda vorgibt.

Als Political Indexing bezeichnen Zaller und Chiu hingegen, dass es in vielerlei Hinsicht den Präsidenten vorbehalten ist, eine Krise als solche zu identifizieren, um von einem anderen Vorgang abzulenken, der ebenso gut als Krise bezeichnet werden könnte. Die Definition, was eine Krise ist, obliegt also zunächst dem jeweiligen Regierungschef.⁹⁴ Diese Annahme entspricht der oben bereits ausgeführten Agenda-Building-Funktion der Regierung, geht aber auch darüber hinaus: Die Regierung wird sich, so Zaller und Chiu, auf jene Entscheidungen konzentrieren, in denen sie sich Gefolgschaft verspricht, andere Entscheidungen wird sie eher meiden. Source-, Power- und Political Indexing versuchen, die Hypothese bezüglich unterschiedlicher politischer Konstellationen zu modifizieren. Ein relativ neues Konzept entwickelte Entman⁹⁵, der Indexing als Folge eines komplexen Netzwerkes sieht, das die gesellschaftlichen Akteure bilden.

⁹¹ Zaller/Chiu (1999).

⁹² Ebd., S. 24.

⁹³ Ebd..

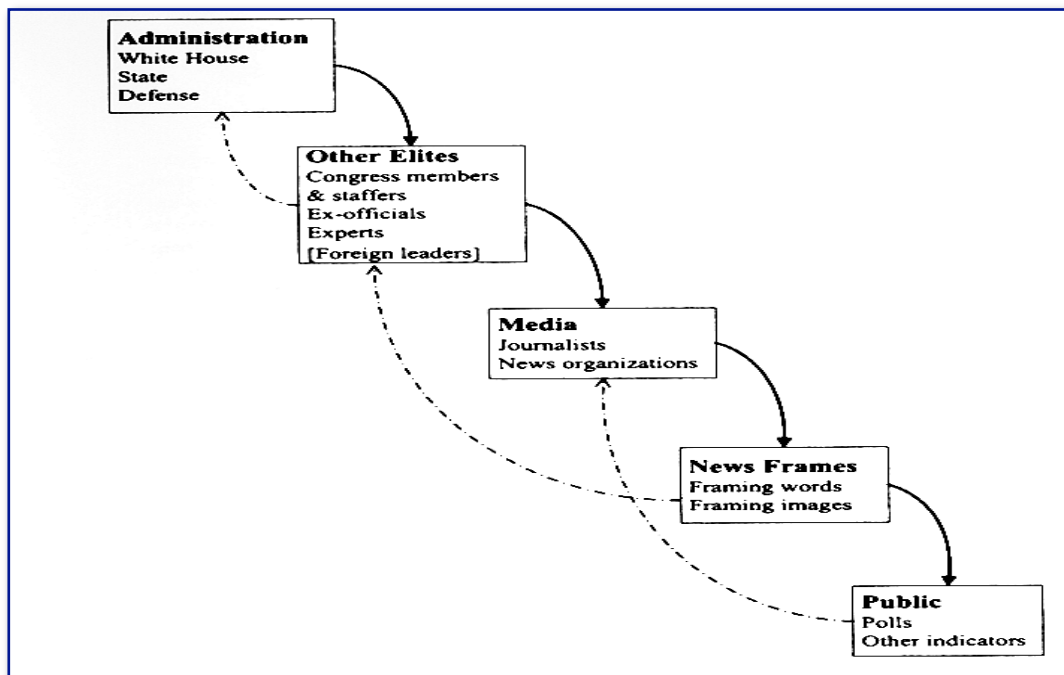
⁹⁴ Vgl. Zaller/Chiu (1999): S. 25.

⁹⁵ Vgl. Entman (2004).

2.3.2 Das Kaskaden-Modell

Ein weiterer Ansatz, der im Zuge der Indexing-Forschung entwickelt wurde und der die prozessualen Mechanismen des Indexing zu beschreiben versucht, ist das Kaskaden-Modell.⁹⁶ Entman erklärt das Zusammenspiel, das zwischen den gesellschaftlichen Akteuren wirkt, mit dem Framing-Konzept. Framing bedeutet, auszuwählen und zu gewichten im Sinne einer speziellen Problembearbeitung, der Herstellung eines Ursache-Wirkungs-Zusammenhangs, einer moralischen Einschätzung oder einer Handlungsempfehlung.⁹⁷ Frames definieren Probleme:⁹⁸ Sie legen fest, „what a causal agent is doing with what costs and benefits“.⁹⁹ Frames diagnostizieren Ursachen: „[They] identify the forces creating the problem“.¹⁰⁰ Frames fällen moralische Urteile: „[They] evaluate causal agents and their effects“¹⁰¹. Schließlich empfehlen Frames Universalmittel: „[They] offer and justify treatments for the problems and predict their likely effects“.¹⁰² Entman entwickelte ein Kaskaden-Modell¹⁰³, das die Beziehungen zwischen der Regierung, der politischen Elite, den Journalisten und der Bevölkerung beschreiben will:

Abbildung T 1
Kaskaden-Modell nach Entman (2004)¹⁰⁴



⁹⁶ Vgl. Entman (2004).

⁹⁷ Ebd., S. 26 f. sowie Entman (1993).

⁹⁸ Entman (1993): S. 52.

⁹⁹ Ebd..

¹⁰⁰ Ebd.,

¹⁰¹ Ebd..

¹⁰² Ebd..

¹⁰³ Vgl. Entman (2004): S. 10.

¹⁰⁴ Ebd..

Unabhängig vom Framing-Konzept, das in dieser Untersuchung nicht angewandt werden soll¹⁰⁵, stellt Entman den Zusammenhang zwischen öffentlicher Meinung, Medien und politischen Akteuren bzw. Eliten als Kaskade dar, in der sich die einzelnen Akteure gegenseitig beeinflussen.¹⁰⁶

Journalisten stellen in ihrer Berichterstattung dar, ob Quellen in ihren Aussagen übereinstimmen, oder ob sie miteinander streiten und unterschiedliche Deutungen einbringen. Dass sich das Kaskaden-Modell in einen Kontext mit Indexing stellen lässt, zeigen die Anforderungen Entmans an einen Diskurs jenseits der reinen Vermachtung durch die Regierung und offizielle Stellen. Er geht davon aus, dass Mediennutzer von den offiziellen Stellen erwarten, Themen und Ereignisse in einen Rahmen zu stellen. Dieser wird weitgehend vom Weißen Haus vorgegeben, wenn keine alternativen Deutungen zur Verfügung stehen.¹⁰⁷ Entman, der sich in seinem Modell auf das Framing-Konzept stützt, beschreibt und modifiziert die Indexing-Hypothese, indem er von den bei Bennett vorgeschlagenen reinen Zitaten auf die Deutungen zurückgreift, die von Medien zur Verfügung gestellt werden.

Das Kaskaden-Modell hat auch noch einen weiteren interessanten Aspekt: Kaskaden werden als Prozesse beschrieben, haben also eine zeitliche Dimension. Diese ist bislang im Hinblick auf Indexing unzureichend untersucht worden. Die Regierung hat durch ihre Agenda-Building-Funktion einen zeitlichen Vorsprung gegenüber anderen Akteuren, die nicht im vermachteten politischen Zentrum agieren – angefangen bei der Opposition über die Parlamentsfraktionen und Parlamentarier bis hin zu Verbands- und NGO-Vertretern. Doch ist eine politische Entscheidung von der Regierung angekündigt, werden auch diese Akteure versuchen, ihre Deutungen in den Mediendiskurs einzuspeisen und gegebenenfalls das Regierungshandeln zu hinterfragen, ist es nicht in ihrem Sinne.

¹⁰⁵ Als Methode dient in dieser Untersuchung die Argumentationsanalyse. Wenn Frames etwa vom politischen Raum in die Medienberichterstattung eingebracht werden, würde das auch in Argumentationen feststellbar sein. Somit ist das Kaskaden-Modell durch diese Form der Untersuchung abgedeckt, auch wenn nicht explizit Frames untersucht werden.

¹⁰⁶ Vgl. Entman (2004): S. 9: „The more often journalists hear similar thoughts expressed by their sources and by other news outlets, the more likely their own thoughts will run along those lines, with the result that the news they produce will feature words and visuals that confirm the same framing.”

¹⁰⁷ Vgl. Entman (2004): S. 17: „The cascade model suggests that the media should provide enough information independent of the executive branch that citizens can construct their own counterframes of issues and events”. Entman zitiert hier nach Page/Shapiro (1992) sowie Zaller/Chiu (2000).

2.4 Indexing entgegenstehende Ansätze

Bereits oben wurde als Ansatz das Agenda Building genannt, in dem davon ausgegangen wird, dass Medien durch Politiker in ihrer Berichterstattung beeinflusst werden, weil diese ihre Agenda in die Medien speisen. Dieser Ansatz geht mit Indexing in gewisser Weise konform. Die ursprüngliche These ist allerdings das Agenda-Setting-Konzept.

„Im *deutschen Sprachraum* wird der Terminus ‚Agenda Setting‘ mit ‚Themenstrukturierungsfunktion‘ der Massenmedien übersetzt.“¹⁰⁸ Bereits dieser Begriff macht deutlich, dass in dem Konzept des Agenda Settings davon ausgegangen wird, dass Medien einen starken Einfluss auf politische Debatten haben. Einschränkend muss allerdings hinzu gefügt werden, dass die Agenda-Setting-Forschung von Beginn an ihren Fokus auf den Rezipienten richtete, es handelt sich dabei also anders als bei Indexing um eine Hypothese der Medienwirkungsforschung.¹⁰⁹ Zieht man in Betracht, dass Agenda Setting also die Wirkung von Medieninhalten fokussiert, während die Indexing-Hypothese die Entstehung der Medieninhalte und mithin der Medienagenda theoretisch formuliert, so steht Agenda Setting auf den zweiten Blick der Indexing-Hypothese nicht entgegen. Wie oben bereits gezeigt wurde, ergänzt das Konzept von Agenda Building sogar diese vermeintliche Kluft.

Ähnlich wie das Agenda Setting steht das Konzept der instrumentellen Aktualisierung auf dem ersten Blick Indexing als These gegenüber.¹¹⁰ Das Konzept basiert auf der Annahme, dass in einem publizistischen Konflikt, der über die Medien ausgetragen wird, instrumentelle Gegebenheiten berücksichtigt werden müssen.

„Bei der instrumentellen Aktualisierung versucht der Kontrahent, instrumentelle Gegebenheiten in den Vordergrund zu rücken, die seine Position stützen bzw. die Position seines Gegners schwächen.“¹¹¹ Das Konzept Keplingers zielte wie bereits das Agenda Setting-Konzept auf die Medienwirkung ab, geht aber davon aus, dass

¹⁰⁸ Rössler (1997), S. 62. Betonung im Original.

¹⁰⁹ Vgl. die Chapel Hill-Studie, die von McCombs und Shaw (1972) veröffentlicht wurde.

¹¹⁰ Vgl. Keplinger (1989), S. 12: „Intentionen, die völlig oder vorrangig auf Zwecke jenseits der Berichterstattung zielen, liegen vor allem dann vor, wenn Journalisten in Konfliktfällen durch ihre Berichterstattung zielgerichtet einen der Gegner und damit eine von mehreren möglichen Entwicklungen behindern bzw. fördern“.

¹¹¹ Keplinger (1994): S. 221.

„Massenmedien einen relativ großen Einfluss auf die Kenntnisse, jedoch nur einen vergleichsweise geringen Einfluss auf die Meinungen der Bevölkerung besitzen.“¹¹²

Diese in der Bevölkerung bereits vorhandenen Meinungen sind es, an der sich politische Kontrahenten orientieren, wenn sie versuchen, „instrumentelle Gegebenheiten zu aktualisieren, um für die eigene bzw. gegen die andere Seite zu sprechen, als den Versuch zu machen, die Meinungen zu einem bestimmten Sachverhalt zu verändern.“¹¹³ Hier fällt die Ähnlichkeit des Ansatzes zum oben dargestellten Kaskaden-Modell auf, das ebenfalls davon ausgeht, dass auch die Bevölkerungshaltung eine nachhaltige Wirkung auf Medieninhalte hat. Zwar sind es auch hier die Akteure des politischen Spektrums, die in den Medien ihre Deutungen platzieren können, sie orientieren sich aber an bereits vorhandenen Einstellungen in der Bevölkerung (oder an den Annahmen über diese). Auch Kepplingers Ansatz steht auf den zweiten Blick Indexing nicht so fern wie zunächst angenommen.

Ein Ansatz, der auch auf die Entstehung von Nachrichten fokussiert, ist die Nachrichtenwerttheorie im Zusammenhang mit dem Gatekeeper-Konzept.¹¹⁴ Demnach sind es bestimmte Nachrichtenfaktoren, aber auch Einstellungen des Journalisten, die zu einer Veröffentlichung führen. Die Indexing-Hypothese stellt aus dieser Perspektive lediglich auf verschiedene Nachrichtenwert-Faktoren ab, nämlich auf den Faktor „Bezug auf Elite-Personen“, auf den Faktor „Negativismus“, wenn es um politische Konflikte geht, oder auf den Faktor „Bedeutsamkeit“, da politische Entscheidungen Auswirkungen auf viele Bürger haben können.¹¹⁵ Insofern stehen sich auch hier die Annahmen der Indexing-Hypothese bzw. der Nachrichtenwert-Forschung nicht diametral gegenüber. Vielmehr scheint die Perspektive des Indexing die politischen Konsequenzen der Medienberichterstattung aus bestimmten Nachrichtenwert-Faktoren zu beleuchten.

Ein der Indexing-Hypothese zunächst ebenso entgegenstehender Ansatz ist die Annahme eines sogenannten CNN-Effekts. Grundlage für die Formulierung dieser Annahme war die technische Weiterentwicklung im Bereich des Fernsehens, das etwa Live-Berichterstattung von eskalierenden Krisen direkt vom Krisenherd ermöglichte.

¹¹² Ebd..

¹¹³ Ebd..

¹¹⁴ Angesichts der Fülle an Literatur zur Nachrichtenwerttheorie und dem Gatekeeper-Konzept würde auf den zusammenfassenden Aufsatz von Schulz (1999) zurückgegriffen.

¹¹⁵ Vgl. Schulz (1999), S. 331.

Die Hypothese geht davon aus, dass die Live-Berichterstattung über Krisenherde direkte oder indirekte Auswirkungen auf außenpolitische Entscheidungen, wie etwa die Entsendung von Truppen in einen Krisenherd hat.

Die in den Printmedien bewerteten Ereignisse sowie Interviews mit Entscheidungsträgern und Stellungnahmen von offiziellen Stellen in den Berichten nehmen Bezug auf die Live-Berichterstattung der Nachrichtensender, deren Programm nur von einem Bruchteil der Bevölkerung verfolgt wird.¹¹⁶

Während Nachrichtensender wie CNN durch die Satelliten-Technik zunehmend zeitgleich mit den Ereignissen aus Krisengebieten berichten, hat sich laut CNN-Effekt auch die Berichterstattung in den Printmedien gewandelt: Emotionale Stilformen wie Reportagen aus Krisengebieten und Berichterstattung nach dem Verfahren der „on-the-spot“-Darstellung gehen auf Kosten der Analyse von Krisensituationen. Die Berichterstattung wird zusehends unmittelbar (immediate), sensationell (sensational) und durchdringend (pervasive).¹¹⁷

Es existieren aber auch Annahmen bezüglich einer schwächeren Form des CNN-Effekts, die sich der oben dargestellten Indexing-Hypothese wieder annähern: Die stetige Live-Berichterstattung führt demnach nicht unmittelbar zu einer Intervention, mit ihrer Hilfe ist es aber möglich, eine andauernde militärische Intervention durchzuführen, da sie Unterstützung bei der Bevölkerung hervorruft¹¹⁸.

Die Darstellung der grundlegenden theoretischen Annahmen und Weiterentwicklungen der Indexing-Hypothese sowie der entgegen stehenden Thesen sind nun abgeschlossen. Im folgenden Kapitel soll ein Überblick über den Forschungsstand zur Indexing-Hypothese in den USA, aber auch in Deutschland, gegeben werden.

¹¹⁶ Vgl. Gowing (1994): S. 49: „The impact is indirect via the newspaper cuttings and/or the political process. ‚Editorial policies of major newspapers have consequences among the elites and the policy makers,‘ confirmed, Mark Gearan, the White House communications director.”

¹¹⁷ Vgl. Hoge (1994): S. 136.

¹¹⁸ Vgl. Robinson (2000): S. 410. Robinson berichtet über Ergebnisse der inhaltsanalytischen Auswertung des Kosovo-Krieges mit dem Hintergrund der Hypothese eines CNN-Faktors, dass die Live-Berichterstattung wohl zu Luftangriffen führen könnte, der Einsatz von Bodentruppen sei aber – zum Beispiel beim zweiten Golfkrieg – keineswegs durch den CNN-Effekt zu verhindern oder durch diesen veranlasst. Robinson erwähnt im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg vielmehr die Indexing-These Bennetts und Mermins.

3. Forschungsstand

Die theoretische Entwicklung der Indexing-Hypothese war von Beginn an eng an empirische Untersuchungen geknüpft. Die folgenden Darstellungen sollen einen Überblick über zentrale Studien zum amerikanischen Mediensystem verschaffen, um anschließend Studien über das deutsche Mediensystem vorzustellen. Dabei wurde zunächst bei der Literaturrecherche auf Studien zurückgegriffen, die sich explizit auf die Indexing-Hypothese beziehen. Doch auch Studien, die Quellen untersuchen und damit Aussagen über eine zentrale Annahme der Indexing-Hypothese treffen, wurden in einer Auswahl in die Darstellung aufgenommen.

Begonnen wird mit einer Darstellung der Debatte in den USA, da hier die Indexing-Hypothese zuerst formuliert wurde. Unterschieden wird dabei in innen- und außenpolitische Perspektive, die untersucht wird. Allerdings ist festzustellen, dass es sich im Rahmen von innenpolitischen Debatten vorwiegend um Studien handelt, die ihren Fokus auf die Quellen richteten und Indexing zumeist nicht nannten. Zur Begründung, warum auch diese Studien dargestellt wurden, sei auf den noch äußerst lückenhaften Forschungsstand zu Indexing beispielsweise im Hinblick auf innenpolitische Debatten hingewiesen. Die hier dargestellten Studien ohne Indexing-Hintergrund sollen nur exemplarisch dabei helfen, diese Felder in die Forschung einzuordnen.

3.1 Stand der empirischen Forschung zu Indexing in den USA

3.1.1 Indexing in innenpolitischen Debatten in den USA

Die erste und bekannteste Studie zu Quellen in den beiden US-Tageszeitungen Washington Post und New York Times stammt von Sigal¹¹⁹. Darin untersucht er inhaltsanalytisch Seite 1-Stories aus den Jahren 1949 bis 1969. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, dass offizielle Stellen, zumeist Regierungsvertreter, signifikant häufiger als Quellen zitiert wurden als alle anderen Akteure.¹²⁰

Dass Regierungsvertreter die politische Berichterstattung als Quellen beherrschen, belegte eine 1987 veröffentlichte Studie von Brown, Bybee, Wearden und Straugham: In einer Analyse von insgesamt 846 Titelseiten in der New York Times, der Washington Post und

¹¹⁹ Vgl. Sigal (1973).

¹²⁰ Ebd., S. 124 f.. Von allen Quellen waren demnach 46,5 Prozent US-Offiziellen zuzuordnen, 27,5 Prozent waren internationale Offizielle. Ging es um die Berichterstattung aus Washington, waren 85,1 Prozent der Quellen in den untersuchten Berichten US-Offizielle.

vier regionalen Tageszeitungen in den Jahren 1979 und 1980 wurden 5.248 Quellenangaben identifiziert. 31 Prozent der Quellenangaben bezogen sich direkt auf Vertreter der US-Regierung, mehr als die Hälfte der Quellen stammte aus Organisationen der Regierung. Nur ein Viertel der Quellen waren von Akteuren der Nicht-Regierungsorganisationen, vier Prozent „non-affiliated US-Citizens“¹²¹, also Bürger.

Dabei unterschieden sich die regionalen von den nationalen Tageszeitungen: In den regionalen Zeitungen wurden weniger nationale Regierungsvertreter zitiert, diese wurden allerdings durch lokale und regionale Politiker wie Gouverneure und Bürgermeister ersetzt. Die Autoren der Studie kommen dann auch zu dem Schluss: „This seems to be a clear indication of the dominance of elite news sources.“¹²²

Eine empirische Untersuchung der Debatte über Gesetze zum privaten Waffenbesitz in den USA kommt zu dem Schluss, dass erst Uneinigkeit in der politischen Elite dazu führt, dass Medien Themen kontrovers diskutieren. Das Thema privater Waffenbesitz ist in den USA stark ideologisch besetzt. Seit vielen Jahren flammen angesichts aktueller Ereignisse wie Amokläufe oder aufsehenerregender Verbrechen die Debatten über das Waffenrecht in den Medien auf. Die Autoren der Studie stellen fest, dass Journalisten dann durch eigene Standpunkte Einfluss auf eine Debatte zu nehmen versuchen, wenn sich die politischen Eliten untereinander nicht einig sind.

Dominant ist dennoch die Beziehung zwischen Medienvertretern und politischen Akteuren, wenig Einfluss haben die Bürger darauf, wie ein Thema in den Medien diskutiert wird. Politische Akteure und die Journalisten selbst beherrschen auch innenpolitisch kontroverse Debatten in den USA, folgert die Studie.¹²³

Medieninhalte sind aber deshalb keine reinen Spiegelbilder der politischen Arena. Gerade bei umstrittenen Themen sind es auch oft die Medienmacher selbst, die deuten und so den politischen Raum beeinflussen: Die Rolle der Medien sei einerseits die einer eigenständigen Institution, andererseits ein Kanal zur Verbreitung der Deutungen von Akteuren außerhalb der Medien:

¹²¹ Brown/Bybee/Wearden/Straugham (1987): S. 48 f.

¹²² Ebd., S. 49.

¹²³ Vgl. Callaghan/Schnell (2001): S. 183.

„In contrast, we conceptualize the media’s role as a dual one: as institutional players who construct and promote unique frames of their own, as well as a conduit for the dissemination of other players’ frames“.¹²⁴ Die politische Elite befände sich in einem stetigen Wettbewerb untereinander um die Deutungshoheit zu einem konkreten Thema. „They must compete against each other for issue leverage and to obtain their desired ends. This strategic dance is typically defined by a high level of conflict and well organized opposition on both sides of the debate“.¹²⁵

Dass die Verortung der jeweiligen Medien (lokal oder überregional) sowie der jeweiligen politischen Akteure eine Rolle in der Berichterstattung spielt, belegt eine Studie auf Basis der Indexing-Hypothese, die Fackler und Frensley¹²⁶ vorstellten: Sie verglichen zwei Terror-Warnungen miteinander, die zum einen durch den amerikanischen Generalstaatsanwalt John Ashcroft, zum anderen vom kalifornischen Gouverneur Gray Davis verbreitet wurden. Ashcrofts Terror-Warnung wird als „Second national terrorist alert“ bezeichnet.

Gouverneur Davis veröffentlichte eine Warnung dahingehend, dass Terroristen angeblich Brücken entlang der Westküste der USA sprengen wollten. Fackler und Frensley untersuchten regionale und überregionale Tageszeitungen. Ihr Interesse galt dabei den Quellenangaben bzw. dem Bezugspunkt der Berichterstattung: Sie untersuchten, ob in den regionalen Tageszeitungen häufiger die Davis-Warnung und in den überregionalen Zeitungen (Washington Post, New York Times, Los Angeles Times sowie Agenturmeldungen von Associated Press) demzufolge häufiger die Ashcroft-Warnung zitiert und diskutiert wurde.

Eine Untersuchung der Debatte im Zusammenhang mit der Clinton-Lewinsky-Affäre¹²⁷ widerspricht der Deutung zahlreicher Kommunikationswissenschaftler in den USA, Präsident Bill Clinton hätte während der Affäre nur deshalb so hohe Umfragewerte trotz des Skandals und des Amtsenthebungsverfahrens erreicht, weil Amerika zu diesem Zeitpunkt nicht in einen Krieg verwickelt und die wirtschaftliche Entwicklung positiv war.

¹²⁴ Ebd., S. 184.

¹²⁵ Ebd., S. 186.

¹²⁶ Vgl. Fackler/Frensley (2002).

¹²⁷ Vgl. Bennett / Lawrence (2001).

Bennett und Lawrence deuten diese Umfragewerte vielmehr als ein Ergebnis der Tatsache, dass sich die Medien zu einem Großteil der Haltung der Bevölkerung anschlossen, dass es sich bei der Clinton-Lewinsky-Affäre um eine private Angelegenheit des Präsidenten handelte: „For example, of the plurality of 41 percent of respondents to a Los Angeles Times poll in September 1998 who said Congress should ‚drop the matter‘ rather than impeach or censure Clinton, 35 percent, the largest group of the open-ended responses by far, said it should be dropped because it was a private family matter”¹²⁸.

Diese Distinktion – privat/öffentlich – fand sich auch in einer Studie zur anfänglichen Berichterstattung der New York Times, ein Indiz für Bennett und Lawrence, dass die Bevölkerungsmeinung nicht nur von den externen Faktoren bzw. Rahmenbedingungen gebildet wurde, sondern auch dadurch, dass zumindest Leitmedien wie die New York Times die Deutung des Skandals als ein privates Problem des Präsidenten übernahmen: „a significant proportion (37 percent) were direct descriptions of the Lewinsky story as a ‚private matter‘ or ‚private affair‘ or euphemistic references to Clinton’s private life.”¹²⁹

Bennett hat zusammen mit Lawrence und Livingston auch innenpolitische Debatten der Ära Bush beleuchtet.¹³⁰ Eine Studie vergleicht die Berichterstattung führender US-amerikanischer Medien im Irak-Krieg, nach Bekanntwerden der Fotos von Folterungen irakischer Gefangener im US-Militärgefängnis Abu Ghraib sowie die Berichterstattung nach dem Orkan „Katrina”, der eine Spur der Verwüstung durch New Orleans nach sich zog und vor allem für die arme Bevölkerung zu einer Katastrophe wurde. Die Mediendebatte um die Fotos aus dem Gefängnis von Abu Ghraib stellt zwar keinen rein innenpolitischen Diskurs dar, doch da sie von den Autoren in Kontrast zu der Debatte nach dem Orkan Katrina gesetzt wird, soll diese Debatte in diesem Kapitel abgehandelt werden.

In der Medienberichterstattung zum Folterskandal in Abu Ghraib fanden die Autoren die Erwartungen der Indexing-Hypothese bestätigt: „In the early stages of the story, following the release of horrifying photos from the Abu Ghraib prison, the available evidence supporting a deeper discussion about torture policy simply did not have

¹²⁸ Ebd., S. 432.

¹²⁹ Ebd., S. 435.

¹³⁰ Bennett/Lawrence/Livingston (2007).

powerful government champions capable of challenging the Pentagon or the White House, and so the story was written as the Bush White House and Pentagon would have it: a case of isolated, if regrettable, low-level *abuse*.¹³¹

Die Vertreter der Bush-Administration nannten die Vorgänge in Abu Ghraib Einzelfälle, sie bezeichneten sie als Missbrauch einzelner Soldaten. Diese Deutung wurde zunächst von den Medien übernommen.¹³² Erst als ein hoher Vertreter der Regierungsfraktion, Senator John McCain, selbst Republikaner wie Präsident George W. Bush, eine Mehrheit im Senat für eine „Mahnung“¹³³ gegen Folter mobilisierte, wurde der Ausdruck Folter häufiger und prominenter in der Medienberichterstattung genannt.

Dennoch dominierten die Deutungen der Bush-Regierung eindeutig, wie folgende Tabelle verdeutlicht. Die Daten basieren darauf, welcher Begriff als erstes in den untersuchten Artikeln genannt wurde.

Tabelle T 2
Zuerst verwendete Bezeichnung in der Washington Post, die Abu Ghraib
beschrieben, zwischen 1. April und 31. August 2004¹³⁴

Genre	Missbrauch	Folter	Misshandlung	Skandal
Nachrichten (n=242)	81% (n=188)	3 % (n=9)	3 % (n=7)	12 % (n=29)
Leitartikel (n=52)	61 % (n=32)	17 % (n=9)	3 % (n=2)	13 % (n=7)

Die Ergebnisse bezüglich des Folderskandals in Abu Ghraib, die die Annahmen der Indexing-Hypothese bestätigen, werden von den Autoren der Studie zu den Ergebnissen ihrer Untersuchung in einer weiteren Mediendebatte in Kontrast gesetzt: über die Folgen des Hurrikans Katrina Ende August 2005, der weite Teile der Stadt New Orleans verwüstete. Bennett, Lawrence und Livingston kommen zu dem Schluss, dass „wagemutige Journalisten“ nicht nur die Katastrophe selbst und das Elend der Armen in New Orleans sowie die Auswirkungen darstellten, sondern auch das Versagen der Regierung:

¹³¹ Ebd., S. 51 f.. Betonung im Original.

¹³² Ebd., S. 71 f.: „The case of Abu Ghraib illustrates why it is that in those times when democracy needs it most, the press is least capable of independent reporting.”

¹³³ Ebd., S. 72: „Mahnung“ ist hier eine wörtliche Übersetzung des Vorgangs „Legislative admonition“.

¹³⁴ Ebd., S. 92. Die Prozentzahlen sind offenbar gerundet.

„Intrepid journalists broadcast live reports of the storm, the flood, the human suffering, and the failure of government officials to comprehend and respond to the disaster.”¹³⁵

Aus diesen Ergebnissen der Studie folgern die Autoren jedoch keineswegs, dass eine unabhängige, nicht am offiziellen Kurs der Regierung orientierte Presseberichterstattung davon abhängt, ob es sich um außen- oder innenpolitische Debatten oder gar um Debatten mit Kriegshintergrund handelt.

Vielmehr werden in den Medien auch Themen ausgeblendet, die nicht auf der politischen Agenda stehen. Als Beispiel nennen die Autoren die Aids-Krise während der Ära Reagan, die von der US-Regierung nicht thematisiert wurde und demzufolge auch in den US-Medien über lange Zeit hinweg nur am Rande aufgegriffen worden sei.¹³⁶ Die Frage, die sich die Autoren stellen, lautet: Warum berichten Medien nicht in jeder Debatte unabhängig vom Kurs der Regierung?

Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass immer dann, wenn die diskursive, also an der Debatte orientierte Demokratie nicht funktioniert und es nicht zu einer Kontroverse zwischen Regierungs- und Oppositionslager kommt, auch die Medien sich dem Konsens anschließen, den Regierungskurs nicht hinterfragen und dadurch Konsens in der Bevölkerung herbeiführen.¹³⁷

¹³⁵ Ebd., S. 165.

¹³⁶ Vgl. ebd., S. 40.

¹³⁷ Vgl. ebd., S. 170. Hier nehmen die Autoren Bezug auf Chomsky Herman (1988), indem sie schreiben: „This not-uncommon result fuels critics such as Edward Herman and Noam Chomsky, who proclaim that the corporate-minded press is nothing more than a propaganda outlet for the state.”

Abbildung T 3

Zentrale Studien zu innenpolitischen Debatten in den USA, die entweder auf der Indexing-Hypothese basieren oder die Quellenzentrierung thematisieren

Name der Studie	Autor und Thema	Jahr	Methode	Ergebnisse
„Reporters and Officials: The Organization and Politics of Newsmaking“	Sigal über die Dominanz von offiziellen Quellen bzw. Vertretern der US-Regierung	1973	Inhaltsanalyse von Seite 1-Berichten auf den Titelseiten der New York Times und der Washington Post, die zwischen 1949 und 1969 erschienen	klare Dominanz von offiziellen Quellen bzw. von Vertretern der Regierung, häufig als einzige Quelle ohne weitere Stellungnahmen abgedruckt
„Invisible Power: Newspaper News Sources and the Limits of Diversity“	Brown/Bybee/ Wearden/Straughan über Quellennennungen auf Titelseiten von US-Zeitungen	1987	Inhaltsanalyse von 846 Titelseiten-Stories aus den Jahren 1979 und 1980 von regionalen und überregionalen US-Tageszeitungen	Offizielle Quellen dominieren die Berichterstattung, kaum Nennung von Bürgern oder Akteuren der Peripherie
„Assessing the Democratic Debate: How the News Media Frame Elite Policy Discourse“	Callaghan/Schnell über Debatten zu Waffen-Gesetzen in US	2001	Inhaltsanalyse von Mitteilungen von NGOs sowie pol. Reden („Inputs“) sowie nationale Medien („Outputs“)	Nur bei Kontroversen innerhalb der pol. Eliten berichten auch die Medien kontrovers
„When the Press Fails – Political Power and the News Media from Iraq to Katrina“	Bennett / Lawrence / Livingston über Bush-Regierung & Berichterstattung zu Hurrikan Katrina und Abu Ghraib-Skandal	2007	Inhaltsanalyse von Kommentaren und Berichten in der Washington Post sowie News des Senders CBS zu Abu Ghraib	Während es in der Debatte um die Skandalfotos von Abu Ghraib der Bush-Regierung gelingt, diese zu „managen“, entgleitet die Debatte bei Katrina der Regierung.

3.1.2 Indexing bis zum II. Golfkrieg in den USA

Eine Studie, die militärische Konflikte der USA bzw. deren Darstellung in den Medien in einem Zeitraum von 1945 bis 1991 inhaltsanalytisch untersuchte, legten Zaller und Chiu vor (Vgl. 2.3.1). Darin wurde die Haltung des Kongresses mit der Berichterstattung in den Nachrichtenmagazinen Newsweek und Time verglichen. Sie unterschieden dabei die jeweilige Haltung der Akteure des Kongresses in „Hawkishness“ und „Dovishness“, also in Falken und Tauben, wobei nicht die Haltung zu einem Militäreinsatz entscheidend war: Sowohl Tauben als auch Falken plädierten je nach Debatte für militärische Mittel.¹³⁸

Zaller und Chiu finden in ihrer Untersuchung der außenpolitischen Konflikte zwischen 1945 und 1991 die Indexing-Hypothese voll und ganz bestätigt: „In our study, the correlation between thrust of news content and congressional opinion was 0.63.“¹³⁹

Die Autoren stellen in ihrer Studie fest, dass ein rascher Meinungswandel – von der Haltung des Präsidenten, der laut Definition (es handelt sich ja um die Untersuchung von Krisen) als Falke auftritt – in den Medien von der Haltung der Falken zu denen der Tauben dann festzustellen ist, wenn auch die Haltung des Kongresses sich wandelt und mehrheitlich von der Falken- in die Tauben-Position wechselt. Einigkeit zwischen Präsident und Kongress ist für Zaller und Chiu eine wesentliche Voraussetzung, damit die Medien die Haltung im politischen Raum übernehmen. Ein festzustellender Meinungswandel veranlasst die Medien, umzuschwenken und die Gegenpositionen zu berichten.¹⁴⁰

• Vietnam 1965 – 1975

Einer der für die jüngere amerikanische Geschichte zentralsten Konflikte war der Krieg in Vietnam (1965 – 1975). Herrschende Meinung in den USA ist, dass der Vietnam-Krieg auch wegen einer kritischen Berichterstattung verloren wurde. Hallin belegte mit einer Studie der Fernsehberichterstattung während des Vietnam-Kriegs jedoch, dass es unterschiedliche Phasen in der Berichterstattung gab. Dazu untersuchte er 779 Nachrichtensendungen zwischen dem 20. August 1965 und dem 27. Januar 1973.

¹³⁸ Interessant ist diese Perspektive, die natürlich dem amerikanischen Zwei-Parteien-System geschuldet ist, auf die Tendenz in jüngster Zeit, zwischen Kriegen wie im Irak und sogenannten humanitären Interventionen wie im Kosovo zu unterscheiden. Ehemals pazifistische Parteien wie die Grünen unterstützen im Bundestag die Intervention gegen Serbien.

¹³⁹ Zaller/Chiu (1999): S. 9.

¹⁴⁰ Vgl. ebd., S. 15.

Im Gegensatz zur herrschenden Meinung über den Vietnam-Krieg kommt Hallin zu dem Ergebnis, dass es in der ersten Phase bis zur sogenannten Tet-Offensive relativ wenig kritische Stimmen in den US-Medien gab.

Die Tet-Offensive am 30. Januar 1968 führte zu einem nachhaltigen Meinungswandel in der US-Bevölkerung, so Hallin.¹⁴¹ Immer mehr Bilder und Nachrichten über verheerende Verluste der vietnamesischen Zivilbevölkerung nach flächendeckenden Bombardements drangen über das Fernsehen in die USA und überzeugten einen Großteil der Bevölkerung, dass dieser Krieg weder gerecht noch zu gewinnen sei.

Abbildung T 4
Zitierte Akteure oder Sprecher in der TV-Berichterstattung
des Vietnam-Krieges¹⁴²

	Pre-Tet Periode	Tet- Periode	Post-Tet Periode
Regierung	n=59 (26 %)	n=4 (13 %)	n=250 (28 %)
Verbündete Vietnam	n=8 (3,6 %)	n=0 (0 %)	n=33 (3,8 %)
Regierungs-Kritiker	n=10 (4,5 %)	n=7 (27,6)	n=230 (26,1 %)
Vietnam Gegner	n=4 (1,8 %)	n=1 (3,4 %)	n=35 (4 %)
Militär / GIs	n=110 (49,1 %)	n=11 (41,4 %)	n=179 (20,3 %)
Andere	n=34 (15,2 %)	n=4 (13,8 %)	n=179 (20,3 %)
Summe	n=224 (100 %)	n=26 (100 %)	n=880 (100 %)

Für Hallin ist klar, dass die Medien keineswegs plötzlich in der Haltung zum Vietnam-Krieg umschwenkten: Erst, als in den USA der Konflikt in der politischen Elite zunahm, griffen auch die Medien diesen Dissens auf.¹⁴³ Hallin kommt in seiner Untersuchung zu folgendem Ergebnis: Wenn der Konsens der politischen Eliten ausgeprägt ist, spielen die Medien eine passive Rolle bei der Vermittlung der Debatte und geben offiziellen Stellen so den Einfluss, die öffentliche Debatte zu dominieren.¹⁴⁴

¹⁴¹ Vgl. Hallin (1994), S. 40 ff..

¹⁴² Ebd..

¹⁴³ Vgl. ebd., S. 48.

¹⁴⁴ Vgl. ebd., S. 11.

- Panama 1989

Eindeutig unkritische Berichterstattung ohne „Wende“ wie in Vietnam stellt Jonathan Mermin in einer Studie über die Invasion der USA in Panama fest. Die unter der Regierung von George Bush 1989 durchgeführte Invasion in Panama – Deckname „Operation Just Cause“ – dauerte vom 20. Dezember 1989 bis zum 31. Januar 1990 und führte zur Verhaftung von General Manuel Noriega, der Panama in Form einer Militärdiktatur zwischen 1983 und 1989 regierte. Der Sender ABC zum Beispiel marginalisierte laut Mermins Studienergebnisse kritische Positionen. Nur einer von insgesamt 22 Berichten in der Nachrichtensendung World News Tonight war gegenüber der Invasion kritisch.¹⁴⁵

Demgegenüber wurde in acht von 22 Sendungen die Frage behandelt, ob der US-Präsident seine selbst gesteckten Ziele erreicht.¹⁴⁶ Die Legitimation der Invasion – immerhin sollte ein Staatsoberhaupt, das lange Jahre von den USA unterstützt wurde, vor ein US-Gericht gestellt werden – wurde nicht in Frage gestellt. In der New York Times fand Jonathan Mermin ähnliche Ergebnisse. Er fasste die Berichterstattung in diesen beiden US-Medien wie folgt zusammen: Obwohl sowohl der Sender ABC als auch die Times kaum die Legitimation der Invasion in Frage stellten, thematisierten und hinterfragten sie, ob der Präsident seine eigenen vorgegebenen Ziele erreicht hatte.¹⁴⁷

Unmittelbar nach der Invasion Panamas durch das US-Militär kam es zur Besetzung Kuwaits durch den irakischen Diktator Saddam Hussein. Diese Besetzung führte zum II. Golfkrieg, in dessen Folge die Indexing-Hypothese für das Mediensystem der USA formuliert wurde.¹⁴⁸

¹⁴⁵ Vgl. Mermin (1996): S. 183.

¹⁴⁶ Vgl. ebd..

¹⁴⁷ Vgl. ebd., S. 185.

¹⁴⁸ Als I. Golfkrieg wird der Krieg zwischen Irak und Iran (1980 – 1988) bezeichnet.

- Der II. Golfkrieg (1990 – 1991)

Der II. Golfkrieg stellt in gewisser Weise auch die „Geburtsstunde“ der Indexing-Hypothese dar (vgl. Kapitel 2.1). Die Bedeutung des II. Golfkriegs für die Indexing-Forschung ist in der grundlegenden Zäsur begründet, die der Krieg im Verhältnis zwischen der US-Regierung und dem Militär auf der einen und den Medien mit immer ausgefeilteren technischen Möglichkeiten der Live-Berichterstattung auf der anderen Seite markierte. Eine völlig neue Informations- bzw. Zensur-Politik führte nach dem Krieg zu einer breiten Debatte über die Rolle der Medien in Kriegen, die nicht nur in den Medien und den Universitäten, sondern auch in der amerikanischen Gesellschaft (und weit darüber hinaus) geführt wurde. Nicht zuletzt durch das Pool-System, in dem wenigen auserwählten Journalisten zwar der Zugang zum Kriegsgebiet, nicht aber an die Front erlaubt wurde, gelang es dem US-Militär und schließlich der Regierung, die Berichterstattung maßgeblich zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Doch nicht nur die Kriegsberichterstattung selbst, sondern auch die Legitimierung des Krieges durch Medien war eine Folge der engen Orientierung an offiziellen Stellen, politischen Eliten und der Haltung der Regierung. So wurde zwar durchaus Kritik über die Medien im Zusammenhang mit dem II. Golfkrieg transportiert, doch ein signifikanter Anteil der Kritik, die in der Berichterstattung identifiziert wurde, bezog sich auf Prozesse und Taktiken. Die Aufmerksamkeit der Medien richtete sich auf Mitglieder der Exekutive, alle anderen Akteure erfuhren kaum Aufmerksamkeit. Fundamentale Kritik am Golfkrieg 1990 bis 1991 wurde kaum berichtet.

Daraus schlussfolgern die Autoren einer Studie über die Medienberichterstattung zum II. Golfkrieg, dass die objektive Berichterstattung über die Regierungspolitik Grenzen hatte.¹⁴⁹ Demnach war „ein signifikant hoher Anteil der Kritik, über die berichtet wurde, prozeduraler statt grundsätzlicher Natur, Vertreter der Regierung erhielten viel mehr Aufmerksamkeit in den Nachrichten als jene außerhalb der Regierung. Mehr noch, nur sehr wenig grundsätzliche Kritik wurde berichtet. Deshalb kann man davon ausgehen, dass unter diesen geradezu optimalen Bedingungen Mediendistanz zur Regierung definitiv Grenzen hat.“¹⁵⁰ Der II. Golfkrieg, dem schließlich der Krieg im Irak 2003 folgen sollte, wies also ideale Bedingungen für die Regierung auf, ihr Handeln zu legitimieren.

¹⁴⁹ Vgl. Entman/Page (1994): S. 96.

¹⁵⁰ Ebd..

Abbildung T 5
Zentrale Studien zu Kriegsdebatten in den USA bis zum II. Golfkrieg,
die entweder auf der Indexing-Hypothese basieren oder die
Quellenzentrierung thematisieren

Name der Studie	Autor und Thema	Jahr	Methode	Ergebnisse
„The Uncensored War“	Hallin über die Berichterstattung in TV und Print in den USA zum Vietnamkrieg	1986	Inhaltsanalyse von CBS-Nachrichten Evening News und Berichten in der New York Times	Erst, als die pol. Elite in den USA über den Krieg uneinig war, wurde auch Kritik in den Medien am Vietnamkrieg laut.
„Taken by Storm. The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War“	Bennett und Paletz sowie zahlreiche andere Autoren u.a. über den II. Irak-Krieg 1990 – 1991	1994	Inhaltsanalysen von US-Zeitungen und Fernsehnachrichten u.a. zu Nennungen des Themas Irak, zu Akteuren, die den Irak-Krieg bewerten und unter welchen Umständen Kritik am Krieg laut wurde	Die Ergebnisse führten zur Formulierung der Indexing-Hypothese, die Medien folgten der Haltung der Regierung.
„Debating War and Peace“	Mermin über die Berichterstattung zu militärischen Interventionen der USA auf Grenada, in Panama sowie im Irak	1999	Inhaltsanalyse von TV-Nachrichten und Reportagen sowie von lokalen und nationalen US-Tageszeitungen	Politischer Konsens führt dazu, dass nicht die Politik der Regierung, sondern die Zielsetzung hinterfragt wird.

3.1.3 Indexing nach dem II. Golfkrieg in den USA

- Kosovo 1999

Gerade der Kosovo-Krieg, mit dem die Untersuchung Zallers und Chius endet, gilt gemeinhin als exemplarisches Beispiel für die Wirkungsweise der Indexing-Hypothese. Auch im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg kam es zu den bereits oben geschilderten Verzerrungen der Berichterstattung in Richtung des Kurses der US-Regierung. Richard C. Vincent¹⁵¹ untersuchte eine Woche der Berichterstattung neun

¹⁵¹ Vincent (2000): S. 321 ff..

führender US-Medien und Agenturen wie Associated Press, New York Times und CNN zwischen dem 22. und dem 28. April 1999, also ungefähr in der Mitte der Zeitspanne der Bombardierung der Republik Serbien unter Slobodan Milosevic. Dabei kommt der Autor zu dem Schluss, dass auch im Kosovo-Krieg 1999 in den US-Medien die Wirkungsweisen der Indexing-Hypothesen zum Tragen kamen. Für viele US-Medien sei es selbstverständlich, die Sichtweisen offizieller Stellen zu übernehmen. Dies gewährleiste für Journalisten, dass ihre Berichterstattung als objektiv wahrgenommen wird.¹⁵²

- Irak 2003

Auch im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg 2003 kommen Vertreter der Indexing-Hypothese wie Bennett zu dem Schluss, dass Ausnahme-Situationen („9/11 happened“¹⁵³) dazu führten, dass die US-Öffentlichkeit durch die Ereignisse der Terroranschläge auf die Twin Towers in New York derart eingeschüchtert war, dass sie fast alles akzeptiert hätte, was Politiker wie Paul Wolfowitz, Richard Perle und Dick Cheney, also Vertreter des Falkenlagers der damaligen Bush-Regierung, vorgeschlagen hätten, um die Hegemonie der USA in der Welt zu bewahren.¹⁵⁴

Indexing wird hier nicht länger als eine für die Medien bequeme Orientierung an der Politik gezeichnet, sondern als eine von der öffentlichen Sphäre durchaus gewünschte Konstellation gesehen, um in Ausnahmesituationen Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Auch hier setzt Bennett einen breiten Konsens im politischen Raum voraus, der allerdings auch den öffentlichen Raum umfasst und zudem eine Zustimmung der Bevölkerung aufweist oder nach sich zieht. Bennett stellt aber fest, dass Indexing nicht mehr funktionierte, als unklar wurde, wie die Agenda im Nachkriegs-Irak auszusehen habe.¹⁵⁵

Zuvor war es der amerikanischen Regierung gelungen, gezielt falsche Darstellungen in den Medien zu lancieren, die den Krieg rechtfertigen sollten. So wurden etwa die angeblichen Vorbereitungen des irakischen Regimes zur Erlangung von Massenvernichtungswaffen sowie die Verbindung des Hussein-Regimes mit Al Quaida und somit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 gezielt an die Medien getragen, die auf die offiziellen Stellen zurückgriffen.

¹⁵² Vgl. ebd., S. 337.

¹⁵³ Bennett (2003), elektronische Ressource ohne Seitenangaben.

¹⁵⁴ Vgl. ebd..

¹⁵⁵ Vgl. ebd..

Diese von der Regierung als Argumente für eine Invasion ins Feld geführten Behauptungen wurden teilweise von den US-Medien ungeprüft übernommen – später entschuldigten sich etwa die Washington Post und die New York Times¹⁵⁶ bei ihren Lesern dafür.¹⁵⁷ Mangelnde Kritik in den Medien der Irak-Invasion ging offenbar auf eine Lethargie des Mediensystems in den USA zurück: „Wenn die US-Medien wirklich daran interessiert wären, die Eile der Administration in Richtung Krieg kritisch zu hinterfragen, hätten sie eine unüberschaubare Menge von Material zur Verfügung, um sogar die zentralen Aspekte der Festlegung der Administration auf einen Krieg in Frage zu stellen.“¹⁵⁸ Dies ist allerdings zumindest in den US-Medien im Vorfeld des Irak-Krieges 2003 offenbar nicht oder – aus Sicht Bennetts – nur ungenügend geschehen.

Abbildung T 6
Zentrale Studien zu Kriegsdebatten in den USA nach dem II. Golfkrieg,
die entweder auf der Indexing-Hypothese basieren oder die
Quellenzentrierung thematisieren

Name der Studie	Autor und Thema	Jahr	Methode	Ergebnisse
„A Narrative Analysis of the US Press Coverage of Slobodan Milosevic and the Serbs in Kosovo“	Vincent über die Berichterstattung von US-Medien über Serbien und die Regierung Milosevic vor dem Kosovokrieg 1999	2000	Inhaltsanalyse von CBS-Nachrichten Evening News und Berichten in der New York Times	Erst, als die pol. Elite in den USA über den Krieg uneinig war, wurde auch Kritik in den Medien am Kosovokrieg laut.
„None Dare Call it Torture“	Bennett und Lawrence über die Berichterstattung in US-Medien über die Ereignisse im Militärgefängnis von Abu Ghraib während des III. Irak-Krieges 2003	2006	Framing-Analyse der Berichte in CBS Evening News und der Washington Post zu den Fotos bzw. den Ereignissen in Abu Ghraib, einem Kriegsgefängnis der US-Streitkräfte	Die Deutung der Ereignisse als „Folter“ kam in den Berichten kaum vor, vielmehr überwog die Deutung als „Missbrauch“ und die Zentrierung auf eine Einzeltat.

¹⁵⁶ Vgl. New York Times, „The Times and Iraq. From the editors“, 26. Mai 2004.

¹⁵⁷ Beispiel für eine Studie, die diese Zusammenhänge belegt, ist Bennett/Lawrence/Livingston (2007).

¹⁵⁸ Alterman (2003): S. 31.

3.2 Stand der empirischen Forschung zu Indexing in Deutschland

Ähnlich wie in den USA, wo am Beginn der Forschung zur Indexing-Hypothese der II. Golfkrieg, bei früheren theoretischen Ansätzen wie dem Manufacturing Consent der Vietnamkrieg stand, markierte auch in Deutschland ein Krieg den Beginn der Indexing-Forschung. Der Kosovokrieg vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 bildete eine historische Zäsur: Erstmals nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, der in Deutschland den Konsens „Nie wieder Krieg“ sowohl in der politischen Klasse als auch in der Bevölkerung manifestiert hatte, entschied der Deutsche Bundestag, dass sich Bundeswehrsoldaten an einem kriegerischen Konflikt zu beteiligen hatten.

Die aus den USA bekannte Hypothese fand so Eingang in die deutsche Kommunikationswissenschaft. Im Folgenden sollen Erkenntnisse aus Studien zunächst für die innenpolitischen, dann für Debatten mit Kriegshintergrund beschrieben werden.

3.2.1 Indexing in innenpolitischen Debatten in Deutschland

In der deutschen Kommunikationswissenschaft gibt es bislang keine Studie zur Indexing-Hypothese in innenpolitischen Debatten. Dennoch finden sich zahlreiche Untersuchungen, die versuchen, die Neutralität der Berichterstattung zu hinterfragen – sei es am Rande oder als zentrales Forschungsinteresse. In diesen Studien wird nicht auf die Indexing-Hypothese Bezug genommen, doch aus den Ergebnissen lassen sich Schlüsse ziehen, die jene grundlegenden Annahmen einer Dominanz der politischen Elite in der Medienberichterstattung zumindest stützen können.

Auf diese Studien wird im Folgenden Bezug genommen. Kriterium für die Auswahl und kurze Darstellung der Ergebnisse dieser Studien war der Fokus der Untersuchung auf Quellen in Bezug auf eine politische Debatte, die in Medien dargestellt wurde. Eine methodische Parallele zur Indexing-Forschung war also Bedingung für eine Studie, um sie in dieser Darstellung zu nennen.

Die bereits oben bei den Wurzeln der Indexing-Forschung genannte Studie von Baerns¹⁵⁹ markiert den Beginn einer quellenzentrierten Forschung. In einer Untersuchung zu Pressemitteilungen und Pressekonferenzen der im Landtag von Nordrhein-Westfalen vertretenen Parteien und deren Auswirkungen auf Printmedien belegte Baerns eine hohe

¹⁵⁹ Vgl. Baerns (1985).

Abdruckquote. Demnach gehen fast zwei Drittel der Berichte zur Landespolitik auf schriftliche Informationen der Pressestellen zurück.¹⁶⁰ Kritik an den Studien Baerns wurde laut, weil sie die Beziehung von Public Relations und Journalismus als entgegengesetzt zeichnet.¹⁶¹

Die Verzerrung von Diskursen, die über Medien ausgetragen werden, konnte zum Beispiel in einer Untersuchung der Debatte um das Thema „Abtreibung“ für die deutschen Medien gut nachgewiesen werden.¹⁶²

Erhoben wurde eine repräsentative Stichprobe von Artikeln in der Frankfurter Allgemeinen sowie der Süddeutschen Zeitung, die zwischen 1974 und 1994 zum Thema Abtreibung erschienen. 56,9 Prozent aller Aussagen zum Thema Abtreibung stammten von Akteuren des Zentrums des politischen Systems, also Regierungsmitgliedern und/oder Parteiakteuren. Lediglich 22,3 Prozent der Aussagen stammten von Verbandsrepräsentanten wie etwa Kirchen oder Gewerkschaften; Akteure der Medien kamen mit 20,9 Prozent aller Aussagen zu Wort. Insgesamt wurden 204 Akteure identifiziert.¹⁶³

Dass die untersuchten Qualitätszeitungen die Machtverteilung im politischen Lager widerspiegeln, kann man an der Verteilung der Argumente zum Thema Abtreibung ablesen: Demnach sind 14,7 Prozent der Nennungen von CDU/CSU, 10,7 Prozent Nennungen der SPD, 7,2 Prozent der FDP, 1,3 Prozent der Grünen sowie 0,2 Prozent aller Aussagen zum Thema Abtreibung von der PDS. „Die Reihenfolge der Stärke der Parteien, wenn auch nicht die genauen Abstände zwischen den Parteien, deckt sich mit der faktischen Stärke der Parteien, die sich wiederum aus den Wahlen der Bürger ergeben.“¹⁶⁴

Empirisch belegt werden konnte eine klare Dominanz bezüglich der Argumente zu politischen Regelungsmodellen, vorgebracht von Akteuren des Zentrums des politischen Systems, mit fast zwei Dritteln aller in der Berichterstattung genannten Argumenten. Akteure der Peripherie – wie etwa Verbands- oder Kirchenvertreter – haben im Diskurs

¹⁶⁰ Vgl. Kunczik (2002): S. 355.

¹⁶¹ Vgl. ebd., S. 355 f..

¹⁶² Vgl. Gerhards/Neidhardt/Rucht (1998).

¹⁶³ Vgl. ebd., S. 102 f..

¹⁶⁴ Ebd., S. 105. Die Grünen sowie die PDS existierten noch nicht während des gesamten Erhebungszeitraums, sind also auch deswegen unterrepräsentiert.

zur Abtreibung lediglich zu 23,2 Prozent politische Regelungen bewertet, Medienakteure sind nur mit 11,8 Prozent aller Bewertungen von politischen Regelungen zur Abtreibung vertreten.¹⁶⁵

Der Einfluss von Akteuren des Zentrums ist allerdings schwächer, wenn es um die Deutung und Interpretation des Themas geht – nämlich um mehr als die Hälfte geringer. Dann gewinnen Akteure der Peripherie des politischen Systems und vor allem die Journalisten im Vergleich zu den Akteuren des Zentrums an Bedeutung.¹⁶⁶

Interessanterweise haben die empirischen Ergebnisse eine von den Autoren eigentlich vermutete ideologische Verzerrung der Berichterstattung – aufgrund der FAZ bzw. SZ immer wieder zugeschriebenen Zugehörigkeit zum eher konservativen bzw. liberalen Lager – nicht bestätigt. Die Frage, welche Akteure sich wie positionieren, ist demgegenüber entscheidend für den medialen Output:

„Die Offenheit der medialen Berichterstattung drängt den Blick [...] auf die Analyse des ‚backstage‘ der Medienöffentlichkeit, nämlich auf die Ebene der Akteure, die als ‚Quellen‘ der Medienberichterstattung fungieren.“¹⁶⁷

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine empirische Studie bezüglich der Debatte um eine Freigabe von Methadon in Deutschland. Untersucht wurden 1.698 Beiträge in deutschen Tageszeitungen, die zwischen Juli 1993 und Februar 1995 zum Diskurs um die Freigabe von Drogen veröffentlicht wurden. Auf der Ebene der Äußerungen erweist sich die Debatte als „ein stark vermachteter Mediendiskurs. Die Vermachtung ist in der Freigabe-Debatte zudem offenbar deutlich stärker als im Abtreibungsdiskurs [...]. In dieser Debatte entfallen 58,4 Prozent der Ideen-Element-Aussagen auf Zentrums-Akteure.“¹⁶⁸

Insgesamt werden 69,1 Prozent der Sprecheräußerungen in der Debatte um die Freigabe von Methadon von Akteuren des politischen Zentrums getätigt, 30,9 Prozent aller

¹⁶⁵ Vgl. ebd., S. 108.

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ Ebd., S. 112.

¹⁶⁸ Wessler (1999): S. 164 f..

Äußerungen kommen von Akteuren der Peripherie, 11,3 Prozent aller Äußerungen von Journalisten.¹⁶⁹

Weitere Indizien zum Zusammenhang von politischer Macht und Durchsetzungsfähigkeit in politischen Debatten liefert eine Untersuchung über die Informationsleistung von Privatsendern gegenüber den öffentlich-rechtlichen Sendern im deutschen Fernsehen.¹⁷⁰

Sie untersuchten das Programm der Sender RTL, Sat1 und Pro7 sowie ARD und ZDF in Stichproben aus insgesamt zwölf Kalenderwochen im Jahr 1992 und verglichen diese Analyse mit einer Analyse der überregionalen Themenstruktur in der Berichterstattung der FAZ, der FR, der SZ, der Welt und der taz sowie den Regional-Zeitungen Rheinische Post und der WAZ.

Besonders von Interesse sind zwei darin durchgeführte Argumentationsanalysen, die sich zum Einen auf eine außenpolitische Debatte mit innenpolitischer Dimension, zum anderen auf eine nicht-politische Debatte beziehen: Untersucht wurden die Argumentations-Strukturen im Bezug auf die Debatte von Waffenlieferungen an die Türkei, die mittels dieser Waffen gegen die Kurden militärisch vorging. Diese Entscheidung bzw. Debatte führte zum Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers.

Zum anderen untersuchten Weiß und Trebbe Argumentations-Strukturen im Zusammenhang mit der Tarifaueinandersetzung im Öffentlichen Dienst 1992.

Die Ergebnisse sind hinsichtlich der Indexing-Hypothese äußerst interessant: In der Debatte zur „Türkischen Kurdenpolitik und zu deutschen Rüstungsexporten in die Türkei“ stehen „an erster Stelle (...) in allen Programmen Meinungsbeiträge der Regierung, der Regierungskoalition oder der Regierungsparteien; an zweiter Stelle rangieren Meinungsbeiträge der Opposition bzw. der Oppositionsparteien.“¹⁷¹

¹⁶⁹ Journalisten und Akteure der Peripherie sind nicht kumuliert, die Summe ergibt deshalb insgesamt mehr als 100 Prozent.

¹⁷⁰ Vgl. Weiß/Trebbe (1994): S. 170.

¹⁷¹ Ebd., S. 153.

Im Gegensatz zu diesem offenbar stark vermachteten Diskurs wird die Debatte um den Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst von den Autoren als „Paradebeispiel“ einer ausgewogenen Berichterstattung über ein kontroverses Thema von allgemeiner Bedeutung interpretiert.¹⁷² Auffällig ist dabei, dass beide Tarifparteien in gleichem Maße zu Wort kommen und auch Streikende sowie vom Streik betroffene Bürger zitiert oder in O-Tönen gezeigt werden. Vieles deutet jedoch darauf hin – auch wenn die Autoren die Nicht-Repräsentativität der ausgewählten Debatten für das Medium Fernsehen betonen und es ablehnen, die Ergebnisse zu generalisieren –, dass in politischen Debatten der Faktor Macht und Zugehörigkeit zur politischen Elite eine zentrale Bedeutung spielt.

Eine explizit innenpolitische Debatte untersuchte auch Reinemann¹⁷³ in einer Studie über die Bild-Zeitung und ihre Berichterstattung zur Hartz IV-Debatte. Reinemann konstatiert eine sich wandelnde Berichterstattung der Bild-Zeitung zu dem Thema. Zunächst überwog eine sachlich orientierte Berichterstattung, bis die Bild-Zeitung zunehmend skandalisierte – vor allem auch aufgrund öffentlicher Proteste. Reinemann untersuchte die Berichterstattung, nachdem das Gesetz bereits beschlossen war. Seine Ergebnisse widersprechen Indexing nicht, zumal er auch eine zustimmende Berichterstattung vor der Verabschiedung des Gesetzes feststellte.

Auch diese Studie bietet einen interessanten Bezug zur Indexing-Hypothese und ggf. zu ihrer Weiterentwicklung. Denn auffällig ist angesichts der wechselnden Haltung der Bild-Zeitung als Boulevard-Blatt, dass offenbar der Protest der Bevölkerung gegen die Reformen der Agenda 2010 erst verzögert ihren Weg auf die Straße fanden und Demonstrationen nach sich zogen. Auch wenn dies in der Studie von Reimann nicht der Ausgangspunkt des Forschungsinteresses ist, so deuten die Ergebnisse der Studie zumindest darauf hin, dass es zumindest einen Zusammenhang zwischen einer Berichtertstattung nah an der Regierungshaltung bzw. einer kritischen Berichterstattung dann, wenn sich die Bevölkerung gegen das Regierungshandeln wendet, gibt. Ein möglicher Zusammenhang wird in dieser hier vorgelegten Studie zumindest in Betracht gezogen und ein Zusammenhang am Rande empirisch überprüft.

¹⁷² Ebd., S. 161.

¹⁷³ Vgl. Reinemann (2008), S. 196 ff..

Abbildung T 7

Zentrale Studien zu innenpolitischen Debatten in Deutschland, die entweder auf der Indexing-Hypothese basieren oder die Quellenzentrierung thematisieren

Name der Studie	Autor und Thema	Jahr	Methode	Ergebnisse
„Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluss im Mediensystem.“	Baerns über den Einfluss von PR auf die Berichterstattung zu landespol. Themen in NRW	1985	Input-Output-Analyse sowie Inhaltsanalyse	Zwei Drittel aller Beiträge, die Baerns untersuchte, basierten auf Öffentlichkeitsarbeit.
„Öffentliche Streitfragen in privaten Fernsehprogrammen . Zur Informationsleistung von RTL, SAT1 u. PRO 7“	Weiß und Trebbe über die Vermittlungsleistungen des privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunks	1994	Argumentationsanalyse, Input-Output-Analyse	Berichterstattung über Tarifkonflikt „Paradebeispiel“ ausgeglichener Berichterstattung, im Gegensatz zu Rüstungsdebatte
„Zwischen Palaver und Diskurs: Strukturen und öffentliche Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung“	Gerhards, Neidhardt und Rucht über die Abtreibungs-Debatte in Deutschland zwischen 1976 und 1994	1998	Input-Output-Analyse, Inhaltsanalyse sowie Befragung von Akteuren in Leitfaden-Interviews	Akteure des pol. Zentrums dominieren bei Argumenten zu politischen Entscheidungen, nicht aber, wenn es um die Deutung des ideologischen Rahmens geht
„Öffentlichkeit als Prozess – Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der Deutschen Drogenberichterstattung“	Wessler über die Berichterstattung zur Debatte über die Freigabe von Methadon	1999	Inhaltsanalyse von Berichten zur Freigabe-Debatte in überregionalen Tages- sowie Wochenzeitungen und Lokalzeitungen	Stark vermachteter Mediendiskurs auf der Ebene der Äußerungen
„Guter Boulevard ist immer auch außerparlamentarische Opposition – Das Handeln von Bild am Beispiel der Berichterstattung über Hartz IV“	Reinemann über Berichterstattung von Bild in der Debatte um das sog. Hartz IV-Gesetz	2008	Inhaltsanalyse von Berichten in Bild, SZ, Welt, LVZ und AZ auf Grundlage des Framing-Konzepts sowie Thematisierungs- und Bewertungsanalyse	Starke Publikums-Orientierung der Bild, Wechsel der Richtung einer Bewertung von Hartz IV, interne Bedingungen sind für Bild-Haltung verantwortlich

Im Gegensatz zu innenpolitischen Debatten ist die Berichterstattung zu und während Kriegen in Deutschland recht gut untersucht. Über Medien in Deutschland gibt es zahlreiche Studien, allerdings zumeist solche, die nicht diskursübergreifend arbeiten, sondern vielmehr lediglich einen zur Entstehungszeit der Studie relativ aktuellen Konflikt untersuchen. Im Folgenden soll der Stand der Indexing-Forschung in Deutschland bezüglich kriegerischer Auseinandersetzungen dargestellt werden.

Eine Zusammenfassung wurde bislang lediglich in Bezug auf Kriegsberichterstattung¹⁷⁴ insgesamt vorgelegt – ohne weitere Differenzierung in die Legitimation von Kriegen im Vorfeld der jeweiligen Entscheidung bzw. der Kriegsberichterstattung selbst, wenn die Auseinandersetzung bereits ausgebrochen ist. An dieser Stelle sollen deshalb die Erkenntnisse zur Legitimation bzw. Delegitimation von Kriegen dargestellt werden, an denen sich entweder die Bundesrepublik selbst mit Soldaten-Kontingenten beteiligte – Kosovo 1999 und Afghanistan 2001 –, oder zu dem sie Position beziehen musste und ihn ablehnte – wie zuletzt beim Irak-Krieg 2003. Denn „[d]ie öffentliche Meinung stellt eine wesentliche Bezugsgröße im Legitimierungsprozess von bewaffneter Gewalt dar.“¹⁷⁵

Legitimation „bildet (...) sich aus einer Wechselwirkung von in Umfragen gemessenen und in Medien veröffentlichten Meinungen der Bevölkerung und den verlautbarten Anschauungen von Meinungsführern“.¹⁷⁶ Dabei ist das Thema Krieg und Kriegslegitimation für Medien überaus bedeutend. Schon die Entstehung von Zeitungen war eng verknüpft mit Berichten über Kriege. Wie Kriege seither geführt werden, orientiert sich in zunehmendem Maße an der Medienberichterstattung. Krieg wird nicht nur dargestellt, sondern auch „kolportiert, personifiziert, legitimiert und entlegitimiert.“¹⁷⁷

„Die Erforschung der Bedingungen, Strukturen und Leistungen von Krisen- und Kriegskommunikation bleibt daher eine zentrale Aufgabe der Kommunikationswissenschaft und angrenzender Disziplinen“¹⁷⁸ Seitdem sich auch deutsche Truppen erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg an Kriegseinsätzen beteiligten,

¹⁷⁴ Zuletzt Löffelholz (2004) bzw. Eilders/Hagen (2005).

¹⁷⁵ Reeb (2004): S. 205.

¹⁷⁶ Ebd..

¹⁷⁷ Imhof (1995): S. 123.

¹⁷⁸ Löffelholz (2004): S. 13.

ist in der Kommunikationswissenschaft ein Boom von größtenteils empirischen Arbeiten über die Wirkungszusammenhänge in den deutschen Medien zu verzeichnen.¹⁷⁹

Die Zahl der Studien ist geradezu zyklisch mit tatsächlichen Konflikten wie jüngst dem dritten Irak-Krieg 2003 verbunden und folgt damit der Mediendynamik selbst; der prozessuale Charakter¹⁸⁰ der Krisenkommunikation wird dabei kaum beleuchtet. Dies ist vor allem auch dahingehend bedenklich, dass Regierungen im Vorfeld von und während Kriegseinsätzen ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärken, um Zustimmung in der Bevölkerung für diese Kriege zu erzeugen; sie nutzen dabei die Medien und versuchen, deren Inhalte zu beeinflussen.¹⁸¹ Vor allem die Kriege im Kosovo 1999, in Afghanistan 2001 und im Irak 2003 haben national und international zu einer neuerlichen Forschungswelle geführt.

Im Folgenden sollen die Erkenntnisse aus den Studien, die sich insbesondere auf die Debatten vor dem Kriegseintritt oder dessen Ablehnung Deutschlands konzentrieren, vorgestellt werden.

3.2.2 Indexing im Kosovo-Krieg in Deutschland

Eine Studie über den öffentlichen Diskurs in Meinungsartikeln im Vorfeld des Kosovo-Krieges in der taz, der Frankfurter Rundschau, der SZ, der FAZ und der Welt kommt zu dem Schluss, dass nur wenige Stimmen in der Berichterstattung die Legitimation des ersten Militäreinsatzes in der deutschen Nachkriegsgeschichte in Frage stellten.¹⁸² Vielmehr spiegelte die Medienberichterstattung den Konsens der politischen Elite wider.¹⁸³

¹⁷⁹ Vgl. Eilders (2005): S. 205.

¹⁸⁰ Vgl. Löffelholz (2004): S. 15. Im Original heißt es: „Mit der Konzentration der Krisen- und Kriegskommunikationsforschung auf einzelne – medial herausgehobene – Krisen und Kriege reduziert sich ihr Untersuchungsgegenstand auf (Medien-)Ereignisse, deren prozessualer Charakter oft undeutlich bleibt.“

¹⁸¹ Vgl. Dominikowski (2004), S. 80: „Die Medien sind strukturell militarisierbar – ökonomisch, politisch, technologisch und professionell.“

¹⁸² Vgl. Eilders/Lüter (2000): S. 426.

¹⁸³ Vgl. ebd.

Tabelle T 8
Einstellungen zum Kosovo-Krieg in fünf deutschen Tageszeitungen¹⁸⁴

Haltung bzgl. des Kosovo-Konflikts	taz	FR	SZ	FAZ	Welt	total
Bedingungslose Unterstützung des Krieges	0 %	3,4 %	35,7 %	5,7 %	30,8 %	20,1 %
Eingeschränkte Unterstützung	9,1 %	24,1 %	35,7 %	53,6 %	46,2 %	32,6 %
Kritische Stimmen mit Mobilisierung alternativer Lösungen	15,2 %	0,0 %	7,1 %	0 %	3,8 %	5,6 %
Kritische Stimmen ohne Mobilisierung alternativer Lösungen	33,3 %	41,4 %	21,4 %	10,7 %	11,5 %	24,3 %
Fundamentale Opposition	15,2 %	3,4 %	0 %	0 %	0 %	4,2 %
Insgesamt	n = 33	n = 29	n = 28	n = 28	n = 26	n = 144

Mehr als die Hälfte aller Berichte werden laut der Studie von Eilders und Lüter während der Bombardierung als bedingungslos unterstützend oder eingeschränkt unterstützend bezeichnet. Zu diesem Ergebnis kommt auch eine Untersuchung, die neben der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Süddeutschen auch die Neue Zürcher Zeitung im Vorfeld des Kosovo-Krieges untersucht.¹⁸⁵

Insgesamt 297 Artikel in den drei untersuchten Zeitungen thematisierten entweder den bevorstehenden Krieg, schilderten Ereignisse am Krisenherd oder thematisierten den Einsatz deutscher Soldaten.

¹⁸⁴ Ebd., S. 420

¹⁸⁵ Eckl (2004). Die hier vorgestellten Daten basieren auf einer Studie, die der Verfasser am Journalisten-Kolleg der Freien Universität Berlin als Abschlussarbeit im Studiengang „Journalistenweiterbildung“ einreichte. Untersucht wurden Artikel aus der FAZ, der SZ und der NZZ, die im Vorfeld zu den Kriegen im Kosovo (1999), Afghanistan (2001) und Irak (2003) veröffentlicht wurden.

Tabelle T9
Unterstützung eines Krieges gegen Serbien in der SZ, der FAZ und der NZZ¹⁸⁶

Haltung bzgl. des Krieges im Kosovo	Süddeutsche	Frankfurter Allgemeine	Neue Zürcher Zeitung
Uneingeschränkt für den Krieg	n=16	n=15	n=20
Unentschieden	n=13	n=11	n=9
Uneingeschränkt gegen den Krieg	n=9	n=8	n=7
Insgesamt	n=38	n=34	n=36

Jene Artikel in den drei untersuchten Medien, die uneingeschränkte Unterstützung für einen Krieg im Kosovo gegen Serbien transportierten, konnten in allen drei Zeitungen am häufigsten identifiziert werden. Die Medien setzten – wohl auch aufgrund mangelnder Erfahrung bezüglich Kriegsdebatten in Deutschland – gerade im Kosovo-Konflikt der Haltung der Verantwortlichen nur wenig Kritik entgegen. Die nächste Auslands-Intervention der Bundeswehr erfolgte unter dem Eindruck der Terror-Anschläge des 11. Septembers 2001. Auch hier sollen die Ergebnisse der Indexing-Forschung vorgestellt werden.

3.2.3 Indexing im Afghanistan-Krieg in Deutschland

Eine unvergleichlich breitere Debatte als im Kosovo-Krieg wurde im Vorfeld des Afghanistan-Krieges¹⁸⁷ in den Medien ausgetragen. Dies belegt allein schon die Zahl an Artikeln, die im Vorfeld des Afghanistan-Krieges veröffentlicht wurde. So hat zum Beispiel Pohr (2005) zwischen dem 12. September 2001 und dem 9. Dezember 2001 allein auf den Meinungsseiten der taz, der Frankfurter Rundschau, der Süddeutschen, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sowie der Welt 579 Kommentare¹⁸⁸ festgestellt, die insgesamt 1.759 Bewertungen zu einem Krieg beinhalteten. Fast zwei Drittel dieser bewertenden Aussagen, 1.011, waren kriegsunterstützend.¹⁸⁹

¹⁸⁶ Ebd..

¹⁸⁷ Die Bezeichnung des Konflikts in Afghanistan bzw. der Militär-Intervention internationaler Truppen als Krieg ist umstritten. Diese Arbeit bezeichnet den Konflikt als Krieg und folgt dabei Maurer/Vogelsang/Weiß/Weiß (2005).

¹⁸⁸ Vgl. Pohr (2005): S. 267.

¹⁸⁹ Vgl. ebd., S. 269.

Dabei finden sich in der Studie Annahmen zum Links-Rechts-Spektrum der Medien bestätigt: Während in der taz als einziger Zeitung kritische Bewertungen überwogen, wurde Kritik am militärischen Eingreifen in der FAZ und der Welt marginalisiert.¹⁹⁰ Zudem wurden kritische Bewertungen des Krieges zumeist auf der Ebene des „Wie“ und nicht des „Ob“ oder „Warum“ geäußert.

Doch im Afghanistan-Konflikt kam es zu einer viel breiteren Debatte als im vorangegangenen Kosovo-Krieg. Während in einem Zeitraum zwischen dem 15. Februar und dem 23. März 1999 in FAZ und SZ lediglich 214 Artikel entweder vom Krisenherd berichteten oder Kriegs- oder Kriegseinsatz-Bewertungen beinhalteten, wurden zwischen dem 1. und dem 17. November 2001 in FAZ und SZ 549 Artikel mit den selben Zugriffs-Voraussetzungen veröffentlicht.¹⁹¹

Der Dissens zwischen Befürwortern eines Einsatzes und dessen Gegnern drohte das Regierungslager zu spalten. Die Entscheidung zu einem Afghanistan-Einsatz führte fast zu einer Regierungskrise, da Bundeskanzler Gerhard Schröder sein Amt mit einem Mandat in Afghanistan verknüpfte und die sogenannte Vertrauensfrage stellte. Das schlug sich auch in der Berichterstattung nieder. Die Zahl der Artikel stieg, aber auch die Zahl der negativen Bewertungen, allerdings vorwiegend aus dem Regierungslager.

Tabelle T 10
Unterstützung eines Krieges in Afghanistan in der SZ, der FAZ und der NZZ¹⁹²

Haltung bzgl. des Afghanistan-Krieges	Süddeutsche	Frankfurter Allgemeine	Neue Zürcher Zeitung
Uneingeschränkt für den Krieg	n=10	n=23	n=14
Unentschieden	n=12	n=18	n=6
Uneingeschränkt gegen den Krieg	n=24	n=28	n=6
Insgesamt	n=46	n=69	n=26

¹⁹⁰ Vgl. ebd., S. 270.

¹⁹¹ Auch diese Zahlen beziehen sich auf eine im Juni 2004 an der FU Berlin vorgelegten Studie des Autors. Zugriffskriterium war die Thematisierung des jeweiligen Krieges im Artikel.

¹⁹² Eckl (2004).

Der Dissens im Regierungslager führte offenbar zu einer deutlich negativeren Berichterstattung in den beiden deutschen Zeitungen: Sowohl in der SZ als auch in der FAZ überwiegen Artikel, die ausschließlich Haltungen gegen den Krieg transportieren. Dem stehen die Berichte in der NZZ gegenüber, die überwiegend positive Haltungen transportierten.

Doch auch diese Ergebnisse stützen die Annahmen der Indexing-Hypothese. Als es zu Kritik an dem Kriegseinsatz kam, wurde vorwiegend aus dem Regierungslager bzw. aus dem politischen Lager kritisiert, nicht etwa aus dem Intermediären System.

Ganz anders als beim Afghanistan-Einsatz sah die politische Lage in Deutschland indes im Vorfeld des von der amerikanischen Regierung angekündigten Irak-Krieges aus: Während sich die deutsche Bundesregierung mit ihren Äußerungen „uneingeschränkter Solidarität“ mit den USA im Vorfeld des Afghanistan-Krieges eindeutig darin festlegte, eine militärische Intervention zu unterstützen, machte insbesondere Kanzler Gerhard Schröder schon frühzeitig deutlich, dass er keinesfalls einen Krieg gegen den Irak unterstützen würde.

3.2.4 Indexing im Irak-Krieg 2003 in Deutschland

Nach dem zweiten Golfkrieg 1991 und dem Kosovo-Krieg 1999 gerieten die Medien zusehends in die Kritik: Der ungeprüfte Umgang mit Informationsquellen und die Verbreitung von Kriegspropaganda stürzten die Medien in eine „schwere Glaubwürdigkeitskrise“.¹⁹³ Im dritten Golfkrieg 2003 war die Haltung der Medien im Gegensatz zum Kosovo-, aber auch zum Afghanistan-Krieg deutlich negativer. In Folge dessen interpretierten führende Chefredakteure und Medienvertreter die Berichterstattung im Vorfeld und während des dritten Golfkrieges als journalistisch ausgewogen. Doch auch im Falle des dritten Irak-Krieges spiegelten die Medien lediglich den Konsens innerhalb der Regierung wider.¹⁹⁴ Und „das teilweise massive Einstehen der europäischen [und auch der deutschen] Medien für den Anti-Kriegs-Kurs der eigenen Regierungen nahm häufig moralisierende Formen an.“¹⁹⁵

¹⁹³ Eilders (2003), S. 1.

¹⁹⁴ Vgl. ebd..

¹⁹⁵ Szukala (2003), elektronische Ressource.

Der Irak-Krieg als Medienereignis führte zu einer breiten Berichterstattung, vor allem auch im Fernsehen: Insgesamt 5.064 Minuten Programm sendeten ARD, ZDF, RTL und Sat1 zwischen dem 10. März und dem 13. April 2003 in Sendungen, die zwischen 17 und 1 Uhr nachts ausgestrahlt wurden.¹⁹⁶ Auch in der Irak-Berichterstattung „konzentrierten sich die Akteursauftritte auf einen relativ begrenzten Personenkreis, der sich hier durch eine hohe Position in der politischen Ämterhierarchie oder durch militärische Führungsfunktionen auszeichnet.“¹⁹⁷ Trafen die Annahmen der Indexing-Hypothese also auch im Irak-Krieg zu, obwohl die Medien einen Anti-Kriegs-Kurs einschlugen?

Offenbar ja. Denn auch im Irak-Krieg kamen Prozesse der Nachrichtenenstehung zum Tragen, die dazu führten, dass die Deutung des Krieges durch Eliten im Vordergrund stand. Eindeutig wie in den vorangegangenen Kriegen sind die Ergebnisse bezüglich des nationalen Regierungsbezuges der Medien in Fragen eines Krieges gerade im Irak-Konflikt jedoch nicht: Der am häufigsten im Fernsehen gezeigte Akteur war George W. Bush mit 70, gefolgt von Mohammed Said al Sahaf, dem irakischen Informationsminister, mit 65 Sendeminuten.

Bundeskanzler Gerhard Schröder wurde in einer Rangliste der am häufigsten zitierten Akteure von Akteuren der Kriegsteilnehmer mit 39 Minuten auf Platz fünf verwiesen.¹⁹⁸ Dies galt jedoch offenbar nur für das Fernsehen.

Denn eine breite Studie zum Elitenkonsens im Irak-Krieg in verschiedenen europäischen Staaten kommt für Deutschland zu dem Schluss, dass es zu einem gemäßigten Konsens kam: „Die These, dass Einigkeit unter den Eliten für verstärkte Medienvermittlung und demzufolge für eine ausgeprägte Bedrohungswahrnehmung sorgt, kann zwar nicht mit letzter Bestimmtheit bewiesen werden, jedoch sprechen die Daten dafür, dass in Deutschland im Vorfeld des Irak-Krieges eine Einheitlichkeit zwischen Eliten, Medien und öffentlicher Meinung bestanden hat.“¹⁹⁹

¹⁹⁶ Vgl. Krüger (2003): S. 401.

¹⁹⁷ Ebd., S. 407.

¹⁹⁸ Ebd., S. 408.

¹⁹⁹ Jäger/Viehrig (2005): S. 10.

Untersucht wurden dabei die in Textdatenbanken vorliegenden Beiträge von Printmedien. Deutlich wird in der Studie, dass die politischen Eliten die Deutungshoheit über den Irak-Krieg innehaben: Schließlich wurden sie „mit der zwei- bis vierfach häufigeren Nennung von Regierungschefs vor allen anderen Instanzen“²⁰⁰ in den europäischen Medien die am häufigsten zitierten Quellen. Für die Autoren ist das ein klarer Hinweis auf Indexing auch im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg.

Die Diskussion, ob ein Einsatz deutscher Soldaten erfolgen sollte, fand angesichts der klaren Haltung der Regierung dann auch kaum statt. In FAZ und SZ fanden sich 19 negative Bewertungen eines solchen Einsatzes, eine Bewertung war unentschieden, eine für einen Einsatz der Bundeswehr im Irak.

Die politische Debatte, die über die deutschen Medien ausgetragen wurde, konzentrierte sich also auf die Frage nach der Legitimität des Krieges, dementsprechend wurde auch eine relativ hohe Zahl an Bewertungen des Krieges selbst kommuniziert.

Doch hier entspricht die Zahl der tendenziell einen Krieg ablehnenden Bewertungen ebenfalls deutlich der Haltung der Bundesregierung, wie die Zahl der Artikel verdeutlicht, die ausschließlich nur Bewertungen gegen einen Krieg beinhalten:

Tabelle T 11
Artikel in der FAZ und der SZ, die nur positive, nur negative oder unentschiedene Bewertungen eines Krieges beinhalteten²⁰¹

	FAZ			SZ		
	positiv	teils/teils	negativ	positiv	teils/teils	negativ
Kosovo	n=15	n=11	n=0	n=15	n=13	n=9
Afghanistan	n=23	n=18	n=28	n=10	n=12	n=24
Irak	n=24	n=56	n=89	n=30	n=81	n=109

Offensichtlich war der über die deutschen Medien vermittelte Diskurs um einen Irak-Krieg den Annahmen der Indexing-Hypothese entsprechend in Richtung der Regierungshaltung verzerrt.

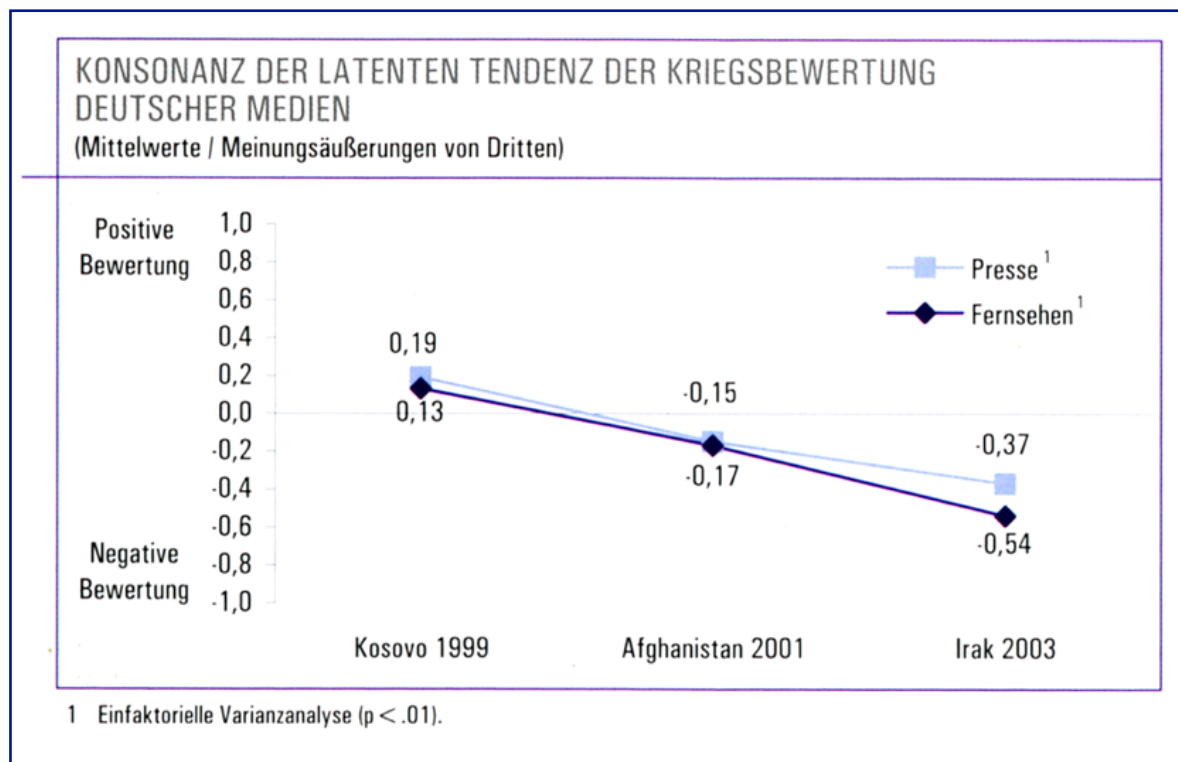
²⁰⁰ Ebd., S. 31.

²⁰¹ Eckl (2004).

Während also Medienvertreter die Debatte im Vorfeld des Irak-Kriegs in Deutschland als mustergültiges Beispiel von Anti-Kriegsberichterstattung sehen, werten Forscher auch den Irak-Krieg als beispielhaft für die Mechanismen von Indexing im Spannungsfeld zwischen Politik, Medien und öffentlicher Meinung. In der Berichterstattung zu den drei untersuchten Kriegs- bzw. Einsatzdebatten kam es zu Konstellationen, die sich durch die Indexing-Hypothese erklären lassen. Einen Überblick bieten Maurer, Vogelsang und Weiß,²⁰² indem sie die Fernseh-Berichterstattung in ARD, ZDF und RTL zum Kosovo-, zum Afghanistan- und zum Irak-Krieg im Hinblick auf die Indexing-Hypothese auswerten.

Dabei lassen sich eindeutige Bewertungen der Kriege feststellen, die der Haltung der Regierung, aber auch der Bevölkerung folgten. In der Auswertung der Presseberichterstattung konnten außerdem diese Tendenzen, die die Indexing-Hypothese belegen, in den Bewertungen der drei Kriege voll bestätigt werden. Im Folgenden werden die Ergebnisse der prozessübergreifenden Studien graphisch dargestellt.

Abbildung T 12
Ergebnisse zweier Bewertungsanalysen in der TV- und Printberichterstattung im Vorfeld des Kosovo-, des Afghanistan- und des Irak-Kriegs²⁰³



²⁰² Maurer/Vogelsang/Weiß (2005).

²⁰³ Grafik nach Maurer/Vogelsang/Weiß (2005): S. 135. Vgl. auch Maurer/Vogelsang/Weiß/-Weiß (2008): S. 160.

Diese medien- und prozessübergreifende Studie macht deutlich, dass es im Zusammenhang mit Kriegen in Deutschland eindeutig dazu kommt, dass sich Medien die Deutung der Regierung aneignen. Allerdings entsprach die Haltung der Regierung in diesen drei Kriegen auch der Haltung der Bevölkerung. Möglich ist also ferner, dass Medien nur dann den Regierungskurs wiedergeben, wenn sie sicher sein können, dass die Regierung von der Bevölkerung unterstützt wird. Dies relativiert die Ergebnisse wieder, macht aber andererseits deutlich, dass Medienberichterstattung, politische Positionierung und Bevölkerungsmeinung nicht als Einbahnstraßen verstanden werden sollten.

Abbildung T 13
Zentrale Studien zu Kriegs-Debatten in Deutschland, die auf der
Indexing-Hypothese basieren

Name der Studie	Autor und Thema	Jahr	Methode	Ergebnisse
„Research Note: Germany at War. Competing Framing Strategies in German Public Discourse“	Eilders und Lüter untersuchen auf Grundlage der Indexing-Hypothese die Debatte über den Kosovo-Krieg	2000	Inhaltsanalyse auf Grundlage des Framing-Konzepts der Berichterst. nach Beginn der Bombardierung durch die Nato	Der deutsche Mediendiskurs tendierte stark pro Kosovo-Krieg über das ganze Zeitungs-Spektrum hinweg
„Indexing im Einsatz – Eine Inhaltsanalyse der Kommentare überregionaler Tageszeitungen in Deutschland zum Afghanistankrieg 2001“	Pohr über die Verteilung von Meinungen zum Afghanistan-Krieg in der pol. Elite sowie in Meinungsartikeln überregionaler Printmedien	2003	Inhaltsanalyse von Kommentaren in überregionalen Tageszeitungen zum Afghanistan-Krieg 2001	Tendenzielle Pro-Haltung in Kommentaren zum Afghanistan-Krieg, Konflikt-Linien in den Medien entsprechen denen der pol. Elite
„Anti-Amerikanismus oder nationale Tendenz?“	Maurer, Vogelsang und Weiß über die Berichterstattung zum Kosovo, Afghanistan- und Irak-Krieg im dt. Fernsehen und in Printmedien	2005	Inhaltsanalyse auf Basis von Bewertungen in der FAZ und SZ sowie ARD, ZDF, RTL und SAT1	Ausgeprägte Konsonanz der Meinungsberichterstattung, Abbildung der Tendenz von pol. Eliten, aber auch der Haltung der Bevölkerung

3.3 Forschungslücken zur Indexing-Hypothese

Ein klares Forschungsdefizit bezüglich der Indexing-Hypothese kann in folgenden Punkten ausgemacht werden:

- Trotz widersprüchlicher Ergebnisse in den USA²⁰⁴ wird die Indexing-Hypothese in einschlägigen Untersuchungen für die deutschen Medien als zutreffend bezeichnet. Fraglich ist, ob dies darin begründet ist, dass die meisten Untersuchungen im deutschsprachigen Raum, die mit der Indexing-Hypothese operieren, auf die einzelnen Konflikte fokussiert sind und es kaum konflikt-übergreifende Untersuchungen gibt.
- Die Indexing-Hypothese wird in Deutschland häufig nur auf ihre Stichhaltigkeit untersucht, indem Meinungsartikel und -beiträge analysiert werden. Dies ist zumindest kritisierbar und sollte empirisch nochmals überprüft werden, da Kommentare und Leitartikel aus ihrer Definition heraus schon eine Position einnehmen. Daraus allgemeine Rückschlüsse darüber zu ziehen, ob auch die Nachrichtenberichterstattung im Vorfeld von Kriegen in Richtung der Haltung der Regierung verzerrt ist, ist zumindest fraglich. Vorgeschlagen wird deshalb, unabhängig des Genres zu untersuchen, ob über die Haltung der Regierung ausführlicher berichtet wird als etwa über die Haltung der Opposition oder auch alternative Haltungen von Nicht-Regierungsorganisationen und Verbänden.
- Bisher ist keine Untersuchung für die deutsche Medienlandschaft bekannt, die die Indexing-Hypothese daraufhin untersucht hat, ob das angenommene Primat von Eliten-Deutungen nur in der Berichterstattung über außenpolitische Kriegsdebatten zu finden ist – wo die jeweilige Regierung einen Informationsvorsprung hat und eine Dominanz von Bewertungen offizieller Stellen darin begründet liegen könnte – oder ob dieses Primat auch in nicht an Kriegen orientierten außenpolitischen Debatten oder sogar in innenpolitischen Debatten festzustellen ist. Die Indexing-Hypothese wurde in ihrer ursprünglichen Form nicht in Zusammenhang mit Kriegen formuliert. Ihre Annahmen gehen hingegen davon aus, dass die Einigkeit im politischen Raum, vor allem aber im Regierungslager für ein Primat von deren Deutungen in den Medien entscheidend ist.

²⁰⁴ Vgl. Althaus (2003): S. 383 ff.. Althaus kommt zu dem Schluss, dass die Medien während des Irak-Krieges 1991 keineswegs nur die Haltung der Administration von George Bush sen. wiedergaben, sondern durchaus auch kritische Stimmen aus der Opposition aufgriffen.

In Bezug auf die deutschen Medien gibt es also im Hinblick auf die Indexing-Hypothese noch erheblichen Forschungsbedarf. In den deutschen Studien zu Kriegen wurden zum Teil nur Meinungsartikel untersucht²⁰⁵, obwohl die Vertreter der Indexing-Hypothese von fehlender Neutralität gerade in der Nachrichtenberichterstattung ausgehen. Zudem wurde Indexing bislang – anders als in den USA²⁰⁶ – in Deutschland nur in außenpolitischen Debatten mit Kriegshintergrund diskutiert, in denen davon auszugehen ist, dass die Regierung über einen erheblichen Informationsvorsprung gegenüber anderen Teilnehmern an der Debatte verfügt.

Außer Acht gelassen wurde zudem, welche Haltung die Bevölkerung zu den jeweiligen Debatten hat²⁰⁷ – auch dies könnte ausschlaggebend dafür sein, ob sich die Haltung der Regierung in der Medienberichterstattung durchsetzt. Diese Forschungslücken sollen durch eine Untersuchung geschlossen werden, die erstens außen- sowie innenpolitische Debatten in der Medienberichterstattung mit und ohne Kriegshintergrund untersucht sowie zweitens Meinungsartikel und Nachrichtenberichterstattung untersucht und diese in ihren Tendenzen miteinander vergleicht.

4. Kausalmodell und Hypothesen

Um die Indexing-Hypothese für eine empirische Studie zu operationalisieren, ist die Klärung zentraler Begriffe notwendig. Dazu ist zunächst nötig, die eigentlich im Zusammenhang des amerikanischen, präsidentialen Systems entstandene Indexing-Hypothese auf das politische System in Deutschland hin zu modifizieren. Auch der Begriff der politischen Elite kann nicht einfach im Raum stehen, ohne dass er genau erläutert bzw. die Verwendung begründet wird. Deshalb wird in diesem Kapitel geklärt, was unter der politischen Elite in Deutschland in dieser Studie verstanden wird und wie dieser Begriff im Zusammenhang mit der Indexing-Hypothese operationalisiert werden kann. Als Drittes wird dargestellt, wie die Bevölkerungshaltung zu Debatten erhoben werden soll. Schließlich wird ein Index vorgestellt, der den gesellschaftlichen Konsens in einer Debatte abbildet und der für die Auswahl der zu untersuchenden Debatten maßgeblich sein wird.

²⁰⁵ Vgl. etwa Eilders/Lüter 2000.

²⁰⁶ Vgl. etwa Fackler/Frensley (2002).

²⁰⁷ Das stellen auch Bennett/Lawrence/Livingston (2007), S. 174, fest: „Washington news that is indexed to power is troubled, whether it shapes or defies public opinion trends.“

4.1 Übertragung der Indexing-Hypothese auf das politische System in Deutschland

Unmittelbarster Unterschied der beiden politischen Systeme ist die direkte bzw. indirekte Wahl des Regierungschefs. In Deutschland wählen die Wahlberechtigten gleichzeitig sowohl das Parlament als auch indirekt den Kanzler, der im Parlament von den Abgeordneten des Bundestages gewählt wird. In den USA erfolgt die Wahl des Präsidenten in einem separaten Wahlgang, Abgeordnete des Senats und des Repräsentantenhauses, die zusammen den Kongress stellen, werden in eigenständigen und nicht mit der Präsidentenwahl zusammenhängenden Wahlgängen gewählt. Konsens in der politischen Elite der USA ist also dann gegeben, wenn die politische Absicht des Präsidenten mit einer Mehrheit von Senat und Kongress einher geht – und zwar unabhängig von Parteigrenzen.

Während die Parteien in den Vereinigten Staaten eine „relativ untergeordnete Rolle“²⁰⁸ spielen, sind sie im politischen System der Bundesrepublik von ungleich größerer Bedeutung im Willensbildungsprozess:²⁰⁹ „Gleichwohl sind für die Durchsetzung politischer Ziele der Regierung zunächst und in erster Linie die politischen Parteien die zentralen Größen.“²¹⁰ In der Bundesrepublik benötigt der Kanzler zur Durchsetzung von Gesetzesinitiativen, die seine Regierung ebenso einbringen kann wie die einzelnen Fraktionen im Bundestag, stets die Mehrheit der Stimmen im Parlament; demgegenüber verfügt der amerikanische Präsident nicht über ein Gesetzesinitiativ-Recht.²¹¹ Gesetze muss der Präsident über ihm nahestehende Abgeordnete des Kongresses einbringen. Im politischen System der USA sind Exekutive und Legislative strikt getrennt: „Sichtbarsten Ausdruck findet die Institutionentrennung zum einen in der Stellung des Präsidenten gegenüber beiden Häusern des Kongresses. (...) Sie tritt zum anderen in der gleichfalls verfassungsmäßig festgelegten Legislaturperiode der beiden parlamentarischen Häuser in Erscheinung, die vom Präsidenten auch dann nicht verkürzt werden kann, wenn der Kongreß schiere Obstruktionspolitik betreiben, das heißt, die Arbeit der Exekutive in jeder Hinsicht blockieren würde.“²¹²

²⁰⁸ Wasser (1997), elektronische Ressource.

²⁰⁹ Vgl. Pfetsch (2001), S. 29.

²¹⁰ Ebd., S. 30.

²¹¹ Vgl. Wasser (1997).

²¹² Ebd..

Diese Unterschiede haben naturgemäß Auswirkungen auf die politischen Entscheidungsprozesse, die in der vorliegenden Arbeit von besonderem Interesse sind: „Die amerikanische Präsidialdemokratie unterscheidet sich in vielfältiger Hinsicht von der in Deutschland vertrauten parlamentarischen Regierungsweise. Sie setzt auf Institutionentrennung, also auf die Unvereinbarkeit von (Regierungs-)Amt und parlamentarischem Mandat, wo hingegen im parlamentarischen Herrschaftssystem die Institutionen personell und funktional miteinander verzahnt sind, Mitglieder der Regierung normalerweise auch ein Mandat innehaben und Regierung wie Parlament wechselseitig unter bestimmten verfassungsrechtlichen Voraussetzungen ihren Sturz bewerkstelligen bzw. eine Auflösungsorder erwirken können. Das amerikanische System setzt dagegen auf Koordination der getrennt organisierten Institutionen im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß.“²¹³

Oftmals ist es im politischen System Deutschlands der Bundeskanzler, der Gesetze vorlegt: „Im Allgemeinen ergreift die Bundesregierung die Gesetzesinitiative. Ihre Vorlagen haben im Bundestag zudem deutlich höhere Erfolgchancen als solche aus dem Bundestag selbst oder solche des Bundesrates.“²¹⁴

Einer der zentralen Unterschiede zwischen amerikanischem und deutschem politischen System ist auch die Stellung der Parteien und der Parlamentarier: „Neben dem eigentümlichen Charakter der amerikanischen Partei als ideologiefreier Patronagepartei, später als gleichermaßen pragmatischer Rahmenorganisation für Koalitionen unterschiedlicher Interessen, hat das spezifische Parteiensystem die Kontinentaleuropäer verblüfft, weil sie in ihm nicht selten eine erstrebenswerte Alternative zur heimischen Parteienvielfalt sahen. Von Anfang an entwickelte sich nämlich in der ‚Neuen Welt‘ ein Zweiparteiensystem: Wo Herrschaftspositionen, Ämter und Pfründe durch Mehrheitsentscheid in Einzelpersonenwahlkreisen besetzt wurden, boten sich Splitterparteien keine Chancen.“²¹⁵

Im Hinblick auf das politische System in den USA bietet sich also, wie vielfach in der Indexing-Forschung praktiziert, eine Fokussierung auf die Haltung des Präsidenten bezüglich seiner politischen Ziele an.

²¹³ Ebd..

²¹⁴ Rudzio (2006), S. 230.

²¹⁵ Wasser (1997).

In Bezug auf das politische System der Bundesrepublik muss der Forschungsschwerpunkt demzufolge viel deutlicher auf die Stärke der Parteien im politischen Entscheidungsprozess abzielen. Dieser entscheidende Unterschied – präsidentiales System in den USA und Macht der Parteien in der Bundesrepublik – muss auch in der Indexing-Forschung berücksichtigt werden.

Breite wissenschaftliche Debatten entfachte in den vergangenen Jahren die These von einer Amerikanisierung der deutschen Politik: „Das US-amerikanische Modell einer Mediendemokratie galt lange Zeit als Rollenmodell des Wandels der politischen Kommunikation in modernen westlichen Demokratien.“²¹⁶ Dabei stellt sich die Frage, ob sich neben den politischen Prozessen bzw. der Akteure, die diese bestimmen, auch der Umgang von Politikern und politischen Institutionen mit den Medien „amerikanisiert“ hat: „Zweifel wurden deshalb laut, weil die politischen Institutionen und politischen Kulturen einerseits sowie das Mediensystem und die Kultur des Journalismus andererseits in unterschiedlichen Ländern beträchtlich variieren.“²¹⁷

Durch die bereits oben geschilderten Unterschiede zwischen dem Kanzler in Deutschland und dem amerikanischen Präsidenten ergibt sich auch ein differenzierter Umgang mit der Einbeziehung von Öffentlichkeit bzw. den Massenmedien, um Gefolgschaft für Entscheidungen zu gewinnen.²¹⁸ Während die beiden Parteien in den USA eine untergeordnete Rolle bei diesem Willensbildungsprozess spielen, sind in der Bundesrepublik die Parteien die „zentralen Größen“.²¹⁹

Aus diesen Ausführungen lässt sich als zentraler Unterschied im Verhältnis zwischen Politik, Medien und Öffentlichkeit zwischen dem System der USA und Deutschlands ableiten: Während der US-Präsident in einer Strategie des „Going Public“²²⁰ die Öffentlichkeit überzeugen muss, muss der Regierungschef der Bundesrepublik zunächst Unterstützung für seine Politik in Parteien gewinnen.

Dieser zentrale Unterschied zwischen dem präsidentialen System der USA und dem parlamentarischen System Deutschlands wirft wichtige Fragen auf, welche Eliten-

²¹⁶ Pfetsch (2001), S. 27.

²¹⁷ Ebd., S. 28.

²¹⁸ Vgl. ebd., S. 29.

²¹⁹ Ebd..

²²⁰ Ebd..

Zentrierung man im Hinblick auf die Indexing-Hypothese überhaupt meint, wer also mit dem Ausdruck politischer Elite zu verstehen ist. Eine Klärung des Begriffs ist unumgänglich, um die Indexing-Hypothese in Bezug auf Entscheidungsprozesse in Deutschland überhaupt operationalisieren zu können.

4.2 Der Begriff politische Elite

4.2.1 Verengung des Begriffs auf Entscheidungselite

Die Klärung des Begriffs politische Elite ist zentrale Voraussetzung für eine Untersuchung, die auf Grundlage der Indexing-Hypothese erfolgt. Im Zentrum steht dabei eine „Entscheidungselite“²²¹, da politische Entscheidungsprozesse im Spiegel der Medien untersucht werden sollen. Unter politischer Elite sollen also Vertreter von Entscheidungseliten verstanden werden, die auf politische Prozesse unmittelbar Einfluss nehmen können. „Es handelt sich bei Eliten demnach um eine Minderheit (...), die an der Spitze der Gesellschaft angesiedelt ist (...). Dieser Minderheit gehören Personen an, die über politische Macht verfügen, indem sie allgemein verbindlich entscheiden (...).“²²²

Eine Einschränkung des Begriffs auf politische Akteure ist auch durch die demokratische Grundfunktion von Medien in parlamentarischen Systemen gerechtfertigt: „Die Inhaber öffentlicher Führungspositionen müssen damit rechnen, von den Wählerinnen und Wählern für ihr Handeln verantwortlich gemacht zu werden.“²²³ Über dieses Handeln erfährt der Souverän Wahlvolk in der Regel über Medien. Die Legitimation über Wahlen und die Rechtfertigung politischer Handlungen über die Medien unterscheidet diese Eliten von anderen: „Durch diese Art der Legitimation und die sogenannte vertikale Herrschaftskontrolle durch das Volk unterscheiden sich politische Eliten in demokratischen Gesellschaften jedoch von anderen Eliten, allen voran von denen in den Bereichen der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung.“²²⁴ Im Zusammenhang mit der Indexing-Hypothese haben beispielsweise Jäger und Viehrig²²⁵ den Begriff der politischen Elite verwendet, um einen Ländervergleich zur Debatte im Irak-Krieg vorzulegen.

²²¹ Kaina (2006), S. 48 f.: „Diese Methode zur Identifikation von Elitemitgliedern geht davon aus, dass jemand einflussreich ist und damit zur Elite gehört, weil er oder sie sich in bestimmten, zuvor ausgewählten Entscheidungsprozessen mit seinem Willen durchsetzt. Dazu gehört auch das Vermögen, Entscheidungen zu blockieren.“

²²² Ebd., S. 51.

²²³ Grabow (2006): S. 25.

²²⁴ Ebd..

²²⁵ Jäger/Viehrig (2005).

Die Autoren gingen „von einem politisch-medialen Elitenbegriff aus: *politisch*, weil es sich um Träger von Entscheidungsmacht im politischen Raum handelt, und *medial*, weil die Präsenz dieser Träger in den Medien für die Erstellung der jeweiligen nationalen Rangliste entscheidend war.“²²⁶ Die Autoren erstellten eine Rangliste mit den am meisten genannten Akteuren und definierten diese aufgrund der Mediennennungen als politische Elite. Doch diese Prämisse scheint für die Untersuchung im Hinblick auf die Indexing-Hypothese ungenügend. Vielmehr soll eine parteizentrierte Definition von Elite vorgelegt werden.

4.2.2 Parteizentrierte Definition politischer Elite

Die vorangegangenen Ausführungen über die Unterschiede in den Systemen zwischen den USA und Deutschland haben gezeigt, dass die institutionellen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik eine parteizentrierte Definition politischer Elite nahelegen. Das Parteiensystem der Bundesrepublik ist immer noch geprägt von zwei großen Volksparteien, der SPD und der Union, die jeweils bei den vergangenen beiden Bundestagswahlen etwa ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich entscheiden konnten, sowie kleinen Parteien unter zehn Prozent Stimmenanteilen in Bundestagswahlen.

Naheliegender ist es im Hinblick auf die starke Position der Parteien in der BRD deshalb, den Dissens bzw. Konsens zwischen den beiden großen Volksparteien im Zusammenhang mit der Haltung der Regierung zu ermitteln. Die für Entscheidungen im Parlament immer noch maßgeblich relevanten Kräfte sind die beiden großen Volksparteien SPD sowie CDU/CSU²²⁷. Ist in diesen Lagern jeweils ein Konsens festzustellen – sind sich also zum Beispiel Union und SPD einerseits einig, zum anderen die Regierungsvertreter untereinander – kann von einem breiten Konsens in der politischen Elite gesprochen werden.

Diese Definition von politischer Elite, wie sie hier vorgenommen wird, ist eine lediglich auf die folgende empirische Studie verkürzte Sichtweise.

²²⁶ Jäger/Viehrig (2005): S. 5, Betonung im Original.

²²⁷ Die beiden Schwesterparteien CSU und CDU sollen als eine Einheit betrachtet werden, obwohl es sich um zwei Parteien handelt, die sich allerdings zu einer Fraktion, der Union, zusammen geschlossen haben.

Zwar stellen Union und SPD zusammen im Deutschen Bundestag nach wie vor etwa 60 Prozent der Abgeordneten²²⁸. Allerdings hätte man den Eliten-Konsens oder -Dissens mit ebenso triftigen Begründungen auch bei den jeweiligen Koalitionären der Regierungsfractionen im Gegensatz zum Oppositionslager verorten können. Schließlich ist dies auch die klassische Sichtweise, die in den Medien vorwiegend eingenommen wird: auf der einen Seite die Haltung des Regierungslagers, bestehend aus Bundesregierung und Koalition, auf der anderen Seite die Parteien der Opposition.

Doch in dieser Arbeit soll diese Sichtweise gerade nicht eingenommen werden. Zwar erfahren die beiden sogenannten Volksparteien seit geraumer Zeit eine Erosion der Zustimmung in den letzten Jahren – und auch konkret von Wählerstimmen: „In den 1960er und 1970er Jahren hatten die Unionsparteien und die SPD noch um die 90 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können. 2002 entschieden sich 77 Prozent für die beiden ‚Großen‘, dieses Mal waren es noch knapp 57 Prozent.“²²⁹ Doch warum soll für eine Untersuchung, die Erkenntnisse über die Orientierung der Medien an der Regierungshaltung bringen soll, dann ein Elitekonzept zugrunde gelegt werden, das gerade nicht auf dieses übliche Konzept von Regierungs- und Oppositionslager basiert?

Zunächst haben die „kleinen Parteien“ die oben skizzierte Erosion der Volksparteien im Bundestag keineswegs aufgefangen: „Das, was die beiden großen Volksparteien an Bindekraft gegenüber den Wählern verloren haben, ist von den kleinen Parteien nicht gewonnen worden.“²³⁰ Wenn aber die kleinen Parteien diese Erosion der Zustimmung für die großen Volksparteien nicht aufgefangen haben, spricht vieles dafür, einen breiten Konsens unter den politischen Akteuren dann zu vermuten, wenn sich die beiden größten Fraktionen einig sind.

Dies scheint auch angesichts eines Fünf-Parteien-Systems im Bundestag sinnvoll, bei dem ein Konsens aller Kräfte höchst unwahrscheinlich ist. Trotz der Argumente, die für ein Elitekonzept von Regierungs- und Oppositionslager sprechen, soll im Folgenden ein anderes Elitekonzept angewandt werden: Von Konsens wird dann gesprochen, wenn Vertreter von SPD und Union einig sind.

²²⁸ Stand: Juli 2011. 383 der insgesamt 620 Abgeordneten des Deutschen Bundestages waren zu dem Zeitpunkt entweder Mitglieder der Unions- oder der SPD-Fraktion.

²²⁹ Golz (2009): S. 2.

²³⁰ Lösche (2009), S. 11.

Auf der einen Seite steht also die Haltungen der beiden Kräfte SPD und Union zu einer politischen Entscheidung. Auf der anderen Seite steht die Haltung der Regierung. Der politische Konsens, der in der folgenden empirischen Untersuchung als unabhängige Variable definiert wird, soll in diesem Spannungsfeld verortet werden:

- Beide, SPD und Union zusammen, stellen noch immer eine absolute Mehrheit der Abgeordneten im Deutschen Bundestag, wenn auch eine geringer werdende. Diese Mehrheitsverhältnisse sind unabhängig von der Regierungskonstellation in der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen gegeben.
- Konsens zwischen diesen beiden großen politischen Lagern müsste, trifft die Indexing-Hypothese unabhängig von innen- oder außenpolitischer Debatte zu, in viel stärkerem Maße deren Mechanismen in der Medienberichterstattung verursachen, als dies bei einem Konsens etwa nur innerhalb der Koalitionsregierung – also etwa bis 2005 Rot-Grün mit einer äußerst knappen Mehrheit – wohl der Fall wäre.
- Ein einhelliger Konsens zwischen zeitweise fünf Fraktionen im Deutschen Bundestag erscheint angesichts des im Vergleich zu den USA zersplitterten Parteiensystems der BRD relativ unwahrscheinlich.

Auch die Funktion der beiden sogenannten Volksparteien im politischen System Deutschlands spricht für eine solche Definition: „Generell funktionieren Volksparteien wie Konsensmaschinen. Sie haben Moderatorenfunktion in der Demokratie. Interessenunterschiede werden zur gemeinwohlorientierten Problemlösung in bestimmte Richtungen gebündelt – stellvertretend für plurale Meinungsvielfalt in der Gesellschaft.“²³¹ Wenn sich also die Regierung einerseits und die beiden großen Volksparteien andererseits einig sind, kann von einem breiten Konsens in der politischen Elite ausgegangen werden.

Denn während einer großen Koalition im Bundestag fällt quasi die hier vorgelegte Definition von politischer Elite mit der Regierungskoalition zusammen. Einiges spricht dafür, dass Funktionen, die von einer starken, also eine Volkspartei umfassende Opposition erfüllt werden, nämlich die kritische Auseinandersetzung mit der

²³¹ Korte (2008), S. 7.

Regierungspolitik, in Zeiten der großen Koalition innerhalb der beiden Lager ausgehandelt werden, die in dieser Konstellation in einem Boot sitzen: „Das Regieren wird in Drei-Parteien-Konstellationen mindestens ebenso sehr wie in der großen Koalition zu einem permanenten Aushandlungsprozess auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners – mit all den Auswirkungen auf das Ansehen der politischen Klasse in der Bevölkerung.“²³²

Um zu verdeutlichen, warum das hier angewandte Elitekonzept auf einem Konsens oder Dissens der beiden großen Volksparteien abstellt, werden kurz die vier Debatten skizziert, die in einem Quasi-Experiment untersucht werden sollen. Bei der Untersuchung und bei der Auswahl der Fälle sollen unterschiedliche politische Konstellationen ebenso berücksichtigt werden wie unterschiedliche Konsens- oder Dissens-Konstellationen innerhalb der politischen Elite (also SPD- und Unionslager) sowie zwischen politischer Elite und Regierung.

Als erste Debatte, die direkt an die bislang zu Indexing in Deutschland vorgelegten Studien anschließt, wird die Debatte um einen Krieg im Irak 2003 untersucht. Die Regierungskonstellation unter Bundeskanzler Gerhard Schröder bestand zu diesem Zeitpunkt aus der SPD- und der Grünen-Fraktion im Bundestag. Die Union befand sich zu diesem Zeitpunkt also in der Opposition, gemeinsam mit der FDP²³³. Von einem breiten politischen Konsens kann nach der hier vorgenommenen Definition dann gesprochen werden, wenn sowohl SPD als auch Union einhellig gegen den Krieg argumentieren, so wie das die Regierung Schröder getan hat. Konsens in der politischen Elite ist also dann gegeben, wenn in diesem Fall ein großer Teil der Koalitionsregierung (nämlich die SPD) sowie ein großer Teil der Opposition (nämlich die Union) einhellig der Ansicht sind, dass der Krieg abzulehnen ist.

In diesem Fall müssten die Zeitungen entsprechend ihrer Position als „Vierte Macht“ als Korrektiv in Erscheinung treten und auch Argumente benennen, die für einen Krieg vorgebracht werden könnten, indem sie Gegenpositionen zitieren oder eigene benennen.

²³² Oppelland (2008): S. 14.

²³³ Die damalige PDS hatte mit nur zwei Sitzen keine Fraktionsstärke im 15. Deutschen Bundestag.

Doch nach der Logik der Indexing-Hypothese ist das eben nicht der Fall: Die Medien verhalten sich bei Konsens innerhalb der politischen Elite (wie hier definiert: zwischen SPD und Union) ebenso konsensorientiert gegenüber der Regierung. Zudem war die Bevölkerung, wie weiter unten gezeigt wird, auf Seiten der politischen Elite und der Regierung, es bestand also ein mehr oder weniger einhelliger gesellschaftlicher Konsens gegen diesen Krieg. Zu erwarten ist also, dass auch die Medien diesen Konsens widerspiegeln und kriegsfreundliche Argumentationen deutlich seltener und Akteure, die diese aussprechen, ebenso seltener zitiert werden wie jene Akteure, die sich kritisch gegenüber dem Krieg positionieren.

Dieselbe politische Konstellation mit einer rot-grünen Regierungskoalition bestand, als 2003 ein Vorziehen einer Steuerreform debattiert wurde. Doch einen einhelligen Konsens in der hier definierten politischen Elite gab es demgegenüber nicht: Während sich die regierungsbeteiligte SPD für ein Vorziehen der Steuerreform aussprach, kritisierte die Union aus der Opposition heraus dieses Vorhaben. Die Bevölkerung war mehrheitlich der Ansicht, dass die Steuerreform zu Steuererleichterungen führen würde und stand damit auf Seiten der Regierung und der SPD (sowie ihres Koalitionspartners Grüne).

Treffen die Annahmen der Indexing-Hypothese zu, so müssten die Medien und damit auch die hier untersuchten Zeitungen den Dissens innerhalb der politischen Elite und damit auch den Dissens zwischen Teilen der Elite und der Regierung aufgreifen. Statt vorwiegend Befürwortung durch zitierte Quellen einerseits und Eigenbewertungen andererseits vorzufinden, müsste die Berichterstattung die kontroverse politische Debatte darstellen und somit die Medien ihrer Rolle als „Vierte Gewalt“ gerecht werden. Laut der Indexing-Hypothese ist diese Konstellation also kein kritischer Fall, denn der Normalfall des Regierens ist durch eine Kontroverse zwischen Regierung und Regierungskoalition einerseits und Opposition andererseits geprägt.

Zu einem Regierungswechsel kam es 2005. Die dritte Debatte, die hier untersucht werden soll, wurde unter Kanzlerin Angela Merkel geführt. Die Bundeswehr beteiligte sich nach einem entsprechenden Mandat des Bundestages an einem Einsatz im Kongo, um einen drohenden Bürgerkrieg zu verhindern. Die Regierungskoalition bestand zu diesem Zeitpunkt aus der Union und der SPD. Anders als im Fall des Irak-Kriegs waren beide Volksparteien somit Teil einer Regierungskoalition.

Problematisch wird das Konzept des Elite-Konsenses, wie es in dieser Studie angewandt wird, weil der Dissens oder Konsens gerade nicht zwischen Regierungskoalition und Opposition ermittelt wird. *Dies unterscheidet die vorgelegte Studie maßgeblich von bislang vorgelegten Studien zur Überprüfung der Indexing-Hypothese in Bezug auf das deutsche Politik- und Mediensystem.* Diese Entscheidung ist also besonders begründungsbedürftig; deutlich wird das besonders bei der Debatte um einen Einsatz im Kongo, denn diese fand nach langer Zeit der Koalitionen zwischen Volksparteien und kleinerer Parteien kurz nach der Regierungsübernahme durch eine große Koalition statt. Folgende Überlegungen haben dazu geführt, dass das Elite-Konzept anders angelegt wurde, als dies bislang bei vergleichbaren Studien der Fall war:

Die Oppositionsparteien (FDP, Linke und Grüne) stellten nach der Wahl 2005 im 16. Deutschen Bundestag zusammen 166 Abgeordnete, Union und SPD 448²³⁴. Nach dem hier vorgestellten Elitekonzept ist es der Konsens oder Dissens zwischen SPD-Lager und Unionslager, der maßgeblich ist. Warum sollten sich die Medien nicht, wenn es zu einem Konsens kommt wie im vorliegenden Fall, an der Oppositionshaltung orientieren, wenn diese im Dissens mit Regierung und Regierungskoalition liegt?

Zum einen kann davon ausgegangen werden, dass nach so langer Zeit der Opposition immer jeweils einer großen Volkspartei seit der ersten großen Koalition (1965 bis 1969) das Verhältnis zwischen Medien und Politikern weitgehend eingefahren und damit an den beiden Volksparteien (in der jeweiligen Oppositions- oder Regierungskoalition) orientiert sein könnte. Die Indexing-Hypothese basiert vorwiegend auf der Annahme, dass eine Quellen-Orientierung der Journalisten zu Verzerrungen in der Medienberichterstattung führt. Sollte diese Annahme, dass der Eliten-Konsens zwischen SPD- und Unionslager verortet werden kann, nicht zutreffen, müsste dies gerade in der Debatte um einen Einsatz im Kongo festzustellen sein, da sowohl Bevölkerung als auch weite Teile der Opposition gegen den Einsatz waren, die hier definierte politische Elite aber mit fast zwei Drittel der Abgeordneten im Bundestag für den Einsatz votierte.

Auch hier müssten die Medien ihrer Rolle als „Vierte Gewalt“ einnehmen und dementsprechend Zweifel an der Notwendigkeit eines Einsatzes deutscher Soldaten im Ausland formulieren.

²³⁴ Bundeszentrale für politische Bildung (2009), elektronische Ressource.

Doch nach der Logik der Indexing-Hypothese ist dies gerade nicht der Fall: Der breite Konsens zwischen Exekutive und dem in einer Koalition regierenden Teil der Legislative müsste auch zu einem „Gleichklang“ zwischen Regierungshaltung und Berichterstattung führen. Innerhalb der in dieser Studie als solche definierten politischen Elite, also zwischen Unionslager und SPD-Lager, bestand nämlich ein Konsens in der Frage, Soldaten in das afrikanische Land zu entsenden. Auch zwischen Regierung und dieser politischen Elite bestand Konsens in dieser Frage. Der Logik der Indexing-Hypothese folgend, sollten die Medien und damit auch die hier untersuchten Zeitungen diesen Konsens widerspiegeln, weil sie ihrer Rolle als „Vierte Gewalt“ in dieser Konstellation eben nicht gerecht werden und dieses Fallbeispiel somit als exemplarisch für das Versagen des Mediensystems im Konsens-Fall gelten müsste, trifft Indexing tatsächlich zu.

Allerdings unterschied sich die Debatte von der oben bereits ebenso als Konsens-Konstellation (nur mit umgekehrter Ausrichtung) vorgestellten Debatte um den Irak-Krieg nochmals in einem bislang unberücksichtigt gebliebenen Aspekt: Die Bevölkerungshaltung unterschied sich dahingehend, dass kein Konsens zwischen der Bevölkerung und der Regierung bestand. Sollte sich die Tendenz der Debatte von der des Irak-Krieges in der Berichterstattung unterscheiden, könnte dies auf einen Einfluss der Bevölkerungshaltung auf die Berichterstattung hinweisen, die bei der Indexing-Forschung bislang unberücksichtigt blieb.

In dieser Regierungs-Konstellation – einer großen Koalition – wurde auch die Debatte um eine Gesundheitsreform geführt. Betrachtet wird nur die erste Phase der Gesundheitsreform, in der es zu einem Dissens innerhalb des Regierungslagers kam, um der Logik des hier vorgestellten Quasi-Experiments zu folgen: Einerseits wurde der Vorschlag zu einer Reform des Gesundheitswesens 2006 von der SPD-Ministerin Ulla Schmid vorgelegt. Beide großen Volksparteien, also sowohl Union als auch SPD, waren zu diesem Zeitpunkt Teil der Regierungskoalition. Dennoch kam es zu einem Dissens zwischen der SPD und der Union und damit zum Dissens in der politischen Elite, wie sie in dieser Studie definiert wird. Diese Debatte ist also ebenso wie die oben genannte Debatte zum Vorziehen der Steuerreform als Dissens-Konstellation einzuordnen.

Anders als bei der Debatte um die Steuerreform, bei der die Bevölkerung die Regierungshaltung mehrheitlich unterstützte, war dies bei der Gesundheitsreform nicht der Fall. Zudem unterscheidet sich die Debatte um die Gesundheitsreform auch von der Debatte um einen Einsatz im Kongo, die zwar auch vor dem Hintergrund einer großen Koalition geführt wurde.

Doch während es in der Debatte um einen Kongo-Einsatz zu einer einheitlichen Haltung der politischen Elite (beide Volksparteien, die damals die Regierung stellten) kam, war dies in der ersten Phase der Gesundheitsreform eben nicht der Fall.

Nach der Logik der Indexing-Hypothese müsste diese Konstellation also zu einer breiten Debatte auch in den Medien führen, da die politische Elite gespalten war. Dies ist ein Normalfall der Medienberichterstattung, anders als der Irak-Krieg und der Einsatz im Kongo, der möglicherweise ein struktureller Indexing-Fall war.

Zusammenfassend soll es in der folgenden Studie um das Verhältnis zwischen Medien, Legislative und Exekutive unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen gehen. Durch ein solches Quasi-Experiment mit unterscheidbaren Konstellationen wird man unterschiedlichen parlamentarischen Bedingungen und dementsprechenden Machtressourcen der Exekutive in der parlamentarischen Demokratie gerecht und kann diese Konstellations-übergreifend in ihrem Niederschlag in der Medienberichterstattung inhaltsanalytisch vergleichen.

Angesichts wechselnder Mehrheitsverhältnisse zwischen Opposition und Regierungskoalition und gerade im Hinblick auf ganz unterschiedliche Mehrheiten in großen Koalitionen verglichen mit der Konstellation Volkspartei- und kleiner Partei wird ein solches Quasi-Experiment zum Test der Indexing-Hypothese in Deutschland vorgeschlagen.

Zum einen wird darin untersucht, welche Auswirkungen die Konstellation hat, wenn die politische Elite zum Teil in der Regierungskoalition, zum Teil in der Opposition vertreten ist. Zum anderen wird die Auswirkung auf die Medienberichterstattung untersucht, wenn die gesamte in dieser Studie definierte politische Elite – also SPD und Union gemeinsam

– in einer Regierungskoalition vertreten ist. *Ausdrücklich soll betont werden, dass sich dieses ungewöhnliche Konstrukt der politischen Elite nur auf die folgende Studie bezieht.*

Da in der Indexing-Forschung bislang die Haltung der Bevölkerung ausgeklammert wurde, wird auch sie mit in dieses Quasi-Experiment mit einbezogen. Zunächst wird kurz erläutert, wie die Bevölkerungshaltung gemessen wurde.

4.3 Haltung der Bevölkerung

Bislang relativ unbeachtet von den Vertretern der Indexing-Hypothese war die Rolle der Rezipienten bzw. die Erwartung der Medienmacher über die Meinung, die Mediennutzer zu einer bestimmten Debatte haben. Schließlich könnte das Meinungsbild in der Bevölkerung auch auf die Medieninhalte eine nachhaltige Wirkung haben und damit den Grundannahmen der Indexing-Hypothese entgegenstehen. Denn möglicherweise spiegelten die Medien in ihrer Berichterstattung zu politischen Entscheidungen, die in der Indexing-Forschung bislang untersucht wurden, nicht den Konsens oder Dissens zwischen politischer Elite und Regierung, sondern vielmehr den Konsens oder Dissens zwischen beispielsweise der Regierung und der Bevölkerung wider.

Dass die Bevölkerungshaltung für die Regierung eine wichtige Rolle spielt, dürfte unbestritten sein: „Offenbar hängt der Erfolg einer Regierung nicht nur davon ab, inwieweit sie die ihr zugewiesenen institutionellen Entscheidungsprozesse und Moderationen bewerkstelligen kann, sondern inwieweit sie diese Aktivitäten mit einem populären Image in der Öffentlichkeit verknüpfen kann.“²³⁵

Ob das „Image“ der Regierung positiv ist, erfährt diese zu einem Teil im Spiegel der Medienberichterstattung: „Die erfolgreiche Demonstration von Responsivität im Sinne einer hohen Übereinstimmung von öffentlicher Meinung und Regierungshandeln ist freilich kontingent, da die Kommunikation mit den Bürgern durch die Medien der Massenkommunikation stattfindet.“²³⁶ Welche Haltung die Bevölkerung zu politischen Entscheidungen der Regierung einnimmt, lässt sich aber auch über Umfragen feststellen, die Meinungsforschungsinstitute im Auftrag der Medien erstellen.

²³⁵ Pfetsch (2003): S. 24.

²³⁶ Ebd..

Aus Gründen der Forschungsökonomie wurde lediglich auf ein Meinungsforschungsinstitut zurückgegriffen, um die Bevölkerungsmeinung zu erheben: auf Infratest dimap. Zum einen fiel die Wahl auf Infratest dimap, weil dieses Institut seine wichtigsten Umfrageergebnisse in einem Archiv im Internet jahrelang zurückreichend zur Verfügung stellt, zum anderen eignen sich die Daten von Infratest dimap aber auch deshalb, weil die Umfragen oftmals im Auftrag von Medienunternehmen durchgeführt werden, und somit davon ausgegangen werden kann, dass zahlreiche Medienakteure auf die Ergebnisse Bezug nehmen.²³⁷

Die Ergebnisse der Befragungen stammen aus dem DeutschlandTREND, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Nachrichtensendung Tagesschau und mehrerer Printmedien erhebt. „Der DeutschlandTREND basiert auf einer repräsentativen Telefonbefragung (CATI) von rund 1.000 Wahlberechtigten in Deutschland (700 West, 300 Ost), speziell für die Sonntagsfrage werden 1.500 Wahlberechtigte befragt. Die Befragung umfasst insgesamt rund 14 Fragen, davon etwa die Hälfte zu aktuellen Themen und Ereignissen. Angaben zur Person des Befragten schließen die Erhebung ab. Der ARD-DeutschlandTREND wird monatlich erhoben. Im unmittelbaren Vorfeld von Bundestagswahlen und als Reaktion auf wichtige politische Ereignisse erscheint er außerhalb dieses Rhythmus als DeutschlandTREND extra“.²³⁸ Die Haltung der Bevölkerung wurde nach dem Prinzip der Mehrheit ermittelt. Es ergeben sich also unterschiedliche mögliche Konstellationen.

4.4 Dissens oder Konsens zwischen Regierung und Bevölkerung

Zwischen Regierung und Bevölkerung (bzw. deren Mehrheit) kann es natürlich zu unterschiedlichen Konstellationen kommen – die Bevölkerungsmehrheit kann die Regierungspolitik stützen oder diese ablehnen. Diese Konstellationen der politischen Debatten ergeben vier Möglichkeiten des gesellschaftlichen Konsenses:

²³⁷ Infratest dimap, Selbstdarstellung, elektronische Ressource.

²³⁸ Ebd..

Tabelle T 14
Vier denkbare Konstellationen des gesellschaftlichen Konsenses oder Dissenses
zwischen politischer Elite, Regierung und Bevölkerung

Konstellation	zwischen politischer Elite und Regierung	zwischen Bevölkerungsmehrheit und Regierung
H1: Irak	Konsens	Konsens
H2: Steuer	Dissens	Konsens
H3: Kongo	Konsens	Dissens
H4: Gesundheit	Dissens	Dissens

4.5 Kausalmodell und Hypothesen

Aus dem oben dargestellten theoretischen Rahmen ergeben sich eine abhängige und eine unabhängige Variable, aus denen sich ein Kausalmodell ableiten lässt. Die unabhängige Variable ist der Konsens oder Dissens zwischen Regierung und politischer Elite zum einen sowie der Regierung und der Bevölkerung zum anderen. Die abhängige Variable ist der Konsens oder Dissens zwischen Regierung und Zeitungen.

Für eine empirische Untersuchung ist es nötig, die vorangegangenen theoretischen Ausführungen in Hypothesen zu überführen, die anschließend in einer Argumentationsanalyse überprüft werden können. Die Überprüfung der Hypothesen im Hinblick auf Indexing soll auf zwei Ebenen erfolgen:

- Zum einen soll überprüft werden, ob es Unterschiede bei den jeweiligen Debatten hinsichtlich der in der Berichterstattung genannten Akteure gibt.
- Zum anderen soll überprüft werden, ob es Unterschiede in der Tendenz der Bewertungen hinsichtlich der Bewertungsobjekte gibt, die bei den Debatten in den untersuchten Zeitungen diskutiert werden.
- Zuletzt ist im Hinblick auf die Indexing-Hypothese entscheidend, ob und wann es zu einem Konsens zwischen der Zeitungsberichterstattung und der Regierungshaltung kommt. Dies muss auch im Hinblick auf die jeweilige Fallkonstellation interpretiert werden – im Normalfall politischer Auseinandersetzung (Regierung gegen Opposition) ist dieses Ergebnis anders zu interpretieren als im Konsens-Fall (Regierung einig mit politischer Elite).

Konsens zwischen Regierung und Zeitungen drückt sich dabei folgendermaßen aus:

Kommt es zu einem Konsens zwischen Regierung und Zeitungen,

- so werden Vertreter der Regierung häufiger genannt als Vertreter der politischen Elite (enge Interpretation der Indexing-Hypothese)
- so werden Vertreter der Regierung insgesamt am häufigsten zitiert (weite Interpretation der Indexing-Hypothese)
- kommt es zu einer Synchronisation der Kommentierung zwischen den Zeitungen
- kommt es zu einer Synchronisation der Berichterstattung zwischen den Zeitungen bezüglich des wichtigsten Bewertungsobjektes
- ist eine Synchronisation zwischen Regierungshaltung (und der von der Regierung als Quelle referierten Bewertungen in den Zeitungen) und den journalistischen Eigenbewertungen feststellbar.

H1 (Irak): Beim Irak-Krieg handelt es sich um einen klassischen Indexing-Fall, bei dem ein anomischer Konsens zwischen Regierung und politischer Elite dazu führt, dass die Medien nicht als Korrektiv funktionieren.

H2 (Steuerreform): Bei der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform handelt es sich um einen „normalen“ Dissens, bei dem die Regierung zusammen mit der Koalitionspartei (der eine Volkspartei zugehört) eine andere Haltung vertreten als die Opposition (zu der ebenfalls eine Volkspartei zählt). Dies führt dazu, dass die Medien kritische Haltungen bevorzugt zitieren (sowohl bezüglich der Häufigkeit der Akteursnennungen als auch bezüglich der Fremd- und Eigenbewertungen bzw. deren Tendenzen).

H3 (Kongoeinsatz): Bei der Debatte um einen Einsatz im Kongo handelt es sich im Prinzip um einen „normalen“ Konsens, bei dem Regierung und Koalitionsparteien eine andere Haltung einnehmen als die Opposition. Doch aufgrund der Konstellation einer großen Koalition (beide Volksparteien in der Regierung) könnte es sich um einen „strukturellen“ Indexing-Fall handeln. Mit dementsprechender Häufigkeit der Nennungen von Regierungsvertretern sowie der dementsprechenden Tendenz von Fremd- und Eigenbewertungen.

H4 (Gesundheitsreform): Bei der Debatte um eine Gesundheitsreform (in der ersten Phase) handelt es sich um einen „anomischen Dissens“, da erstens beide Volksparteien in einer großen Koalition in der Regierung saßen und zweitens der Dissens zwischen Regierung einerseits bzw. unter den Koalitionspartnern andererseits bestand. Es könnte sich um einen „strukturellen“ Nicht-Indexingfall handeln, bei dem weder die Vertreter der Regierung am häufigsten genannt werden, noch die Tendenz der Fremd- und Eigenbewertungen in die Richtung der Regierungshaltung gehen.

Tabelle T 15
Konstellationen des Konsenses oder Dissenses zwischen Regierung, politischer Elite und Bevölkerung sowie ihre Auswirkungen auf den Konsens zwischen Regierung und Zeitungen

Hypothese	Politische Elite und Regierung/Bevölkerung und Regierung	Konsens oder Dissens zwischen Zeitungen und Regierung
H1: Irak	Konsens-Konsens	Konsens
H2: Steuer	Dissens-Konsens	Dissens
H3: Kongo	Konsens-Dissens	Konsens
H4: Gesundheit	Dissens-Dissens	Dissens

Bislang unberücksichtigt blieb in der Indexing-Forschung die Haltung der Bevölkerung (siehe Forschungslücken in Kapitel 3.3). Insbesondere deshalb wurde dieses Quasi-Experiment mit vier unterschiedlichen Debatten erarbeitet, um Erkenntnisse darüber zu erlangen, ob sich die Berichterstattung unterscheidet auch im Hinblick auf die Haltung der Bevölkerung. Im Folgenden wird nun beschrieben, mit welcher Methode die Zeitungsberichterstattung untersucht werden soll.

5. Wahl der Methode für eine Untersuchung

Im Folgenden soll eine Methode ausgewählt und beschrieben werden, die geeignet ist, die Medienberichterstattung nach den Kriterien der Indexing-Hypothese zu untersuchen. Dabei können einige kommunikationswissenschaftliche Instrumente ausgeschlossen werden: Eine Befragung von Rezipienten würde möglicherweise lediglich subjektive Wahrnehmungen messen, da die Befragten über die Bandbreite der Debatte im vormedialen Raum keinerlei Aussagen treffen können. Zwar könnte eine Befragung der Medienakteure auf den ersten Blick verlässliche Ergebnisse liefern.

Hierbei ist jedoch zu bedenken, dass die Indexing-Hypothese gerade nicht davon ausgeht, dass Medienakteure die Berichterstattung absichtlich in eine Richtung tendieren lassen. Vielmehr sind es die Abläufe und Routinen, die eine an den Mehrheitsverhältnissen orientierte Medienberichterstattung zur Folge haben. Offenbar scheidet also auch die Befragung der Medienakteure als Methode aus.

Die Inhaltsanalyse als eine „empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen“²³⁹ eignet sich im Gegensatz zur Befragung, um Tendenzen der Medienberichterstattung empirisch zu be- oder zu widerlegen. Sie ist zeitlich unabhängig, anders als die Befragung. Zahlreiche inhaltsanalytische Methoden haben sich wissenschaftlich bewährt. Eine Bewertungsanalyse etwa liefert Daten darüber, zu welcher Entscheidung Akteure neigen.

Doch die Ebene der Bewertung liefert noch keinerlei Erkenntnisse über den Kontext. Anders verhält es sich mit der Argumentationsanalyse. Dieses Verfahren hat sich in Studien bewährt, in denen Daten zu komplexen Fragestellungen erhoben wurden. Ob Debatten Tendenzen aufweisen, lässt sich auf der Ebene des Arguments am besten ermitteln, da das Argument gleichzeitig Bewertung und Begründung beinhaltet. Das Verfahren soll im Folgenden genauer beschrieben werden.

²³⁹ Früh (2001), S. 25.

5.1 Die Argumentationsanalyse

Die Argumentationsanalyse ist eine standardisierte Methode, die komplexe Strukturen von Medieninhalten statistisch sichtbar macht. Sie ist geeignet, „die Tendenzen zu ermitteln, mit denen die Diskussion zu einem öffentlich umstrittenen Problem in den Mediennachrichten vermittelt und in den Medienkommentaren diskutiert wird“.²⁴⁰ Die Ebene des Arguments als Fall ermöglicht es, auch die Strukturen, in denen Argumente genannt werden, zu identifizieren:

„Das heißt, daß auf der Ebene dieser Untersuchungseinheiten der Argumentationskontext zu rekonstruieren ist, in dem das Argument als Standpunkt einer zitierten Person, Institution etc. referiert oder als Auffassung des Verfassers des analysierten Beitrags wiedergegeben wird.“²⁴¹

Die Methode ermöglicht, Argumente in ihrem Gesamtzusammenhang zu analysieren und die Argumente in Tendenz-Indizes zu erfassen, die Ordinalskalen-Niveau erreichen. Die Argumentationsanalyse eignet sich für diese Untersuchung im besonderen Maße. Die Indexing-Hypothese geht von der Grundannahme aus, dass die Deutungen der Regierung zu einem Thema maßgeblich für die Berichterstattung der Medien sind. Die komplexe Argumentationsanalyse lässt Schlüsse darüber zu, welche Argumente häufiger genannt werden als andere und in welche Richtung sie tendieren.

5.1.1 Vorgehen der Argumentationsanalyse

Weiß schlägt in seiner Konzeption einer Argumentationsanalyse ein Vorgehen in zwei Schritten vor, das sich auch für diese Untersuchung eignet. In einem ersten Schritt werden demnach die über Pressemitteilungen in eine Debatte eingebrachten Argumente identifiziert und in einen Argumenten-Katalog überführt.

Nach diesem Konzept werden die Argumente anschließend orientiert an zwei Polen nach pro und contra geordnet – also zum Beispiel jeweils für oder gegen einen Kriegseinsatz oder eine Gesetzesentscheidung. Weiß erläutert in seinem Konzept, wie durch die Voruntersuchung eine „multidimensional conflict scale“²⁴² erarbeitet werden kann, die es ermöglicht, die Konfliktstrukturen einer Debatte wiederzugeben: „With this conception,

²⁴⁰ Weiß (1989): S. 478.

²⁴¹ Ebd., S. 479.

²⁴² Weiß (1992), S. 385. Vgl. auch ders. 1985, 1986 sowie 1988.

the argumentation analysis can relatively flexibly explore and reconstruct the conflict structure of public debates.”²⁴³

Weiß differenziert bereits in der Vorstudie in eine Hauptdebatte sowie in Teilkonflikt-Dimensionen: „Natürlich überlagert die Polarisierung des Gesamtkonflikts die verschiedenen inhaltlichen Konfliktdimensionen. In der Folge ist jede inhaltliche unterscheidbare Konfliktdimension intern polarisiert und derart wiederum als ‚Sub-Konfliktskala‘ zu begreifen”.²⁴⁴

Innerhalb eines Diskurses werden also nicht nur die grundlegende Frage des Für und Wider zum Beispiel eines Gesetzesentwurfs bewertet, sondern auch Sub-Themen, die aber in Beziehung mit dem eigentlichen Konflikt stehen. So ist es denkbar, dass in der Debatte beispielsweise über die Gesundheitsreform von einem Akteur nicht der Gesetzesvorschlag der Bundesregierung selbst bewertet wird, sondern die Kosten des Gesundheitssystems.

Um jedoch überhaupt eine Aussage darüber treffen zu können, ob sich Medien näher an einen „Pol“ der politischen Debatte anlehnen – also etwa an den Regierungs-Pol, statt an die Meinungen, die insgesamt im politischen Raum vertreten werden – ist es nötig, das gesamte Spektrum des Diskurses zu erfassen, soweit dies möglich ist. Dazu werden in einem ersten Schritt möglichst umfangreich Pressemitteilungen gesammelt, die zu einer Debatte an die Medien adressiert wurden. Aus diesem Material wird ein Codebuch erstellt, das Bewertungen und ggf. die darin angegebenen Begründungen identifiziert. Die Voranalyse der Pressemitteilungen dient also der Erstellung des Codebuchs, das zur Medienanalyse Anwendung findet.

Aus den Pressemitteilungen, die unabhängig von der Institution erhoben werden, die also auch von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) jenseits der Parteien und der Regierung ausgesendet wurden, sollte sich ein möglichst breites Spektrum an Argumenten ergeben. Mittels der dann folgenden Argumentationsanalyse ist es möglich, Argumentations-Strukturen zu messen und sie, den jeweiligen Argumentierenden zugeordnet, debattenübergreifend zu vergleichen. Um dies jedoch leisten zu können,

²⁴³ Weiß (1992): S. 383.

²⁴⁴ Weiß (1989), S. 480.

muss genau festgelegt werden, was unter einem Argument verstanden werden soll, wie sie abzugrenzen ist und in welche Einzelteile sie zerfällt.

Im Folgenden soll dabei – anders als bei Weiß – auf eines der bekanntesten Modelle von Argumenten zurück gegriffen werden: das Argumenten-Schema von Toulmin. Dieses bietet sich für eine Untersuchung vor allem deshalb an, weil es ein operationalisierbares Schema bietet, aus welchen Bestandteilen Argumente bestehen.

In der hier vorgenommenen Studie sollen zudem Modifikationen an der Methode von Weiß vorgenommen werden. Um diese darzustellen, sollen zunächst die Parallelen beschrieben werden. Auch für diese Untersuchung wurden Pressemitteilungen sowohl von Parteien, als auch von der Regierung und von NGOs systematisch gesammelt (siehe auch 5.2.1). Aus diesen Pressemitteilungen wurde ein Katalog von Bewertungen und Begründungen erstellt. Die Begründungen wurden entlang der Linie der Regierung in pro oder contra zur Regierungshaltung eingeteilt.

Anders als bei Weiß erfolgt die Einteilung der Argumente in Bewertungen und Begründungen. Ein Argument besteht aus einer Bewertung mit dementsprechendem Bewertungsobjekt sowie einer oder mehreren Begründungen. Dieses Schema lehnt sich an an das Modell von Toulmin (vgl. 5.1.2). Eine Begründung verleiht demnach der Bewertung mehr Gewicht. Umso mehr Begründungen zitiert werden, desto gewichtiger fließt das Argument in die Auswertung ein. Wie Bewertungen und Begründungen identifiziert werden, soll im Folgenden zunächst am Argumenten-Schema nach Toulmin dargestellt werden, anschließend wird dieses Schema für die Studie modifiziert.

5.1.2 Das Argumenten-Schema der Studie in Anlehnung an Toulmin

„Eine Argumentation ist wie ein Organismus. Sie hat eine grobe, anatomische Struktur wie auch eine feinere sozusagen physiologische Struktur“²⁴⁵. Wer eine Argumentationsanalyse durchführen möchte, um Erkenntnisse über die Struktur von Mediendebatten zu erlangen, muss zunächst definieren, wie Argumente verstanden werden sollen. Denn nur eine möglichst exakte Definition von Argumentationen (also mehrerer Argumente) und deren Bestandteile ermöglicht später bei der Erhebung der Daten nachvollziehbare Ergebnisse.

²⁴⁵ Toulmin (2003): S. 86.

Argumente werden gebraucht, um damit einen Standpunkt einzunehmen. Es gibt eine Vielzahl von Definitionen, was Argumente sind. Da diese Definitionen jedoch nur bedingt geeignet sind, auch im Hinblick auf bereits vorliegende empirische Studien politische Debatten forschungsökonomisch möglichst einfach und dennoch aussagekräftig zu untersuchen, wurde hier ein gängiges Modell ausgewählt, das bereits in anderen empirischen Studien angewandt wurde. Doch für die Untersuchung wurde das komplexe Modell *deutlich vereinfacht*. Die im Folgenden verwendete Definition von Argumentation bzw. Argumenten ist also lediglich eine stark vereinfachte Anlehnung an das Argumenten-Schema von Toulmin. Dieses wird im Folgenden kurz umrissen, um daraus ein Konzept für die hier anzuwendende Argumentationsanalyse abzuleiten.

Bei Toulmin findet sich eine Definition von Argumentation²⁴⁶. In Anlehnung an diese soll kurz dargelegt werden, wie sich laut Toulmin einzelne Argumente zusammen setzen. Zum „Schema einer Argumentation“²⁴⁷ – das heißt also eines oder mehrerer Argumente – erläutert Toulmin: „Nehmen wir an, wir machen eine Behauptung und legen uns damit auf den Geltungsanspruch fest, den jede Behauptung notwendig involviert. Wenn dieser Geltungsanspruch angezweifelt wird, müssen wir ihn begründen können.“²⁴⁸ Als Grundlage seines Schemas formuliert Toulmin also „die Unterscheidung zwischen der Behauptung oder der Konklusion, deren Tauglichkeit wir zu begründen versuchen (K), und den Tatsachen, die wir als Begründung für die Behauptung heranziehen. Diese bezeichne ich als Daten (D).“²⁴⁹

Weiter formuliert Toulmin neben der Konklusion (K) und den Daten (D) eine Schlussregel (SR), die belegen soll, dass die Daten, die in einem Argument vorgebracht werden, den Schluss einer bestimmten Konklusion zulassen.²⁵⁰ Toulmin beschreibt dazu einen Umstand, der deutlich macht, warum dieser Teil der Argumentation, wie Toulmin sie definiert, für eine empirische Untersuchung von Medieninhalten nur bedingt geeignet ist: „Einer der Gründe dafür, zwischen Daten und Schlußregeln zu unterscheiden ist der: Auf Daten wird explizit Bezug genommen, auf Schlußregeln implizit.“²⁵¹

²⁴⁶ Toulmin (2003). Eigene Übersetzung.

²⁴⁷ Ebd., S. 88.

²⁴⁸ Ebd..

²⁴⁹ Ebd., S. 89.

²⁵⁰ Ebd..

²⁵¹ Ebd., S. 91.

Nun ist es so, dass implizite Aussagen in einer Inhaltsanalyse nicht nur schwer zu erfassen sind. Wer implizite Aussagen inhaltsanalytisch erfassen möchte, begibt sich wohl eher auf das Feld der Medienwirkungsforschung – stellt sich also die Frage: Wie nimmt ein Rezipient einen Inhalt wahr. Diese Studie will aber Aussagen über Medieninhalte treffen.

Deshalb ist es nötig – auch, um vorangegangene Studien auf Basis von Argumentations- oder Bewertungsanalysen vergleichbar zu machen –, das Argumenten-Schema von Toulmin zwar als Grundlage zu verwenden, dann aber eigene Schlussfolgerungen auf eine notwendige Definition von Argumenten zu ziehen.

Zunächst gilt es, das in dieser Studie anzuwendende Argumentations-Schema anzupassen und auf die Art der Konklusion einzugehen, die untersucht werden soll. Zwei Autoren geben dazu Hinweise: „Wir *argumentieren*, um Behauptungen zu begründen oder Entscheidungen zu rechtfertigen.“²⁵² Als Argument wird also hier und analog zu der in bisherigen Argumentationsanalysen verwendeten Eingrenzungen „eine Aussage definiert, die eine Stellungnahme zu dem Grundkonflikt darstellt, der mit dem umstrittenen Problem verbunden ist.“²⁵³

Demnach zerfällt ein Argument in vier Bestandteile:

- in das **Bewertungsobjekt**, über das eine Aussage getroffen wird,
- das Bewertungsobjekt, das von einem **Akteur** bewertet wird, der diese Bewertung abgibt,
- in die **Bewertung** selbst, die sich positiv oder negativ zum Bewertungsobjekt darstellt
- sowie gegebenenfalls in eine oder mehrere **Begründungen**, warum das Bewertungsobjekt negativ oder positiv bewertet wird.

Für den Bereich der politischen Stellungnahme, der in dieser Studie untersucht wurde, lässt sich die Bewertung relativ einfach identifizieren: Es handelt sich dabei um eine Stellungnahme für oder gegen eine politische Maßnahme wie etwa die Verabschiedung

²⁵² Bayer (2007), S. 18. Betonung im Original.

²⁵³ Weiß (1989), S. 480.

eines Gesetzesentwurfs. Auch eine indifferente Bewertung ist möglich, sie stellt sich dar in einer Stellungnahme, bei der es heißt, es gäbe gute Gründe für beide Alternativen.

Ein konkretes Fallbeispiel soll diese angenommene Struktur von Argumenten veranschaulichen:

„Dazu erklärte Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt: ‚Drei entscheidende gute Gründe sprechen für dieses Gesetz. Erstens: Jeder und jede ist künftig gegen das Risiko Krankheit versichert. Zweitens: Der Gedanke: Prävention vor Behandlung, und Reha vor Pflege soll sich konsequent durch die gesamte Versorgung ziehen. Drittens: Gesundheit bleibt bezahlbar.‘“

In diesem Beispiel handelt es sich um ein Argument, das folgende Bewertung und deren Begründungen enthält:

- | | |
|----------------------|---|
| Bewertung: | (Drei entscheidende Gründe sprechen) für das Gesetz |
| Begründung 1: | Jeder wird künftig versichert sein. |
| Begründung 2: | Prävention steht vor Behandlung, Reha vor Pflege. |
| Begründung 3: | Gesundheit bleibt bezahlbar. |

In der Argumentationsanalyse werden nun eine Bewertung (für das Gesetz) sowie – dieser zugeordnet – drei Begründungen codiert sowie jeweils die Politikerin, die dieses Argument nennt.

Die Unterscheidung in Bewertung und Begründung ist auch im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand sinnvoll. Denn was Medien als Tatsachenbehauptungen darstellen, muss durch Quellen begründet sein. Zumindest entspricht dies den journalistischen Standards, die, folgt man der Indexing-Hypothese, dazu führen, dass offizielle Quellen bevorzugt ihre Argumente einbringen können. Doch nicht allein die Zerlegung des Arguments in Bewertung und Begründung ermöglicht eine Messung. Erst durch ein Messinstrument wird es möglich, statistisch verwertbare Daten zu gewinnen, die man anschließend vergleichen kann.

Dabei ist es die Bewertung einer politischen Alternative, die gemessen werden soll. Aus der Logik des Argumenten-Schemas ergibt sich, dass eine Begründung jeweils einer Bewertung zugeordnet sein kann (nicht muss). Diese Bewertung aber, die quasi die

Richtung des Arguments bestimmt, lässt sich skalieren: Schließlich ist es möglich, für oder gegen eine bestimmte Alternative zu sein, aber auch, eingeschränkt für oder gegen eine Alternative zu sein. Dies ermöglicht Abstufungen in einem Messinstrument, das im Folgenden entwickelt wird.

Zunächst soll aber der Bezugsrahmen zu Studien dargestellt werden, der für die vorliegende Untersuchung verwendet wurde, aber auch die Entscheidungen des Autors genau benannt werden.

5.1.3 Vorgehen der Untersuchung

Vorangegangen ist eine Beschreibung, wie Argumente definiert werden, die an Toulmin angelehnt, aber für die Untersuchung politischer Debatten in Printmedien stark vereinfacht wurde. Zudem wurde unterschieden, wie in Argumentationsanalysen vorgegangen wurde, um mittels einer Voruntersuchung ein Codebuch zu erstellen.²⁵⁴ „Das Prinzip der Argumentationsanalyse besteht nun darin, die recherchierten Zeitungsartikel (...) daraufhin zu untersuchen, welche dieser Argumente in welchen Argumentationszusammenhängen auftreten.“²⁵⁵

Wie in der genannten Argumentationsanalyse, wurden bei dieser hier vorliegenden Studie in einem ersten Schritt Pressemitteilungen von Parteien und Institutionen wie NGOs mittels eines Stichwort-Verfahrens recherchiert. Daraus wurden Bewertungsobjekte in ein Codebuch übertragen und ein Bewertungs-Katalog erstellt. Zudem wurden Begründungen in das Codebuch übernommen. Dieses Vorgehen basiert auf eine Entscheidung des Autors und unterscheidet sich von vorangegangenen Argumentationsanalysen ebenso wie von Studien, die explizit in der Indexing-Forschung bislang vorgelegt wurden.

Insbesondere die Indexing-Forschung, die aus den USA kommt und auf einer anderen Forschungs-Tradition basiert, neigt zu vereinfachenden Studien-Designs (vgl. die Studie von Bennett und Lawrence 2006, die bereits im Titel „None Dare Call it Torture“ deutlich macht, dass das Studien-Design auf einer reinen Auswertung basiert, ob die Medien den Begriff Folter oder Missbrauch verwendeten im Zusammenhang mit dem

²⁵⁴ Dieses Vorgehen findet sich bei Weiß (1988): S. 472.

²⁵⁵ Ebd.. Die Studie bezieht sich auf die Debatte um die Erhöhung der Rundfunkgebühren.

Abu Ghraib-Skandal. Ohne Bewertungen und Begründungen zu untersuchen, wurde in dieser Untersuchung lediglich die Zahl der Wörter „Folter“ bzw. „Missbrauch“ gegeneinander aufgerechnet.

Demgegenüber gibt es in Studien, die nicht mit dem Indexing-Konzept operieren, aber den Kern des Konzepts empirisch viel besser erfassen, indem durch die Anlage des inhaltsanalytischen Instruments die Tendenzen der Medienberichte erfasst werden. Beispielhaft sei eine Studie über die Berichterstattung zu Hartz IV genannt²⁵⁶, in der Mittels einer Bewertungsanalyse²⁵⁷ verglichen wird, ob die Berichterstattung der Bild-Zeitung über Hartz IV von der Berichterstattung anderer Zeitungen abweicht. Auch in Studien zur Berichterstattung über die Legitimierung von Kriegen wurden reine Bewertungs-Analysen vorgelegt.²⁵⁸ Anders soll in der hier vorliegenden Untersuchung eine Argumentationsanalyse vorgenommen werden, die sich von den bislang durchgeführten empirischen Studien in folgenden Punkten unterscheidet:

- Reine Bewertungsanalysen geben nicht den Kontext der Debatten wieder, die im Hinblick auf die Indexing-Hypothese untersucht werden sollen. Bei der vorliegenden Untersuchung wurde also auf die Methode der Argumentationsanalyse zurückgegriffen.
- Darüber hinaus erfassten auch vorangegangene Argumentationsanalysen, die bislang nicht im Rahmen der Indexing-Forschung durchgeführt wurden, keine Abstufungen von Bewertungen. Auch dies unterscheidet diese Untersuchung von den in Kapitel 3 vorgestellten Studien zu Debatten über politische Entscheidungen im Allgemeinen und Indexing im Besonderen.

Aus diesem Grund soll ein Messinstrument entwickelt werden, das diese Aspekte erfasst und als Grundlage für diese Untersuchung verwendet werden kann.

²⁵⁶ Reinemann (2008): S. 208.

²⁵⁷ Neben anderen, siehe Reinemann (2008): S. 208. Der Autor nimmt auch eine Themen- und Framing-Analyse vor.

²⁵⁸ Vgl. Maurer/Vogelsang/Weiß/Weiß (2008) oder Eckl (2004).

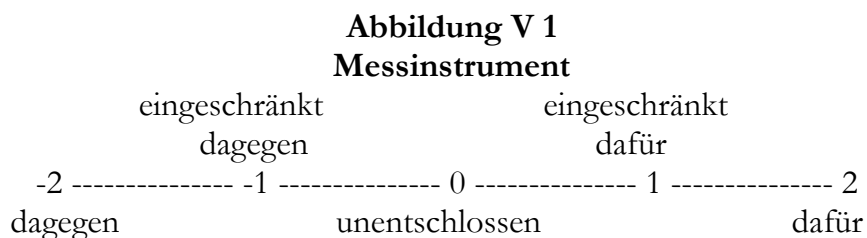
5.1.4 Das Messinstrument

5.1.4.1 Die Mess-Skala

Wie unter 5.1.2 dargestellt, werden unter einem Argument eine Bewertung und ggf. Begründung(en) verstanden. Die Bewertung wird mit dem Objekt der Bewertung, auf das sie sich bezieht, codiert.²⁵⁹

Beispiel für ein Bewertungsobjekt ist etwa „Krieg im Irak“. Ist ein Akteur uneingeschränkt gegen einen Krieg im Irak, wird die Ausprägung -2 codiert. Ist er uneingeschränkt für einen Krieg im Irak, die Ausprägung 2. Abgeschwächte Bewertungen werden jeweils mit -1 respektive mit 1 codiert – für eingeschränkte Zustimmung zum Krieg bzw. eingeschränkte Ablehnung des Krieges.

Auch indifferente Bewertungen sind möglich, etwa eine Bewertung des Krieges in der Form, wonach „einiges für und einiges gegen den Krieg spricht“. Diese Bewertung wird als „unentschlossen“ codiert.



Die Begründungen werden zusammen mit der jeweiligen Bewertung codiert, sie werden der Bewertung und somit auch der jeweiligen Ausprägung zugeordnet. Dieser Untersuchungsschritt erfolgt deshalb, weil ein Argument, bestehend aus einer Bewertung und drei Begründungen, höher gewichtet werden soll als ein Argument, das beispielsweise lediglich aus einer Bewertung und einer Begründung besteht.

5.1.4.2 Gewichtung von Argumenten

Eine eigenständige Entscheidung, die dieser Studie zugrunde liegt, ist die Gewichtung von Argumenten bzw. deren oben dargestellten Bestandteile. Wie bereits erwähnt, werden Argumente sowohl in Bewertungen einer bestimmten politischen Entscheidung, als auch in Begründungen „zerlegt“.

²⁵⁹ So ist es möglich, dass von einem Akteur etwa bei der Debatte um den Irak-Krieg der Krieg selbst bewertet wird oder zum Beispiel die Abstimmung im Weltsicherheitsrat der UNO. Dabei handelt es sich um ein neues Bewertungsobjekt.

Dieser Definition eines Arguments liegt die Annahme zugrunde, dass die Bewertung einer politischen Entscheidung begründungsbedürftig ist. Geht man davon aus, dass redaktionelle Plätze in Zeitungen, die hier untersucht werden sollen, knapp sind, kann daraus geschlossen werden, dass Journalisten einem Argument, das sie selbst nennen oder das zitiert wird, umso mehr Gewicht einräumen, desto mehr Begründungen sie in ihrer Berichterstattung (bzw. in Kommentaren) nennen. Um also ein Bild von der Struktur der Argumente in einer Debatte zu erhalten, ist es notwendig, die Zahl der Begründungen in die statistische Auswertung der Untersuchung mit einfließen zu lassen.

Demzufolge werden aus der vorliegenden, zu untersuchenden Berichterstattung Begründungen identifiziert, die einem Akteur zuzuordnen sind. Werden eine oder mehrere Begründungen genannt, so werden diese Begründungen der Bewertung zugeordnet.

Daraus folgt, dass ein Argument mit lediglich einer Bewertung ohne Begründung(en) mit dem Gewicht eins gemessen wird. Wird eine Bewertung mit einer Begründung genannt, die der Bewertung zugeordnet werden kann, so hat das Argument das doppelte Gewicht wie das Argument, das nur aus einer Bewertung besteht. Ein Argument mit einer Bewertung und zwei Begründungen hat demzufolge das Gewicht drei und sofort. Die Zahl von Bewertungen und Begründungen werden also addiert.

5.2 Ausprägungen der Variablen

Das vollständige Untersuchungsinstrument ist im Anhang unter A1 dargestellt. Dort sind Zugriffskriterien für das Medien-Sample ebenso dokumentiert wie eine Liste der identifizierten Bewertungsobjekte sowie der identifizierten Begründungen; diese sind bipolar (pro und contra Regierungshaltung) sortiert. Auch auf die formalen Variablen (Akteure, Genre, Länge des Artikels, Datum etc.) soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Von zentraler Bedeutung für die Untersuchung sind die wertenden Kategorien. Wie bereits oben bei der Definition von Argumenten dargestellt, werden zum einen Bewertungen und zum anderen Begründungen identifiziert. Dies erfolgt in einer Variablen (V11), in der zwischen Bewertung (1) und Begründung (2) unterschieden wird.

Wird eine Begründung codiert, so wird festgehalten, auf welche Bewertung sie sich bezieht (V14). Dies ermöglicht die Identifikation zusammenhängender Argumente. Zentral ist zudem die Variable V16, in der mit der oben dargestellten Mess-Skala die Richtung der Bewertung codiert wird, die dem jeweiligen Bewertungsobjekt zugeordnet wird. Begründungen werden ebenfalls mit der Richtung dieser Bewertung codiert; sie können logischerweise nur mit der jeweiligen Ausprägung codiert werden, mit der bereits die Bewertung codiert wurde.

Jede Änderung der Bewertung eines bestimmten Objekts markiert nämlich ein neues Argument. V16 hat die Ausprägungen -2 bis 2, wobei -2 uneingeschränkt gegen und 2 uneingeschränkt für ein bestimmtes Bewertungsobjekt codiert wird. Mit -1 und 1 werden die jeweiligen Abstufungen codiert, 0 wird bei unentschlossener Haltung zu dem Bewertungsobjekt codiert. Es handelt sich also um eine *polytom* angelegte Skala, die es bei der Auswertung der Ergebnisse ermöglicht, auch den Grad anzugeben, mit dem ein bestimmtes Bewertungsobjekt in der Berichterstattung insgesamt abgelehnt oder befürwortet wird.

Angelegt ist das Codebuch so, dass Bewertungsobjekte als auch Begründungs-Katalog von den Codierern ergänzt werden. Das bedeutet, dass in einer Voruntersuchung zunächst Bewertungsobjekte und Begründungen identifiziert und im Codebuch aufgeführt werden, in der Medienberichterstattung aber *zusätzlich* einfließende Bewertungsobjekte und Begründungen ebenso erfasst werden. Es handelt sich also um eine Vollerhebung der Argumente in den jeweiligen Debatten.

5.3 Das Untersuchungsmaterial

5.3.1 Voruntersuchung: Presseerklärungen als Grundlage für das Codebuch

Grundlage für die Erstellung der Argumenten-Liste und die Ermittlung des Eliten-Konsenses sind zum einen die Verlautbarungen der Bundesregierung, zum anderen die Pressemitteilungen der beiden Lager SPD und Union. Doch nicht nur die Pressemitteilungen von SPD und Union wurden untersucht, sondern, um eine möglichst breite Argumentenliste für die Debatten zu erhalten, auch die Pressemitteilungen von Verbänden, Gewerkschaften und Nichtregierungs-Organisationen – allerdings nur zur Erstellung eines möglichst vollständigen Codebuches.

Die Verlautbarungen der Bundesregierung wurden auf eine Anfrage an das Bundespresseamt vollständig zur Verfügung gestellt. Das Untersuchungsmaterial umfasst möglichst alle Pressemitteilungen, die analog zu den Ausführungen über die politische Elite (siehe Kapitel 4.2) von der Union bzw. der SPD zu den ausgewählten Diskursen veröffentlicht wurden. Dabei wurden nur jene Pressemitteilungen berücksichtigt, die von der Bundespartei oder der Bundestagsfraktion veröffentlicht wurden.

Eine Ausnahme bildet aufgrund ihrer Sonderstellung die CSU, die sich als Bundespartei versteht und aufgrund ihrer Fraktionstätigkeit im Bundestag auch als solche behandelt wurde. SPD und Union wurden angeschrieben bzw. jene Stiftungen kontaktiert, die das Pressearchiv der jeweiligen Partei verwalten – bei der SPD ist dies die Friedrich-Ebert-Stiftung, bei der CDU die Konrad-Adenauer-Stiftung. Es ist aufgrund der ausführlichen Recherche in Datenbanken davon auszugehen, dass, wenn nicht alle, dann doch zumindest ein Großteil der zu den jeweiligen Diskursen abgegebenen Pressemitteilungen erfasst wurde.

Beim Deutschen Bundestag sind insgesamt 2.026 NGOs, Verbände und Kirchen (bzw. deren Verbände) vertreten. Von diesen mehr als 2.000 Vereinigungen und Verbänden ist ein überwiegender Teil auf ein Themengebiet spezialisiert. Die Liste wurde systematisch durchgearbeitet und stichprobenartig überprüft, ob zu den jeweiligen Themen Pressemitteilungen vorhanden waren.

Die meisten Verbände verfügen über eine Internet-Seite mit einem Archiv der Pressemitteilungen, die zumeist bis ins Jahre 2003 zurück reichen – der Zeitraum, der für diese Untersuchung relevant ist. So bleibt festzuhalten, dass sich ein Großteil der beim Bundestag akkreditierten Verbände, NGOs und Organisationen entweder gar nicht öffentlich zu politischen Themen äußern oder dies zumindest nicht in hier untersuchten Debatten getan haben – wobei darauf zu verweisen ist, dass die meisten dieser Lobbys Themengebiete abdecken, die für den politischen Prozess eher als randständig bezeichnet werden können.

5.3.2 Die Medien-Stichprobe

Eine Untersuchung, die Aussagen über Medien treffen möchte, sieht sich der Schwierigkeit ausgesetzt, dass es angesichts der Vielzahl von Medien kaum möglich ist, eine sinnvolle Auswahl zu finden. Doch für eine Untersuchung der Indexing-Hypothese bietet es sich an, auf die sogenannten Qualitätszeitungen zurückzugreifen: Noch immer gelten sie bezüglich der politischen Berichterstattung als Leitmedien.

Die sogenannten Qualitätszeitungen haben sich „im besonderen Maße der politischen Berichterstattung aus In- und Ausland“ verpflichtet.²⁶⁰ Zwar nimmt die Medien-Nutzung von Tageszeitungen in den letzten Jahren stetig ab und steht seither in der täglichen Fernsehnutzung der Bundesbürger und auch in der Reichweite den visuellen Medien nach: Während in Deutschland 85 Prozent der Bürger das Fernsehen „gestern“ nutzten, griffen nur 54 Prozent der Bundesbürger zur Tageszeitung.²⁶¹ Gerade den überregionalen Tageszeitungen werden Eigenschaften von Leitmedien zugeschrieben, das heißt, ihre Berichterstattung hat nicht unerheblichen Einfluss auf die Berichterstattung regionaler Tageszeitungen, aber auch der Fernseh-Berichterstattung.

Die Süddeutsche Zeitung gilt mit einer Auflage von durchschnittlich 425.000 Stück²⁶², einem breiten überregionalen Nachrichten- und Meinungsteil, einem dichten Korrespondentennetz in der Bundeshauptstadt sowie in vielen Ländern der Welt als eine der führenden Tageszeitungen auf nationaler Ebene. Während die SZ politisch leicht links von der Mitte einzustufen ist, wird die Frankfurter Allgemeine Zeitung mit einer Auflage von etwa 400.000 Stück²⁶³ oft als rechts-liberal oder konservativ bezeichnet.²⁶⁴ Die Wahl fiel deshalb, um diese Tendenzen möglichst auszugleichen, auf diese beiden Medien.

Zudem kann zumindest für die Süddeutsche Zeitung klar von einem Leitmedium gesprochen werden, das erheblichen Einfluss auf die Berichterstattung anderer Medien, auch auf das Fernsehen, haben dürfte:

²⁶⁰ Beispielhaft ist hier Vollmer (1994): S. 120 zitiert.

²⁶¹ van Eimeren/Ridder (2001), S. 542 f..

²⁶² Vgl. Meyn (1999): S. 108.

²⁶³ Die Angaben folgen hier Vollmer (1994). Nach Angaben der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) weist die Süddeutsche Zeitung eine Druckauflage von 552.707 Exemplaren im Schnitt von Montag bis Samstag auf sowie die FAZ eine Druckauflage von 469.152 Exemplaren für das 2. Quartal 2011. Die Daten sind unter daten.ivw.eu abrufbar.

²⁶⁴ Z. B. bei Vollmer (1994): S. 130 f..

35 Prozent aller befragten Journalisten gaben an, die Süddeutsche Zeitung regelmäßig zu nutzen.²⁶⁵ Immerhin 15 Prozent gaben dies auch für die FAZ an.²⁶⁶ Demzufolge ist es naheliegend, diese beiden Medien in einer Untersuchung über politische Debatten einzubeziehen.

Zwei weitere überregionale Tageszeitungen werden auf dem Links-Rechts-Spektrum der Politik sogar noch weiter voneinander entfernt beschrieben und ergänzen sich in einer Medienstichprobe sinnvoll: Die Frankfurter Rundschau mit einer Auflage von ca. 190.000 Stück sowie die Tageszeitung Die Welt mit 220.000 Stück Auflage. Die vier Qualitätszeitungen SZ, FAZ, FR und Die Welt sollen bezüglich der Indexing-Hypothese in Kriegs-, innen- und außenpolitischen Debatten untersucht werden.

Gute Argumente gibt es selbstverständlich bei jeder Inhaltsanalyse dafür, auch Medien wie das Fernsehen zu untersuchen. Doch sind die Inhalte politischer Magazine beispielsweise der öffentlich-rechtlichen Anstalten deutlich schwieriger auszuwerten. Aus forschungsökonomischen Gründen, aber auch, weil die Auswahl der Qualitätszeitungen sinnvoll erscheint, muss auf eine Untersuchung von Fernsehberichten verzichtet werden. Mit guten Argumenten hätte man allerdings auch die Berichterstattung etwa der Bild-Zeitung einbeziehen können.

Gerade vor dem Hintergrund der Untersuchung und des theoretischen Rahmens scheint die Untersuchung der Bild-Zeitung jedoch nicht sinnvoll. Die Bild erhebt ja gerade nicht den Anspruch einer ausgeglichenen, sondern vielmehr einer zugespitzten Berichterstattung. Gleiches gilt für den Spiegel, wenn auch aus anderen Gründen. Die oben genannten Tageszeitungen erheben den Anspruch einer umfassenden, objektiven Berichterstattung.

Nun soll dargestellt werden, welche Debatten unter den oben beschriebenen Prämissen untersucht werden sollen.

²⁶⁵ Scholl/Weischenberg/Malik (2005): S. 359.

²⁶⁶ Ebd..

6. Auswahl der zu untersuchenden Debatten

Die Auswahl der vier zu untersuchenden Debatten ist an die oben ausgearbeiteten Bedingungen für die jeweilige Konstellation – Konsens oder Dissens zwischen politischer Elite zum einen und Bevölkerung zum anderen – gebunden. Zudem soll es sich um Debatten handeln, die sowohl außen- als auch innenpolitische Entscheidungen berücksichtigen. Das ergibt sich aus den oben ausgearbeiteten Forschungslücken. Zuletzt sollen die Debatten möglichst repräsentativ sein und unabhängig von der politischen Konstellation ausgewählt werden. Angesichts der Vielzahl von Entscheidungen, die der Bundestag in einer Legislaturperiode trifft, war eine systematische Erschließung nicht möglich. Vielmehr wurde eine Auswahl von Debatten getroffen, die jene Voraussetzungen an die jeweilige Konstellation zwischen politischer Elite und Bevölkerung vermuten ließen. Zudem sollte an die letzte bislang am intensivsten untersuchte Kriegs-Debatte um den Konflikt im Irak angeschlossen werden. Dazu sollte dieser Konflikt als Ausgangs-Debatte in die Untersuchung mit aufgenommen werden. Im Folgenden werden die vier ausgewählten Debatten, die während der Entscheidung gegebenen politischen Regierungskoalitionen, die außen- oder innenpolitische Dimension sowie die Erwartung an die jeweilige Debatte bezüglich der Konsens-Dissens-Konstellation dargestellt werden.

Tabelle V 2

Auswahl der zu untersuchenden Debatten, politische Konstellation, außen- oder innenpolitische Dimension sowie erwarteter Konsens oder Dissens

Nummer Hypothese	Debatte	Politische Konstellation	Politische Dimension	Jahr	Pol. Dissens / Konsens²⁶⁷
H1	Irak-Krieg	Rot-Grün	außenpolitisch	2003	Konsens-Konsens
H2	Vorziehen Steuerreform	Rot-Grün	innenpolitisch	2003	Dissens-Konsens
H3	Einsatz dt. Soldaten im Kongo	Schwarz-Rot	außenpolitisch	2006	Konsens-Dissens
H4	1. Phase der Debatte um Gesundheitsreform	Schwarz-Rot	innenpolitisch	2006	Dissens-Dissens

²⁶⁷ Gemeint ist Dissens zwischen Regierung und politischer Elite einerseits sowie zwischen Regierung und Bevölkerung andererseits.

6.1.1 Fall 1: Die Debatte um den III. Irak-Krieg

Bundeskanzler Gerhard Schröder setzte bereits im Bundestagswahlkampf im Herbst 2002 auf eine ablehnende Haltung gegenüber dem Willen der US-Regierung, einen Krieg im Irak zu führen. Am 5. August 2002 erklärte Schröder, „ich kann nur davor warnen, ohne an die politischen Folgen zu denken und ohne eine politische Konzeption für den gesamten Nahen Osten zu haben, jetzt über Krieg im Irak zu diskutieren.“²⁶⁸

Am 2. September erklärte der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Gernot Erler, die von der Union erhobenen Vorwürfe, die Haltung der Bundesregierung gefährde das deutsch-amerikanische Verhältnis, seien Wahltaktik. Am 8. September betonte Erler, das Nein zu einem Krieg im Irak durch die Bundesregierung „gilt uneingeschränkt.“²⁶⁹

Die Bundesregierung unterstütze „mit Nachdruck die Bemühungen der Vereinten Nationen, Inspektoren zur Kontrolle unzulässiger Waffenprogramme in den Irak zu bringen, und wird dies auch weiterhin tun.“²⁷⁰ Am 22. September 2002 ging die SPD erneut als stärkste Partei aus der Bundestagswahl hervor.

Am 8. November 2002 erließ der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1441. In dieser wird der Irak aufgefordert, umgehend wieder Waffeninspektoren ins Land zu lassen. Die Resolution beinhaltet auch die Ultima Ratio eines Militärschlages, wenn der Irak der Resolution zuwider handle. Als die USA versuchten, eine zweite UNO-Resolution durch den Sicherheitsrat absegnen zu lassen, erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder, Deutschland werde auf jeden Fall gegen diese stimmen.²⁷¹ Laut Schröder sei es nötig gewesen, mögliche Massenvernichtungswaffen des Iraks zu vernichten, wenn es diese gegeben hätte, er sei aber davon überzeugt, dass dies auch mit friedlichen Mitteln möglich wäre.

Laut dem außenpolitischen Sprecher der Union, Wolfgang Schäuble, kamen die Äußerungen der Bundesregierung, man würde ein Mandat deutscher Truppen gegen den

²⁶⁸ SPD Bundestagsfraktion, PM vom 5. August 2002

²⁶⁹ SPD Bundestagsfraktion, PM vom 8. September 2002.

²⁷⁰ Ebd.

²⁷¹ SPD Bayern, PM vom 23. Januar 2003.

Irak ablehnen, bereits im Juli 2002 zur „Unzeit“²⁷². Der Kanzlerkandidat der Union, Edmund Stoiber, erklärte am 12. September 2002, er lehne einen militärischen Alleingang der USA ab.²⁷³ Er forderte die bedingungslose Rückkehr der Waffeninspektoren. Sollte dies scheitern, müsse eine neue Resolution eingebracht werden, die Deutschland und Frankreich in einer gemeinsamen Position unterstützten. An eine deutsche Beteiligung in einem möglichen Krieg im Irak gäbe „es überhaupt keine Erwartungen. (...) Der Bundeskanzler beantwortet Fragen, die niemand gestellt hat und die niemand stellen wird“²⁷⁴, sagte Stoiber damals.

Als sich die deutschen Kirchen in ihren Verlautbarungen gegen den drohenden Irak-Krieg aussprachen und vor allem der Papst zu Frieden mahnte, äußerten sich auch zahlreiche Unionspolitiker zur Lage im Irak: Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedbert Pflüger, sagte, die Union stimme mit der Erklärung der katholischen Bischöfe überein, dass eine friedliche Lösung anzustreben sei. Doch man unterstütze auch die Forderung der Bischofskonferenz, den militärischen Druck gegen das irakische Regime aufrecht zu erhalten. Als der Krieg im Irak am 20. März 2003 schließlich ausbrach, sagte die Vorsitzende der CDU, Angela Merkel, für die gesamte Union, sie bedauere dies, ihre „ersten Gedanken“ seien „bei dem so leidgeprüften Volk im Irak.“²⁷⁵ In der Voruntersuchung wurden in den Pressemitteilungen von SPD, Union und der Regierung folgende Zahlen an Bewertungen und Begründungen identifiziert:

Tabelle V 3
Zahl der erfassten Mitteilungen, Bewertungen und Begründungen während der Voruntersuchung in der Debatte um den Irak-Krieg

Lager	Mitteilungen	Bewertungen	Begründungen	Bewertungen gewichtet
Regierung	n = 39	n = 394	150	n _w = 544
SPD	[n = 7]	n = 51	[n = 5]	n _w = 56
Union	n = 20	n = 133	n = 99	n _w = 232
NGOs	n = 27	n = 127	n = 105	n _w = 232
Gesamt	n = 93	n = 705	n = 359	n_w = 1.064

Dabei waren die meistgenannten Bewertungsobjekte in den untersuchten Pressemitteilungen diese:

²⁷² CDU/ CSU Bundestagsfraktion, PM vom 31. Juli 2003.

²⁷³ CSU, PM vom 12. September 2002.

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ CDU/CSU-Bundestagsfraktion, PM vom 20. März 2003.

Tabelle V 4
Mittelwerte der Argumente in der Voruntersuchung nach
Bewertungsobjekten im Irak-Krieg

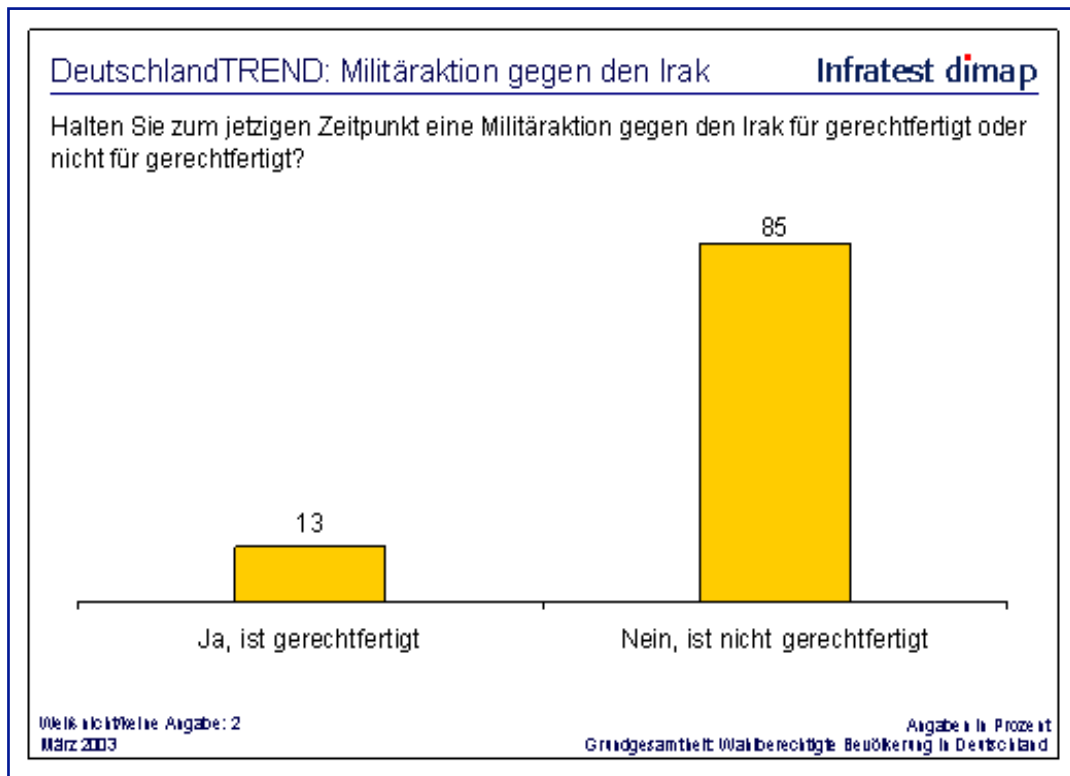
Bewertungsobjekt	Regierung	SPD	Union	NGOs
Krieg	-1,83 (n _w =138)	-1,84 (n _w =22)	0,74 (n _w =23)	-1,93 (n _w =59)
Frieden	1,85 (n _w =110)	[2,00 (n _w =3)]	1,72 (n _w =18)	2,00 (n _w =30)
Fortsetzung der Waffeninspektionen	1,53 (n _w =105)	-	[1,50 (n _w =6)]	[2,00 (n _w =2)]
Politik der USA	[-2,00 (n _w =1)]	[-2,00 (n _w =4)]	0,79 (n _w =39)	-

Eindeutig hatte sich die Regierung Schröder mit einem Mittelwert von 1,17 gegen einen Krieg im Irak und für eine friedliche Lösung des Konflikts ausgesprochen. Mit 138 Bewertungen und Begründungen gegen einen Krieg war dies das am häufigsten von der Regierung angesprochene Thema.

Mit 110 Bewertungen und Begründungen und einem Mittelwert von 4,85 hatte die Regierung Schröder das Thema Frieden fast ebenso häufig benannt. Die Union sprach sich nicht signifikant gegen einen Krieg aus, doch die Richtung der Bewertung ist noch immer im ablehnenden Bereich der Bewertungs-Skala.

Fraglich ist an dieser Stelle, ob man angesichts dieses Ergebnisses noch von einem Konsens innerhalb der politischen Elite sprechen kann, doch einig waren sich Regierung, SPD und Union immerhin bei der Forderung nach Frieden. Die Union hatte ihre Linie bei der Argumentation im Vorfeld des Irak-Krieges vorwiegend auf die Verteidigung der US-Politik gelegt. Es wird später zu untersuchen sein, ob dies auch in der Medien-Berichterstattung festzustellen ist. Zwischen Union, SPD und Regierung kam es also bezüglich der Bewertung des Irak-Krieges selbst zu einem Konsens. Auseinandersetzungen gab es zwischen Regierung und SPD einerseits sowie der Union auf der anderen Seite eher um die Bewertung der USA bzw. deren Politik. Angesichts des bevorstehenden Irak-Krieges kam es zu Massen-Demonstrationen und zahlreichen Friedensbekundungen in Deutschland und auf der ganzen Welt. Hunderttausende demonstrierten im Land gegen einen Angriff auf den Irak, zumeist führten Spitzen-Politiker wie Wolfgang Thierse (SPD) oder Renate Künast (Grüne) die Demonstrationen an.

Abbildung V 5²⁷⁶
Bevölkerungshaltung zum Krieg im Irak, Infratest dimap, März 2003



Diese ablehnende Haltung der Bevölkerung fand sich deutlich in den Meinungsumfragen wieder: Laut einer von Infratest dimap am 17. Januar 2003 veröffentlichten Umfrage waren 76 Prozent der Bundesbürger gegen einen Krieg im Irak.

Unter den Unionsanhängern waren es immer noch 66 Prozent. Die Bevölkerung lehnte den Irak-Krieg mit absoluter Mehrheit ab. Es kann also davon ausgegangen werden, dass es sich beim Krieg im Irak um eine Konsens-Konsens-Konstellation handelte.

6.1.2 Fall 2: Die Debatte um das Vorziehen der Steuerreform

Im Zuge der Rezession in Deutschland, massiv gestiegener Arbeitslosigkeit und einer Krise der Sozialsysteme kam es am 14. März 2003 zu einer Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, in der er die sogenannte Agenda 2010 vorstellte. Ein Bestandteil dieser Agenda war das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform, die statt am 1. Januar 2005 bereits am 1. Januar 2004 in Kraft treten sollte. Am 3. Juli 2003 stimmte das Bundeskabinett den Änderungen im Bundeshaushalt zu, die Grundlage für das Vorziehen der Steuerreform waren.

²⁷⁶ Infratest dimap, März 2003, elektronische Ressource.

Das Bundeskabinett beschloss schließlich am 13. August 2003 das Vorziehen der Steuerreform. Am 15. August 2003 brachte die Bundesregierung den Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag ein. Am 7. November 2003 stimmte der Bundesrat mit der Mehrheit der unionsregierten Länder gegen das Vorziehen der Steuerreform, weil sie diese für nicht seriös gegenfinanziert befanden. Am 28. November 2003 kam es zur Abstimmung über den Bundeshaushalt 2004, der das Vorziehen der Steuerreform beinhaltete. Mit den Stimmen von SPD und Grünen wurde der Haushalt verabschiedet – gegen die Stimmen der Union bzw. der Opposition.

Das Vorziehen der Steuerreform wurde in den Vermittlungsausschuss verwiesen, der Bundesrat verabschiedete das Gesetz am 19. Dezember 2003. Da aber die Anforderung an die Debatte eine Dissens-Konsens-Situation ist, wird die Untersuchung nur bis zum 7. November 2003 durchgeführt.

Es ergibt sich folgender Untersuchungszeitraum zum Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform: 15. März 2003 bis 7. November 2003. Die Debatte um das Vorziehen der Steuerreform bzw. die Codierung von Argumenten unterschied sich von der Debatte um einen Irak-Krieg vor allem darin, dass sie in eine Vielzahl von parallel ablaufenden Diskursen eingebettet war: Sie war Teil des politischen Tauziehens um die Agenda 2010, die durch die Regierungserklärung Gerhard Schröders am 14. März 2003 vor dem Deutschen Bundestag eingeläutet wurde.

Da während der Debatte im Erhebungszeitraum gleichzeitig über den strukturellen Umbau des Sozialstaates debattiert wurde, war eine klare Abgrenzung, welches Material in die Untersuchung aufgenommen wurde, unbedingt notwendig. Dies geschah mittels des Stichwortes „Vorziehen der Steuerreform“. Wie sich zeigte, war eine klare Abgrenzung zur Debatte um die Finanzierung des Sozialstaates durch die Stichwortsuche sehr gut möglich.

Tabelle V 6
Zahl der erfassten Mitteilungen, Bewertungen und Begründungen zur Voruntersuchung in der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform

	Mitteilungen	Bewertungen	Begründungen	Bewertungen gewichtet
Regierung	n=18	n=72	n=69	n _w =141
SPD	[n=2]	[n=7]	n=13	n _w =20
Union	n=19	n=52	n=72	n _w =124
NGOs	n=18	n=88	n=69	n _w =157
Gesamt	n=57	n=219	n=223	n_w=442

Tabelle V 7
Mittelwerte der Argumente in der Voruntersuchung nach Bewertungsobjekten in der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform

Bewertungsobjekt	Regierung	SPD	Union	NGOs
Konjunktur und Arbeitsmarkt	2,00 (n _w =43)	-	-2,00 [n _w =9]	[1,00 (n _w =4)]
Steuerreform vorziehen	1,78 (n _w =18)	2,00 [n _w =6]	-1,40 [n _w =10]	1,81 (n _w =27)
Entlastung Bürger/Firmen	2,00 (n _w =18)	-	-2,00 (n _w =46)	1,14 (n _w =14)
Subventionsabbau	1,06 (n _w = 17)	-	[-0,60 (n _w =5)]	-1,59 (n _w =34)
Sanierung des Haushalts	1,77 (n _w =13)	-	[-2,00 (n _w =5)]	-

Der Dissens zwischen Regierung und Union ist in den untersuchten Mitteilungen eindeutig zu belegen. Das Vorziehen der Steuerreform befürwortet die Regierung in 18 Fällen mit einem Mittelwert von 4,78, während die Union das Vorhaben der Bundesregierung eindeutig in zehn Fällen mit einem Mittelwert von 1,60 ablehnt.

Dass ein Vorziehen der Steuerreform den Arbeitsmarkt beleben und die Konjunktur ankurbeln würde, ist eindeutige Sichtweise der Bundesregierung und offenbar zentrales Argumentationsschema: In 43 Fällen gibt es keine einzige negative oder abgeschwächt positive Bewertung. Bei der Union ist genau das Gegenteil der Fall: In zehn Fällen und

einem Mittelwert von 1,0 ist eindeutig, dass die Union dieses Sub-Thema gegenteilig bewertet.

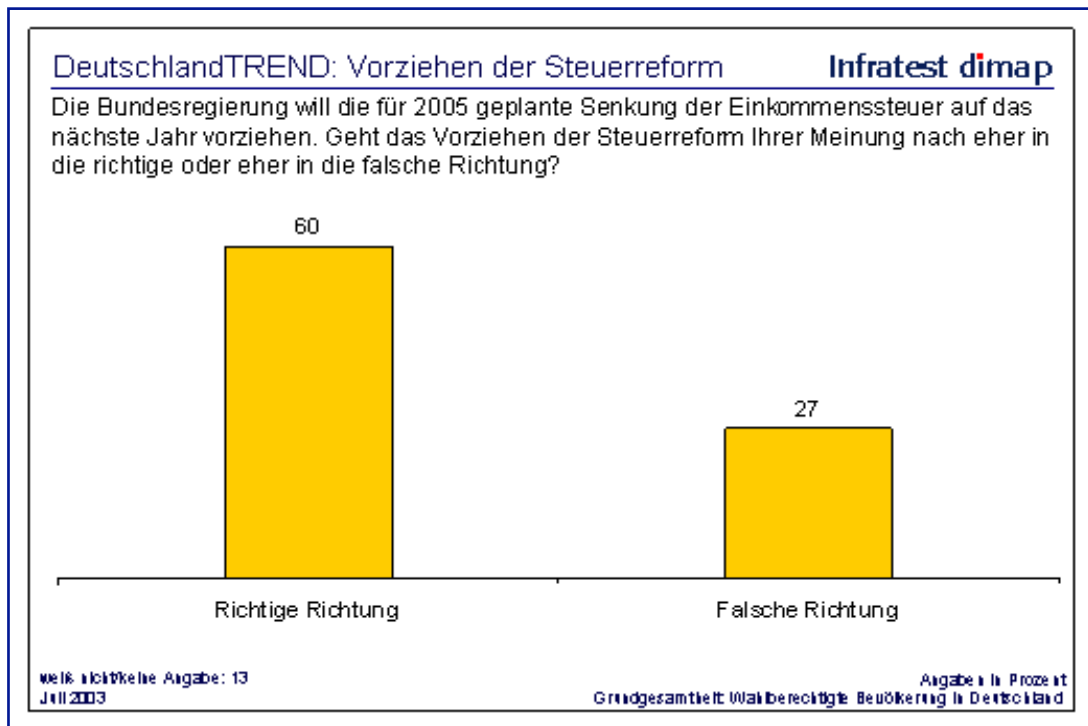
Dass die Union keine Entlastungen durch ein Vorziehen der Steuerreform erwartet, wird deutlich, betrachtet man das Bewertungsobjekt „Entlastung für Unternehmen und Bürger“: In allen 46 Fällen wird dieses von der Union eindeutig negativ bewertet. Die Regierung bewertet in allen 18 Fällen eindeutig positiv. Relativ deutlich fällt die Haltung der Union zur Abstimmung im Bundesrat aus: In 15 Fällen wird diese klar negativ bewertet. Zusammenfassend kann also von einem Dissens zwischen Regierung und Union ausgegangen werden, dem die wenigen Bewertungen und Begründungen von Seiten der SPD nicht entgegenstehen.

Die Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform ist also eine eindeutige Dissens-Konstellation innerhalb der politischen Elite. Infratest dimap erhob nach dem Beschluss des Bundeskabinetts, sich für ein Vorziehen der Steuerreform im Bundestag einzusetzen, die Bevölkerungsmeinung. Die Ergebnisse sprechen eindeutig dafür, dass eine Mehrheit der Bevölkerung dem Plan der Bundesregierung zustimmte:

„Die am Wochenende angekündigte Steuerreform der Bundesregierung bestimmt nicht nur die Aufmerksamkeit der Deutschen, sie wird von ihnen auch als eine richtige politische Entscheidung bewertet. Das Vorziehen der Steuerreform von 2005 auf das kommende Jahr weist nach der Mehrzahl der Bevölkerung in die richtige Richtung: 60 Prozent befürworten den Plan, nur 27 Prozent äußern sich bedenklich. Die Zustimmung geht quer durch alle Bevölkerungsgruppen, auch die Anhängerschaften der Parteien beurteilen den finanzpolitischen Schritt durchweg positiv“.²⁷⁷

²⁷⁷ Infratest dimap, Juli 2003.

Abbildung V 8²⁷⁸
 Vorziehen der Steuerreform, Infratest dimap, Juli 2003



Zusammenfassend kann also davon ausgegangen werden, dass die Bevölkerung sich mehrheitlich bis zur Abstimmung im Bundesrat für ein Vorziehen der Steuerreform aussprach. Aus diesen Ergebnissen ergibt sich für das Vorziehen der Steuerreform eine Konstellation des Dissenses zwischen den politischen Eliten sowie eines Konsenses zwischen Regierung und Bevölkerung.

6.1.3 Fall 3: Die Debatte um den Einsatz im Kongo

Der Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo hat eine Geschichte, die für die deutsche Außenpolitik lange nicht im Zentrum des Interesses stand. Seit 1967 gibt es eine Entwicklungshilfe-Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der Demokratischen Republik Kongo.²⁷⁹ Diese wurde durch die Bürgerkriege im Kongo in den 90er Jahren auf die Versorgung der Bevölkerung eingeschränkt; erst in den Jahren 2004 und 2005 wurde diese Zusammenarbeit erneut intensiviert.²⁸⁰

²⁷⁸ Infratest dimap, Juli 2003, elektronische Ressource.

²⁷⁹ Länderinformation des Auswärtigen Amtes, elektronische Ressource.

²⁸⁰ Ebd..

Seit 2003 übernahm in der DR Kongo eine Übergangsregierung ihre Ämter, die aus ehemaligen Regierungs- sowie Mitgliedern der Oppositions-Milizen bestand.²⁸¹ Die zunächst für Juni 2005 geplanten Wahlen mussten aufgrund von Unruhen auf Juni 2006 verschoben werden. Über einen ersten Verfassungsentwurf wurde bereits im Dezember 2005 abgestimmt.

In der Resolution 1649 vom 21. Dezember 2005 verurteilte der Weltsicherheitsrat der UNO Menschenrechtsverletzungen durch bewaffnete Gruppierungen im Osten der Demokratischen Republik Kongo und forderte die sofortige Niederlegung der Waffen, da diese Gruppen freie Wahlen verhinderten. Am 25. Dezember kam es im Kongo zur Abstimmung über den Verfassungsentwurf. 78,5 Prozent der Wählenden stimmten dem Verfassungsentwurf zu.²⁸²

Die Resolution des Weltsicherheitsrates bietet sich als Beginn des Untersuchungszeitraumes an, weil davon ausgegangen werden kann, dass dadurch auch in Deutschland Medien über die Vorgänge im Kongo berichteten. Am 27. Januar 2006 erließ der Sicherheitsrat der UNO die Resolution 1653²⁸³ und forderte darin die bewaffneten Gruppierungen der Great-Lake-Region auf, die Stabilität der Staaten der Region nicht mehr länger zu gefährden sowie Angriffe auf Zivilisten und UN-Personal umgehend einzustellen.

Am 25. April 2006 kam es erneut zu einer UNO-Resolution (1671). Darin autorisierte die UNO die European Union Force (EUFOR), die UN-Mission während der Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo zu unterstützen.

Der Bundestag stimmte am 1. Juni 2006 mit großer Mehrheit einem Militäreinsatz im Kongo zu. Für den Antrag der Bundesregierung stimmten in namentlicher Abstimmung 440 Abgeordnete vor allem von CDU/CSU, SPD und Grünen. Es gab 135 Gegenstimmen (von Linksfraktion und FDP und einzelnen Abgeordneten anderer Fraktionen) und sechs Enthaltungen.

²⁸¹ amnesty international (2006).

²⁸² taz vom 22.12.2005, S. 9.

²⁸³ UN-Resolution 1653.

Tabelle V 9

Zahl der erfassten Mitteilungen, Bewertungen und Begründungen während der Voruntersuchung in der Debatte um einen Einsatz deutscher Soldaten im Kongo

	Mitteilungen	Bewertungen	Begründungen	Bewertungen gewichtet
Regierung	n=6	n=17	n=16	n _w =33
SPD	[n=1]	n=7	n=19	n _w =26
Union	[n=10]	n=28	n=31	n _w =59
NGOs	n=11	n=66	n=45	n _w =111
Gesamt	n=28	n=118	n=111	n_w=229

In der Debatte um einen Einsatz im Kongo kam es zu einem breiten Konsens zwischen der SPD und der Union, die seit der Wahl im Herbst 2005 die Kanzlerin stellte. Auffällig ist, dass die SPD die Entscheidung kaum durch Pressemitteilungen begleitete – es gibt im Untersuchungszeitraum lediglich eine, durchwegs zustimmende, Pressemitteilung aus der SPD. Insgesamt ist auch eine relativ niedrige Zahl von Mitteilungen festzustellen, die wohl auch dem Konsens innerhalb der politischen Elite geschuldet ist.

Die wichtigsten Bewertungsobjekte in der Debatte um einen Einsatz deutscher Soldaten im Kongo stellten sich so dar:

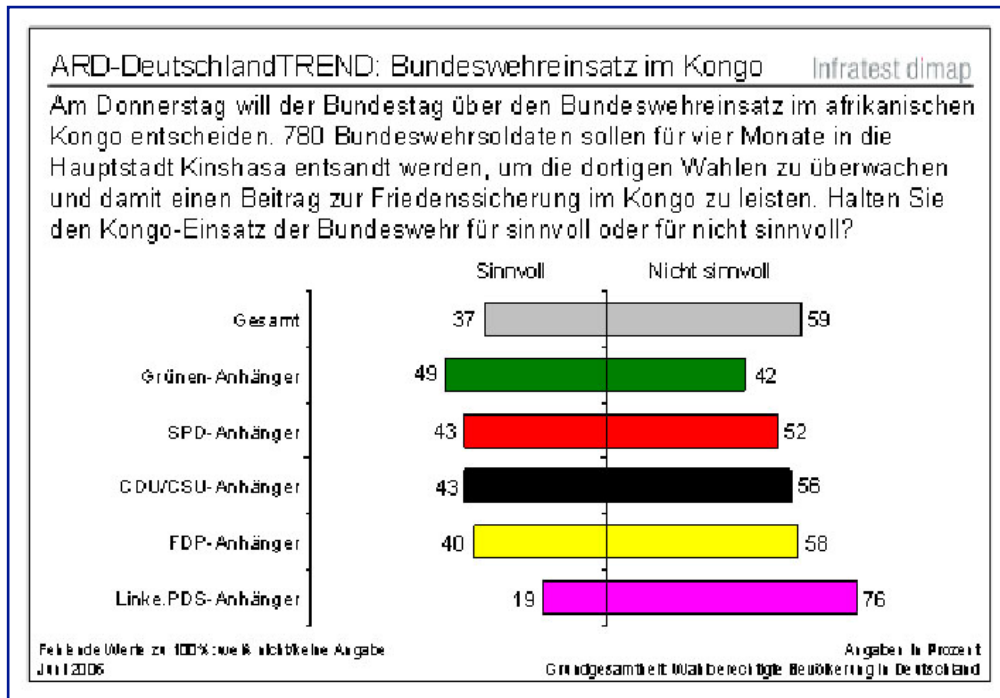
Tabelle V 10

Mittelwerte der Argumente in der Voruntersuchung nach Bewertungsobjekten in der Debatte um einen Einsatz deutscher Soldaten im Kongo

Bewertungsobjekt	Regierung	SPD	Union	NGOs
Beteiligung dt. Soldaten	1,77 (n _w =13)	1,91 (n _w =11)	1,04 (n _w =23)	-0,05 (n _w =39)
Stabilität der Region	1,91 (n _w = 11)	[2,00 (n _w =6)]	2,00 (n _w =8)	[1,00 (n _w =9)]
Verantwortung D / EU	[2,00 (n _w =4)]	[2,00 (n _w =5)]	-	
Begrenzung des Mandats	[1,00 (n _w =1)]	-	0,85 (n _w =13)	[-2,00 (n _w =3)]
Längerfristiges Konzept	-	-	-	0,67 (n _w =27)

Die Haltung der Bevölkerung stand allerdings im Widerspruch zum Konsens in der politischen Elite.

Abbildung V 11²⁸⁴
 Bevölkerungsmeinung zum Kongo-Einsatz, Infratest dimap, Juni 2006



Eine breite Mehrheit von 59 Prozent der Bevölkerung lehnte den Einsatz ab: „Der vom Bundestag in dieser Woche beschlossene Bundeswehreinsatz zur Absicherung der Wahlen im Kongo wird von einer Mehrheit der Deutschen abgelehnt: 59 Prozent halten die Entsendung von 780 Soldaten in das afrikanische Land für nicht sinnvoll. 37 Prozent sind anderer Meinung und befürworten den Einsatz.“

Während sich die politische Elite eindeutig für einen Einsatz der Bundeswehr im Kongo einsetzte, stieß dieser Einsatz bei der Bevölkerung auf breite Ablehnung. Die Debatte kann demzufolge als eine Konsens-Dissens-Konstellation betrachtet werden.

6.1.4 Fall 4: Die erste Phase der Gesundheitsreform

Bereits im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU vom 11. November 2005 legten sich die Koalitionäre auf eine Gesundheitsreform fest. Problematisch für die Koalitionspartner war dabei vor allem, dass sowohl SPD als auch die Union mit einem eigenen Konzept in den Wahlkampf 2005 gegangen waren. Während die SPD das Konzept einer solidarischen Bürgerversicherung vertrat, zogen die Unionsparteien mit dem Konzept einer Kopfpauschale in den Wahlkampf.

²⁸⁴ Infratest dimap, Juni 2006, elektronische Ressource.

Am 29. März 2006 kam es zum sogenannten Gesundheitsgipfel, an dem Spitzenpolitiker der Koalitionsparteien – Angela Merkel, Edmund Stoiber, Peter Ramsauer, Volker Kauder (alle Union), Peter Struck, Hubertus Heil und Franz Müntefering (alle SPD) – teilnahmen und der eigentlich einen Konsens zwischen den Koalitionspartnern herbeiführen sollte.

Doch der Gesundheitsgipfel endete mit einem Dissens. Dennoch einigte man sich am 3. Juli 2006 auf das sogenannte Eckpunkte-Papier, das die Gesundheitsreform festlegen sollte. Doch dieses Eckpunkte-Papier sorgte für massiven Protest der privaten und gesetzlichen Krankenkassen sowie bei Ärzte- und Apothekerverbänden.

Auch innerhalb der Koalitionsparteien wurde massiver Widerstand gegen das Eckpunkte-Papier laut. Die Widerstände in der SPD und der Union führten zu tiefgreifenden Modifikationen des Gesetzesentwurfs zur Gesundheitsreform und zu einem neuen Eckpunkte-Papier im August 2006.

Die Voruntersuchung verlief bezüglich der Ermittlung des Dissenses innerhalb der politischen Elite aufgrund geringer Fallzahlen von Mitteilungen nicht befriedigend. Der Streit wurde demzufolge nicht über Pressemitteilungen von Parteien ausgetragen. Dennoch im Folgenden die Ergebnisse:

Tabelle V 12
Zahl der erfassten Mitteilungen, Bewertungen und Begründungen während der Voruntersuchung in der Debatte in der ersten Phase der Gesundheitsreform 2006

	Mitteilungen	Bewertungen	Begründungen	=Bewertungen gewichtet (n_w)
Regierung	n = 14	n = 87	n = 83	n _w = 170
SPD	n = 5	n = 52	n = 23	n _w = 75
Union	n = 10	n = 45	n = 28	n _w = 73
Gesamt	n = 29	n = 184	n = 134	n_w = 318

Die wichtigsten Bewertungsobjekte in der Debatte in der ersten Phase der Gesundheitsreform 2006 stellten sich so dar:

Tabelle V 13
Mittelwerte der Argumente in der Voruntersuchung nach Bewertungsobjekten
während der ersten Phase der Gesundheitsreform 2006

Bewertungsobjekt	Regierung	SPD	Union	NGOs
Gesundheitsreform	2,00 (n _w =30)	[-1,43(n _w =7)]	[2,00 (n _w =7)]	-1,77 (n _w =232)
Strukturen grundl. verändern	2,00 (n _w =21)	[0,00 (n _w =2)]	[2,00 (n _w =6)]	[2,67 (n _w =3)]
Verhandlungen in der Koalition	1,29 (n _w =17)	-	[2,00 (n _w =5)]	-0,12 (n _w =17)
Kürzungen bei Krankenhäusern	-	-	-	-2,00 (n _w =144)
Eckpunkte der Koalition	[2,00 (n _w =8)]	[-2,00 (n _w =7)]	[1,90 (n _w =10)]	-1,13 (n _w =209)
Regierung /Ulla Schmidt	-	-2,00 (n _w =12)	-	-1,58 (n _w =19)

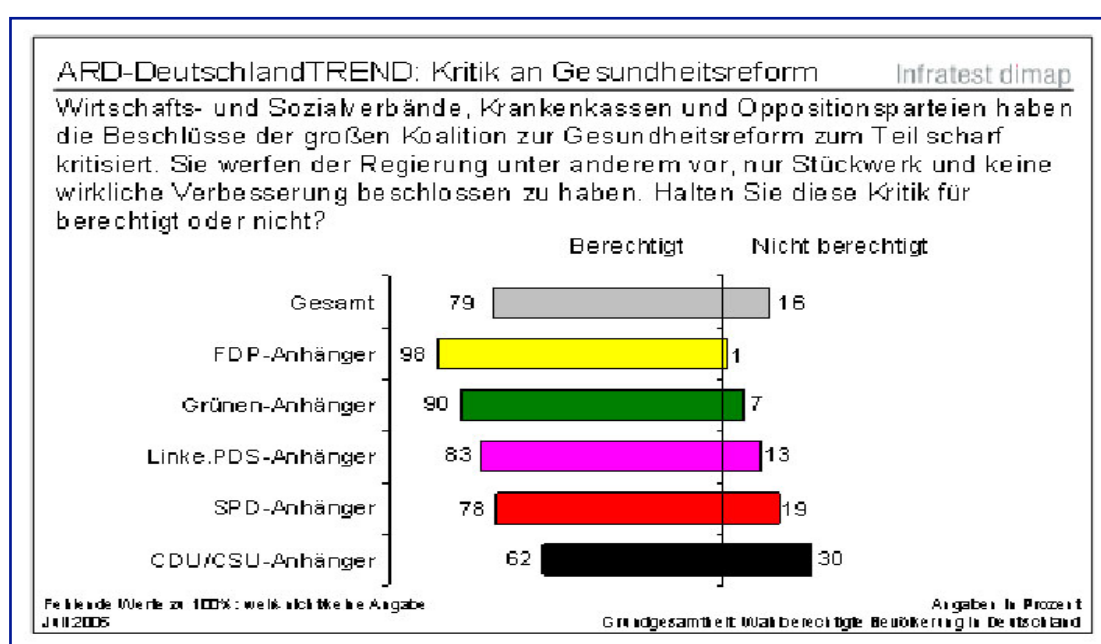
Auffallend ist der Konsens zwischen der Bundesregierung und der Union, obwohl es sich bei der Gesundheitsreform um ein Vorhaben des Gesundheitsministeriums unter Ulla Schmidt (SPD) handelte. In zentralen Punkten entspricht die Argumentation der Bundesregierung der aus der Union: so zum Beispiel bei der Bewertung der Gesundheitsreform selbst. Hier argumentiert die Bundesregierung in 30 Fällen und mit einem Mittelwert von 5,00 ebenso eindeutig wie die Union in sieben Fällen und einem Mittelwert von ebenfalls 5,00. Dass es sich bei der Gesundheitsreform um eine Dissens-Konstellation handelt, kann an dem negativen Votum der SPD in sieben Fällen und einem Mittelwert von 1,57 abgelesen werden.

Besonders auffällig ist die Regierungskritik in den SPD-Mitteilungen: In zwölf Fällen wird eindeutig negativ argumentiert, davon in zehn Fällen gegen die Gesundheitsministerin, die ja selbst der SPD angehört. In der ersten Phase der Gesundheitsreform kann also angesichts dieser Ergebnisse davon ausgegangen werden, dass es sich um eine Dissens-Konstellation innerhalb der politischen Elite handelte.

Doch vor allem die Kritik aus den eigenen Reihen an der Gesundheitsministerin dürfte als Indikator dafür ausreichen, um eine Dissens-Konstellation festzustellen. Deshalb wird von einem Dissens in der politischen Elite ausgegangen. Wie bereits oben angedeutet, gab es in der Bevölkerung von Anfang an eine breite Ablehnung der Gesundheitsreform.

Im Juni 2006 lehnt eine Mehrheit in der Bevölkerung zum Beispiel die Erhöhung der Kassenbeiträge ab: „Damit [mit der Erhöhung der Kassenbeiträge] erntet die Bundesregierung in der Bevölkerung mehrheitlich Kritik: 55 Prozent halten dies für den falschen Ansatz, um das Gesundheitssystem zu reformieren. 39 Prozent begrüßen hingegen diesen Beschluss. Nach der Beitragserhöhung 2007 sollen die Kassenbeiträge bis 2013 nicht weiter steigen – dies haben Union und SPD versprochen. Ein Großteil der Deutschen (90 Prozent) hat kein Vertrauen in diese Aussage der Koalitionspartner.“²⁸⁵

Abbildung V 14²⁸⁶
Kritik an der Gesundheitsreform, Infratest dimap, Juli 2006



Die ablehnende Haltung gegenüber den Beschlüssen der großen Koalition blieb konstant. Auch im August 2006, nachdem die große Koalition die modifizierten Eckpunkte der Gesundheitsreform beschlossen hatte, lehnten 65 Prozent aller Befragten etwa die Fondslösung ab.²⁸⁷ Die Kritik aus der SPD findet sich also in der Bevölkerungshaltung wieder. Die ablehnende Haltung der Bevölkerung impliziert, dass es sich um einen gesellschaftlichen Dissens zwischen politischer Elite und Bevölkerung handelte. Es handelt sich in der ersten Phase der Gesundheitsreform also um eine Dissens-Dissens-Konstellation. Die Voruntersuchung ist mit der Darstellung der Rahmenbedingungen während der Debatten beendet. Nun folgen die Untersuchungszeiträume.

²⁸⁵ Infratest dimap, Juli 2006, elektronische Ressource.

²⁸⁶ Ebd..

²⁸⁷ Infratest dimap, August 2006, elektronische Ressource.

6.2 Die Untersuchungszeiträume

Als Untersuchungszeitraum wird beim Irak-Krieg aufgrund der Vielzahl von Berichten der 15. Februar 2003 als Beginn festgelegt, er endet am 19. März 2003, dem Tag vor Kriegsbeginn. Für die Debatte um einen Einsatz im Kongo bietet sich als Abschluss die Abstimmung des Bundestages am 1. Juni 2006 bezüglich des Einsatzes deutscher Soldaten an. Der Einfachheit halber soll als Beginn des Untersuchungszeitraums der 1. Januar 2006 gewählt werden, untersucht wird bis zum 2. Juni 2006. Bei der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform bietet sich als Beginn des Untersuchungszeitraums die Rede des Kanzlers Gerhard Schröder im Bundestag zur sogenannten Agenda 2010 am 14. März 2003 an. Beendet werden soll der Untersuchungszeitraum mit der Abstimmung über das Gesetz im Bundesrat am 7. November 2003. Im Koalitionsausschuss kam es am 5. Oktober 2006 aufgrund neuer Proteste zu einer weiteren Modifikation der Eckpunkte zur Gesundheitsreform. Dieser Konsens markiert das Ende der ersten Phase der Debatte um eine Gesundheitsreform. Als Untersuchungszeitraum der ersten Phase der Gesundheitsreform wird der 3. Juli 2006 bis zum 4. Oktober 2006 bestimmt.

Aus diesen Überlegungen zu den vier Debatten ergeben sich folgende Untersuchungszeiträume für die Analyse der ausgewählten Printmedien:

Tabelle V 15
Untersuchungszeiträume der vier Debatten

Debatte	Untersuchungszeiträume
Irak-Krieg	15. Februar 2003 bis 19. März 2003
Vorziehen der Steuerreform	15. März 2003 bis 7. November 2003
Kongo-Einsatz	1. Januar 2006 bis 31. Mai 2006
Gesundheitsreform (1. Phase)	3. Juli 2006 bis 4. Oktober 2006

6.3 Übersicht zu den politischen Konstellationen der Fälle im Hinblick auf die Indexing-Hypothese

Die folgenden vier Fallstudien weisen unterschiedliche politische Konstellationen auf. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die politische Perspektive (Außen- bzw. Innenpolitik), als auch für die Lager, die sich bei der jeweiligen Debatte gebildet haben.

Grundsätzlich ist der „Normalfall“ politischer Konstellationen in Deutschland der, in dem die Regierung von den Koalitionsparteien unterstützt wird, die auch die Regierung stellen. Im „Normalfall“ wird die Regierung und damit auch die Koalition von der Opposition kritisiert. Die hier empirisch zu überprüfende Indexing-Hypothese nimmt an, dass unter bestimmten Bedingungen dieser „Normalfall“ nicht in den Medien widergespiegelt wird, weil die Oppositionskritik nicht erfolgt. Der einzige „klassische“ Indexing-Fall ist demnach in dieser Untersuchung der hinlänglich empirisch überprüfte Irak-Krieg bzw. die darüber geführte Debatte. Es handelt sich dabei um einen „anomischen Konsens“ zwischen Regierung, Koalition und weiten Teilen der Opposition. Beim Irak-Krieg handelte es sich um eine außenpolitische Debatte.

Bei der Debatte um einen Einsatz deutscher Soldaten im Kongo handelt es sich um einen „Normalfall“ politischer Konstellationen: Die Regierung und mit ihr die Koalition (bestehend aus SPD und Union) sind für einen solchen Einsatz, die Opposition dagegen. Da es sich um eine Debatte handelt, die während einer großen Koalition geführt wurde, könnte es sich bei der Debatte um einen „strukturellen Indexing-Fall“ gehandelt haben, da die Opposition sehr schwach war und beide Volksparteien in der Regierungskoalition waren. Auch beim Kongo-Einsatz handelte es sich um eine außenpolitische Debatte.

Auch die beiden innenpolitischen Debatten dieser Untersuchung wiesen unterschiedliche Lagerbildungen auf. Die Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform kann als „normaler Dissens“ bezeichnet werden, bei dem die Regierung und die Koalition ein Gesetzesvorhaben vorschlägt und unterstützt, die Opposition dieses aber ablehnt. In der konkreten politischen Konstellation befand sich jeweils eine Volkspartei in der Regierung (SPD) und eine Volkspartei in der Opposition (Union). Es handelt sich dabei nicht um einen Indexing-Fall, da es zu unterschiedlichen Haltungen von Regierungslager und Opposition kam und dies dementsprechend auch in der Medien-Debatte so dargestellt worden sein dürfte. Befürwortung und Kritik sollten sich also ausgleichen.

Letzte hier untersuchte Debatte war die erste Phase der Gesundheitsreform bis zu einer Neuverhandlung im Oktober 2006. Dabei handelt es sich um einen „anomischen Dissens“, denn wie bei der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform kam Kritik an der Regierung mindestens von einer Volkspartei, doch anders als bei der Steuerreform befand sich diese Volkspartei in der Regierungskoalition. Es könnte sich dabei also um einen „strukturellen Nicht-Indexing-Fall“ handeln mit Auswirkungen auf die Berichterstattung.

7. Ergebnisse der Fallstudien

7.1 Indexing in der Debatte um den Irak-Krieg

7.1.1 Rahmenbedingungen in der Debatte um den Irak-Krieg

Unzweifelhaft nahm die Bundesregierung, gestellt von Rot-Grün, eine ablehnende Haltung in der außenpolitischen Debatte um einen Krieg im Irak ein. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) zeigte sich zusammen mit dem französischen Präsidenten Jaques Chirac kritisch gegenüber den Plänen der US-Regierung, den irakischen Machthaber Saddam Hussein mit Hilfe einer Militärintervention zu stürzen. Dabei riskierten Schröder und Chirac die Spaltung der Europäischen Union in dieser außenpolitischen Frage. Innenpolitisch indes gelang es Gerhard Schröder mit seiner Haltung offenbar, im Konsens mit der Bevölkerung zu agieren, wie die eindeutigen Ergebnisse der Meinungsumfragen zeigen (siehe 6.1.1.).

Die politische Elite, wie sie in dieser Studie definiert wird – also SPD und Union einerseits und Regierung andererseits – wies bei der Frage nach einem Irak-Krieg einen eingeschränkten Konsens auf. Zwar kritisierten die Unionsparteien Schröder für seinen außenpolitischen Konfrontationskurs mit den USA, gleichzeitig aber hielten auch die führenden Unionsvertreter wie Angela Merkel, Wolfgang Schäuble und Edmund Stoiber aus der Oppositionsrolle heraus einen Irak-Krieg in Deutschland für nicht vermittelbar. Die Debatte um einen Irak-Krieg kann im Hinblick auf die deutsche politische Elite also als relativer Konsens bezeichnet werden. Hauptkonflikt bei der untersuchten Debatte war die Frage nach einem Kriegseinsatz im Irak. Die Regierungsposition war klar „Nein“, während die Opposition einen Krieg im Irak nur eingeschränkt ablehnte. Die FDP (Opposition) stand einem Krieg nur eingeschränkt befürwortend gegenüber, die Linke (Opposition) lehnte ihn ab.

Zwischen der Regierung und der politischen Elite, wie sie oben definiert wurde, bestand also ein eingeschränkter Konsens, hinzu kommt ein Konsens zwischen Regierung und Bevölkerung. Der Irak-Krieg kann als klassischer Indexing-Fall bezeichnet werden, er wurde mehrfach daraufhin untersucht, ob die These zutrifft, dass bei einem Konsens in der politischen Elite die Medien keine Gegenposition beziehen, sondern diesen Konsens stattdessen widerspiegeln. Die folgende Analyse soll die oben entwickelte Systematik also an einem bereits ausführlich erforschten Fallbeispiel anwenden, um sie dann auf noch nicht untersuchte Debatten, die unter anderen Vorzeichen standen, anzuwenden.

7.1.2 Datenbasis der Zeitungsanalyse des Irak-Krieges

In der Debatte um einen Krieg im Irak wurden innerhalb des Untersuchungszeitraums 1.273 Artikel identifiziert, die in die Argumentationsanalyse einfließen (vgl. Tabelle I 1). Diese in der Studie erfassten Artikel beinhalteten 3.565 Bewertungen des Krieges sowie 814 Begründungen, insgesamt also 4.379 gewichtete Bewertungen. Davon entfielen 605 gewichtete Bewertungen auf Journalisten, die diese selbst in die Berichterstattung einbrachten. 1.754 gewichtete Bewertungen wurden von deutschen Quellen referiert, 2.020 von nicht-deutschen Quellen (vgl. dazu Tabelle I 2).

Tabelle I 1
Irak – Eckdaten 1
(absolute Anzahl)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Artikel	288	313	285	387	1273
Bewertungen	816	627	850	1272	3565
Begründungen	170	98	277	269	814
Bewertungen gewichtet	986	725	1127	1541	4379

Wie Tabelle I 2 deutlich macht, wurden Vertreter der Regierung (SPD und Grüne) auch deutlich häufiger zitiert als Vertreter der Union (Opposition). So referierten die vier untersuchten Zeitungen in der Debatte 456 gewichtete Bewertungen aus dem Regierungslager (SPD und Grüne), diesen standen 218 Fälle von Unions-Akteuren gegenüber. Dieses Verhältnis ist in allen vier Zeitungen gleich: Am deutlichsten war es in der Frankfurter Rundschau festzustellen mit 138 referierten gewichteten Bewertungen des Regierungslagers und 47 gewichteten Bewertungen von Akteuren der Union.

Auffällig bei der Debatte um den Irak-Krieg war, dass Vertreter des Intermediären Systems, noch häufiger aber Bürger öfter zitiert wurden als Regierungsvertreter (353 gewichtete Bewertungen von Vertretern des Intermediären Systems sowie 591 mal Bürger). Bei keiner anderen Debatte wurden Bürger häufiger zitiert als Regierungsvertreter. Dies deutet vielleicht darauf hin, dass der Konsens zwischen Regierungslager und Bürgern, wenn die Opposition keine kritische Gegenposition einnimmt, Indexing noch verstärkt.

Tabelle I 2
Irak – Eckdaten 2
 (absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen)²⁸⁸

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Journalistische Eigenbewertungen	175	37	160	233	605
Referierte Bewertungen:					
Deutsche Quellen	324	308	462	660	1754
Deutsches politisches System	129	146	220	315	810
Regierung (SPD und Grüne)	70	76	138	172	456
Union (Opposition)	37	46	47	88	218
SPD (Regierungskoalition)	3	11	6	12	32
Grüne (Regierungskoalition)	6	7	16	28	57
FDP (Opposition)	10	2	5	13	30
Opposition Sonstige	3	4	8	2	17
Intermediäres System	65	44	102	142	353
Bürger	130	118	140	203	591
Referierte Bewertungen:					
Nicht-deutsche Quellen	487	380	505	648	2020
Andere Länder	162	115	166	219	662
Offizielle International	325	265	339	429	1358
Gesamt	986	725	1127	1541	4379

7.1.3 Quellen- und Akteursanalyse zur Debatte um einen Irak-Krieg

Um die Hypothese über Indexing bei der Debatte zum Irak-Krieg zu überprüfen, werden im Folgenden die Quellen und Akteure dargestellt, die in der Argumentationsanalyse identifiziert wurden. Dabei soll zunächst das Verhältnis zwischen in der Berichterstattung genannten Vertretern der Regierung einerseits sowie Unions- und SPD-Vertretern andererseits überprüft werden.

²⁸⁸ Basierend auf der Auswertung von Variable V18. Da es sich um eine außenpolitische Debatte handelte, wurden nichtdeutsche Akteure mit einbezogen.

Tabelle I 3
Irak – Quellenanalyse 1
(in Prozent)

	SZ n=110	FAZ n=133	FR n=191	Welt n=272	Gesamt n=706
Regierung	63,7	57,1	72,3	63,2	64,6
Union	33,6	34,6	24,6	32,4	30,9
SPD	2,7	8,3	3,1	4,4	4,5
Gesamt	100	100	100	100	100

In allen vier untersuchten Zeitungen wurden deutlich häufiger Akteure der Regierung genannt verglichen mit den Akteuren der Union (Opposition) und der SPD (Regierung). Selbst SPD und Union zusammen kamen nicht so häufig auf referierte gewichtete Bewertungen in den vier untersuchten Zeitungen. Insgesamt standen 64,6 Prozent der referierten Bewertungen der Regierung lediglich 35,4 Prozent von Unions- und SPD-Vertretern gegenüber, betrachtet man nur diese Akteursgruppen. Deutliche Unterschiede waren zwischen der konservativen FAZ und der eher linken Frankfurter Rundschau festzustellen, jedoch waren es in beiden Zeitungen Regierungsvertreter, die am häufigsten zitiert wurden.

Tabelle I 4
Irak – Quellenanalyse 2
(in Prozent)

	SZ n=110	FAZ n=133	FR n=191	Welt n=272	Gesamt n=706
Regierung	63,7	57,1	72,3	63,2	64,6
Union und SPD	36,3	42,9	27,7	36,8	35,4
Gesamt	100	100	100	100	100

Selbst wenn man die sonstigen Parteien (von denen eine Partei nicht der Opposition, sondern der Regierungskoalition angehörte, nämlich die Grünen) in die Auswertung mit einbezieht, dominierten die Regierungsvertreter die Debatte. Mehr als die Hälfte, nämlich 56,3 Prozent aller gewichteten Bewertungen deutscher politischer Akteure kamen von Regierungsvertretern, lediglich 30,9 Prozent von SPD- und Unions-Akteuren sowie 12,8 Prozent von Akteuren sonstiger Parteien.

Tabelle I 5
Irak – Quellenanalyse 3
(in Prozent)

	SZ n=129	FAZ n=146	FR n=220	Welt n=315	Gesamt n=810
Regierung	54,3	52,1	62,7	54,6	56,3
Union und SPD	31,0	39,0	24,1	31,7	30,9
Sonstige Parteien	14,7	8,9	13,2	13,7	12,8
Gesamt	100	100	100	100	100

Natürlich relativiert sich dieses Verhältnis etwas, wenn man die klassische Betrachtungsweise politischer Auseinandersetzungen nach dem Schema Oppositions- und Regierungslager analysiert. Dann wurde etwa ein Drittel aller gewichteten Bewertungen aus dem deutschen politischen Lager von Oppositionsvertretern referiert; die Union, die in dieser Studie als Teil der politischen Elite definiert wird, war damals in der Opposition.

Tabelle I 6
Irak – Quellenanalyse 4
(in Prozent)

	SZ n=129	FAZ n=146	FR n=220	Welt n=315	Gesamt n=810
Regierung	54,3	52,1	62,7	54,6	56,3
Koalitionsparteien	7,0	12,3	10,0	12,7	11,0
Oppositionsparteien	38,8	35,6	27,3	32,6	32,7
Gesamt	100	100	100	100	100

Wie im Hinblick auf die Indexing-Hypothese zu erwarten war, dominierte das Regierungslager die Debatte auch, wenn man alle anderen Parteienvertreter in Relation zu den Vertretern der Regierung setzt:

Tabelle I 7
Irak – Quellenanalyse 5
(in Prozent)

	SZ n=129	FAZ n=146	FR n=220	Welt n=315	Gesamt n=810
Regierung	54,3	52,1	62,7	54,6	56,3
Parteien	45,7	47,9	37,3	45,4	43,7
Gesamt	100	100	100	100	100

Doch dieses Ergebnis, das in Hinblick auf die Indexing-Hypothese zu erwarten war, relativiert sich deutlich, zieht man weitere deutsche Akteure in Betracht, die nicht im politischen deutschen System angesiedelt sind.

Tabelle I 8
Irak – Quellenanalyse 6
(in Prozent)

	SZ n=324	FAZ n=308	FR n=462	Welt n=660	Gesamt n=1754
Regierung	21,6	24,7	29,9	26,1	26,0
Parteien	18,2	22,7	17,8	21,6	20,1
Sonstige deutsche Akteure	60,2	52,6	52,4	52,3	53,8
Gesamt	100	100	100	100	100

Nicht nur die sonstigen deutschen Akteure wurden viel häufiger mit gewichteten Bewertungen zitiert als Regierungsvertreter und Vertreter der Parteien, sondern auch nichtdeutsche Akteure, was angesichts der internationalen Dimension der Debatte auch nachvollziehbar ist.

Tabelle I 9
Irak – Quellenanalyse 7
(in Prozent)

	SZ n=811	FAZ n=688	FR n=967	Welt n=1308	Gesamt n=3774
Regierung	8,6	11,0	14,3	13,1	12,1
Parteien	7,3	10,2	8,5	10,9	9,4
Sonstige deutsche Akteure	24,0	23,6	25,0	26,4	25,1
Nicht-deutsche Akteure	60,1	55,2	52,3	49,5	53,5
Gesamt	100	100	100	100	100

Zahlreiche internationale Regierungschefs und Vertreter der jeweiligen Regierungen wurden in den deutschen Zeitungen zitiert. Auch die sonstigen deutschen, nichtpolitischen Akteure wurden deutlich häufiger zitiert als Parteienvertreter und Vertreter der Regierung. Die hier formulierte Hypothese kann also nur dann als akzeptiert betrachtet werden, beschränkt man sie ausschließlich auf das politische System in Deutschland. Fraglich ist nun, ob dies auch Auswirkungen auf die Tendenz der Berichterstattung hat, oder ob die untersuchten Zeitungen vorwiegend jene Akteure zitierten, die auf Linie der Regierung – und damit gegen den Irak-Krieg – argumentierten.

7.1.4 Tendenzanalyse zur Debatte um den Irak-Krieg

7.1.4.1 Zentrale Konflikte und Tendenzen in der Debatte um einen Irak-Krieg

Das Bewertungsobjekt „Krieg“ war das am häufigsten genannte in der Debatte. Mit 1.280 gewichteten Bewertungen wurde es etwa dreimal so häufig identifiziert wie das folgende Bewertungsobjekt, nämlich die Frage, wie eine neue Resolution bzw. ein Ultimatum der USA an den Irak bewertet wurde. Die gewichteten Bewertungen des Irak-Krieges machten etwa ein Viertel aller insgesamt abgegebenen Bewertungen aus. Die Gesamtzahl belief sich auf 4.379 Bewertungen sowie Begründungen, die insgesamt als gewichtete Bewertungen betrachtet werden. Dieses Verhältnis wurde für alle vier Zeitungen gleichermaßen festgestellt. Die folgende Tabelle zeigt alle Bewertungsobjekte, die öfter als 100 Mal in der Berichterstattung codiert wurden.

Tabelle I 10
Irak – Bewertungsobjekte
(absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen)²⁸⁹

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Krieg	264	138	331	547	1280
Neue Resolution / Ultimatum	99	101	113	128	441
Position der USA	74	49	100	96	319
Beteiligung deutscher Soldaten	62	64	90	84	300
Bush	112	46	86	49	293
Fortsetzung der Inspektionen	78	79	62	72	291
Friedliche Lösung / Entwaffnung	51	44	57	53	205
Regierung	34	53	53	47	187
Frieden	37	26	33	90	186
Kooperation des Irak	44	19	36	62	161
Regime Irak	42	14	20	56	132
Sonstige Bewertungsobjekte	89	92	146	257	584
Gesamt	986	725	1127	1541	4379

Im Prinzip handelt es sich bei den nach dem Krieg folgenden häufigsten Bewertungsobjekten um solche, die entweder die Legitimation des Krieges oder alternative Handlungsmöglichkeiten sowie die USA und ihren Präsidenten ins Zentrum rückten. Eine neue Resolution sowie die Fortsetzung der Waffeninspektionen stellten Alternativen zum von den USA klar geforderten Kriegseinsatz gegen den Irak dar.

²⁸⁹ Bewertungsobjekte einzeln ausgewiesen bei n>=100

Angesichts ähnlicher Bewertungsobjekte scheint es möglich, einen Index zusammenzufassen, den man als Kriegstendenz bezeichnen kann. Die Bewertungsobjekte Krieg, Position der USA und die Bewertung des damaligen amerikanischen Präsidenten George W. Bush werden im Folgenden zu einem solchen Index zusammengeführt, um die Tendenz der Berichterstattung zu ermitteln. Damit erhöht sich die Fallzahl und damit auch die Aussagekraft der ermittelten Tendenzen.

7.1.4.2 Bewertungsakteure und Tendenzen in Eigen- und Fremdbewertungen beim Irak-Krieg

Insgesamt wurden 1.892 gewichtete Bewertungen identifiziert, die dem Kriegsindex zugeordnet werden konnten. Die geringste Zahl findet sich in der FAZ (233), die höchste Zahl an gewichteten Bewertungen findet sich in der Welt (692). Doch bezüglich der Kriegstendenz sind die vier Zeitungen vollkommen synchron:

Tabelle I 11
Irak – Richtung der Bewertung - Mittelwerte
 (-2 = Kritik, +2=Zustimmung)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Krieg	-1,06 (n=264)	-1,48 (n=138)	-1,28 (n=331)	-1,01 (n=547)	-1,14 (n=1280)
Position der USA	-0,41 (n=74)	-0,02 (n=49)	-0,67 (n=100)	-0,67 (n=96)	-0,51 (n=319)
Bush	-1,17 (n=112)	-0,86 (n=46)	-1,26 (n=86)	-0,89 (n=49)	-1,10 (n=293)
Kriegstendenz gesamt	-0,98 (n=450)	-1,05 (n=233)	-1,16 (n=517)	-0,95 (n=692)	-1,03 (n=1892)
Neue Resolution / Ultimatum	-0,54 (n=99)	-0,40 (n=101)	-0,25 (n=113)	-0,01 (n=128)	-0,28 (n=441)
Beteiligung deutscher Soldaten	-0,04 (n=62)	-0,29 (n=64)	+0,18 (n=90)	-0,01 (n=84)	-0,02 (n=300)
Fortsetzung der Inspektionen	+1,32 (n=78)	+1,45 (n=79)	+1,82 (n=62)	+1,29 (n=72)	+1,45 (n=291)
Friedliche Lösung / Entwaffnung	+1,35 (n=51)	+1,59 (n=44)	+1,68 (n=57)	+1,30 (n=53)	+1,48 (n=205)
Frieden	+1,81 (n=37)	+1,84 (n=26)	+1,93 (n=33)	+0,96 (n=90)	+1,43 (n=186)
Kooperation des Irak	+0,50 (n=44)	-0,78 (n=19)	+0,72 (n=36)	+0,37 (n=62)	+0,34 (n=161)
Regime Irak	-1,90 (n=42)	-1,92 (n=14)	-1,85 (n=20)	-1,60 (n=56)	-1,77 (n=132)

Einhellig negativ wurde die Kriegstendenz in allen vier untersuchten Zeitungen bewertet: Am deutlichsten in der (eher links orientierten) Frankfurter Rundschau mit einem Wert von -1,16, noch immer deutlich, aber leicht schwächer in der (eher rechts von der Mitte orientierten) Zeitung Die Welt mit -0,95. Insgesamt wiesen die Zeitungen einen Mittelwert von -1,03 bezogen auf den Kriegsindex auf. Diese Tendenz fanden ihre Entsprechung auch in dem Friedensindex, der in der Welt mit einem Wert von 1,15 noch am schwächsten positiv bewertet wurde und in der Frankfurter Rundschau mit einem Wert von 1,79 am ausgeprägtesten im positiven Bereich der Messskala lag.

Um zentrale Fragen der Indexing-Hypothese zu beantworten, ist es notwendig, eine möglicherweise synchrone Bewertung der zentralen Konflikte (hier Kriegstendenz und Beteiligung Deutschlands) zwischen den Zeitungen zu identifizieren. Fraglich ist dabei die Betrachtung der Eigenbewertungen durch Medienakteure sowie der zitierten Fremdbewertungen, die in den Medien identifiziert wurden. Entscheidend ist dabei, welche Tendenzen sich in der Nachrichtenggebung der Medien widerspiegelt und wie sich diese Tendenz im Hinblick auf die für die Indexing-Hypothese relevanten Akteure verhielt. Bei der Analyse wird unterschieden zwischen Fremd- und Eigenziten im Hinblick auf ein Nachrichten- bzw. Kommentierungs-Indexing.

Es kann von einer klaren Synchronisation der vier Zeitungen gesprochen werden, betrachtet man die Kriegstendenz. Zwar fanden sich diese Tendenzen in unterschiedlicher Ausprägung, doch journalistische Eigenbewertungen und Bewertungen der referierten Quellen gleichen dies wiederum aus, so dass sich eine klare Tendenz für alle untersuchten Zeitungen gleichermaßen feststellen ließ. Während in der Süddeutschen Zeitung die deutlich negativste Tendenz bezüglich eines Krieges (sowie den USA und dem US-Präsidenten) mit einem Wert von -1,57 in den journalistischen Eigenbewertungen festzustellen war, so war der Wert in den referierten Quellen der am wenigsten Negative (-0,80). Betrachtet man die Kriegstendenz zusammengefasst, unterschieden sich die Zeitungen kaum: In der Welt wurde die Kriegstendenz mit einem Wert von -0,95 ebenso negativ bewertet wie in der Süddeutschen (-0,98) sowie der FAZ (-1,05) und der Frankfurter Rundschau (-1,15). Es kann also, bezogen auf die Kriegstendenz, von einer klaren Synchronisation sowohl zwischen den Eigen- und Fremdbewertungen einerseits als auch zwischen den Zeitungen andererseits gesprochen werden.

Tabelle I 12
Irak – Bewertung der Kriegstendenz durch Journalisten und Nicht-Journalisten
 (absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen und deren Tendenz)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Journalistische Eigenbewertungen	-1,57 (n=106)	-0,85 (n=14)	-1,59 (n=91)	-0,71 (n=104)	-1,26 (n=315)
Referierte Quellen	-0,80 (n=344)	-1,06 (n=219)	-1,06 (n=426)	-1,00 (n=588)	-0,98 (n=1577)
Gesamt	-0,98 (n=450)	-1,05 (n=233)	-1,16 (n=517)	-0,95 (n=692)	-1,03 (n=1892)

Referierte Quellen dominierten hier dabei klar. 1.577 gewichtete Bewertungen standen 315 journalistischen Eigenbewertungen gegenüber. Am häufigsten fanden sich in der Süddeutschen Zeitung journalistische Eigenbewertungen: Diese machten etwa ein Viertel (106 von insgesamt 450) der gewichteten Bewertungen der Kriegstendenz aus. Die wenigsten Eigenbewertungen der Journalisten fanden sich in der FAZ mit 14, hier fanden sich insgesamt die wenigsten Bewertungen im Hinblick auf die Kriegstendenz.

Tabelle I 13
Irak – Bewertung der Kriegstendenz durch referierte Quellen
 (absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen und deren Tendenz, Mehrfachnennung)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Regierung (SPD und Grüne)	-1,70 (n=34)	-1,65 (n=26)	-1,89 (n=55)	-1,82 (n=76)	-1,80 (n=191)
Union	+0,91 (n=12)	+0,77 (n=9)	+0,17 (n=17)	-0,40 (n=27)	+0,15 (n=65)
SPD	-2,0 (n=1)	-1,66 (n=3)	-1,40 (n=5)	-2,0 (n=10)	-1,78 (n=19)
Union und SPD	+0,69 (n=13)	+0,16 (n=12)	-0,18 (n=22)	-0,83 (n=37)	-0,28 (n=84)
Regierung und Koalitionsparteien	-1,72 (n=37)	-1,67 (n=31)	-1,86 (n=68)	-1,86 (n=96)	-1,81 (n=232)
Alle Oppositionsparteien	+0,25 (n=16)	+0,15 (n=13)	+0,12 (n=24)	-0,70 (n=34)	-0,17 (n=87)
Nicht-deutsche Akteure	-0,74 (n=291)	-1,05 (n=175)	-0,99 (n=334)	-0,84 (n=458)	-0,88 (n=1258)
Gesamt	-0,80 (n=344)	-1,06 (n=219)	-1,06 (n=426)	-1,00 (n=588)	-0,98 (n=1577)

Insgesamt kann davon gesprochen werden, dass es in der Debatte um einen Irak-Krieg bezüglich der Kriegstendenz sowie bezüglich der Frage nach einer Beteiligung Deutschlands einen Konsens zwischen den Zeitungen sowie einen eingeschränkten Konsens zwischen den Zeitungen und der Regierung gab.

Die Debatte um einen Krieg im Irak fand während einer Koalition zwischen SPD und Grünen statt, sodass sich die eine Volkspartei in der Regierung und die andere, die Union, in der Opposition befand. Festzustellen ist eine deutliche Dominanz der Regierung bzw. dementsprechend der Koalitionsparteien verglichen mit den Oppositionsparteien.

Die Bewertungstendenz bezüglich des hier zusammengefassten Kriegsindex ist bei der Betrachtung des Regierungslagers eindeutig negativ: Sie lag mit insgesamt -1,80 am negativen Rand der Bewertungs-Skala. Dabei unterschieden sich die Zeitungen kaum voneinander. Die FAZ zitierte mit einer Tendenz von -1,65 Vertreter der Regierung, die SZ mit -1,70, die Welt mit -1,82 und die Frankfurter Rundschau mit -1,89. Betrachtet man die Tendenz des Kriegsindex insgesamt, so wird deutlich, dass dieser in allen vier Zeitungen im gleichen Maße negativ bewertet wurde.

Abschließend kann also klar von einer Synchronisation der Zeitungen untereinander sowie zwischen Zeitungen und Regierungshaltung gesprochen werden.

7.1.5 Zusammenfassung der Analyse-Ergebnisse zur Debatte um den Irak-Krieg

In der Untersuchung zur Debatte um einen Krieg im Irak findet sich die Hypothese bestätigt, wenn auch nur eingeschränkt. Die Hypothese lautete, dass bei der Debatte um einen Krieg im Irak Indexing zum Tragen kommt. Im konkreten Fall bedeutete dies, dass die Opposition nicht, wie im Normalfall der politischen Auseinandersetzung üblich, Gegenpositionen zur Regierung einnahm, die von den Medien entsprechend aufgegriffen wurden. Gleichzeitig nahmen die Medien keine Gegenpositionen ein, um den Mangel an Oppositionskritik auszugleichen.

Auf der Ebene der Akteursanalyse kann die Hypothese dann als bestätigt interpretiert werden, wenn man sie ausschließlich auf die Akteure des politischen Systems beschränkt. Denn zwar werden in allen vier Zeitungen Regierungsakteure häufiger zitiert als andere Akteure des politischen Systems in Deutschland, internationale politische Akteure aber noch viel häufiger.

Betrachtet man jedoch die Tendenzanalysen, wird deutlich, dass auch diese vielfach höhere Nennung von internationalen politischen Akteuren die Synchronisation der Bewertungen in Richtung der Regierungshaltung nicht ausglich, sondern die Tendenz in die gleiche Richtung wies. Zudem belegte die gleiche Richtung der Tendenz von Nachrichtengebung mit referierten Quellen und der Kommentierung mit den journalistischen Eigenbewertungen, dass es gleichermaßen zu Kommentierungs- und zu Nachrichten-Indexing kam. Keine deutsche Partei war grundsätzlich gegen den Irak-Krieg, auch die Bevölkerung war, ebenso wie die Regierung und die Koalition, gegen den Krieg, für den die USA Alliierte suchten.

Der Logik der Indexing-Hypothese folgend kann also davon ausgegangen werden, dass ihre Mechanismen hier zum Tragen kamen: Auch die Medien bzw. hier die vier untersuchten Zeitungen nahmen keine Gegenpositionen ein bzw. zitierten überproportional häufig negative Bewertungen des Krieges. Dieses Ergebnis deckt sich mit zahlreichen früheren Studien, die weiter oben beschrieben wurden. Fraglich ist, ob dementsprechend andere Ergebnisse festzustellen sind in der folgenden Debatte, die den Normalfall politischer Auseinandersetzung darstellt: Die Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform.

7.2 Indexing in der Debatte um das Vorziehen der Steuerreform

7.2.1 Rahmenbedingungen in der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform

Die Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform 2003 wurde unter einer Koalition aus SPD und Grünen und Gerhard Schröder als Kanzler geführt. Das Thema des Hauptkonflikts, nämlich eine von der Regierung Schröder initiierte Steuerreform ein Jahr früher als geplant durch eine Verabschiedung mit Mehrheit der Abgeordneten des Bundestages umzusetzen, spaltete die politische Elite, wie sie in dieser Studie definiert wird:

Während die SPD (und mit ihr auch der Koalitionspartner Grüne) für das Vorziehen der Steuerreform votierte, stellte sich die Union gegen das Vorhaben. Allerdings war die Opposition nicht geschlossen gegen ein Vorziehen der Steuerreform, die FDP begrüßte das Vorhaben der Regierung Schröder nämlich²⁹⁰. Zwischen der Regierung und der SPD bestand also ein Konsens, zwischen Regierung und Union ein Dissens. Die Bevölkerung begrüßte mehrheitlich den Gesetzesentwurf der Regierung.

Aus den Erwartungen der Indexing-Hypothese heraus handelt es sich bei der Debatte um das Vorziehen der Steuerreform um einen „Nicht“-Indexingfall, da es sich um einen „normalen“ Dissens zwischen Regierungsfraktion und Opposition handelt.

7.2.2 Datenbasis der Zeitungsanalyse in der Debatte um das Vorziehen der Steuerreform

In der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform wurden insgesamt 634 Artikel untersucht, 150 aus der Süddeutschen, 128 aus der FAZ, 115 aus der Frankfurter Rundschau sowie 241 aus der Welt (vgl. hierzu Tabelle S 1). Diese Artikel beinhalteten insgesamt 2.020 Bewertungen und 397 Begründungen, also insgesamt 2.417 gewichtete Bewertungen. In 285 Fällen wurden journalistische Eigenbewertungen codiert, 2.132 gewichtete Bewertungen kamen von deutschen Quellen. Davon entfielen 1.948 gewichtete Bewertungen auf Akteure aus dem politischen System, 147 gewichtete Bewertungen wurden aus dem intermediären System referiert. 37 Mal wurden Bürger mit gewichteten Bewertungen zitiert (vgl. hierzu Tabelle S 2).

Tabelle S 1
Steuerreform – Eckdaten 1
(absolute Anzahl)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Artikel	150	128	115	241	634
Bewertungen	372	521	436	691	2020
Begründungen	53	124	106	114	397
Bewertungen gewichtet	425	645	542	805	2417

²⁹⁰ Die Linke war zu dem Zeitpunkt der Debatte nicht in Fraktionsstärke im Deutschen Bundestag vertreten, der Vollständigkeit halber sei jedoch erwähnt, dass ihre Abgeordneten das Vorhaben der rot-grünen Regierungskoalition ablehnten.

Am häufigsten bewerteten Journalisten in der FAZ in der Debatte mit 96 Fällen, in der Süddeutschen wurden nur etwa halb so viele gewichtete Bewertungen von Journalisten codiert (41). Die überwiegende Zahl an referierten gewichteten Bewertungen kam erwartungsgemäß, da es sich um eine innenpolitische Debatte und um einen Normalfall der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition handelte, aus dem deutschen politischen System. Insgesamt wurden 1.948 gewichtete Bewertungen codiert, die von deutschen Politikern in den vier Zeitungen zitiert wurden.

Tabelle S 2
Steuerreform – Eckdaten 2
 (absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen)²⁹¹

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Journalistische Eigenbewertungen	41	96	94	54	285
Referierte Bewertungen:					
Deutsche Quellen	384	549	448	751	2132
Deutsches politisches System	358	532	394	664	1948
Regierung (SPD und Grüne)	123	203	177	180	683
Union (Opposition)	167	214	137	336	854
SPD (Regierungskoalition)	28	33	39	55	155
Grüne (Regierungskoalition)	11	23	16	37	87
FDP (Opposition)	7	37	6	32	82
Opposition Sonstige	15	22	19	19	75
Bundesrat	7	-	-	5	12
Intermediäres System	25	12	36	74	147
Bürger	1	5	18	13	37
Gesamt	425	645	542	805	2417

Bei der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform wurde das Regierungslager (hier bestehend aus SPD und Grüne) nur am zweithäufigsten mit gewichteten Bewertungen zitiert (683 Fälle). Am häufigsten referierten die vier Zeitungen Vertreter der Union, die in der Legislaturperiode dieser Debatte in der Opposition war (854 Fälle). Dieses Verhältnis war aber nicht für alle Zeitungen gleich: Während die Frankfurter Rundschau 177 gewichtete Bewertungen des Regierungslagers und 137 der Union referierte, war das Verhältnis bei der Welt umgekehrt, und zwar sehr deutlich: 336 mal wurden gewichtete Bewertungen von Unionsvertretern zitiert, lediglich mit 180 Fällen halb so viele aus dem Regierungslager.

²⁹¹ Basierend auf der Auswertung von Variable V18; bei den Fallstudien aus dem innenpolitischen Politikfeld werden nichtdeutsche Quellen nicht berücksichtigt.

7.2.3 Quellen- und Akteursanalyse zur Debatte um das
Vorziehen der Steuerreform

Betrachtet man, wie in dieser Studie durch die Definition der politischen Elite (SPD und Union) vorgegeben, die beiden Lager sowie das Lager der Regierungsvertreter, ergibt sich ein Bild, wie es in einem Nicht-Indexing-Fall erwartet wird: Nicht die Regierung und ebenso wenig die SPD dominierten die Debatte (Ausnahme: Frankfurter Rundschau). Insgesamt wurde die Union mit 50,4 Prozent aller gewichteten Bewertungen aus dem Regierungs- und Elitelager zitiert. Lediglich 40,4 Prozent der Bewertungen kamen von Regierungsvertretern.

Die SPD-Vertreter spielten, obwohl sie die Regierungskoalition zusammen mit den Grünen stellten, kaum eine Rolle (9,2 Prozent). Am deutlichsten war die Dominanz der Unionsvertreter in der Welt: Hier wurden Regierungsvertreter nur in 31,5 Prozent der Fälle mit gewichteten Bewertungen zitiert, 58,9 Prozent der Bewertungen stammten von Unionsvertretern. Fasst man allerdings SPD- und Regierungsvertreter zusammen, so kamen diese in diesem Bezugsrahmen in zwei Zeitungen auf eine Mehrheit (FAZ mit 52,4 und Frankfurter Rundschau mit 61,1 Prozent).

Tabelle S 3
Steuerreform – Quellenanalyse 1
(in Prozent)

	SZ n=318	FAZ n=450	FR n=353	Welt n=571	Gesamt n=1692
Regierung	38,7	45,1	50,1	31,5	40,4
Union	52,5	47,6	38,9	58,9	50,4
SPD	8,8	7,3	11,0	9,6	9,2
Gesamt	100	100	100	100	100

Betrachtet man allerdings die politische Elite (also SPD und Union) auf der einen und die Regierung auf der anderen Seite, wird deutlich, dass die Konfliktlinien in den Zeitungen vorwiegend zwischen Union und SPD ausgetragen wurden, die ja aus unterschiedlichen Positionen heraus diskutierten: Die SPD als Regierungspartei und die Union aus der Opposition heraus. 59,6 Prozent der Bewertungen entfielen dann auf Akteure von SPD und Union, 40,4 Prozent auf Regierungsvertreter.

Dies überrascht nicht, handelte es sich doch um einen Nicht-Indexing-Fall: SPD und Union standen sich mit unterschiedlicher politischer Haltung zum Vorziehen der Steuerreform gegenüber. Diese Konfliktlinien wurden von den Medien (hier mit Ausnahme der Frankfurter Rundschau) aufgegriffen.

Tabelle S 4
Steuerreform – Quellenanalyse 2
(in Prozent)

	SZ n=318	FAZ n=450	FR n=353	Welt n=571	Gesamt n=1692
Regierung	38,7	45,1	50,1	31,5	40,4
Union und SPD	61,3	54,9	49,9	68,5	59,6
Gesamt	100	100	100	100	100

Bezieht man die sonstigen Parteien, zu denen während der Debatte mit den Grünen auch eine Koalitionspartei gehörte, mit in die Betrachtung ein, so ergibt sich das folgende Bild, das nochmals verdeutlicht, dass die untersuchten vier Zeitungen vorwiegend Vertreter der Union und der SPD zitierten (bis auf die Frankfurter Rundschau wiederum, hier gab es mehr gewichtete Bewertungen von Regierungsvertretern im Vergleich zu der Zahl aus der politischen Elite, nämlich 44,9 bzw. 44,7 Prozent).

Tabelle S 5
Steuerreform – Quellenanalyse 3
(in Prozent)

	SZ n=351	FAZ n=532	FR n=394	Welt n=659	Gesamt n=1936
Regierung	35,0	38,2	44,9	27,3	35,3
Union und SPD	55,6	46,4	44,7	59,3	52,1
Sonstige Parteien	9,4	15,4	10,4	13,4	12,6
Gesamt	100	100	100	100	100

Die Zeitungen orientierten sich deutlich an den Oppositionsparteien, wenn man diese Betrachtungsweise einnimmt und dementsprechend analysiert. Dann ergibt sich in drei von vier untersuchten Zeitungen eine Mehrheit der gewichteten Bewertungen von Vertretern der Oppositionsparteien (also Union und FDP), nur in der Frankfurter Rundschau wurden häufiger Regierungsvertreter als Vertreter der Oppositionsparteien mit gewichteten Bewertungen zitiert.

Tabelle S 6
Steuerreform – Quellenanalyse 4
(in Prozent)

	SZ n=351	FAZ n=532	FR n=394	Welt n=659	Gesamt n=1936
Regierung	35,0	38,2	44,9	27,3	35,3
Koalitionsparteien	11,1	10,5	14,0	13,9	12,5
Oppositionsparteien	53,9	51,3	41,1	58,8	52,2
Gesamt	100	100	100	100	100

Insgesamt gab es eine deutliche Mehrheit von Parteienvertretern im Vergleich zu Regierungsvertretern. Aus der Quellenanalyse kann klar geschlossen werden, dass sich die Regierung nicht durchsetzen konnte mit ihrer Haltung (anders als natürlich im Parlament, wo das Vorziehen der Steuerreform beschlossen wurde mit einer Mehrheit von Grünen- und SPD-Abgeordneten). Offenbar gelang es der Opposition, also Union und FDP, sich hier durchzusetzen und häufiger zitiert zu werden als Vertreter der Regierung bzw. der Koalitionsparteien SPD und Grüne. Dies scheint unabhängig davon der Fall zu sein, dass sich die Bevölkerungsmehrheit klar für den Vorschlag der Regierung und der Koalition für das Vorziehen der Steuerreform ausgesprochen hat.

Tabelle S 7
Steuerreform – Quellenanalyse 5
(in Prozent)

	SZ n=351	FAZ n=532	FR n=394	Welt n=659	Gesamt n=1936
Regierung	35,0	38,2	44,9	27,3	35,3
Parteien	65,0	61,8	55,1	72,7	64,7
Gesamt	100	100	100	100	100

Dieses Ergebnis wird auch nicht dadurch relativiert, wenn man in den Betrachtungsrahmen die sonstigen deutschen Akteure mit einbezieht, also in den Zeitungen zitierte Bürger etwa oder Vertreter des Intermediären Systems, die kaum mit gewichteten Bewertungen in den Zeitungen zitiert wurden.

Tabelle S 8
Steuerreform – Quellenanalyse 6
(in Prozent)

	SZ n=384	FAZ n=549	FR n=448	Welt n=751	Gesamt n=2132
Regierung	32,0	37,0	39,5	24,0	32,0
Parteien	59,4	59,9	48,4	63,7	58,8
Sonstige deutsche Akteure	8,6	3,1	12,0	12,3	9,2
Gesamt	100	100	100	100	100

Insgesamt kann also davon gesprochen werden, dass bezüglich der Quellenanalyse eine klare Dominanz der Parteien- gegenüber den Regierungsvertretern festgestellt werden konnte. Diese Debatte zeigt offenbar, dass in der Parteidemokratie in Deutschland und in Bezug auf Konflikte zwischen Opposition, Koalition bzw. Regierung die Zeitungen tendenziell häufiger auf Argumente der Opposition eingehen. Sowohl in den Bezugsrahmen Regierung im Vergleich zu den beiden Volksparteien als auch im Bezugsrahmen Regierung gegenüber Parteienvertretern wurde die Regierung deutlich weniger mit Bewertungen der Steuerreform zitiert als die Vertreter der politischen Elite bzw. aller Parteienvertreter. Allerdings wies die hier untersuchte Debatte klassische Merkmale eines „normalen“ politischen Streits zwischen Regierung und Opposition auf – es scheint also der Normalfall politischer Auseinandersetzung im Spiegel der Medienberichterstattung zu sein.

7.2.4 Tendenzanalyse zur Debatte um das Vorziehen der Steuerreform

7.2.4.1 Zentrale Konflikte und Tendenzen in der Debatte um eine Steuerreform

Auch in der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform war der Hauptkonflikt die Frage nach dem „Ja“ oder „Nein“ zur geplanten Reform. Dies galt für alle vier untersuchten Zeitungen in gleichem Maße und am häufigsten wurde die Steuerreform selbst bewertet.

Von 2.417 insgesamt abgegebenen gewichteten Bewertungen nahmen 874 auf das Vorziehen der Steuerreform Bezug und lehnten diese ab oder befürworteten diese Regierungsinitiative. Gleichzeitig wurden in den vier Zeitungen die von der Regierung und der Koalition (bestehend aus SPD und Grünen) vorgeschlagenen Maßnahmen, wie dieses Vorziehen der Steuerreform umzusetzen ist, diskutiert. So war es vor allem die Frage nach der Finanzierung, die in der Berichterstattung bewertet wurde, sowie die Frage nach einem Abbau von Subventionen im Gegenzug zu den Steuersenkungen.

Tabelle S 9
Steuerreform – Bewertungsobjekte
 (absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Vorziehen der Steuerreform	185	264	173	252	874
Finanzierung durch Schulden	69	70	73	141	353
Abbau von Subventionen	49	56	74	118	297
Steuern senken	20	26	27	47	120
Finanzierungskonzept	10	29	26	49	114
Sanierung des Haushalts	2	17	9	23	51
Sonstige Bewertungsobjekte	90	183	160	175	608
Gesamt	425	645	542	805	2417

Die häufigste Zahl an gewichteten Bewertungen fand sich in der Welt mit 805 Fällen, die geringste Zahl in der Süddeutschen Zeitung mit etwas mehr als halb so vielen gewichteten Bewertungen (425).

7.2.4.2 Bewertungsakteure und Tendenzen in Eigen- und Fremdbewertungen um eine Steuerreform

Auch in der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform haben wir untersucht, in welche Richtung die zitierten gewichteten Bewertungen tendierten. Dabei ist wiederum eine Synchronisierung der Tendenz zwischen allen vier Zeitungen festzustellen. Am ausgeprägtesten tendierte die Frankfurter Rundschau in Richtung der Regierungshaltung. Hier wiesen die Berichte eine Tendenz von 0,79 für ein Vorziehen der Steuerreform auf. Am deutlichsten in Richtung Nullpunkt der Skala tendierten die gewichteten Bewertungen in der Süddeutschen Zeitung. Hier ergab sich lediglich ein Mittelwert von 0,40. Die in allen vier Zeitungen genannten Eigen- und Fremdbewertungen wiesen eine Tendenz von 0,55 mit einer Fallzahl von 874 auf.

Allerdings ist einzuschränken, dass auch das am zweithäufigsten genannte Bewertungsobjekt, nämlich die Finanzierung der Steuerreform durch Schulden, ebenfalls eine Synchronisation in allen vier Zeitungen aufwies, jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Bei der Frage nach der Finanzierung der Steuerreform durch Schulden handelte es sich um das vorwiegend von der Opposition (hier Union und FDP) vorgetragene Gegenargument zur Haltung der Regierung.

Doch dies relativiert sich wiederum, betrachtet man die weiteren Bewertungsobjekte. Auch hier ist eine Synchronisation zwischen den vier Zeitungen festzustellen: Sowohl beim Abbau von Subventionen als auch beim Bewertungsobjekt Steuern senken gab es klare Tendenzen. Diese wies beim Abbau von Subventionen bei einer Fallzahl von 297 einen Mittelwert von 1,25 und beim Bewertungsobjekt Steuern senken einen Mittelwert von 1,50 bei einer Fallzahl von 120 auf. Die Zeitungen tendierten also bei der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform alle in dieselbe Richtung, nämlich in Richtung der Regierungshaltung. Dies entspricht nicht der Erwartung, die in den Hypothesen oben formuliert wurde. Denn bei der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform handelt es sich um einen klassischen Nicht-Indexing-Fall, in dem es zu einer Auseinandersetzung zwischen Opposition und Regierungslager kommt. Dies entspricht auch nicht der Erwartung aus der Akteursanalyse, wonach die Union häufiger zitiert wurde als das Regierungslager bzw. Vertreter der SPD.

Tabelle S 10
Steuerreform – Richtung der Bewertung - Mittelwerte
 (-2 = Kritik, +2=Zustimmung)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Vorziehen der Steuerreform	+0,40	+0,61	+0,79	+0,45	+0,55
	(n=185)	(n=264)	(n=173)	(n=252)	(n=874)
Finanzierung durch Schulden	-0,39	-0,81	-0,31	-0,88	-0,65
	(n=69)	(n=70)	(n=73)	(n=141)	(n=353)
Abbau von Subventionen	+1,44	+1,17	+1,09	+1,31	+1,25
	(n=49)	(n=56)	(n=74)	(n=118)	(n=297)
Steuern senken	+1,45	+1,73	+1,0	+1,68	+1,50
	(n=20)	(n=26)	(n=27)	(n=47)	(n=120)
Finanzierungskonzept	+0,80	+0,62	+0,76	+0,77	+0,73
	(n=10)	(n=29)	(n=26)	(n=49)	(n=114)
Sanierung des Haushalts	-2,0	-0,52	+0,11	-0,82	-0,60
	(n=2)	(n=17)	(n=9)	(n=23)	(n=51)

Alle vier Zeitungen wiesen also einen, wenn auch schwachen, so doch positiven Tendenzwert in Richtung Regierungshaltung auf, wenn man das wichtigste Bewertungsobjekt auswertet. Zu unterscheiden gilt dabei, in welche Richtung die referierten Quellen tendierten und welche Tendenz die journalistischen Eigenbewertungen aufwiesen. Hier findet sich eine Synchronisation zwischen den vier Zeitungen bei den referierten Quellen, wenn auch diese Tendenz schwach ausgeprägt ist. Bei den journalistischen Eigenbewertungen gilt dies nur für die FAZ, die Frankfurter Rundschau (und hier auch nur sehr schwach ausgeprägt) sowie für die Welt. In der Süddeutschen wurde das Vorziehen der Steuerreform negativ bewertet. Am deutlichsten tendierte die FAZ in Richtung Regierungshaltung bei den journalistischen Eigenbewertungen. Dies kann man vielleicht auch mit der politischen Tendenz der Zeitung interpretieren.

Tabelle S 11
Steuerreform – Bewertung des Vorziehens der Steuerreform durch Journalisten und Nicht-Journalisten
 (absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen und deren Tendenz)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Journalistische Eigenbewertungen	-0,85 (n=14)	+0,85 (n=28)	+0,23 (n=17)	+0,50 (n=12)	+0,30 (n=71)
Referierte Quellen	+0,50 (n=171)	+0,58 (n=236)	+0,85 (n=156)	+0,45 (n=240)	+0,58 (n=803)
Gesamt	+0,40 (n=185)	+0,61 (n=264)	+0,79 (n=173)	+0,45 (n=252)	+0,55 (n=874)

Deutlich wird diese Synchronisation zwischen den Zeitungen bzw. zwischen Zeitungen und Regierung auch dann, wenn man die einzelnen Lager betrachtet, die für Indexing relevant sind. Nicht überraschend ist, dass die Regierung (hier bestehend aus SPD und Grüne) deutlich für die Steuerreform bewertete.

Am stärksten ist dies in der Süddeutschen Zeitung der Fall. Die Union hingegen wurde zwar in relativ hoher Fallzahl mit Bewertungen verglichen mit den Regierungsakteuren und vor allem verglichen mit der SPD zitiert, doch die Bewertungen tendierten zum Nullpunkt der Bewertungsskala.

Tabelle S 12
Steuerreform – Bewertung des Vorziehens der Steuerreform durch referierte Quellen
 (absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen und deren Tendenz, Mehrfachnennung)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Regierung (SPD und Grüne)	+1,69 (n=52)	+1,21 (n=90)	+1,30 (n=71)	+1,24 (n=57)	+1,33 (n=270)
Union	-0,05 (n=80)	+0,08 (n=86)	-0,31 (n=48)	-0,22 (n=124)	-0,11 (n=338)
SPD	+0,66 (n=9)	+1,12 (n=16)	+1,53 (n=13)	+1,30 (n=20)	+1,20 (n=58)
Union und SPD	+0,02 (n=89)	+0,24 (n=102)	+0,08 (n=61)	-0,01 (n=144)	+0,07 (n=396)
Regierung und Koalitionsparteien	+1,52 (n=63)	+1,16 (n=119)	+1,31 (n=85)	+1,23 (n=82)	+1,28 (n=349)
Alle Oppositionsparteien	-0,12 (n=91)	-0,04 (n=111)	-0,15 (n=53)	-0,14 (n=137)	-0,11 (n=392)
Sonstige deutsche Akteure	+0,05 (n=17)	+0,66 (n=6)	+1,66 (n=18)	+1,28 (n=21)	+1,0 (n=62)

7.2.5 Zusammenfassung der Analyse-Ergebnisse zur Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform

In der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform sind wir davon ausgegangen, dass es nicht zu Indexing kam, sich die Regierung also nicht gegen die Opposition durchsetzen konnte. Diese Hypothese haben wir durch eine Analyse der Akteursnennungen und der Tendenzen in den vier Zeitungen untersucht. Dabei ist das Ergebnis nicht eindeutig. Während es zwar zu einer Dominanz der Unions-Nennungen im Vergleich zu den Regierungs-Nennungen kommt, weist die Tendenz sowohl bei den Eigenbewertungen der Journalisten (Ausnahme ist hier nur die Süddeutsche Zeitung) als auch in der Nachrichtengebung in Richtung der Regierungshaltung.

Somit wird die Hypothese, wonach es im Fall der Steuerreform nicht zu Indexing kam, zumindest schwach widerlegt. Hier erscheint es interessant, dass die Bevölkerungshaltung in Richtung der Regierungshaltung tendierte und eine Mehrheit der Bürger für ein Vorziehen der Steuerreform und damit für Steuererleichterung tendierte. Die Haltung der Bevölkerung könnte also in Fällen, die der normalen Streitlinie von Politik – Regierung gegen Opposition – folgen, als Zünglein an der Waage fungieren.

7.3 Indexing in der Debatte um den Kongo-Einsatz

7.3.1 Rahmenbedingungen in der Debatte um den Kongo-Einsatz

Die Debatte um einen Einsatz der Bundeswehr im Kongo wurde unter der Regierung einer großen Koalition zwischen SPD und der Union mit Kanzlerin Angela Merkel an der Spitze geführt. Vorausgegangen sind bereits etliche Debatten in der deutschen Politik, ob und wie sich Deutschland an Auslandseinsätzen beteiligen soll. Wie bereits oben bezüglich der Entstehung der Indexing-Hypothese bzw. dem Forschungsstand in Deutschland beschrieben, fand die erste solcher Debatten in Bezug auf den Kosovo-Krieg 1999 statt. Der Einsatz im Kongo ist nur bedingt mit dem Kosovo-Krieg vergleichbar: Immerhin handelte es sich beim Kosovo-Krieg um einen Konflikt, der sich auf dem europäischen Kontinent abspielte. Hauptkonflikt in der Debatte war eine deutsche Mitwirkung am militärischen Schutz der Wahlen im Kongo.

Die Regierungsposition war klar befürwortend. Sowohl die Union als auch die SPD, beide in einer großen Koalition an der Regierung beteiligt, befürworteten eine deutsche Teilnahme am Einsatz im Kongo. Hingegen stellte sich die Opposition geschlossen gegen einen Einsatz: Die Grünen zumindest, was das Konzept des Einsatzes anbelangte, die FDP sowie die Linke lehnten einen Einsatz deutscher Soldaten rundweg ab. Auch bei dieser Debatte handelt es sich also nicht um einen klassischen Indexing-Fall wie beim Irak-Krieg, da ja ein „normaler“ Dissens zwischen Opposition und Regierung keinen Indexing-Fall beschreiben sollte (siehe auch die vorangegangene Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform). Doch könnte man einen strukturellen Indexing-Fall vermuten, da in der großen Koalition, die es in Deutschland zuletzt bis 1969 unter Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt gegeben hatte, erstmals seit fast 40 Jahren beide Volksparteien in der Regierung saßen. Dementsprechend geschwächt könnte die mediale Wahrnehmung der Opposition in der Debatte sein. Während in der Debatte ein Konsens zwischen Regierung, SPD und Union festzustellen war, stellte sich eine Mehrheit der Bevölkerung gegen einen Einsatz deutscher Soldaten im Kongo.

7.3.2 Datenbasis der Zeitungsanalyse des Kongo-Einsatzes

Die Fallstudie über die Debatte zu einem Einsatz deutscher Soldaten im Kongo umfasste 357 Artikel. Darin wurden 1.058 Bewertungen sowie 459 Begründungen codiert. Insgesamt wurden also 1.517 gewichtete Bewertungen codiert.

Es handelte sich dabei um die Debatte mit der geringsten Zahl an Artikeln und der geringsten Zahl an gewichteten Bewertungen, die in diesen identifiziert wurden.

Tabelle K 1
Kongo – Eckdaten 1
(absolute Anzahl)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Artikel	94	118	62	83	357
Bewertungen	244	308	180	326	1058
Begründungen	122	133	59	145	459
Bewertungen gewichtet	366	441	239	471	1517

Verglichen mit der Debatte um den Irak-Krieg, ebenfalls eine außenpolitische Debatte, wurde nur etwa ein Viertel an Artikeln im Untersuchungszeitraum veröffentlicht. Während im Irak-Krieg nicht-deutsche Akteure eine gewichtige Rolle spielten, wurden sie in dieser Debatte kaum zitiert.

Tabelle K 2
Kongo – Eckdaten 2
(absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen)²⁹²

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Journalistische Eigenbewertungen	119	129	62	105	415
Referierte Bewertungen:					
Deutsche Quellen	244	304	176	350	1074
Deutsches politisches System	214	278	153	282	927
Regierung (Union und SPD)	81	111	91	134	417
Union (Regierungskoalition)	36	47	4	38	125
SPD (Regierungskoalition)	24	52	21	49	146
Grüne (Opposition)	27	15	16	20	78
FDP (Opposition)	39	32	13	38	122
Opposition Sonstige	7	21	8	3	39
Intermediäres System	12	13	14	26	65
Bürger	18	13	9	42	82
Referierte Bewertungen:					
Nicht-deutsche Quellen	3	8	1	16	28
Offizielle International	3	8	1	16	28
Gesamt	366	441	239	471	1517

²⁹² Basierend auf der Auswertung von Variable V18. Da es sich um eine außenpolitische Debatte handelte, wurden nichtdeutsche Akteure mit einbezogen.

Auffallend hoch indes war die Zahl von journalistischen Eigenbewertungen: Mit 415 gewichteten Bewertungen waren es etwa ein Drittel aller insgesamt 1.517 codierten Fälle. Im Irak-Krieg waren es nur 605 journalistische Eigenbewertungen im Vergleich zu 4.379 gewichteten Bewertungen insgesamt. In der Debatte um einen Einsatz im Kongo haben die Journalisten im Vergleich zu anderen Akteuren am häufigsten selbst Bewertungen abgegeben.

7.3.3 Quellen- und Akteursanalyse zur Debatte um einen Kongo-Einsatz

Die Debatte um einen Einsatz deutscher Soldaten im Kongo stellte einen normalen politischen Konsens dar: Die Regierung war zusammen mit der Koalition, die sie stellte, gegen die Haltung der Opposition für einen solchen Einsatz. Die politische Elite war vollständig Teil dieser Koalition, beide Volksparteien waren in einer großen Koalition an der Regierung beteiligt. Zu erwarten ist also, dass die Regierung am häufigsten mit gewichteten Bewertungen genannt wurde. Dies trifft für die Debatte auch zu:

Tabelle K 3
Kongo – Quellenanalyse 1
(in Prozent)

	SZ n=141	FAZ n=210	FR n=116	Welt n=221	Gesamt n=688
Regierung	57,5	52,8	78,5	60,6	60,6
Union	25,5	22,4	3,4	17,2	18,2
SPD	17,0	24,8	18,1	22,2	21,2
Gesamt	100	100	100	100	100

Insgesamt wurden mit 60,6 Prozent der gewichteten Bewertungen, betrachtet man Regierung und politische Elite, am häufigsten Regierungsakteure zitiert. Auf Unionsvertreter entfielen lediglich 18,2 Prozent der referierten gewichteten Bewertungen und auf die SPD-Vertreter lediglich 21,2 Prozent. Zwar war das Ergebnis in allen vier Zeitungen tendenziell gleich, doch mit 78,5 Prozent der gewichteten Bewertungen von Regierungsvertretern war dieses in der Frankfurter Rundschau am ausgeprägtesten (im Vergleich: FAZ mit 52,8 Prozent Regierungsvertretern). Die Regierung dominierte die Debatte im Vergleich zur politischen Elite. In keiner Zeitung wurde die politische Elite häufiger mit gewichteten Bewertungen zitiert wie Regierungsvertreter.

Tabelle K 4
Kongo – Quellenanalyse 2
(in Prozent)

	SZ n=141	FAZ n=210	FR n=116	Welt n=221	Gesamt n=688
Regierung	57,5	52,8	78,5	60,6	60,6
Union und SPD	42,5	47,2	21,5	39,4	39,4
Gesamt	100	100	100	100	100

Diese Dominanz des Regierungslagers relativiert sich, zieht man die Oppositionsparteien mit in Betracht. Interessant ist bei der Debatte, dass sie während einer großen Koalition geführt wurde und die Opposition dementsprechend klein war: Lediglich Grüne, FDP und Die Linke stellten sie, die Regierungskoalition hatte 402 von insgesamt 614 Sitzen im Bundestag inne.

Dennoch wurden die meisten gewichteten Bewertungen von Regierungsvertretern zitiert, gefolgt von Vertretern der Koalition (und damit der politischen Elite, wie sie in dieser Studie definiert ist) und auf die Opposition entfielen 25,8 der zitierten gewichteten Bewertungen. Möglicherweise ist eine redaktionelle politische Linie abzulesen, betrachtet man das unterschiedliche Bild (vgl. SZ und FR):

Tabelle K 5
Kongo – Quellenanalyse 3
(in Prozent)

	SZ n=214	FAZ n=278	FR n=153	Welt n=282	Gesamt n=927
Regierung	37,9	39,9	59,5	47,5	45,0
Union und SPD (= Koalitionsparteien)	28,0	35,6	16,3	30,9	29,2
Sonstige Parteien (= Oppositionsparteien)	34,1	24,5	24,2	21,7	25,8
Gesamt	100	100	100	100	100

Betrachtet man indes alle Parteienvertreter und stellt die zitierten gewichteten Bewertungen in Relation zu denen der Regierungsvertreter, so überwogen die Zitate der Parteienvertreter (Ausnahme Frankfurter Rundschau):

Tabelle K 6
Kongo – Quellenanalyse 4
(in Prozent)

	SZ n=214	FAZ n=278	FR n=153	Welt n=282	Gesamt n=927
Regierung	37,9	39,9	59,5	47,5	45,0
Parteien	62,1	60,1	40,5	52,6	55,0
Gesamt	100	100	100	100	100

Noch deutlicher wird dieses Ergebnis, zieht man die sonstigen deutschen Akteure sowie die nicht-deutschen Akteure in Betracht. Letztere spielten allerdings, wie bereits oben erwähnt, kaum eine Rolle, vergleicht man die Debatte um den Einsatz im Kongo etwa um den Irak-Krieg.

Tabelle K 7
Kongo – Quellenanalyse 5
(in Prozent)

	SZ n=244	FAZ n=304	FR n=176	Welt n=350	Gesamt n=1074
Regierung	33,2	36,5	51,7	38,3	38,8
Parteien	54,6	54,9	35,2	42,4	47,5
Sonstige deutsche Akteure	12,3	8,5	13,1	19,4	13,7
Gesamt	100	100	100	100	100

Tabelle K 8
Kongo – Quellenanalyse 6
(in Prozent)

	SZ n=247	FAZ n=312	FR n=177	Welt n=366	Gesamt n=1102
Regierung	32,8	35,6	51,4	36,6	37,8
Parteien	53,8	53,6	35,0	40,5	46,2
Sonstige deutsche Akteure	12,2	8,3	13,0	18,6	13,4
Nicht-deutsche Akteure	1,2	2,6	0,6	4,4	2,5
Gesamt	100	100	100	100	100

Zusammenfassend kann in der Debatte um einen Einsatz im Kongo nicht davon gesprochen werden, dass die Regierung die Debatte dominiert. Allerdings ist es auch nicht die politische Elite, die hier vorwiegend zitiert wird. Die Debatte ist geprägt von einer breiten Auseinandersetzung zwischen Opposition und Koalition sowie der Regierung. Zur Erinnerung: Die Regierung und die Koalition waren geschlossen für den Einsatz, während die Opposition gegen den Einsatz (bzw. die Grünen gegen einen Einsatz in der von der Bundesregierung konzipierten Form) votierte. Unter den Bedingungen einer großen Koalition scheinen die kleinen Parteien an Gewicht zu gewinnen, auch gegenüber der Bundesregierung. Fraglich ist, ob die Medienberichterstattung auch dementsprechende Tendenzen aufweist. Dies soll im nächsten Kapitel erörtert werden.

7.3.4 Tendenzanalyse zur Debatte um den Kongo-Einsatz

7.3.4.1 Zentrale Konflikte und Tendenzen in der Debatte um einen Einsatz im Kongo

Bei der Debatte um einen Einsatz im Kongo ist auffallend, dass fast ausschließlich der Einsatz selbst bewertet wurde und kaum weitere Bewertungsobjekte, wie in anderen Debatten, einen erheblichen Teil der Argumente in der Berichterstattung ausmachten. Während beim Irak-Krieg und der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform das Hauptkonflikt-Thema etwa ein Drittel aller gewichteten Bewertungen darstellten, waren es in der Debatte um einen Einsatz deutscher Soldaten im Kongo 1.136 von insgesamt 1.517 gewichteten Bewertungen und damit fast 75 Prozent.

Tabelle K 9
Kongo – Bewertungsobjekte
(absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Beteiligung deutscher Soldaten	284	319	185	348	1136
Stabilität der Region	2	21	12	12	47
Sicherung der Wahlen	13	19	5	7	44
Sonstige Bewertungsobjekte	67	82	37	104	290
Gesamt	366	441	239	471	1517

Die Regierung war das am zweithäufigsten bewertete Objekt, das in der Berichterstattung identifiziert wurde, auch dies unterscheidet die Debatte von Irak-Krieg und dem Vorziehen der Steuerreform. Trotz des längeren Untersuchungszeitraumes wurden weniger als halb so viele gewichtete Bewertungen codiert wie in der Debatte um einen Irak-Krieg, insgesamt wies die Debatte die geringste Zahl an Bewertungen auf.

7.3.4.2 Bewertungsakteure und Tendenzen in Eigen- und Fremdbewertungen um einen Einsatz im Kongo

Die Debatte um einen Einsatz deutscher Soldaten im Kongo ist ebenfalls von einer Synchronisation aller vier Zeitungen geprägt. Betrachtet man die Tendenz in den vier untersuchten Zeitungen insgesamt, so liegen beim Bewertungsobjekt Beteiligung deutscher Soldaten alle vier Zeitungen im negativen Bereich, wenn die Tendenz auch gegen Null tendierte. Die gleiche Tendenz in allen vier Zeitungen galt für das Bewertungsobjekt Stabilität der Region und Sicherung der Wahlen, wenn auch mit sehr niedriger Fallzahl.

Tabelle K 10
Kongo – Richtung der Bewertung - Mittelwerte
 (-2 = Kritik, +2=Zustimmung)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Beteiligung deutscher Soldaten	-0,13 (n=284)	-0,16 (n=319)	-0,30 (n=185)	-0,20 (n=348)	-0,19 (n=1136)
Stabilität der Region	+2,0 [n=2]	+1,19 (n=21)	+0,58 (n=12)	+0,91 (n=12)	+1,00 (n=47)
Sicherung der Wahlen	+1,61 (n=13)	+1,42 (n=19)	+1,20 [n=5]	+0,71 [n=7]	+1,34 (n=44)

Tabelle K 11
Kongo – Bewertung der Beteiligung deutscher Soldaten durch Journalisten und Nicht-Journalisten
 (absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen und deren Tendenz)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Journalistische Eigenbewertungen	-0,27 (n=91)	-0,15 (n=92)	-0,39 (n=53)	-0,41 (n=77)	-0,29 (n=313)
Referierte Quellen	-0,06 (n=193)	-0,17 (n=227)	-0,27 (n=132)	-0,14 (n=271)	-0,15 (n=823)
Gesamt	-0,13 (n=284)	-0,16 (n=319)	-0,30 (n=185)	-0,20 (n=348)	-0,19 (n=1136)

In allen vier Zeitungen wiesen sowohl die journalistischen Eigenbewertungen als auch die referierten Quellen die gleiche Tendenz auf. Am deutlichsten negativ waren die Eigenbewertungen in der Welt, wo mit einem Mittelwert von -0,41 am stärksten gegen einen Einsatz im Kongo argumentiert wurde.

Tabelle K 12
Kongo – Bewertung der Beteiligung deutscher Soldaten durch referierte Quellen
 (absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen und deren Tendenz, Mehrfachnennung)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Regierung (Union und SPD)	+0,84 (n=63)	+0,73 (n=82)	+0,16 (n=61)	+0,51 (n=107)	+0,56 (n=313)
Union	+0,28 (n=21)	-0,42 (n=26)	-1,00 (n=3)	-0,60 (n=28)	-0,32 (n=78)
SPD	-0,25 (n=16)	-0,34 (n=43)	-0,28 (n=21)	-0,20 (n=34)	-0,28 (n=114)
Regierung und Koalitionsparteien	+0,55 (n=100)	+0,22 (n=151)	+0,11 (n=85)	+0,18 (n=169)	+0,23 (n=505)
Alle Oppositionsparteien	-0,53 (n=63)	-1,13 (n=53)	-0,80 (n=30)	-1,05 (n=37)	-0,85 (n=183)
Sonstige deutsche Akteure	-1,29 (n=27)	-1,50 (n=14)	-0,76 (n=17)	-0,75 (n=54)	-0,98 (n=112)
Nicht-deutsche Akteure	+0,66 [n=3]	+0,87 [n=9]	- [n=0]	+1,00 (n=11)	+0,90 (n=23)

Die tendenziell positiven Bewertungen der Regierung (hier bestehend aus SPD und Union) wurden durch negative referierte Bewertungen in den Hintergrund gedrängt, übrigens auch von Stellungnahmen von SPD- und Unionsvertretern.

7.3.5 Zusammenfassung der Analyse-Ergebnisse zur Debatte um den Kongo-Einsatz

Die Debatte um den Einsatz deutscher Soldaten im Kongo ist durch die politische Konstellation besonders interessant: Kam es zu einem strukturellen Fall von Indexing, weil die klassische Auseinandersetzung zwischen Regierungslager einerseits und Opposition andererseits durch eine große Koalition „verwässert“ wurde? Die Hypothese, die von einem strukturellen Fall von Indexing ausgeht, konnte widerlegt werden, wenn auch schwach. Auch bei dieser Debatte könnte die Haltung der Bevölkerung zumindest eine Rolle dabei spielen, dass die Medien sowohl in ihren eigenen Bewertungen, als auch in den Bewertungen referierter Quellen entgegen der Regierungshaltung tendierten oder die Regierungshaltung zumindest ausglich.

Eine weitere Rolle spielen dabei offenbar die „sonstigen deutschen Akteure“, also zum großen Teil beispielsweise Vertreter des Intermediären Systems, die durch eine negative Haltung zum Einsatz deutscher Soldaten in der Berichterstattung zitiert werden. Es kam also weder zu einem Nachrichten-, noch zu einem Kommentierungs-Indexing im Fall der Debatte um einen Einsatz deutscher Soldaten.

7.4 Indexing in der Debatte um eine Gesundheitsreform

7.4.1 Rahmenbedingungen in der Debatte um eine Gesundheitsreform

Die Argumentationsanalyse zur Debatte um eine Gesundheitsreform wurde zwischen 3. Juli und 4. Oktober 2006 durchgeführt. Sie unterscheidet sich deshalb von den oben dargestellten Debatten, weil der Untersuchungszeitraum nicht durch eine Initiative der Regierung und der politischen Debatte einerseits und einer Entscheidung des Bundestages oder dem Eintreten des Kriegsfalles andererseits eingegrenzt wurde. Anders als die Debatte um einen Irak-Krieg, die durch den Kriegsbeginn einen Abschluss fand, oder die Debatten um die Steuerreform oder den Kongo-Einsatz, die in einem Votum des Bundestages mündeten, steht am Ende der Untersuchung zur Gesundheitsreform vielmehr das Eingeständnis der Regierung, ihre politischen Ziele nicht verwirklichen zu können oder vielmehr, keine Einigkeit zwischen den Koalitionären Union und SPD herstellen zu können. Dass eine quasi nicht abgeschlossene Debatte ausgewählt wurde, begründet sich mit der Schwierigkeit, eine Dissens-Dissens-Konstellation ausfindig zu machen, bei der sowohl die politische Elite uneins, als auch die Bevölkerung nicht dieselbe Haltung einnimmt wie die Regierung.

Der Hauptkonflikt bei der Debatte war ein von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) vorgelegter Reformvorschlag für das Gesundheitssystem in Deutschland bzw. die Zustimmung dazu im Bundestag. Die Regierung votierte für den Vorschlag, die Union stand hinter dem zwischen den beiden Koalitionspartnern SPD und Union ausgehandelten Eckpunkten einer Gesundheitsreform im Juli 2006. Doch während die Parteispitze der SPD sowie die SPD-Gesundheitsministerin diese Eckpunkte in Gesetzesform bringen und diesen Entwurf in den Bundestag einbringen wollten, äußerten sich zahlreiche Kritiker aus der SPD gegen die Eckpunkte.

Der Konflikt mündete schließlich im Oktober 2006 im Koalitionsausschuss in einer deutlichen Korrektur der Eckpunkte und schließlich in dem Gesetzentwurf, der schließlich im Februar 2007 von einer Mehrheit aus SPD und Union im Bundestag verabschiedet wurde. Den zunächst ausgehandelten Eckpunkten standen nicht nur Vertreter der SPD kritisch gegenüber, sie wurden von der gesamten Opposition – bestehend aus Grünen, FDP und Die Linke – abgelehnt.

Hinzu kam eine mehrheitlich ablehnende Haltung der Bevölkerung. Die innenpolitische Debatte um die Gesundheitsreform kann als „anomischer Dissens“ bezeichnet werden, da nicht die gängige Konstellation politischer Konfliktlinien – Regierung gegen Opposition – festzustellen war, sondern vielmehr der Dissens bis ins Regierungslager hinein reichte. Diese Konstellation unterscheidet sich also von der in der zweiten untersuchten innenpolitischen Debatte, dem Vorziehen der Steuerreform, die als Normalfall politischer Debatte betrachtet werden kann.

7.4.2 Datenbasis der Zeitungsanalyse in der Debatte um eine Gesundheitsreform

Insgesamt 729 Artikel flossen in die Untersuchung in der Debatte um eine Gesundheitsreform ein, die 2.831 Bewertungen und 969 Begründungen, also insgesamt 3.800 gewichtete Bewertungen aufwiesen. Journalistische Eigenbewertungen wurden in insgesamt 937 Fällen codiert. 2.863 Bewertungen referierten deutsche Quellen, davon 1.743 aus dem deutschen politischen System. Die Regierung stellte zum Zeitpunkt der Debatte um eine Gesundheitsreform die SPD und die Union – 705 gewichtete Bewertungen kamen von der Regierung, 538 aus der Union sowie 344 aus der SPD.

Tabelle G 1
Gesundheitsreform – Eckdaten 1
(absolute Anzahl)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Artikel	180	103	197	249	729
Bewertungen	886	361	733	851	2831
Begründungen	202	172	251	344	969
Bewertungen gewichtet	1088	533	984	1195	3800

Auffällig hoch war bei der Debatte die Zahl der gewichteten Bewertungen aus dem Intermediären System, was angesichts der Vielzahl an Pressemitteilungen, die bereits in der Voruntersuchung zur Erstellung des Codebuches recherchiert wurde, auch nicht weiter verwundert. Die gewichteten Bewertungen der Opposition spielten eine nur sehr untergeordnete Rolle in der Debatte und waren im Vergleich zu denen aus der Regierung bzw. dem Regierungslager marginal.

Tabelle G 2
Gesundheitsreform – Eckdaten 2
 (absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen)²⁹³

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Journalistische Eigenbewertungen	345	97	285	210	937
Referierte Bewertungen:					
Deutsche Quellen	743	436	699	985	2863
Deutsches politisches System	490	298	356	599	1743
Regierung (Union und SPD)	267	122	89	227	705
Union (Regierungskoalition)	124	124	112	178	538
SPD (Regierungskoalition)	59	34	127	124	344
Grüne (Opposition)	12	2	25	5	44
FDP (Opposition)	10	11	2	42	65
Opposition Sonstige	18	5	1	23	47
Intermediäres System	118	57	184	227	586
Bürger	55	45	52	53	205
Krankenkassen	77	19	76	41	213
Kassenärztliche Vereinigung	3	17	31	65	116
Gesamt	1088	533	984	1195	3800

7.4.3 Quellen- und Akteursanalyse zur Debatte um eine Gesundheitsreform

Bei der Analyse der Debatte im Hinblick auf die Indexing-Hypothese ist zunächst entscheidend, in welchem Verhältnis Regierung, Unions-Akteure und SPD-Akteure mit gewichteten Bewertungen zitiert wurden. Hier zeigt das Analyseergebnis Unterschiede zwischen den Zeitungen.

²⁹³ Basierend auf der Auswertung von Variable V18; bei den Fallstudien aus dem innenpolitischen Politikfeld, wie hier, werden nichtdeutsche Quellen nicht berücksichtigt.

Tabelle G 3
Gesundheitsreform – Quellenanalyse 1
(in Prozent)

	SZ n=450	FAZ n=280	FR n=328	Welt n=529	Gesamt n=1587
Regierung	59,3	43,6	27,1	43,0	44,4
Union	27,6	44,3	34,1	33,6	33,9
SPD	13,1	12,1	38,7	23,4	21,7
Gesamt	100	100	100	100	100

Insgesamt wurden Regierungsvertreter in 44,4 Prozent der Fälle, bezogen auf 1.597 Fälle aus der politischen Elite, mit gewichteten Bewertungen zitiert. In 33,9 Prozent der Fälle waren es Unionsvertreter und SPD-Vertreter wurden in 21,7 Prozent der Fälle zitiert. Eine erhebliche Abweichung dieses Ergebnisses gibt es bei der Frankfurter Rundschau, die traditionell SPD-nah ist und bei der auch SPD-Vertreter in der Debatte um Häufigsten (38,7 Prozent) zitiert werden. Kaum zitiert werden in der FAZ und in der SZ Vertreter der SPD, nämlich nur in 12,1 Prozent (FAZ) und 13,1 Prozent (SZ) der Fälle stammen die gewichteten Bewertungen von SPD-Vertretern.

Tabelle G 4
Gesundheitsreform – Quellenanalyse 2
(in Prozent)

	SZ n=450	FAZ n=280	FR n=328	Welt n=529	Gesamt n=1587
Regierung	59,3	43,6	27,1	43,0	44,4
Union und SPD	40,7	56,4	72,8	57,0	55,6
Gesamt	100	100	100	100	100

Neben dem in dieser Studie verwendeten Elitebegriff soll auch dargestellt werden, in welcher Relation zu Regierungs-, SPD- und Unionsvertretern gewichtete Bewertungen von Oppositionsvertretern in den Zeitungen codiert wurden. Ihre Zahl ist geradezu marginal und bestätigt, dass im Falle eines anomischen Nicht-Indexing-Falles (hier: Dissens in der großen Koalition) die Opposition in der Berichterstattung kaum eine Rolle spielt.

Tabelle G 5
Gesundheitsreform – Quellenanalyse 3
(in Prozent)

	SZ n=490	FAZ n=298	FR n=356	Welt n=599	Gesamt n=1743
Regierung	54,5	40,9	25,0	37,9	40,4
Union und SPD (= Koalitionsparteien)	37,3	53,0	67,2	50,4	50,6
Sonstige Parteien (= Oppositionsparteien)	8,1	6,1	7,9	11,6	8,9
Gesamt	100	100	100	100	100

Insgesamt stammten die Hälfte aller von deutschen Politikern referierten gewichteten Bewertungen von Vertretern der beiden Koalitionsparteien und damit von der politischen Elite, wie sie in dieser Studie definiert wurde. Vertreter von Oppositionsparteien (hier also von Grünen, FDP und Die Linke) wurden nur in 8,9 Prozent der Fälle referiert, betrachtet man nur die Zitate deutscher Politiker.

Auffällig im Verhältnis zwischen referierten Bewertungen von Regierungsvertretern im Vergleich zu Vertretern der beiden großen Volksparteien waren die Unterschiede zwischenden Zeitungen. Während die Frankfurter Rundschau diese in 67,2 Prozent aller Fälle zitierte und nur in 25 Prozent der Fälle Regierungsvertreter, waren es in der Süddeutschen Zeitung 54,5 Prozent Regierungsvertreter und in 37,3 Prozent der Fälle gewichtete Bewertungen von Koalitionsakteuren. Offenbar spielte bei der Debatte eine große Rolle, dass die Regierung diese in der Medienberichterstattung keineswegs dominierte, sondern vielmehr die Parteienvertreter (Ausnahme SZ):

Tabelle G 6
Gesundheitsreform – Quellenanalyse 4
(in Prozent)

	SZ n=490	FAZ n=298	FR n=356	Welt n=599	Gesamt n=1743
Regierung	54,5	40,9	25,0	37,9	40,4
Parteien	45,5	59,1	75,0	62,1	59,6
Gesamt	100	100	100	100	100

Insbesondere bei der Gesundheitsreform spielten offenbar sonstige deutsche Akteure eine große Rolle, die außerhalb des politischen Systems stehen und häufiger als Regierung und Parteienvertreter zitiert wurden (auch hier war ist die SZ die Ausnahme).

Tabelle G 7
Gesundheitsreform – Quellenanalyse 5
(in Prozent)

	SZ n=743	FAZ n=436	FR n=699	Welt n=985	Gesamt n=2863
Regierung	35,9	28,0	12,7	23,0	24,6
Parteien	29,9	40,3	38,2	37,8	36,2
Sonstige deutsche Akteure	34,1	31,7	49,0	39,2	39,2
Gesamt	100	100	100	100	100

Insgesamt stammten 24,6 Prozent aller gewichteten Bewertungen von Regierungsvertretern, 36,2 Prozent von Parteienvertretern und 39,2 Prozent von sonstigen deutschen Akteuren (n = 2.863). Bei der Debatte um eine Gesundheitsreform kann also angesichts der Ergebnisse der Fallstudie nicht davon ausgegangen werden, dass es einen Konsens bzw. eine Synchronisation zwischen der Regierung und den Zeitungen gab. Vielmehr beherrschten Parteienakteure im Vergleich zur Regierung die Debatte und vor allem sonstige deutsche Akteure, etwa aus dem intermediären System, wurden deutlich häufiger mit gewichteten Bewertungen zitiert als Vertreter der Regierung.

7.4.4 Tendenzanalyse zur Debatte um eine Gesundheitsreform

7.4.4.1 Zentrale Konflikte und Tendenzen in der Debatte um eine Gesundheitsreform

Auch in der Debatte um die Gesundheitsreform war die Umsetzung des Vorhabens selbst, wie bei der Steuerreform, aber auch bei den beiden außenpolitischen Debatten, der Hauptkonflikt, der am häufigsten bewertet wurde. Allerdings prägten auch einzelne Vorhaben, die in dem Reformvorschlag beinhaltet waren, die Debatte. 1.028 von insgesamt 3.800 gewichteten Bewertungen entfielen auf die Gesundheitsreform. Weitere Bewertungsobjekte waren der Gesundheitsfonds (618 gewichtete Bewertungen), bei dem es um die zukünftige Finanzierung der Krankenkassen ging, sowie die Eckpunkte der Koalition, die die wichtigsten Rahmenbedingungen der Reform durch die beiden Koalitionäre SPD und Union festlegten.

Tabelle G 8
Gesundheitsreform – Bewertungsobjekte
 (absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Gesundheitsreform	278	176	226	348	1028
Gesundheitsfond	198	103	168	149	618
Eckpunkte der Koalition	34	41	57	84	216
Gesundheitskompromiss	61	30	41	38	170
Veränderung der Privaten					
Krankenversicherung	38	9	57	46	150
Ein-Prozent-Klausel	69	0	10	68	147
Sonstige Bewertungsobjekte	410	174	425	462	1471
Gesamt	1088	533	984	1195	3800

Auch bei dieser Debatte, wie bei den drei zuvor beschriebenen, ist die Reihenfolge der Häufigkeit genannter Bewertungen bezogen auf die Bewertungsobjekte gleich und unterscheidet sich nicht zwischen den Zeitungen.

7.4.4.2 Bewertungsakteure und Tendenzen in Eigen- und Fremdbewertungen um eine Gesundheitsreform

Die Tendenzanalyse der wichtigsten Bewertungsobjekte in den vier Zeitungen wies eine eindeutige Richtung auf: Die Mittelwerte zum wichtigsten Bewertungsobjekt Gesundheitsreform waren stark negativ mit einem Mittelwert von -1,42 in der gesamten Berichterstattung. Keine Zeitung wich hier ab: Am schwächsten negativ wurde in der Frankfurter Rundschau bewertet (-1,17), am deutlichsten in der Welt (-1,55).

Tabelle G 9
Gesundheitsreform – Richtung der Bewertung - Mittelwerte
(-2 = Kritik, +2=Zustimmung)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Gesundheitsreform	-1,52 (n=278)	-1,31 (n=176)	-1,19 (n=226)	-1,55 (n=348)	-1,42 (n=1028)
Gesundheitsfond	-1,53 (n=198)	-1,19 (n=103)	-1,69 (n=168)	-1,06 (n=149)	-1,40 (n=618)
Eckpunkte der Koalition	-0,73 (n=34)	-0,58 (n=41)	-0,45 (n=57)	-0,29 (n=84)	-0,46 (n=216)
Gesundheitskompromiss	-0,55 (n=61)	-0,53 (n=30)	-1,70 (n=41)	-0,57 (n=38)	-0,83 (n=170)
Veränderung der Privaten	-1,13 (n=38)	-0,44 (n=9)	-1,22 (n=57)	-1,04 (n=46)	-1,10 (n=150)
Krankenversicherung	-0,50 (n=69)	- (n=0)	-1,20 (n=10)	-0,88 (n=68)	-0,72 (n=147)

Auch die weiteren Bewertungsobjekte, die im Prinzip Aspekte der Gesundheitsreform darstellen, wiesen eine gleiche negative Tendenz auf: So wurde der Gesundheitsfonds mit einem Mittelwert von -1,40 deutlich abgelehnt, auch hier tendierten alle vier Zeitungen in die gleiche Richtung und es kann von einer Synchronisation zwischen den Zeitungen – entgegen der Regierungshaltung – gesprochen werden.

Noch deutlicher als die referierten Quellen tendierten die journalistischen Eigenbewertungen entgegen der Regierungshaltung und durchweg negativ gegenüber der Gesundheitsreform. Sie wurde durchweg abgelehnt.

Tabelle G 10
Gesundheitsreform – Bewertung der Gesundheitsreform durch Journalisten und Nicht-Journalisten
(absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen und deren Tendenz)

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Journalistische Eigenbewertungen	-1,68 (n=100)	-2,0 (n=29)	-1,81 (n=64)	-1,84 (n=77)	-1,79 (n=270)
Referierte Quellen	-1,43 (n=178)	-1,18 (n=147)	-0,95 (n=162)	-1,47 (n=271)	-1,29 (n=758)
Gesamt	-1,52 (n=278)	-1,31 (n=176)	-1,19 (n=226)	-1,55 (n=348)	-1,42 (n=1028)

Die deutlich negative Haltung gegenüber der Gesundheitsreform prägte die Debatte auch im Regierungslager. Während die Regierung selbst nahe dem statistischen Nullpunkt der Skala mit einem Wert von insgesamt 0,21 zitiert wurde, wurden Unionsvertreter mit einem Mittelwert von -1,64 sehr deutlich negativ zitiert. Ähnliches gilt für SPD-Vertreter (-1,04). Fasst man beide Akteursgruppen, also SPD- und Unions-Politiker zusammen, so ergab sich ein Mittelwert von -1,44, der also sehr deutlich im negativen Bereich liegt.

Tabelle G 11
Gesundheitsreform – Bewertung der Gesundheitsreform durch referierte Quellen
 (absolute Anzahl der gewichteten Bewertungen und deren Tendenz, Mehrfachnennung)¹

	SZ	FAZ	FR	Welt	Gesamt
Regierung (Union und SPD)	-0,57 (n=56)	+0,26 (n=41)	+1,53 (n=26)	+0,41 (n=41)	+0,21 (n=164)
Union	-1,65 (n=26)	-1,97 (n=37)	-1,00 (n=24)	-1,72 (n=33)	-1,64 (n=120)
SPD	-1,20 (n=5)	-1,00 (n=7)	-1,40 (n=27)	-0,59 (n=22)	-1,04 (n=61)
Union und SPD	-1,58 (n=31)	-1,81 (n=44)	-1,21 (n=51)	-1,27 (n=55)	-1,44 (n=181)
Regierung und Koalitionsparteien	-0,93 (n=87)	-0,81 (n=85)	-0,28 (n=77)	-0,55 (n=96)	-0,65 (n=345)
Alle Oppositionsparteien	-2,0 (n=11)	-2,0 (n=10)	-2,0 (n=16)	-2,0 (n=17)	-2,0 (n=54)
Sonstige deutsche Akteure	-1,90 (n=80)	-1,63 (n=52)	-1,46 (n=69)	-1,97 (n=158)	-1,81 (n=359)

Die Opposition wurde ausschließlich mit ablehnenden Zitaten genannt: Bei einer relativ Fallzahl von 54 gewichteten Bewertungen wurde ausschließlich negativ bewertet.

7.4.5 Zusammenfassung der Analyse-Ergebnisse zur Debatte um eine Gesundheitsreform

Bei der Debatte um eine Gesundheitsreform kam es in der ersten Phase nicht zu Indexing. Dies bestätigt die hier aufgestellte Hypothese. Die ablehnende Haltung aus dem Regierungslager selbst spiegelte sich eindeutig in der Berichterstattung wider. Dabei fielen die Bewertungen der Kommentierung noch negativer aus als die Bewertungen in der Nachrichtengebung. Im konkreten Fall ist dies insbesondere auch deswegen interessant, weil die Kritik an der Gesundheitsreform in der ersten Phase zu einer Überarbeitung der Reform führte und damit sowohl die Kritik aus der Politik, aber auch die ablehnende Bevölkerungshaltung Berücksichtigung fand.

7.5 Die Ergebnisse der vier untersuchten Debatten im Vergleich

Die vier hier durchgeführten Argumentationsanalysen kamen, ausgehend von unterschiedlichen politischen Konstellationen, erwartungsgemäß zu unterschiedlichen Ergebnissen. Diese Ergebnisse sollen im Folgenden nochmals im Hinblick auf die Indexing-Hypothese bzw. die daraus abgeleiteten überprüften Hypothesen zusammengefasst dargestellt werden.

Tabelle E1
Ergebnisse der vier Untersuchungen im
Hinblick auf die Hypothesen und Indexing

Debatte	Konstellation Regierung/ pol.Elite	Bevölkerung Pro / Contra Regierung	Annahmen zu Indexing	Hypothese bestätigt?
Irak-Krieg	Konsens	Konsens	Ja	Ja
Steuerreform	Dissens	Konsens	Nein	Nein
Einsatz im Kongo	Konsens	Dissens	Ja	Nein
Gesundheitsreform	Dissens	Dissens	Nein	Ja

Bei der Debatte um einen Krieg im Irak setzte sich die Regierung mit ihrer Haltung durch. Sowohl bei der Akteurs-, als auch bei der Tendenz-Analyse wurden die Annahmen der Indexing-Hypothese bestätigt. Die fehlende Gegenposition der Opposition zur Regierungshaltung führte nicht dazu, dass die hier untersuchten Zeitungen von sich aus Gegenpositionen einnahmen. Sie spiegelten den Konsens in der politischen Elite wider. Dabei kam es sowohl zu Nachrichten-, als auch zu Kommentierungs-Indexing.

Bei der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform waren wir davon ausgegangen, dass Indexing nicht eintritt, da es sich um eine normale politische Fallkonstellation handelt: Die Regierung nahm eine Position ein, die von der Opposition abgelehnt wurde. Zunächst bestätigte sich diese Annahme auch in der Akteursanalyse: Unionsvertreter werden häufiger zitiert als Regierungs- und Koalitionsvertreter. Doch die Tendenzanalyse zeigte, dass in der Nachrichtengebung eine positive Tendenz in allen vier Zeitungen festgestellt werden konnte. Bei der Kommentierung tendiert nur die Süddeutsche Zeitung in die negative Richtung gegen das Vorziehen der Steuerreform.

Dieses Ergebnis ist überraschend, deutet aber darauf hin, dass eine positive Haltung der Bevölkerung bezüglich einer Regierungsinitiative gerade in Fällen der normalen politischen Auseinandersetzung eine Rolle spielen könnte. Waren wir davon ausgegangen, dass es in diesem konkreten Fall nicht zu Indexing kam, zeigten die Ergebnisse zumindest bezüglich der Tendenz eine Abweichung von der zu erwartenden Richtung gegen das Regierungsprojekt. Es kann also davon gesprochen werden, dass die Mechanismen des Indexing in dem konkreten Fall tatsächlich festzustellen sind: Die Zeitungen tendieren, wenn auch schwach, in Richtung der Regierungshaltung – und dies, obwohl die Akteursanalyse gezeigt hat, dass sich Unions- und damit Oppositionsvertreter durchsetzten. Scheinbar wurden jene Vertreter der Union und der Oppositionsparteien bevorzugt zitiert, die das Regierungsvorhaben tendenziell positiver bewerteten.

Ganz anders ist das Ergebnis in Bezug auf einen Einsatz deutscher Soldaten im Kongo zu werten. Auch diese Debatte entspricht der klassischen politischen Fallkonstellation, wonach die Regierung für eine Entscheidung, die Opposition gegen diese votiert. Doch hier waren wir davon ausgegangen, dass es zu einem strukturellen Indexing kam, weil die zu diesem Zeitpunkt relativ neue Konstellation einer großen Koalition das geschrumpfte Oppositionslager medial schwächen hätte können. Interessanterweise ist dies nur eingeschränkt der Fall gewesen. Zwar nimmt das Gewicht der kleinen Parteien gegenüber den Volksparteien zu, die nun alleine ohne eine Volkspartei die Opposition stellen. Insgesamt fanden sich mehr Parteien- als Regierungsstimmen in den Medien. Allein die positiven Stellungnahmen der Regierung reichen nicht aus, um negative Stellungnahmen der Opposition und insbesondere der „sonstigen deutschen Akteure“ außerhalb des Politikbereiches in den Hintergrund zu rücken.

Gerade in der Konstellation, in der man Indexing aufgrund der Schwäche der Opposition hätte annehmen können, weil das normale Spannungsverhältnis zwischen Opposition und Regierung durch relativ neue politische Gewichte verschoben hätte sein können, funktionieren die Medien als Verstärker für die Gegenposition zur Regierungshaltung. Auch hier ist wieder interessant, dass die Haltung der Bevölkerung diese Tendenz gegen die Regierungshaltung teilt und ebenfalls mehrheitlich gegen einen Einsatz im Kongo tendiert.

Die Debatte um eine Gesundheitsreform ist vor allem bezogen auf die politischen Rahmenbedingungen sehr interessant. Dass die Mechanismen der Indexing-Hypothese nicht zum Tragen kommen, fanden wir bestätigt. Zusammen mit der Kritik aus dem Regierungslager selbst, aus der Opposition und nicht zuletzt durch Akteure des intermediären Systems ist diese Debatte geradezu beispielhaft dafür, wie die Journalisten die Gegenpositionen zu einem Regierungsvorschlag selbst äußern, aber auch über referierte Quellen transportieren. Zudem ist interessant, dass auch die Bevölkerungshaltung mehrheitlich gegen die Reform in dieser Phase war. Wie in keiner anderen Debatte lagen die Ergebnisse sowohl der Akteursanalyse, als auch der Tendenzanalyse eindeutig entgegen der Haltung der Regierung.

Die negative Tendenz gegen eine Gesundheitsreform war gleichsam zwischen allen vier untersuchten Zeitungen sowie zwischen Kommentierung und Nachrichtengebung festzustellen. Fraglich ist, wie häufig eine solche Konstellation tatsächlich im politischen Betrieb vorkommt: Selten dürfte das Regierungslager tatsächlich derart gespalten sein. Dementsprechend eindeutig aber fielen die Ergebnisse der Untersuchung bezüglich der Gesundheitsreform aus.

Verlässt man das oben skizzierte Schema der Analyse und betrachtet die Dimension von innen- bzw. außenpolitischer Debatte, fällt auf, dass sich die Debatte um einen Irak-Krieg von der um einen Einsatz im Kongo ebenso unterscheidet wie die beiden innenpolitischen Fallbeispiele. Es scheint also, anders als dies oftmals in der einschlägigen Indexing-Forschung angenommen wird, tatsächlich keine Rolle zu spielen, ob eine Debatte nun Kriege thematisiert oder Gesetzesvorhaben und Reformen. Einschränkend muss man allerdings die Grenzen dieser Studie anführen: So wurde beispielsweise kein klassischer Indexing-Fall innenpolitisch betrachtet, bei dem sowohl Regierung bzw. politische Elite als auch Opposition durch einen Konsens die Debatte wie beim Irak-Krieg beeinträchtigen könnten.

Es spricht aber klar dafür, dass Indexing unabhängig von innen- oder außenpolitischer Dimension einer Debatte zum Tragen kommen könnte, da im Umkehrschluss ein außenpolitisches Beispiel in einer Frage um Krieg und Frieden gefunden wurde, in dem Indexing klar nicht wirkte – sowie eine innenpolitische Debatte, in der wir eigentlich davon ausgegangen waren, dass es nicht zu Indexing kommt.

Entgegen der formulierten Hypothese, dass es bei der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform nicht zu Indexing kommt, wurde diese widerlegt, wenn auch eingeschränkt. Zwar tendierte die Berichterstattung nur schwach in die positive Richtung der Skala, dennoch tendiert sie in eine völlig andere Richtung als bei der Debatte um eine Gesundheitsreform. Vielleicht ist dies zum einen mit der Haltung der Bevölkerung zu erklären oder mit der Tatsache, dass der Gesundheitssektor wohl eines der ausgeprägtesten intermediären Systeme aufweist.

Gegen diese Annahme spricht indes, dass bei der Steuerpolitik letztlich die Wirtschaft betroffen ist – also auch ein gesellschaftlich sicherlich starkes nichtpolitisches System. Hier wäre davon auszugehen gewesen, dass bei der Steuerdebatte die Wirtschaft ganz massiv auf Seiten der Steuererleichterungs-Forderungen der Bundesregierung bewertet wurde, während im Falle der Gesundheitsreform das intermediäre System – Krankenkassenverbände, Pharmalobby und so weiter – ganz massiv gegen die Regierung argumentierte. Womöglich spielt das intermediäre System bei innenpolitischen Debatten nur dort eine wichtigere Rolle in der Berichterstattung, wenn Kritik aufkommt und diese durch Äußerungen von Nicht-Politikern unterlegt wird. Womöglich zitieren Journalisten nichtpolitische Vertreter in ihren Texten nur dann, wenn sie in einem ohnehin kritischen Umfeld für Regierungshandlung ebenfalls Kritik üben und diese untermauern. Dagegen spricht indes ihre geringe Fallzahl im Kongo-Konflikt.

Ein sehr interessantes Ergebnis indes ist die mögliche Verstärkung von Tendenzen der Bevölkerungshaltung zu einem politischen Konfliktthema.

Hier stellt sich natürlich die berühmte Henne- und Ei-Frage: Ist die Haltung der Bevölkerung Auswirkung der Berichterstattung auf die Befragten? Handelt es sich letztlich also um einen Effekt, den man in der Medienwirkungsforschung verorten und weiter untersuchen könnte? Einziges Gegenargument liefert in unserer Studie letztlich nur die Debatte um einen Einsatz im Kongo. Sie ist in der Berichterstattung zumindest neutral ausdebattiert worden, was die Tendenz der Berichterstattung anbelangt. Die Haltung der Bevölkerung indes war ablehnend. Aber steht die deutsche Bevölkerung Kriegen und Einsätzen der Bundeswehr nicht grundsätzlich überwiegend ablehnend gegenüber?

Im Irak-Krieg war das definitiv der Fall und auch hier stellt sich die Frage, ob nicht der Konsens in der politischen Elite und der Regierung sowie der ablehnenden Medienberichterstattung ein solches Meinungsbild in der Bevölkerung erst hervorriefen – oder ob es ohnehin schwierig ist, das eine ohne das andere zu betrachten. Grundlegend ablehnend sind die Deutschen zu Kriegseinsätzen allerdings nicht: So befürwortete eine Mehrheit der Bevölkerung eine militärische Intervention im Kosovo ebenso wie eine Intervention in Afghanistan – übrigens ebenfalls zwei Kriegs-Debatten, bei denen die Indexing-Hypothese gut belegt werden konnte²⁹⁴.

8. Zusammenfassung und Diskussion der Untersuchungsergebnisse

8.1 Schlussfolgerungen der Ergebnisse für die Indexing-Forschung und methodische Grenzen der Studie

Der deterministische Ansatz der Indexing-Hypothese ist angesichts der vorliegenden Studie nicht mehr länger zu halten. Allein die Position der Regierung zu einer Entscheidung kann nicht erklären, in welche Richtung eine über Medien ausgetragene Debatte tendiert. Vielmehr könnte es sich um einen gesellschaftlichen Konsens oder Dissens handeln, der auch außerhalb des politischen Systems zu verorten ist, ob sich die Regierung mit ihrer Haltung in den Zeitungen durchsetzen kann – eine Vorstellung, die im Grunde der des eingangs erwähnten „Manufacturing Consent“ entspricht, wonach die Medien als Konsens-Maschinen fungieren.

Das kann aber keinesfalls die Schlussfolgerung aus den Ergebnissen dieser Studie sein, denn die Ergebnisse lassen Zweifel darüber aufkommen, was zuerst da war: Ein Konsens, der von den Medien in einer bestimmten Frage hergestellt wurde, oder ob der politische Streit nicht über die Medien ausgetragen wird, um schließlich am Ende in einen Konsens zu münden. Die Zeitungen, die hier untersucht wurden, könnte man dann also vielmehr als eine Arena verstehen, in der zunächst klargestellt wird, ob es einen gesellschaftlichen Konsens gibt und wenn nicht, dann wird mittels der Medien so lange „gestritten“, also argumentiert und gegenargumentiert, bis am Ende ein Konsens gefunden ist.

²⁹⁴ Vgl. Kapitel 3.2.2 und 3.2.3.

Ein Beispiel einer solchen Debatte ist ohne Zweifel die Gesundheitsreform, auch wenn in dieser Studie lediglich die erste Phase der Debatte untersucht wurde: Der Streit innerhalb der politischen Elite wurde in den Medien deutlich, der gesellschaftliche Dissens drückte sich in den Ergebnissen der Argumentationsanalyse aus. Es ist anzunehmen, dass die Debatte deutlich weniger kontrovers weiter geführt wurde, bis sie in einem Bundestagsbeschluss zur Verabschiedung der Gesundheitsreform mündete.

Generell lassen sich für die Zukunft der Indexing-Forschung verschiedene Schlüsse ziehen. Was sich bereits in der einschlägigen Literatur zur Indexing-Hypothese aus den USA abzeichnete – eine Modifikation der Hypothese in ihrer zeitlichen Dimension, aber auch hinsichtlich der Merkmale des politischen Prozesses, auf die sie sich bezieht – sollte in einem noch viel radikalerem Maße erfolgen. Fraglich dabei ist, was von der Indexing-Hypothese am Ende übrig bleiben wird.

Statt deterministische Hypothesen anzunehmen und eine Vielzahl von Ausnahmen einzubeziehen, die letztlich den theoretischen Rahmen bis zur Unkenntlichkeit verzerren, sollten die empirisch gut belegten Teile der Hypothese zu einem neuen Ansatz verschmolzen werden.

Offenbar, das kann aus den Ergebnissen der Untersuchung aller vier Debatten geschlossen werden, ist der gesellschaftliche Konsens zwischen Regierenden und Regierten ein ausschlaggebender Faktor dafür, in welche Richtung eine Debatte tendiert. Die Perspektive des gesellschaftlichen Konsenses sollte zu einer Weiterentwicklung der Indexing-Hypothese oder gar einer Neufassung der Annahmen beitragen. Die Haltung von Regierung bzw. insgesamt der politischen Elite zum einen und der Bevölkerung zum anderen kann eine Leitlinie zur Erarbeitung eines neuen Ansatzes sein, der Politik-Legitimierung über Medien zu erklären und zu deuten versucht.

Gerade im Hinblick auf große Koalitionen scheint interessant, ob die hier festgestellte Quasi-Opposition der Zeitungen im Kongo-Konflikt und bei der Gesundheitsreform ein Merkmal solcher politischer Konstellationen ist. Das würde bedeuten, dass in Zeiten, in denen die gesamte politische Elite, so wie sie hier definiert ist, an der Regierung beteiligt ist, Medien ihrer Aufgabe als Gegengewicht und Kritiker von Regierungshandeln gerecht wird, Zeiten kleiner Koalitionen aber diese Aufgabe eher gefährden als befördern.

8.2 Schlussfolgerungen für das Verhältnis zwischen Journalismus und Politik

Journalismus im 21. Jahrhundert muss auch die Aufgabe einer Orientierung in einer stetig komplexer werdenden Welt erfüllen. Das immer wieder durch Umfragen belegte Misstrauen einer Mehrheit gegenüber wichtigen gesellschaftlichen Verantwortungsträgern – Politikern, Wirtschaftsvertretern, aber auch gegenüber Medien und Journalisten – ist ein deutliches Zeichen für den Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Demokratie und in ihre Einrichtungen und Institutionen, zu denen auch die Medien eindeutig zählen. Zugleich sind Medienunternehmen auch wirtschaftlich zunehmend unter Druck geraten und reagieren häufig mit geringeren redaktionellen Kapazitäten. Journalismus als Orientierungshilfe in einer modernen Demokratie muss aber gerade Alternativen aufzeigen, statt den Konsens oder Dissens in der Politik lediglich widerzuspiegeln. Politische Entscheidungen kritisch zu hinterfragen darf und kann nicht nur Aufgabe der Opposition im Parlament sein, zumal auch diese auf die Darstellung ihres Handelns in den Medien angewiesen ist.

Auffällig an den hier vorgelegten Daten ist im Zusammenhang mit der Bewertung des Journalismus insgesamt, dass in Debatten, die sich mit der Frage von Krieg und Frieden befassen, Vertreter des Intermediären Systems kaum eine Rolle spielten. Lediglich in der Debatte um die Gesundheitsreform ist von einer vergleichsweise sehr hohen Zahl an Akteuren aus diesem Spektrum zu sprechen. Doch gerade der Gesundheitssektor gilt als stark von Lobbys geprägt. Hier kann also keine Rede davon sein, dass die Interessen der Bevölkerung durch Vertreter des Intermediären Systems in das Mediensystem getragen werden. Gerade im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg, aber auch einem Einsatz deutscher Soldaten im Kongo wäre zu erwarten gewesen, dass sich klassische NGOs wie amnesty international, aber auch die Kirchen in einem viel stärkeren Maße in den Diskurs einbringen können. Die Journalisten scheinen, gemäß der Indexing-Hypothese, analog zu der Macht eines Akteurs entsprechend zu zitieren.

Auch dies ist eine bedenkliche Erkenntnis angesichts einer sich wandelnden Gesellschaft, die auch von Vertrauensverlusten in die bestehenden Institutionen geprägt ist.

Andererseits konnte angesichts der Ergebnisse dieser Studie auch ein Zusammenhang zwischen der Bevölkerungshaltung zu einer politischen Alternative und der Berichterstattung in den untersuchten Printmedien festgestellt werden. Abgesehen von der relativ niedrigen Zahl an Vertretern des Intermediären Systems und auch der niedrigen Zahl des „Normalbürgers“, der erwartungsgemäß lediglich auf den Leserbrief-Seiten Stellung zu den politischen Alternativen beziehen kann, hat die Haltung der Bevölkerung offenbar durchaus Auswirkungen auf eine über die Medien ausgetragene Gesamtdebatte.

Die vereinfachte Vorstellung, dass Politiker sozusagen die Richtung der Debatte vorgeben, Journalisten den Konsens oder Dissens nur widerspiegeln und die Haltung der Bevölkerung keinerlei Auswirkungen hat, kann hier keinesfalls geteilt werden. Natürlich handelt es sich um eine Frage der Medienwirkung, ob die Haltung der Bevölkerung auch durch die Berichterstattung beeinflusst wurde. Und nicht zuletzt könnte sich die Haltung der Bevölkerung auch auf politische Akteure ausgewirkt haben – die Debatte um die Gesundheitsreform, die geprägt ist von Kritik, könnte hier als exemplarisch bezeichnet werden.

Nach wie vor sind es Politiker, die in den Medien-Debatten dominieren. Dieses Ergebnis der vorliegenden Studie scheint auf den ersten Blick banal. Doch sich verändernde gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die angebliche Mediatisierung der Politik und eine zunehmende Einflussnahme von Medien auf politische Entscheidungen, wie sie von Politikern häufig beklagt wird, scheinen sich angesichts der vorliegenden Ergebnisse zumindest bislang nicht wirklich darauf ausgewirkt zu haben, dass Politiker in ihrer Deutungs-Hoheit Konkurrenz befürchten müssen. Wie bereits oben erwähnt: NGOs und andere Institutionen des Intermediären Systems scheinen zumindest in drei von vier untersuchten Debatten eher eine Rolle am Rande in der Medienberichterstattung zu spielen.

Allerdings zeigt die untersuchte Debatte in der ersten Phase der Gesundheitsreform, dass dies nicht für alle Politik-Felder gilt: Die ungewöhnlich hohe Zahl an Argumenten aus dem Intermediären System war bei einer Untersuchung, die eine Debatte über eine Reform des Gesundheitssystems analysiert, fast schon zu erwarten. Ungewöhnlich ist angesichts der vorliegenden Ergebnisse bezüglich der Debatte um die Gesundheitsreform

die Sichtbarkeit des Lobbyismus in den Printmedien. Auffällig angesichts der Ergebnisse ist dennoch, dass es offenbar lediglich im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform zu einem massiven Auftreten von Akteuren aus dem Intermediären System über die Print-Berichterstattung kam. Für den Irak-Krieg kann man argumentieren, dass Lobbying – zumindest, was NGOs, Verbände, Kirchen und Gewerkschaften anbelangte –, nicht mehr nötig war, da es offenbar zu einem breiten Konsens kam. Anders sieht dies sicherlich im Zusammenhang mit dem Kongo-Einsatz aus.

Was sehr verwundert ist, dass Humanitäre Organisationen kaum Gelegenheit zur Stellungnahme in der Debatte um einen Einsatz im Kongo in den Medien erhalten haben, obwohl sie sich, wie oben in der Auswertung von Pressemitteilungen im Zusammenhang mit dem Einsatz im Kongo deutlich wurde, durchaus zu Wort gemeldet hatten.

Wer dieses Fehlen von Stimmen aus dem Intermediären System in der Print-Berichterstattung auf den fehlenden Einfluss – sei es auf die Gesellschaft, oder auf politische Entscheidungsträger – zurückführen will, gerät angesichts der Ergebnisse der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform in Erklärungsnot. Denn niemand wird Wirtschaftsverbänden wie etwa dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag einerseits, andererseits den Gewerkschaften sowohl das eine wie das andere absprechen.

Deren Einflussnahme auf die Politik scheint sich auch hier eher im vormedialen Raum abgespielt zu haben. Vieles deutet darauf hin, dass ein gesamtgesellschaftlicher Dissens, innerhalb der politischen Elite und zwischen Elite und Bevölkerung wie er im Zusammenhang mit der Gesundheitsreform beschrieben wurde, Schleusen öffnet für Kritik aus den Reihen der politischen Elite, Journalisten zur Darlegung und Bewertung von Alternativen bewegt und zudem Vertreter des Intermediären Systems motiviert, sich direkt in die Medien-Debatte einzubringen, statt Formen des Lobbyismus im parlamentarischen Hinterzimmer oder im Ministerium zu betreiben.

Medien sind offenbar durchaus „Konsens-Fabriken“, in deren Kohleöfen die Haltung von politischen Eliten und der Bevölkerung zu einem solchen Konsens verarbeitet werden.

Sie verhandeln zwischen den unterschiedlichen Lagern und werden so zu *Waagschalen der Gesellschaft*. Politik kann nicht mehr im luftleeren Raum handeln und allein den vermeintlichen Notwendigkeiten oder dem eigenen Wähler-Klientel geschuldete Entscheidungen treffen. Eine Mehrheit der Gesellschaft muss immer wieder aufs Neue überzeugt werden.

Die Konsens-Fabrik als Raum für Debatten, also etwa Zeitungen als Austragungsort von politischer Entscheidungsfindung, könnte nicht nur die eigene Existenz in Zeiten der Erosion von Vertrauen und Käufern dienen, sondern auch das Postulat des neutralen Journalismus neu fassen: Nicht das Zitieren der politischen Entscheidungsträger allein stünde dann im Mittelpunkt, sondern die Debatte und alle ihre möglichen Alternativen für politische Entscheidungen insgesamt. Journalisten sollten nicht zu einem Teil der politischen Elite werden, sondern ihre Aufgabe zusehends in der Vermittlung zwischen den verschiedenen Gesellschaftsteilen sehen – und überdies alternative Deutungen anbieten, wenn diese in der öffentlichen Arena fehlen.

In Zeiten des Kurz- und Kürzer-Journalismus zeigen die Vorzeichen jedoch genau in die entgegen gesetzte Richtung. Aktiver, recherchierender Journalismus – zumindest in den Tageszeitungen, jenseits der wohl nach wie vor investigativ arbeitenden Magazine – wird zur Ausnahme, Journalismus geschieht vorwiegend in den Agenturen, deren Meldungen unter enormem Zeitdruck verfasst werden. Zum Verfassen einer Nachricht reichen zunehmend Zitate der Regierenden, um Überschriften wie „Merkel: Gesundheitsfonds ist nötig“ zu generieren.

Allerdings, auch das wurde angesichts der Ergebnisse deutlich, gibt es auch einen Konsens jenseits dessen, was die Bevölkerung als richtig erachtet – siehe den Kongo-Konflikt. Die Gefahr, dass sich politische Eliten von dem absetzen, was eine Mehrheit in diesem Land für richtig erachtet, besteht bei jeder politischen Debatte aufs Neue.

Das mag angesichts dessen, dass Mehrheiten nicht immer recht haben müssen, auch gut so sein – kritisch betrachtet sollte die Kluft zwischen Regierten und Regierenden indes nicht zu groß werden, denn Demokratie benötigt Legitimation durch Zustimmung.

Die Medien spielen hier nach wie vor eine wichtige Rolle, sollten sich diese jedoch einseitig auf die Seite der politischen Elite schlagen, droht auch ihnen ein Vertrauensverlust, der sich auch wirtschaftlich niederschlagen kann. Das Internet kann hier Schleusen öffnen für Bewegungen, die ignoriert wurden von einer Allianz aus Medien und politischer Elite – Stuttgart 21 ist ein aktuelles Beispiel einer solchen Bewegung, die sich früher oder später auch ohne etablierte Medien Bahn gebrochen hat. Möglicherweise bieten die neuen sozialen Medien und ihre Möglichkeiten, sich an Debatten zu beteiligen, ohne Teil des Mediensystems zu sein, neue Perspektiven für die Medienmacher, Bevölkerungsmeinung zu bündeln und als Transporteur alternative Haltungen zu kommunizieren. Dabei gibt es auch Gefahren, etwa die des Populismus – zu beobachten etwa bei Debatten um Strafen für Kapitalverbrechen, die gerade in sozialen Netzwerken die Forderung nach der Todesstraße schnell laut werden lassen. Zumal die Kluft zwischen jenen Intensiv-Nutzern von sozialen Netzwerken und Verweigerern tief ist. Doch letztlich bietet die Beteiligung der Bevölkerung an Meinungsbildung viele Chancen und neue Wege, die letztlich der über Medien vermittelten Politik nutzen und die Demokratie stärken können.

Die sich heute zumindest ökonomisch in der Krise befindliche Tageszeitung, ja auch und gerade die sogenannte „Qualitätszeitung“ muss sich offensichtlich zunehmend davon verabschieden, der Überbringer der neuesten Nachricht zu sein. Aus „Newspaper“ wird dann – in Zeiten des Internets unabdingbar – die „Viewspaper“: Eine nicht nur meinungs-, sondern auch deutungsstarke Zeitung, die zwar sowohl die politische Debatte in den parlamentarischen Arenen widerspiegelt, als auch neue Sichtweisen und Positionen liefert.

Guter Journalismus ist vielleicht nicht länger darauf aus, sich den Anstrich des neutralen Vermittlers zu geben, koste es, was es wolle, und sich hinter der Haltung der Mächtigen zu verstecken. Guter Journalismus setzt vielleicht da an, wo die Debattierenden nicht die Fülle von Argumenten austauschen, sondern sich aus ideologischen oder machtpolitischen Gründen nur innerhalb eines bestimmten Argumentationsmusters bewegen. Guter Journalismus achtet auch auf die Haltung der Bevölkerung, des eigentlichen Souveräns in einer Demokratie, ohne aber populistisch zu sein. Guter Journalismus ist vor allem eines: Neutral. Allerdings in einer ganz anderen Weise, als dies bisher als berufliche Norm vorausgesetzt wurde.

Neutral bedeutet möglicherweise nicht, sich hinter der Haltung anderer zu verstecken, sondern differenzierte Positionen einzunehmen. Und vielleicht vor allem, dass bei keiner Debatte oder politischen Entscheidung vorherzusehen ist, in welche Richtung die jeweilige Berichterstattung in den Medien tendieren wird, sondern sich die beteiligten Journalisten als Meinungsmacher selbst eine Meinung bilden und vernachlässigte Argumente in die Debatte einführen. So gewinnt der Begriff Meinungsmacher eine neue Bedeutung.

Neutraler Journalismus heißt dann, dass sich Medien-Akteure ein Bild machen und dieses der Haltung von Bevölkerung, Vertretern von Verbänden und Institutionen sowie den Politikern hinzufügen.

So werden Journalisten ihrem Auftrag gerecht, Vermittler zu sein – und sie bleiben das zentrale Scharnier der Demokratie zwischen Politik und Bürgern.

9. Literaturverzeichnis

Alterman, Eric, „Keine ernsthafte Debatte in den US-Medien“, in: Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte, Band 4, S. 30 bis 33, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin, Berlin, 2003.

Althaus, Scott L., „When News Norms Colide, Follow the Lead: New Evidence for Press Independence“, in: Political Communication, Bd. 20, S. 381 bis 414, Taylor & Francis, 2003.

amnesty international, Jahresbericht 2006, Demokratische Republik Kongo, elektronische Ressource, Download unter:

<http://www.amnesty.de/umleitung/2006/deu03/072?lang=de%2526mimetype%3Dtext/html&print=1>, Download: 7.7.2001.

Auswärtiges Amt, Länderinformationen, Demokratische Republik Kongo, elektronische Ressource, Download unter: http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laender_Uebersicht_node.html, Download: 15. Juli 2011.

Baerns, Barbara, „Öffentlichkeitsarbeit als Determinante journalistischer Informationsleistungen. Thesen zur realistischeren Beschreibung von Medieninhalten“, in: Publizistik, 24. Jahrgang, Nr. 3, S. 301 bis 316, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 1979.

Baerns, Barbara, „Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluß im Mediensystem“, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, 1985.

Baerns, Barbara, „Macht der Öffentlichkeitsarbeit und Macht der Medien“, In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.), „Politikvermittlung. Beiträge zur Kommunikationskultur“, S. 147 bis 160, Bonn, 1987.

Barth, Henrike/Donsbach, Wolfgang, „Aktivität und Passivität von Journalisten gegenüber Public Relations. Fallstudie am Beispiel von Pressekonferenzen zu Umweltthemen“, in: Publizistik, 37. Jahrgang, Heft 2, S. 151 bis 165, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 1992.

Bayer, Klaus, „Argument und Argumentation. Logische Grundlagen der Argumentationsanalyse“, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 2007.

Bennett, Lance W., „Toward a Theory of Press-State-Relations in the United States“, in: Journal of Communication, Bd. 40 (2), S. 103 bis 126, Oxford University Press, New York (USA), 1990.

Bennett, Lance W./Paletz, David L. (Hrsg.), „Taken by Storm. The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War“, The University of Chicago Press, Chicago, USA, 1994.

Bennett, Lance W./Lawrence, Regina, „News Icons and the Mainstreaming of Social Change“, in: Journal of Communication, Bd. 45, Vol. 3, S. 20 bis 39, New York (USA), Oxford University Press, 1995.

Bennett, Lance W., „An Introduction to Journalism Norms and Representations of Politics.“, in: Political Communication, Taylor & Francis, S. 373 bis 384, Bd. 13., Philadelphia (USA), 1996.

Bennett, Lance W., „Cracking the News Code“, in: Iyengar, Shanto / Reeves, Richard, „Do the Media Govern?“, S. 103 bis 117, Sage Publications, Thousand Oaks, California (USA), 1997.

Bennett, Lance W./Lawrence, Regina, „Rethinking Media Politics and Public Opinion: Reactions to the Clinton-Lewinsky Scandal“, in: Political Science Quarterly, Bd. 116 (3), S. 425 bis 446, USA, 2001.

Bennett, Lance W., „Operation Perfect Storm: The Press and the Iraq War“, in: Political Communication Report, International Communication Association & American Political Science Association, Vol. 13 No. 3, elektronische Ressource, Download unter: http://www.ou.edu/policom/1303_2003_fall/bennett.htm, Download: 29.07.2011.

Bennett, Lance W./Lawrence, Regina G./Livingston, Steven, „When the Press Fails – Political Power and the News Media from Iraq to Katrina“, The University of Chicago Press, Chicago (USA), 2007.

von Beyme, Klaus, „Die Massenmedien und die politische Agenda des parlamentarischen Systems“, in: Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer M./Neidhardt, Friedhelm, „Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen“, S. 320 bis 336, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34, Opladen, Westdeutscher Verlag, 1994.

Bundesverfassungsgericht 33, 52 „Zensur“, Urteil vom 25. April 1972, elektronische Ressource, Download unter: <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv033052.html>, Download: 04.07.2011.

Bundeszentrale für politische Bildung, „Zahlen und Fakten. Wahlen in Deutschland. Sitzverteilung im 16. Deutschen Bundestag“, elektronische Ressource, Download unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/wahlen-in-deutschland/55620/sitzverteilung>, Download: 01.05.2012, 2009.

Brown, Jane Delano/Bybee, Carl R./Wearden, Stanley T./Straughan, Dulcie Murdock, „Invisible Power: Newspaper News Sources and the Limits of Diversity“, in: Journalism Quarterly, Nr. 64, S. 45 bis 54, Verlag Columbia Assoc., Columbia, 1987.

Callaghan, Karen/Schnell, Frauke, „Assessing the Democratic Debate: How the News Media Frame Elite Policy Discourse“, in Political Communication, Band 18 (2), S. 183 bis 212, Taylor & Francis, Durham (GB), 2001.

CDU/CSU Bundestagsfraktion, Pressemitteilung vom 20. März 2003.

CDU/CSU Bundestagsfraktion, Pressemitteilung vom 31. Juli 2003.

Chomsky, Noam, „Media Control“, Europa Verlag, Hamburg, 2002.

Chomsky, Noam/Herman, Edward S., „Manufacturing consent“, Pantheon Books, New York, 1988.

Cook, Timothy E., „Governing the News. The News Media as a Political Institution“, The University of Chicago Press, Chicago, USA, 1998.

CSU, Pressemitteilung vom 12. September 2002, München.

Delhaes, Daniel, „Politik und Medien. Zur Interaktionsdynamik zweier sozialer Systeme“, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 2002.

Deutscher Bundestag, Drucksache 14/7440, Antrag des Bundeskanzlers gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes, 13.11.2001.

Dominikowski, Thomas, „Massenmedien und Massenkrieg. Historische Annäherung an eine unfriedliche Symbiose.“, in: Löffelholz, Martin (Hrsg.), „Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59 bis 80, Wiesbaden, 2004.

Eckl, Christian, „Orientiert sich die Berichterstattung zum Für und Wider eines Kriegseinsatzes in den Printmedien an der Stellung der Bundesregierung zu den Konflikten?“, Freie Universität Berlin, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Berlin, 2004.

Eilders, Christiane/Lüter, Albrecht, „Germany at War: Competing Framing Strategies in German Public Discourse“, in: European Journal auf Communication, Special Issue „The Media and the Kosovo Conflict“, Sage Public, Vol. 15/ No. 3, S. 415 bis 428, London (GB), 2000.

Eilders, Christiane, „Medien zwischen den Fronten: Fakten und Fiktion in der Kriegsberichterstattung“, Vortrag auf der World Peace Conference, Hamburg, 2003.

Eilders, Christiane/Hagen, Lutz M. (Hrsg.), Themenheft „Medialisierte Kriege und Kriegsberichterstattung“, Hans-Bredow-Institut, 53. Jahrgang, Hamburg, 2005.

van Eimeren, Birgit/Ridder, Christa-Maria, „Trends in der Nutzung und Bewertung der Medien 1970 bis 2000“, in: Media Perspektiven, Bd. 11, S. 538 bis 553, 2001.

Elter, Thomas, „Die andere Front: Pressepolitik in den US-Kriegen des 20. Jahrhunderts“, Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln, 2003, elektronische Ressource, Download unter: kups.ub.uni-koeln.de/volltexte/2003/963/pdf/Druckvorlage-pdf-NEU!.pdf, Download: 01.02.2010.

Entman, Robert M./Paletz, David L., „Media, Power, Politics“, Free Press, New York (USA), 1981.

Entman, Robert M., „Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm“, in: Journal of Communication, Bd. 43 (4), S. 51 bis 58, Oxford University Press, New York (USA), 1993.

Entman, Robert M./Page, Benjamin I., „The News Before the Storm: The Iraq War Debate and Media Independence“, in: „Taken by Storm. The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War“, S. 82 bis 101, The University of Chicago Press, Chicago, USA, 1994.

Entman, Robert M., „Projections of Power. Framing News, Public Opinion and U.S. Foreign Policy“, The University of Chicago Press, Chicago, USA, 2004.

Fackler, Timothy/Frensley, Nathalie, „The Fork in the Trail of Power: Divergence in National and Regional Media Coverage of the Second National Threat Alert and the California Bridge Warning“, Harvard Symposium „Restless Searchlight: The Media and Terrorism“, Harvard, USA, digitale Ressource, Vortrag am 27. 8. 2002.

Früh, Werner, „Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis“, UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz, 2001.

Gans, Herbert, „Deciding what's News“, Vintage, New York (USA), 1979.

Gellner, Winand, „Propaganda“, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.), „Lexikon der Politikwissenschaft“, Beck'sche Reihe, S. 752 bis 753, München, 2002.

Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter, „Zwischen Palaver und Diskurs: Strukturen und öffentliche Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung“, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 1998.

Gizewski, Christian, „Zur Gedankenkontrolle in demokratischen Gesellschaften“, elektronische Ressource, Download unter: <http://www2.tu-berlin.de/fb1/AGiW/Scriptorium/S18.htm>, Download: 01.01.2008.

Golz, Hans-Georg, „Editorial“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 51, Seite 2, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2009.

Gowing, Nik, „Where the Media Dominates: The One-Eyed King of Realtime News Coverage“, in: New Perspectives Quarterly, S. 45 bis 54, Malden, Massachusetts (USA), 1994.

Grabow, Karsten, „Zur Rolle der Eliten in der demokratischen Gesellschaft“, in: „Eliten in Deutschland. Bedeutung – Macht – Verantwortung“, Gabriel, Oscar W. / Neuss, Beate, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 19 bis 40, Bonn, 2006.

Hahn, Dan F., „Political communication: Rhetoric, Government, and Citizens“, Strata Publishing, Pennsylvania (USA), 1998.

Hallin, Daniel C., „The Uncensored War“, University of California Press, Berkeley (USA), 1986.

Hallin, Daniel C., „We keep America on the Top of the World“, Routledge, New York (USA), 1994.

Hoge, James F., „Media Pervasiveness – Global Reach and Picture Power“, in: Foreign Affairs, Vol. 73, No. 4, S. 136 bis 144, New York (USA), 1994.

Imhof, Kurt, „Kriegskommunikation im sozialen Wandel“, in: Imhof, Kurt / Schulz, Peter (Hrsg.), „Medien und Krieg – Krieg in den Medien“, Seismo Verlag, S. 123 bis 136, Zürich, Schweiz, 1995.

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW), elektronische Ressource, Download unter: <http://daten.ivw.eu/>, Download: 01.08.2011.

Infratest dimap, Selbstdarstellung, elektronische Ressource, Download unter: www.infratest-dimap.de/?id=5, Download: 1. Dezember 2007.

Infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND April 1999, elektronische Ressource, Download unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/1999/april/>, Download: 01.10.2009.

Infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND Oktober 2001, elektronische Ressource, Download unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2001/oktober/>, Download: 01.10.2009.

Infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND März 2003, elektronische Ressource, Download unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2003/maerz/>, Download: 01.10.2009.

Infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND Juli 2003, elektronische Ressource, Download unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2003/juli/>, Download: 01.10.2009.

Infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND Juni 2006, elektronische Ressource, Download unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2006/juni/>, Download: 01.10.2009.

Infratest dimap, ARD-DeutschlandTREND August 2006, elektronische Ressource, Download unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2006/august/>, Download: 01.10.2009.

Jäger, Thomas/Viehrig, Henrik, „Gesellschaftliche Bedrohungswahrnehmung und Elitenkonsens. Eine Analyse der europäischen Haltung zum Irak-Krieg 2003“, Arbeitspapier zur Internationalen Politik und Außenpolitik, Köln, 2005.

Johnson-Cartee, Karen S., „News Narratives and News Framing – Constructing Political Reality“, Rowman & Littlefield Publishers, Oxford, Großbritannien, 2005.

Jörges, Hans-Ulrich, „Embedded in Berlin“, Vortrag auf dem Kongress „Struktuwandel der Öffentlichkeit 2.0 – Mediendemokratie = Medien + Demokratie“, Berlin, 2003.

Kaina, Viktoria, „Was sind Eliten?“, in: Gabriel, Oscar W. / Neuss, Beate (Hrsg.), „Eliten in Deutschland. Bedeutung – Macht – Verantwortung“, Bundeszentrale für politische Bildung, S. 41 bis 55, Bonn, 2006.

Kepplinger, Hans Mathias, „Instrumentelle Aktualisierung. Grundlagen einer Theorie publizistischer Konflikte“, in: Kaase, Matthias/Schulz, W. (Hrsg.), „Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde“, S. 199 bis 220, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 30, Opladen, Westdeutscher Verlag, 1989.

Kepplinger, Hans Mathias, „Publizistische Konflikte. Begriffe, Ansätze, Ergebnisse“, in: Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer M./Neidhardt, Friedhelm, „Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen“, S. 214 bis 233, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34, Opladen, Westdeutscher Verlag, 1994.

Kepplinger, Hans Mathias, „Politikvermittlung“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2009.

Korte, Karl Rudolf, „Neue Formeln zur Macht. Parteienwettbewerb in Deutschland“, in: Die politische Meinung, Nr. 465, S. 5 bis 9, Konrad Adenauer Stiftung, St. Augustin, 2008.

Kriesi, Hanspeter, „Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess. Ein konzeptioneller Rahmen für ein international vergleichendes Forschungsprojekt“, Discussion Paper P 01-701, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin, 2001.

Krüger, Udo Michael, „Der Irak-Krieg im deutschen Fernsehen“, in: Media-Perspektiven, S. 398 bis 413, Band 9, 2003.

Kunczik, Michael, „Public Relations: Konzepte und Theorien“, Böhlau Verlag GmbH, & Cie, Köln, 2002.

Lang, Gladis E./Lang, Kurt, „Watergate: An Exploration of the Agenda-Building Process“, in: Wilhoit, Cleveland / de Bock, Harold (Hrsg.), Mass Communication Review Yearbook, Bd. 2, S. 447 bis 468, Sage, Beverly Hills (USA), 1981.

Lasswell, Harold/Kaplan, Abraham, „Power and society: A framework for political inquiry“, Yale University Press, New Haven (USA), 1965.

Löffelholz, Martin, „Ein privilegiertes Verhältnis. Inter-Relationen von Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit“, in: ders. (Hrsg.), „Theorien des Journalismus“, S. 185 bis 208, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 2000.

Löffelholz, Martin, „Krisen- und Kriegskommunikation als Forschungsfeld. Trends, Themen und Theorien eines hoch relevanten, aber gering systematisierten Teilgebiet der Kommunikationswissenschaft“, in: Löffelholz, Martin (Hrsg.), „Krieg als Medienereignis II: Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert“, S. 13 bis 55, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2004.

Lösche, Peter, „Ende der Volksparteien“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 51, Seite 6 bis 19, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2009.

Maurer, Torsten/Vogelsang, Jens/Weiß, Hans-Jürgen, „Anti-Amerikanismus oder nationale Tendenz?“, in: „ALM Programmbericht – Fernsehen in Deutschland 2005“, S. 119 bis 137, Vistas Verlag, Berlin 2005.

Maurer, Torsten/Vogelsang, Jens/Weiß, Moritz/Weiß, Hans-Jürgen, „Die Rolle der Massenmedien während des Kosovo-, Afghanistan- und Irak-Kriegs“, in: Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hrsg.), „Massenmedien als politische Akteure“, S. 144 bis 167, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2008.

McCombs, Maxwell E./Shaw, Donald L., „The Agenda-Setting Function of the Mass Media“, in: Public Opinion Quarterly, Bd. 36, S. 176 bis 187, Oxford University Press, Oxford (UK), 1972.

Mermin, Jonathan, „Conflict in the Sphere of Consensus? Critical Reporting on the Panama Invasion and the Gulf War“, in: Political Communication, Vol. 13, S. 181 bis 194, Taylor & Francis, Durham (GB), 1996.

Mermin, Jonathan, „Debating War and Peace“, Princeton University Press, New Jersey (USA), 1999.

Meyn, Hermann, „Massenmedien in Deutschland“, UVK Medien Verlag, Konstanz, 1999.

Moloch, Harvey L./Protest, David L./Gordon, Margaret T., „The media-policy-connection: Ecologies of news“, in: Paletz, David L. (Hrsg.), „Political communication research: Approaches, studies, assessments“, S. 26 bis 58, Ablex, Norwood, New Jersey, USA, 1996.

New York Times, „The Times and Iraq. From the editors“, elektronische Ressource, Download unter:
www.nytimes.com/2004/05/26/international/middleeast/26FTE_NOTE.html?ex=1400990400&en=94c17fcffad92ca9&ei=5007&partner=USERLAND, Download: 02.09.2007.

Oppelland, Torsten, „Aushandeln statt Durchregieren. Optionen im Fünf-Parteien-System“, in: Die politische Meinung, Nr. 465, S. 10 bis 14, Konrad Adenauer Stiftung, St. Augustin, 2008.

Page, Benjamin I./Shapiro, Robert Y., „The Rational Public“, Chicago University Press, Chicago (USA), 1992.

Pfetsch, Barbara, „Amerikanisierung der politischen Kommunikation? Politik und Medien in Deutschland und den USA“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 41 / 42, S. 27 bis 36, bpb, Bonn, 2001.

Pfetsch, Barbara/Wehmeier, Stefan, „Sprecher: Kommunikationsleistungen gesellschaftlicher Akteure“, in: Jarren, Otfried / Weßler, Hartmut (Hrsg.), „Journalismus – Medien – Öffentlichkeit“, S. 39 bis 80, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 2002.

Pfetsch, Barbara, „Regierung als Markenprodukt. Moderne Regierungskommunikation auf dem Prüfstand“, in: Sarcinelli, Ulrich / Tenscher, Jens (Hrsg.), „Machtdarstellung und Darstellungsmacht“, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden, S. 23 bis 32, 2003.

Pfetsch, Barbara / Mayerhöffer, Eva, „Politische Kommunikation in der modernen Demokratie. Eine Bestandsaufnahme“, Schriftenreihe „Öffentlichkeit & Politische Kommunikation“, 2006, elektronische Ressource, Download unter: <http://opus.ub.uni-hohenheim.de/volltexte/2006/130/>, Download: 01.08.2010.

Pohr, Adrian, „Indexing im Einsatz – Eine Inhaltsanalyse der Kommentare überregionaler Tageszeitungen in Deutschland zum Afghanistankrieg 2001“, Magister-Arbeit an der Freien Universität Berlin, Berlin, 2003.

Pohr, Adrian, „Indexing im Einsatz“, in: Eilders, Christiane / Hagen, Lutz M., Themenheft „Medialisierte Kriege und Kriegsberichterstattung“, Hans-Bredow-Institut, 53. Jahrgang, S. 261 bis 276, Hamburg, 2005.

Reeb, Hans-Joachim, „Öffentlichkeit als Teil des Schlachtfelds – Grundlagen der Kriegskommunikation aus militärischer Perspektive“, in: Löffelholz, Martin (Hrsg.), „Krieg als Medienereignis II – Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert“, S. 197 bis 214, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2004.

Reinemann, Carsten, „Guter Boulevard ist immer auch außerparlamentarische Opposition – Das Handeln von Bild am Beispiel der Berichterstattung über Hartz IV“, in: Pfetsch, Barbara/Adam, Silke (Hrsg.): „Massenmedien als politische Akteure: Konzepte und Analysen“, S. 196 bis 224, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2008.

Robinson, Piers, „The News Media and Intervention“, in: European Journal of Communication, Bd. 15, Nr. 3, S. 405 bis 414, Sage Publications, London (GB), 2000.

Rössler, Patrick, „Agenda-Setting“, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 1997.

Rudzio, Wolfgang, „Das politische System der Bundesrepublik Deutschland“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006.

Sarcinelli, Ulrich, „Massenmedien und Politikvermittlung – eine Problem- und Forschungsskizze“, in: Rundfunk und Fernsehen, Bd. 4, Hamburg, 1991.

Sarcinelli, Ulrich, „Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung in demokratischen Systemen“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2005.

Schicha, Christian, „Politik auf der ‚Medienbühne‘ – Zur Rhetorik politischer Informationsprogramme“, in: Schicha, Christian/Ontrup, Rüdiger (Hrsg.), „Medieninszenierungen im Wandel“, S. 138 bis 167, Institut für Informations- und Kommunikationsökologie, Bd. 1, Münster, 1999.

Scholl, Armin/Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja, „Journalismus in Deutschland 2005“, in: Media Perspektiven, Bd. 7, S. 346 bis 361, 2005.

Scholl, Armin/Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja, „Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über Journalisten in Deutschland“, UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz, 2006.

Schönbach, Klaus, „Politische Kommunikation – Publizistik- und kommunikationswissenschaftliche Perspektiven“, in: Jarren, Otfried / Sarcinelli, Ulrich / Saxer, Ulrich (Hrsg.), „Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft“, S. 114 bis 137, Westdeutscher Verlag, Opladen / Wiesbaden, 1998.

Schulz, Winfried, „Nachricht“, in: Noelle-Neumann, Elisabeth / Schulz, Wilfried / Wilke, Jürgen (Hrsg.), „Publizistik Massenkommunikation“, S. 307 bis 308, Fischer Taschenbuch Verlag, 5. Auflage, Frankfurt a. M., 1999.

Sigal, Leon V., „Reporters and Officials: The Organization and Politics of Newsmaking“, D.C. Heath & Co., NN., 1973.

SPD Bundestagsfraktion, Pressemitteilung am 5. August 2002, Berlin.

SPD Bundestagsfraktion, Pressemitteilung am 8. September 2002, Berlin.

SPD Bayern, Pressemitteilung vom 23. Januar 2003, München.

Szukala, Andrea, „Medien und öffentliche Meinung im Irak-Krieg“, Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 24-25, Bundeszentrale für Politische Bildung, elektronische Ressource: www.bpb.de/publikationen/3IXUEZ.html, Download: 1.2.2010, Bonn, 2003.

tageszeitung, „Kongos Wähler billigen neue Verfassung“, 22.12.2005, Seite 9, als elektronische Ressource, Download unter: http://www.kongokinshasa.de/taz/taz2005/taz_051222.php, Download: 07.07.2011.

The New York Times, „The Times and the Iraq. From the Editors“, elektronische Ressource, Download unter: http://www.nytimes.com/2004/05/26/international/middleeast/26FTE_NOTE.html, Download: 01.08.2011.

Toulmin, Stephen E., „The Uses of Argument. Updated Edition“, Cambridge University Press, Cambridge, USA, 2003.

UN-Resolution 1160, elektronische Ressource, Download unter: <http://www.un.org/peace/kosovo/98sc1160.htm>, Download: 07.07.2007.

UN-Resolution 1199, elektronische Ressource, Download unter: www.state.gov/www/regions/eur/un_980923_res_kosovo.html, Download: 07.07.2007.

UN-Resolution 1368, elektronische Ressource, Download unter: http://www.documentarchiv.de/in/2001/res_un-sicherheitsrat_1368.html, Download: 08.07.2007.

UN-Resolution 1441, elektronische Ressource, Download unter: http://www.documentarchiv.de/in/2002/res_un-sicherheitsrat_1441.html, Download: 08.07.2007.

UN-Resolution 1653, elektronische Ressource, Download unter: http://www.monuc.org/downloads/res_1653_en.pdf, Download: 11.07.2007.

UN-Resolution 1671, elektronische Ressource, Download unter: <http://www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8698.doc.htm>, Download: 11.07.2007.

Vincent, Richard C., „A Narrative Analysis of the US Press Coverage of Slobodan Milosevic and the Serbs in Kosovo“, in: European Journal auf Communication, Special Issue „The Media and the Kosovo Conflict“, Sage Public, Vol. 15/ No. 3, S. 321 bis 344, London, 2000.

Vollmer, Gabriele, „Polarisierung in der Kriegsberichterstattung. Inhaltsanalytische Untersuchung bundesdeutscher Tageszeitungen am Beispiel des Jugoslawienkrieges“, Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität, Köln, 1994.

Wasser, Hartmut, „Politisches System der USA“, in: Informationen zur politischen Bildung, Band 199, elektronische Ressource, Download unter: http://usa.usembassy.de/etexts/gov/bpb/body_i_199_1.html, Download: 01.10.2010, Bonn, 1997.

Weiß, Hans-Jürgen, „Die Tendenz der Berichterstattung und Kommentierung der Tagespresse zur Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland (Oktober 1984 bis Januar 1985)“, in: Media Perspektiven, Bd. 12, S. 845 bis 863, 1985.

Weiß, Hans-Jürgen, „Rundfunkinteresse und Pressejournalismus“, in: Media Perspektiven, Bd. 2, S. 53 bis 73, 1986.

Weiß, Hans-Jürgen, „Meinungsgestaltung im Interesse der Zeitung?“, in: Media Perspektiven, Bd. 8, S. 469 bis 489, 1988.

Weiß, Hans-Jürgen, „Öffentliche Streitfragen und massenmediale Argumentationsstrukturen. Ein Ansatz zur Analyse der inhaltlichen Dimension im Agenda Setting-Prozess“. In: Kaase, Matthias/Schulz, W. (Hrsg.), „Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde“, S. 473 bis 489, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 30, Opladen, Westdeutscher Verlag, 1989.

Weiß, Hans-Jürgen, „Public Issues and Argumentation Structures“, in: „Communication Yearbook“, Bd. 15, S. 374 bis 396, International Communication Association, Mahwah, New Jersey (USA), 1992.

Weiß, Hans-Jürgen/Trebbe, Joachim, „Öffentliche Streitfragen in privaten Fernsehprogrammen. Zur Informationsleistung von RTL, SAT1 und PRO 7“, LfR-Schriftenreihe, Band 15, Opladen, Westdeutscher Verlag, 1994.

Weiß, Hans-Jürgen/Weiß, Moritz, „Indexing – A General Approach for Explaining Political Tendencies in War Coverage“, Vortrag in New York, 2005.

Wessler, Hartmut, „Öffentlichkeit als Prozess – Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der Deutschen Drogenberichterstattung“, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 1999.

Zaller, John/Chiu, Dennis, „Government's Little Helper: U.S. Press Coverage of Foreign Policy Crisis, 1945 – 1999“, elektronische Ressource, Download unter: www.sscnet.ucla.edu/polisci/faculty/zaller/Gov's%20Little%20Helper/GovHelper.PDF, Download: 01.02.2010, 1999.

ABDA	Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
AWO	Arbeiterwohlfahrt
AZ	Allgemeine Zeitung Mainz
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Beg.	Begründung
Bew.	Bewertung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGVP	Deutsche Gesellschaft für Versicherte und Patienten
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FR	Frankfurter Rundschau
KKVD	Katholischer Krankenhausverband Deutschlands
LVZ	Leipziger Volkszeitung
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
PKV	Private Krankenversicherung
PM	Pressemitteilung
Pro7	Programm 7
RTL	Radio Télévision Luxembourg
SAT1	(Offenbar Eigenname)
Obj.	Objekt
SZ	Süddeutsche Zeitung
taz	Die Tageszeitung
WMD	Weapons of Mass Destruction = Massenvernichtungswaffen

11. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Abbildung T 1	Kaskaden-Modell nach Entman (2004).	Seite 31
Tabelle T 2	Zuerst verwendete Bezeichnung in der Washington Post, die Abu Ghraib beschrieben, zwischen 1. April und 31. August 2004.	Seite 40
Abbildung T 3	Zentral Studien zu innenpolitischen Debatten in den USA, die entweder auf der Indexing-Hypothese basieren oder die Quellenzentrierung thematisieren.	Seite 42
Abbildung T 4	Zitierte Akteure oder Sprecher in der TV-Berichterstattung des Vietnam-Krieges.	Seite 44
Abbildung T 5	Zentral Studien zu Kriegsdebatten in den USA bis zum II. Golfkrieg, die entweder auf der Indexing-Hypothese basieren oder die Quellenzentrierung thematisieren.	Seite 47
Abbildung T 6	Zentral Studien zu Kriegsdebatten in den USA nach dem II. Golfkrieg, die entweder auf der Indexing-Hypothese basieren oder die Quellenzentrierung thematisieren.	Seite 49
Abbildung T 7	Zentrale Studien zu innenpolitischen Debatten in Deutschland, die entweder auf der Indexing-Hypothese basieren oder die Quellenzentrierung thematisieren.	Seite 55
Tabelle T 8	Einstellungen zum Kosovo-Krieg in fünf deutschen Tageszeitungen	Seite 58
Tabelle T 9	Unterstützung eines Krieges gegen Serbien in der SZ, der FAZ und der NZZ	Seite 59
Tabelle T 10	Unterstützung eines Krieges in Afghanistan in der SZ, der FAZ und der NZZ	Seite 60
Tabelle T 11	Artikel in der FAZ und der SZ, die nur positive, nur negative oder unentschiedene Bewertungen eines Krieges beinhalteten	Seite 63
Abbildung T 12	Ergebnisse zweier Bewertungsanalysen in der TV- und Printberichterstattung im Vorfeld des Kosovo-, Afghanistan- und Irak-Kriegs	Seite 64
Abbildung T 13	Zentrale Studien zu Kriegs-Debatten in Deutschland, die auf der Indexing-Hypothese basieren.	Seite 65

Tabelle T 14	Vier denkbare Konstellationen des gesellschaftlichen Konsenses oder Dissenses zwischen politischer Elite, Regierung und Bevölkerung.	Seite 82
Tabelle T 15	Konstellationen des Konsenses oder Dissenses zwischen Regierung, politischer Elite und Bevölkerung sowie ihre Auswirkungen auf den Konsens zwischen Regierung und Zeitungen.	Seite 79
Abbildung V 1	Messinstrument	Seite 93
Tabelle V 2	Auswahl der zu untersuchenden Debatten, politische Konstellation, außen- oder innenpolitische Dimension sowie erwarteter Konsens oder Dissens	Seite 99
Tabelle V 3	Zahl der erfassten Mitteilungen, Bewertungen und Begründungen während der Voruntersuchung in der Debatte um den Irak-Krieg	Seite 101
Tabelle V 4	Mittelwerte der Argumente in der Voruntersuchung nach Bewertungsobjekten im Irak-Krieg	Seite 101
Abbildung V 5	Bevölkerungshaltung zum Krieg im Irak, Infratest dimap, März 2003	Seite 103
Tabelle V 6	Zahl der erfassten Mitteilungen, Bewertungen und Begründungen zur Voruntersuchung in der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform	Seite 105
Tabelle V 7	Mittelwerte der Argumente in der Voruntersuchung nach Bewertungsobjekten in der Debatte um ein Vorziehen der Steuerreform	Seite 105
Tabelle V 8	Vorziehen der Steuerreform, Infratest dimap, Juli 2003	Seite 107
Tabelle 9	Zahl der erfassten Mitteilungen, Bewertungen und Begründungen während der Voruntersuchung in der Debatte um einen Einsatz deutscher Soldaten im Kongo	Seite 109
Tabelle V 10	Mittelwerte der Argumente in der Voruntersuchung nach Bewertungsobjekten in der Debatte um einen Einsatz deutscher Soldaten im Kongo	Seite 109
Tabelle V 11	Bevölkerungsmeinung zum Kongo-Einsatz, Infratest dimap, Juni 2006	Seite 110
Tabelle V 12	Zahl der erfassten Mitteilungen, Bewertungen und Begründungen während der Voruntersuchung in der Debatte in der ersten Phase der Gesundheitsreform 2006	Seite 111

Tabelle V 13	Mittelwerte der Argumente in der Voruntersuchung nach Bewertungsobjekten während der ersten Phase der Gesundheitsreform 2006	Seite 112
Abbildung V 14	Kritik an der Gesundheitsreform, Infratest dimap, Juli 2006	Seite 113
Tabelle V 15	Untersuchungszeiträume der vier Debatten	Seite 114
Tabelle I 1	Irak – Eckdaten 1	Seite 118
Tabelle I 2	Irak – Eckdaten 2	Seite 119
Tabelle g I 3	Irak – Quellenanalyse 1	Seite 120
Tabelle I 4	Irak – Quellenanalyse 2	Seite 120
Tabelle I 5	Irak – Quellenanalyse 3	Seite 121
Tabelle I 6	Irak – Quellenanalyse 4	Seite 121
Tabelle I 7	Irak – Quellenanalyse 5	Seite 121
Tabelle I 8	Irak – Quellenanalyse 6	Seite 122
Tabelle I 9	Irak – Quellenanalyse 7	Seite 122
Tabelle I 10	Irak – Bewertungsobjekte	Seite 123
Tabelle I 11	Irak – Richtung der Bewertung - Mittelwerte	Seite 124
Tabelle I 12	Irak – Bewertung der Kriegstendenz durch Journalisten und Nicht-Journalisten	Seite 126
Tabelle I 13	Irak – Bewertung der Kriegstendenz durch referierte Quellen	Seite 126
Tabelle S 1	Steuerreform – Eckdaten 1	Seite 129
Tabelle S 2	Steuerreform – Eckdaten 2	Seite 130
Tabelle S 3	Steuerreform – Quellenanalyse 1	Seite 131

Tabelle S 4	Steuerreform – Quellenanalyse 2	Seite 132
Tabelle S 5	Steuerreform – Quellenanalyse 3	Seite 132
Tabelle S 6	Steuerreform – Quellenanalyse 4	Seite 133
Tabelle S 7	Steuerreform – Quellenanalyse 5	Seite 133
Tabelle S 8	Steuerreform – Quellenanalyse 6	Seite 134
Tabelle S 9	Steuerreform – Bewertungsobjekte	Seite 135
Tabelle S 10	Steuerreform – Richtung der Bewertung - Mittelwerte	Seite 136
Tabelle S 11	Steuerreform – Bewertung des Vorziehens der Steuerreform durch Journalisten und Nicht-Journalisten	Seite 137
Tabelle S 12	Steuerreform – Bewertung des Vorziehens der Steuerreform durch referierte Quellen	Seite 138
Tabelle K 1	Kongo – Eckdaten 1	Seite 140
Tabelle K 2	Kongo – Eckdaten 2	Seite 140
Tabelle K 3	Kongo – Quellenanalyse 1	Seite 141
Tabelle K 4	Kongo – Quellenanalyse 2	Seite 142
Tabelle K 5	Kongo – Quellenanalyse 3	Seite 142
Tabelle K 6	Kongo – Quellenanalyse 4	Seite 143
Tabelle K 7	Kongo – Quellenanalyse 5	Seite 143
Tabelle K 8	Kongo – Quellenanalyse 6	Seite 143

Tabelle K 9	Kongo – Bewertungsobjekte	Seite 144
Tabelle K 10	Kongo – Richtung der Bewertung - Mittelwerte	Seite 145
Tabelle K 11	Kongo – Bewertung der Beteiligung deutscher Soldaten durch Journalisten und Nicht-Journalisten	Seite 145
Tabelle K 12	Kongo – Bewertung der Beteiligung deutscher Soldaten durch referierte Quellen	Seite 146
Tabelle G 1	Gesundheitsreform – Eckdaten 1	Seite 148
Tabelle G 2	Gesundheitsreform – Eckdaten 2	Seite 149
Tabelle G 3	Gesundheitsreform – Quellenanalyse 1	Seite 149
Tabelle G 4	Gesundheitsreform – Quellenanalyse 2	Seite 150
Tabelle G 5	Gesundheitsreform – Quellenanalyse 3	Seite 150
Tabelle G 6	Gesundheitsreform – Quellenanalyse 4	Seite 151
Tabelle G 7	Gesundheitsreform – Quellenanalyse 5	Seite 151
Tabelle G 8	Gesundheitsreform – Bewertungsobjekte	Seite 152
Tabelle G 9	Gesundheitsreform – Richtung der Bewertung - Mittelwerte	Seite 153
Tabelle G 10	Gesundheitsreform – Bewertung der Gesundheitsreform durch Journalisten und Nicht-Journalisten	Seite 154
Tabelle G 11	Gesundheitsreform – Bewertung der Gesundheitsreform durch referierte Quellen	Seite 155
Tabelle E1	Ergebnisse der vier Untersuchungen im Hinblick auf die Hypothesen und Indexing	Seite 156

12.	Anhang	
A1	Codebuch und Erläuterungen	Seite 185
A 1.1	Zugriffskriterien	Seite 185
A1.1.1	Zugriffskriterien für Pressemitteilungen	Seite 185
A1.1.2	Zugriffskriterien für das Mediensample	Seite 185
A 1.2	Vorgehen bei der Codierung	Seite 186
A1.2.1	Artikelebene	Seite 186
A1.2.2	Argumentebene	Seite 187
A1.3	Variablen	Seite 189
A1.3.1	Formale Variablen Artikel-Ebene	Seite 189
A1.4	Variablen Argument-Ebene	Seite 190
A1.4.1	Bewertungsobjekte zum Irak-Krieg	Seite 193
A1.4.2	Begründungen zum Irak-Krieg	Seite 195
A1.4.3	Bewertungsobjekte in der Debatte um die Steuerreform	Seite 200
A1.4.4	Begründungen in der Debatte um die Steuerreform	Seite 202
A1.4.5	Bewertungsobjekte in der Debatte um einen Kongo-Einsatz	Seite 206
A1.4.6	Begründungen in der Debatte um einen Kongo-Einsatz	Seite 207
A1.4.7	Bewertungsobjekte in der ersten Phase der Gesundheitsreform	Seite 212
A1.4.8	Bewertungen in der ersten Phase der Gesundheitsreform	Seite 216
A2	Reliabilität der wichtigsten Variablen	Seite 233
A3	Eidesstattliche Versicherung	Seite 235
A4	Lebenslauf	Seite 236

A1 Codebuch und Erläuterungen

A1.1 Zugriffskriterien

A1.1.1 Zugriffskriterien für Pressemitteilungen

Die Pressemitteilungen der Parteien, die vor einer Abstimmung zu einem jeweiligen Thema veröffentlicht wurden, müssen sich thematisch mit der jeweiligen Problematik befassen – also die **Stichworte Kosovo, Afghanistan, Irak, Gesundheitsreform, Bundeswehr im Inneren** oder zunächst **Arbeitsmarkt** beinhalten. Die gleichen Zugriffs-Kriterien gelten für die **Medienberichte**: Sie müssen die oben genannten Stichworte beinhalten.

A1.1.2 Zugriffskriterien für das Mediensample

Zugegriffen wird nur auf Artikel aus der politischen Berichterstattung. Feuilleton, Wirtschaft und Lokales fallen aus dem Zugriffsraster. Zudem werden Serien wie „Stimmen der anderen“, die lediglich aus Kommentaren anderer Tageszeitungen zitieren, nicht in das Sample mit einbezogen. Die Auswahl ist bereits nach der Stichwortsuche erfolgt, da sowohl die verwendeten Datenbanken Lexis Nexis, als auch die CD-Rom-Ausgaben der Süddeutschen und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung eine klare Kennzeichnung über das jeweilige Ressort vornehmen, in dem die Artikel erschienen sind.

Für die Untersuchung der Debatte zum Irak-Krieg sowie dem Kongo-Einsatz werden für die Nachrichtenberichterstattung folgende Einschränkungen vorgenommen:

Die Berichterstattung zum Irak-Krieg umfasste viele hundert Artikel pro untersuchter Zeitung. Zahlreiche Artikel beschäftigten sich dabei mit der Debatte um den Krieg in einem anderen Land. Da der Irak-Krieg grundlegend bereits untersucht wurde (vgl. auch Eckl 2004), wird eine Beschränkung vorgenommen, die forschungsökonomisch sinnvoll erscheint und das Ergebnis der Untersuchung nicht verfälscht: Artikel werden zwar mit in die Untersuchung aufgenommen, wenn sie das Stichwort Irak-Krieg beinhalten. Bezüglich der Bewertung des Krieges und der Sub-Themen setzt die Codierung aber voraus, dass der Krieg selbst, nicht die Debatte um eine Kriegsbeteiligung beispielsweise Großbritanniens bewertet wird. Dadurch wird verhindert, dass die gesamte Berichterstattung über die Debatten zum Irak-Krieg im Ausland ins Sample mit einbezogen wird.

Als Begründung kann angeführt werden, dass sich dieses Ausschlusskriterium auf das Sample aus allen vier untersuchten Medien gleich auswirken dürfte. Zudem soll ja gerade die Debatte in Deutschland untersucht werden bzw. deren Auswirkung auf die Berichterstattung. Dasselbe Kriterium wird auch für die Debatte im Kongo eingeführt.

Beinhaltet ein Artikel – etwa in einem Kommentar – allerdings eine Bewertung des Journalisten, ist dieser Artikel in das Sample mit einzubeziehen. Selbes gilt für Leserbriefe. Als Ausschlusskriterium kann also gelten: Wenn kein deutscher Akteur bewertet, wird der Artikel nicht in die Untersuchung mit einbezogen.

A1.2 Vorgehen bei der Codierung

A1.2.1 Artikelebene

Vom Codierer ist durch das angewandte Stichwortsuch-Verfahren nicht mehr zu prüfen, ob der Artikel in das Medien-Sample aufzunehmen ist. Nach einer ersten, oberflächlichen Lektüre des Artikels sind die Grunddaten in SPSS zu erfassen. Die Nummer der Mitteilung, Datum, Mitteilungs-Medium, Länge des Artikels in Zeichen ohne Leerzeilen sind zu codieren (**V01, V02, V03** sowie **V04**)

Dann ist zu überprüfen, welcher **Absatz für die Codierung relevant** ist (**V05**). Nur die Absätze sind einzubeziehen, die sich mit den zu untersuchenden Debatten befassen. Andere Debatten, über die berichtet wird, sind nicht aufzunehmen. Wichtig: Kommt es zu einer Vermischung, sind nicht etwa einzelne Sätze zu erfassen, sondern dennoch der ganze Absatz. Wird aber eine Debatte etwa nur neben anderen behandelt und andere Debatten in weiteren, im Artikel getrennten Absätzen, so ist lediglich der Absatz zur Debatte aufzunehmen.

Die jeweilige **Nummer des Diskurses** sowie die **Seitenzahl** (**V06** bzw. **V07**) sind weitere formale Kriterien, die codiert werden. Bei der Ermittlung des **Genres** kann vielfach auf die Angaben zurück gegriffen werden, die dem Artikel beigelegt sind. Ebenso bei der Codierung des **Verfassers** (**V08** und **V09**). Übliche Agenturen sind dpa, AP, AFP, KNA, EPD, ddp.

Die **Dimension der Debatte (V10)** wird folgendermaßen bestimmt: Wird die zu untersuchende Debatte nur am Rand erwähnt oder fällt nur das Stichwort (also z. B. Irak-Krieg), wird mit 1 codiert. Mit 2 wird codiert, wenn die Debatte neben anderen genannt wird. Wird die Debatte hauptsächlich, aber nicht ausschließlich behandelt, erfolgt eine Codierung mit 3. Mit 4 werden Artikel oder PMs codiert, wenn sie sich ausschließlich mit der jeweiligen Debatte auseinandersetzen.

Nennungen von Regierungsmitgliedern, SPD- und Unions-Politiker werden in den Variablen **V10a** bis **V10c** erfasst. Dabei ist zu beachten, dass jede Nennung wie „Merkel“ oder „die Bundeskanzlerin“ gleichwertig als Regierungsakteur gezählt wird. Dasselbe gilt für synonyme Bezeichnungen wie „SPD-Vorsitzender“ und „SPD-Politiker“. Nicht gezählt werden Personalpronomen – also wenn statt „Bundeskanzlerin“ nur noch „sie“ im Artikel genannt wird. **Aber Achtung:** Gezählt wird nur in den Absätzen, die sich tatsächlich mit der Debatte befassen (siehe auch Variablen V04 und V05). Wird eine vollkommen andere Debatte angesprochen, werden die Akteure nicht gezählt!

A1.2.2 Argumentebene

Zunächst ist festzustellen, ob eine Begründung oder eine Bewertung codiert wird (**V11**). Bewertungen werden mit 1, Begründungen mit 2 codiert. Zentraler Unterschied zwischen Bewertung und Begründung ist, ob es sich jeweils um das Urteil eines Akteurs oder um die Rechtfertigung dieses Urteils handelt. Dabei kann die Begründung auch vor der Bewertung genannt werden.

Die Bewertungen sind jeweils mit ihrer laufenden Nummer (1, 2, ..., n) in **V12** einzutragen. Auch die Begründungen werden so separat codiert (1, 2, ..., n). Achtung: Die erste Bewertung, die codiert wird, erhält ebenso eine 1 wie die erste Begründung, so dass in V12 diese Codes doppelt auftreten. Unter **V13** wird der Wortlaut der Bewertung oder Begründung codiert. Unter **V14** wird die Nummer der jeweiligen Bewertung eingetragen, auch wenn zuvor eine Begründung codiert wurde. Dadurch ist eine Zuordnung jeder Begründung zu dem jeweiligen Bewertungs-Objekt möglich. Unter **V15a** und **V15b** werden die Codes der jeweiligen Bewertung oder Begründung zugeordnet. Sollte ein noch nicht darin verzeichnetes Bewertungs-Objekt oder eine neue Begründung auftauchen, ist das Codebuch mit n + 1 und Nennung des Wortlautes fortzusetzen.

Zur Ordnung der Bewertungsobjekte sowie den Begründungen ist anzumerken, dass diese zunächst chronologisch erfolgte – also mit dem Auftreten neuer Bewertungsobjekten bzw. Begründungen im Voruntersuchungs-Material (Pressemitteilungen der Regierung, Parteien und NGOs). Erst, als diese vollständig erfasst und mit dem jeweiligen Code versehen waren, erfolgte eine thematische Ordnung nach Stichworten. Diese hätte auch – entsprechend der Methode von Weiß – mittels der Zuordnung von Begründungen zu dem jeweiligen Bewertungs-Objekt erfolgen können. Doch es stellte sich heraus, dass Begründungen im Zusammenhang mit mehreren Bewertungsobjekten genannt wurden. Deshalb erfolgte die Sortierung nach Stichworten (siehe Argumenten-Listen).

Die Richtung einer Bewertung wird unter **V16** codiert. Handelt es sich bei dem gerade zu codierenden Fall um eine Begründung, wird in V16 die selbe Richtung eingetragen wie bei der Bewertung selbst – denn jeder Richtungswechsel bei der Bewertung würde einen neuen Fall signalisieren. Die Begründungen geben also keine eigene Richtung wieder!

Die Codierung der Richtung der Bewertung erfolgt auf einer Skala von fünf Stufen. Ist eine Bewertung indifferent, wird mit 0 codiert. Beispiele für indifferente Bewertungen sind etwa Aussagen wie „Ich habe mich auf eine Haltung beim Kongo-Einsatz noch nicht festgelegt“.

Ist eine Bewertung eindeutig negativ, wird mit -2 codiert. Die Aussage „Ich bin gegen einen Einsatz im Kongo“ ist mit -2 zu codieren. Das jeweilige Bewertungsobjekt lautet in diesem Fall 13, also der Einsatz von Bundeswehrsoldaten – dies ergibt sich aus der Liste der Bewertungsobjekte. Wird die Aussage relativiert, wird mit -1 codiert – also etwa bei der Aussage „Ich bin unter den gegebenen Umständen gegen einen Einsatz“. Dieselbe Logik der Codierung ist im positiven Bewertungsfall anzuwenden.

In Variable V17 wird eingetragen, an welcher Stelle die Bewertung oder Begründung genannt wird. Handelt es sich um die Überschrift, wird mit 1 codiert. Bei hervorgehobenen Stellen – zum Beispiel dem Leadtext oder Zwischenüberschriften – erfolgt eine Codierung mit 3. Tauchen Begründung oder Bewertung im Textkörper eines Artikels auf, wird mit 2 codiert. Mit 1 wird nur dann codiert, wenn eine Bewertung etwa am Schluss des Textes in einem Nebensatz auftaucht.

Unter **V18** wird der Akteur codiert, der die Bewertung oder Begründung abgibt. **V19** ist die Variable, in der festgehalten wird, ob die Bewertung oder Begründung von einem Dritten zitiert wird. Ist dies der Fall, kann unterschieden werden: Wird das Zitat selbst negativ bewertet, erfolgt eine Codierung mit 1 und umgekehrt mit 2. Wichtig: Die Codierung unter V16 erfolgt dann in der Richtung, in der der Zitierende diese dreht. Wird also etwa ein Vorziehen der Steuerreform abgelehnt, das Zitat aber im Text negativ bewertet, wird mit „5“, also dafür codiert, und nicht mit „1“.

A1.3 Variablen

A1.3.1 Formale Variablen Artikel-Ebene

V01:	Nr. der Mitteilung	1, ..., n
V02:	Datum	sechsstellig, TT, MM und JJ
V03:	Mitteilungs-Medium	1 = Süddeutsche Zeitung 2 = Frankfurter Allgemeine Zeitung 3 = Frankfurter Rundschau 4 = Die Welt 5 = Pressemitteilung NGO 6 = Pressemitteilung SPD 7 = Pressemitteilung CDU/CSU 8 = Pressemitteilung FDP 9 = Pressemitteilung Grüne 10 = Pressemitteilung PDS 11 = Bundespresseamt
V04:	Länge insgesamt	Zahl der Zeichen ohne Leerstellen
V05:	Länge Debatten-Absatz	Zahl der Zeichen ohne Leerstellen (nur der Absatz, der von der Debatte handelt)
V06:	Diskurs	1 = I Irak-Krieg 2 = Vorziehen Steuerreform 3 = Kongo-Einsatz 4 = Gesundheitsreform 1. Phase
V07:	Seitenzahl	0, 1, 2, ... n
V08:	Genre	0 = Pressemitteilung 1 = Nachricht/Bericht

		2 =	Kommentar
		3 =	Reportage
		4 =	Leserbrief
		5 =	Interview
		6 =	Analyse
		7 =	Sonstiges
V09:	Verfasser	0 =	Pressemitteilung
		1 =	Autoren-Beitrag
		2 =	Agentur-Meldung
		3 =	Mischung Autor/Agentur
		4 =	Sonstiges
V10:	Welche Dimension der Debatte wird angesprochen?	1 =	Diskurs wird nur am Rande behandelt
		2 =	Diskurs wird neben anderem behandelt
		3 =	Diskurs wird hauptsächlich behandelt
		4 =	Diskurs wird ausschließlich behandelt
V10a:	Nennung Regierung		0, 1, ..., n
V10b:	Nennungen Union		0, 1, ..., n (ohne Regierungsvertreter)
V10c:	Nennungen SPD		0, 1, ..., n (ohne Regierungsvertreter)
A1.4	Variablen Argument-Ebene		
V11:	Begründung	1 =	Bewertung
		2 =	Begründung
V12:	Bewertung		1, 2, 3, ..., n
V13:	Wortlaut der Begründung oder Bewertung		
V14:	Bezug der Begr.		Hier die laufende Nr. der Bewertung, auf die sich eine Begründung bezieht
V15a:	Bewertungsobjekt	1 =	Regierung/Regierungspolitik
		2 =	Opposition
			Rest: siehe Listen unter Punkt 13.3.1 bis 13.3.4

V15b:	Argument-Nummer	für alle Debatten
		0 = Sonstiges oder keine
		1 = Regierung allgemein
		2 = Opposition allgemein
		3 = Wählertäuschung
		4 = Politische Kontinuität
		5 = Politische Unterstützung
		6 = Bevölkerungszustimmung
		7 = Populismus
		8 = Koalitionsauseinandersetzungen
		9 = Parteitaktik
		10 = Gesetzesentwurf/Entscheidung
		11 = Blockadehaltung
		12 = Eigener politischer Vorschlag
		Rest: siehe jew. Liste
15bb:	Bewertungsrahmen	siehe Liste bei den jeweiligen Debatten
V15c:	Bewertungsobjekt oder Begründung in der Liste vorhanden, oder neu?	0 = schon vorhanden 1 = neu
V16:	Richtung der Bewertung	2 = dafür/Zustimmung 1 = eher dafür 0 = unentschlossen -1 = eher dagegen -2 = dagegen/Kritik
V17:	An welcher Stelle wird die Bewertung oder Begründung genannt?	1 = untergeordneter Stelle 2 = weder noch 3 = hervorgehobene Stelle 4 = Überschrift
V18:	Wer bewertet oder begründet?	100 Kanzler 101 Minister/Staatssekretär
	Regierung national	102 Regierungssprecher 103 Sonstiger Regierung
	Regierung international	104 Staatschef international 105 Regierung/Institution internat.

Parteien Bund	125	Regierungsfraktion
	126	Opposition
	106	Bundespolitiker der SPD
	107	Bundespolitiker CDU/CSU
	108	Bundespolitiker/Fraktion FDP
	109	Bundespolitiker/Fraktion Grüne
	110	Bundespolitiker/Fraktion PDS
Land	111	Unions-Ministerpräsident
	112	SPD-Ministerpräsident
	113	Landespolitiker Regierungslager
	114	Landespolitiker Oppositionslager
	115	Bundesrat
	116	Jusos
	117	Grüne Jugend
	118	Junge Union
	119	Julis
Parteienflügel	120	Flügel der SPD
	121	Flügel der CDU oder die CSU
	122	Flügel der Grünen
	123	Flügel der FDP
	124	Flügel der PDS
Meinungsforschung	130	Meinungsforschungsinstitut
halbstaatliche Organisationen	141	Krankenkassen
	142	Kassenärztliche Vereinigungen
Lobbys / Verbänd	150	Wirtschafts-Verband
	151	Verbraucherschutz-Verband
	152	Gewerkschaft
	153	sonst. Berufsverband
	154	Kirche/kirchl. Organisation
	155	Sozialverband (auch kirchliche)
	156	Hilfsorganisation

		157	NGO
		170	Experten
	Bürger	200	Bürger
	Medien	300	Journalist
V19:	Wird die Bewertung umgekehrt oder unterstützt?	1	Ja, negativ
		0	Nein
		2	Ja, positiv
V20:	Wenn ja, von wem?		Wie V17
V21:	Akteurslager	1	Regierung und jeweilige Regierungs- Koalitionäre
		2	Opposition
		3	Intermediäres System
		4	Journalisten
		5	Bürger

A1.4.1 Bewertungsobjekte zum Irak-Krieg

- 4 Frieden
- 5 Inspektionen
- 6 Sicherheitsrat/Resolution 1441
- 7 Bündnisverpflichtung/EU-Position
- 8 Verhältnis USA
- 9 Kampf gegen Terror
- 10 Kooperation des Irak
- 11 Existenz Massenvernichtungswaffen
- 12 neue Resolution/Ultimatum
- 13 Bundeswehreinsatz/Militäreinsatz
- 14 Menschenrechtsverletzungen
- 15 Stabilität der Region
- 16 Bundestagsbeschluss zum
Einsatz nötig/unnötig
- 17 Druck gegen Irak
- 18 Irak als Bedrohung
- 19 Abstimmungsverhalten D in UN

- 20 Position der USA
- 21 Deutschland/EU trägt Verantwortung
- 22 Begrenzung des Mandats
- 23 Ansehen Deutschlands in der Welt
- 24 Bedrohung der Zivilbevölkerung
- 25 Völkerrecht/UN-Mandat erforderlich
- 26 Schutz der Zivilbevölkerung
- 27 Sicherung der Wahlen
- 28 Längerfristiges Konzept
- 29 Schutz nur von Europäern
- 30 rechtsstaatliche Strukturen aufbauen
- 31 Unparteilichkeit des Einsatzes
- 32 konsequentere Ahndung von
Verstößen gg. UN-Resolution
- 33 Situation nach Einsatz
- 34 zivile statt mil. Projekte
- 35 Möglichkeit humanitärer Hilfe
- 36 Beteiligung nur mit Logistik
- 37 führende Funktion der BW
- 38 Kapazitäten der BWehr
- 39 Kosten des Einsatzes
- 40 Transparenz der Entscheidung
- 41 Vorfestlegung
- 42 Regime Irak
- 43 religiöse Legitimierung d. Krieges
- 44 Friedliche Lösung/Entwaffnung
- 45 Boykott US-Firmen/Kein Blut für Öl
- 46 Bush
- 47 Antiamerikanismus
- 48 Obstruktionspolitik
- 49 Demokratisierung des Irak/Ostens
- 49a weitere Verbreitung von WMD
- 50 Krieg als Verteidigung gegen die USA

A1.4.2	Begründungen zum Irak-Krieg		
Allgemein		1	Regierung allgemein
		2	Opposition allgemein
		3	Wählertäuschung
		4	Politische Kontinuität
		5	politische Unterstützung
		6	Bevölkerungszustimmung
		7	Populismus
		8	Koalitions-Auseinandersetzung
		9	Parteitaktik
		10	Gesetzesentwurf/Entscheidung
		11	Blockadehaltung
		12	eigener politischer Vorschlag
		13	Bundeswehreinsatz
V15bb: 1	Pro Regierung	100	gegen Krieg allgemein
Krieg und		101	gegen Irak-Krieg
dessen		102	Kriegstreiberei
Legitima-		104	Konflikt ist hochgefährlich
tion		105	Krieg gefährdet Stabilität d. Region
		106	Krieg ist nicht legitimiert
		108	Es gibt Alternative zum Krieg
		109	Gewalt nur als Ultima Ratio
		111	Krieg gefährdet weltweite Sicherheitslage
		112	friedliche Entwaffnung d. Irak
		113	Kriegsangst destabilisiert die Weltwirtschaft
		114	Lösung des Konflikts mit friedlichen Mitteln
		115	keinen Automatismus zum Krieg
		116	unschuldige Menschen sterben, Krieg gefährdet Zivilbevölkerung, auch: humanitäre Katastrophe
		124	Terror nimmt durch Krieg zu
		125	Krieg hat Einfluss auf Ölpreis
		127	weitere Entfremdung zwischen Christen und Muslimen/westlicherWelt und Nahem Osten

- 128 Christen im Irak werden Opfer von Fanatikern
- 129 Menschenrechte/Demokratie lassen sich nicht mit Krieg durchsetzen
- 130 Krieg zerstört zivile Infrastruktur
- 131 Krieg könnte für Israel gefährlich werden/stabil. Naher Osten
- 133 Krieg ist Scheitern der Politik
- 134 Krieg führt nicht zu mehr Gerechtigkeit
- 135 Krieg erzeugt neue Probleme
- 136 Es gibt eine moralische Pflicht, den Konflikt friedlich zu lösen
- 137 Verpflichtung der UN-Charta, Konflikte friedlich beizulegen
- 138 kein Krieg allein zum Zweck des Regimewechsels
- 139 willkürliche Ausweitung des Präventions-Begriffs
- 140 Alle diplomatischen Bemühungen würden durch Krieg scheitern
- 141 gibt keine Beweise der Verwicklung des Regimes in den 11. September
- 142 Recht des Stärkeren
- 144 Ältere in D. haben Krieg erlebt
- 148 Interessen der Anrainerstaaten müssen einbezogen werden
- 150 Israelisch-palästinensischer Konflikt kann wiederbelebt werden
- 155 Recht auf Selbstverteidigung setzt bevorstehenden Angriff voraus
- 156 Krieg zur Gefahrenvorbeugung Würde das völkerrechtliche Gewaltverbot aushöhlen
- 158 Krieg fördert Terrorismus
- 165 Regime ist zu verurteilen
- 175 Krieg ist völkerrechtswidrig
- 176 Kein Blut für Öl
- 177 USA waren von Anfang an nur auf Regimewechsel aus
- 179 Irak ist keine Gefahr für USA
- 183 dieser Krieg ist nicht das letzte Mittel
- 185 Frage stellt sich: Wer ist der Nächste?

15bb: 2 Contra Regierung

**Krieg und
dessen**

Legitimation

- 186 Alleingang der USA
- 187 Bedrohung durch Irak rechtfertigt Krieg nicht
- 241 Irak/Saddam als Ersatzfeindbild für den Terrorismus allgemein
- 245 Unterstützung d. USA (Nutzung von Militärbasen etc.) ist verfassungswidrig
- 249 Kriegsangst trübt das deutsche Wirtschaftsklima
- 257 neue Resolution rechtfertigt den Einsatz von Gewalt
- 259 USA streben nach der Weltherrschaft
- 261 den USA geht es nur um wirtschaftlichen Gewinn
- 203 Krieg verhindert Opfer durch Saddam
- 204 handelt sich nicht um Präventivschlag
- 207 KZs wurden von Soldaten befreit
- 208 Man darf nicht nur über Opfer des Krieges sprechen
- 213 Irak hat mehrfach Frieden mit den Nachbarn gebrochen
- 214 Menschen im Irak leiden unter Sadam
- 237 Tyrannen und Terroristen Stirn bieten
- 240 USA haben Recht, Gewalt einzusetzen, wenn ihre Sicherheit bedroht ist
- 246 Saddam will Familie/Regime retten
- Demokratisierung des Nahen Ostens, auch: Modernisierung des Islams
- 251 Krieg wird keine Entwaffnung bedingen
- 252 Krieg gibt islamischen Fundamentalisten Auftrieb
- 255 Irak verteidigt sich gegen Ungläubige
- 256 Land erhält wirtschaftliche/finanzielle/militärische/politische Unterstützung von den USA
- 258 Krieg bringt polit./wirtschaftl. Vorteile f. das jeweilige, mit den USA konform gehende Land
- 260 Kosten für den Wiederaufbau

15bb: 3 Pro Regierung

**WMD und
Fortsetzung
Inspektion**

- 103 Irak muss entwaffnet werden
- 107 mehr Zeit für Waffeninspektionen/
intensivere Inspektionen
- 110 Einhaltung der Resolution 1441
- 120 Waffeninspektoren leisten gute Arbeit
- 121 Irak kooperiert
- 122 Irak ist keine Bedrohung
- 123 Irak rüstet ab
- 126 Angriff ohne UN-Mandat
völkerrechtswidrig
- 132 USA greifen Nordkorea auch nicht
wegen WMD an
- 143 kein Hinweis auf WMD
- 146 Haltung des Weltsicherheitsrates
- 147 Inspektions-Bericht macht Hoffnung
- 149 UN-Resolution enthält keinen
Automatismus zu Gewalt
- 151 Druck auf Irak aufrecht halten
- 152 Waffeninspektionen kosten weniger
als Krieg
- 153 Irak hat keine Atomwaffen
- 159 Rahmenbedingungen der
Abstimmung im Weltsicherheitsrat
ungewiss
- 160 Irak darf keine WMD besitzen
- 161 Irak-Frage muss gelöst werden
- 162 weiterer Beschluss des Sicherheitsrats
wäre nötig
- 164 WMD-Potential Sache der
Völkergemeinschaft
- 167 nur Uneinigkeit bei den Mitteln zur
Entwaffnung
- 171 Verbleib von 1.000 Tonnen
Chemikalien noch nicht klar
- 172 Klarheit über WMD nötig
- 173 Irak arbeitet mit Inspektoren
zusammen
- 174 keine neue Resolution
- 178 USA geht es gar nicht um eine
Entwaffnung
- 242 Giftfabriken
- 244 UNO spricht nur vom Zweck, nicht
von den Mitteln

15bb: 4 WMD und Fortsetzung Inspektion	Contra Regierung	250	Man wird mit Diktatoren nicht anders fertig
		205	Es geht um Glaubwürdigkeit des UN-Sicherheitsrates
		209	Irak vollständig entwaffnen
		212	Irak strebt nach WMD
		224	Irak weigert sich, WMD abzurüsten
		225	Hussein hat Resolution 1441 verletzt
		230	Bericht des Waffeninspektors
		231	Sadam lügt und betrügt
		234	UN versucht seit Jahren, Saddam zum Einlenken zu bewegen
		236	Wenn jetzt nicht gehandelt wird, drohen weitere Konflikte
		243	UN-Resolutionen 678 und 687
		253	militärisches Eingreifen lt. UN-Resolution 1441 gedeckt
		15bb: 5 Bündnis- Politik, Haltung der Regierung und der USA	Pro Regierung
119	Fortbestand der Anti-Terror Koalition wäre gefährdet		
145	deutsche Soldaten sollen nicht beteiligt werden		
155	Haltung Fs und/oder Rus gemeinsam mit Deutschland		
157	System der Staatengemeinschaft wird in Grundfesten erschüttert		
163	Streben der USA nach neuer Weltordnung		
166	Einigkeit bei Kampf gg. Terror		
168	Meinungsverschiedenheit gefährdet Freundschaft zu USA nicht		
169	gemeinsames Wertefundament USA und D		
180	ausschließlich zum Schutz des Bündnisgebietes		
181	Flugzeuge dürfen sich nicht am Krieg beteiligen		
182	Bush kanzelt Unwillige ab und agiert selbst unbesonnen		
184	Leitlinien der zivilen Welt gelten für USA außerhalb der Welt nicht		
247	Krieg gegen den Irak als Weltmission		
15bb: 6 Bündnis- Politik, Haltung der Regierung	contra Regierung	200	Deutschland im Abseits
		201	Paradigmenwechsel Außenpolitik
		202	Regierung hat Krieg wahrscheinlicher gemacht
		206	verlässliche transatlantische

**und der
USA**

- Partnerschaft
- 210 kein deutscher Sonderweg/Lehre aus der Geschichte
- 211 Bündnisverpflichtungen
- 215 Festlegung in Irak-Frage ist respektlos gegenüber Weltgemeinschaft
- 216 Ausgleich zwischen USA und F
- 217 Geschlossenheit der EU nötig
- 218 Schaden für die Diplomatie
- 219 gefährdet gemeinsame Positionsfindung
- 220 beschädigt Nato-Bündnis
- 221 D blockiert Schutz der Türkei durch die NATO
- 222 Patriot-Raketen haben rein defensiven Charakter
- 223 Irak ist Risiko für internationale Ordnung
- 226 Drohkulisse wurde geschwächt
- 227 Blockadehaltung nicht im Interesse Deutschlands
- 228 Verhältnis zu USA schwer gestört
- 229 Kooperation des Irak wird durch Deutschlands
- 232 Sadam versteht nur Druck
- 233 USA haben Erfolge erzielt
- 235 B-Regierung unterstützt Krieg logistisch
- 238 Grauzonen im Kriegsfall vermeiden
- 239 Saddam muss Land verlassen
- 263 Mitziehen aus Solidarität zu USA
- 253 Krieg widerspricht dem Willen Gottes
- 254 Krieg ist der Wille Gottes
- 262 moralische Aufgabe, Saddam zu entmachten

A1.4.3 Bewertungsobjekte in der Debatte um die Steuerreform

- 100 Vorziehen der Steuerreform
- 101 Sanierung des Haushalts/Risiko
- 102 Konjunktur und Arbeitsmarkt

103	Maastricht-Kriterien
104	Subventionsabbau/ Privatisierung
105	Standort Deutschland
106	Entlastung für Bürger und Unternehmen/Steuersenkung allgem.
107	Staatsausgaben
108	Zukunftsinvestitionen
109	Verfassungs-Konformität
110	Belastung für Kommunen
111	Gesamtkonzept für Steuer
112	Zustimmung im Bundesrat
113	Finanzierungskonzept
114	Steuern senken
115	Reiche weniger entlasten
116	Störung des wirtschaftl. Gleichgewichts
117	Senkung der Verschuldung
118	Finanzierung durch Schulden
119	Einsparungen im Haushalt/bei Beamten und Pensionäre
120	Konzept der Union
121	Steuervereinfachung
122	Steuerkonzept der SPD
123	Abbau von Zuwendungen (Umsetzung Agenda 2010)
124	Steuergerechtigkeit
125	Handlungsfähigkeit des Staates
126	Privatisierung v. Staatseigentum
127	einmalige Steuersenkung gg. spätere Steuererhöhungen
128	Situation der Wirtschaft
129	Reform der Sozialsysteme
130	Senkung Spitzensteuersatz
131	Aufspaltung der Steuerreform
132	Abschaffung Maastricht-Kriterien
133	Ausgleich für Länder und

	Kommunen	
134	MwSt.-Erhöhung	
135	Strukturreformen	
136	Belastung für Alleinerziehende	

A1.4.4 Begründungen in der Debatte um die Steuerreform

V15 bb: 1 Konjunktur Entlastung	Pro Regierung	302	Wachstum steigt
		303	Arbeitslosigkeit nimmt ab
		307	Reform ist wirtschaftlich notwendig
		310	Wirtschaft wird gestärkt
		311	Konjunktur-Signale unterschiedlich
		314	Entlastung für Bürger
		315	Entlastung für Wirtschaft
		317	EU-Wirtschaft wird gestärkt
		319	ohnehin belastete Konjunktur wäre zusätzlich belastet
		320	positives Signal für Konjunktur/ wirtschaftliches Wachstum
		321	positives Signal für den Arbeitsmarkt
		326	Wirtschaftswachstum wird geopfert
		327	Gefahr von Deflation wird akut
		329	Selbstfinanzierungseffekt durch steigenden Konsum
		332	erdrückend hohe Steuerlast
		334	Unternehmen leiden an Konjunkturkrise
		335	positiver Steuereffekt verpufft sonst
		336	Ableiten in Rezession verhindern
		337	gestörtes wirtschaftl. Gleichgewicht
		338	Pleitewelle droht ohne Vorziehen
339	Bürger und Betriebe brauchen Klarheit		
340	Hoffnung für die Zukunft		
444	mehr Investitionen durch weniger Steuern		
V15 bb: 2 Konjunktur Entlastung	Contra Regierung	402	schwierige wirtschaftliche Lage
		404	Konjunktur wird nicht belebt
		405	Be- übersteigen Entlastungen auch: Entlastung verpufft

		406	De Facto eine Steuererhöhung
		411	falsche gesamtwirtschaftliche Annahmen
		421	unseriöse Finanzierung schafft kein Vertrauen bei Bürgern
		425	jüngere Generation wird belastet
		428	Belastungen für Familien doppelt
		433	trotz Sozialabbau wird Spitzensteuersatz gesenkt
		434	Einkommensmillionären nicht 60,000 Euro jährlich schenken
		437	bei Zurückzahlung der Schulden wird wiederbelebte Konjunktur abgewürgt
		443	Anzeichen für eine selbständige Konjunkturbelebung ohne Eingreifen
		446	ungerecht, da Gutverdiener mehr entlastet werden als Bürger mit geringerem Einkommen
		448	fehlende Entlastung von Kommunen und Länder
V15 bb: 3	Pro Regierung	308	Subventionen werden abgebaut/ Privatisierungserlöse
Subventionsabbau		323	Ohne Subventionsabbau müssen Steuern erhöht werden
		324	zuviel Subventionsabbau sinnlos
		331	durch Kürzung der Zuwendung 2 Mrd, einsparen
		345	Pendlerpauschale ist ökologisch Unsinn und befördert Zersiedlung
		346	Pendlerpauschale kommt den Wohlhabenden zugute
		355	sinnlose Subventionen müssen weg
V15bb: 4	Contra Regierung	413	Investitionen und Mobilität durch Subventionsabbau beschränkt
Subventionsabbau		414	auch soziale Leistungen müssten gekürzt werden
		417	Pendlerpauschale muss bleiben
		418	Abschaffung der Pendlerpauschale ist verfassungswidrig
		419	Abbau der Eigenheimzulage richtet viel Schaden an
		440	Subventionen sind Kommunen längst versprochen
		304	Verschuldung mittelfristig stoppen/

**V15 bb: 5
Finanzierung und
Haushalt**

Pro Regierung

Verschuldung im Rahmen

- 306 Privatisierungserlöse
- 309 begrenzte höhere Kreditaufnahme wird durch Vorziehen akzeptabel
- 312 Unklarheit über Finanzierung darf Vorziehen nicht im Weg stehen
- 316 Einschnitte im Bundeshaushalt
- 318 EU-Stabilitätspakt wird entsprochen (Einhaltung Maastricht-Kriterien)
- 325 Länder müssen mehr zur Konsolidierung beitragen
- 328 Konsolidierungs- und Einsparungsbedarf in Haushalten
- 330 andere Länder wie USA haben gute Erfahrung mit Steuersenkung
- 333 öffentliche Haushalte können nur mit Wachstum saniert werden
- 341 solides Finanzierungskonzept
- 342 zusätzliche Privatisierung
- 343 zusätzliche Entlastungen durch Umbau der Sozialsysteme
- 347 Finanzierung d. Schulden ökologisch sinnvoll
- 348 keine Steuererhöhungen an anderer Stelle
- 349 geht nicht, nur Eingangs- und nicht auch Spitzensteuersatz zu senken
- 350 Ausfälle von etwa zehn Milliarden Euro im laufenden Jahr
- 351 an anderer Stelle 15 Mrd. einsparen
- 352 Überschreitung des Stabilitätspakts ist hinzunehmen
- 353 Defizitquote sagt nichts über die Stabilität der Finanzpolitik
- 356 Liquiditätsprobleme nur 2004
- 357 Haushalt ist verfassungskonform
- 358 Entlastung der Bürger wird nicht durch höhere Schulden finanziert
- 359 Länder werden um 7 Mrd. entlastet
- 441 bricht nicht den Stabilitäts- und Wachstumspakt
- 449 Selbstfinanzierung durch höhere Steuereinnahmen

**V15 bb: 6
Finanzierung und**

Contra Regierung

- 400 kein solides Steuerkonzept
- 401 Neuverschuldung belastet zukünftige Generationen

Haushalt

15bb: 0 Sonstiges

Pro Regierung

- 403 Haushalts-Defizit
- 407 unseriös finanziert
- 408 bricht Maastricht-Kriterien
- 409 Haushalt ist verfassungswidrig
- 412 zu optimistische Ansätze bei den
Steuereinnahmen und den
Arbeitsmarktausgaben
- 415 Maßnahmen-Mix von Kürzung der
Ausgaben und Privatisierung
- 416 Privatisierungserlöse überschätzt
- 422 Spielraum der öffentlichen Haushalte
wird weiter eingeengt
- 423 Haushaltsgesetz dient zur Deckung
der Defizite
- 424 zusätzliche Haushaltsbelastungen
(für 2007)
- 427 Haushalt wurde nie richtig saniert
- 429 Bundesregierung jongliert mit
Phantasiezahlen
- 431 Telekom-Aktien sind 24 Mrd. wert
- 432 Länderhaushalte werden zu stark
belastet
- 435 Sparpolitik als rot-grünes
Markenzeichen hat sich erledigt
- 436 Gegenfinanzierung muss gesichert
- 438 Steuerausfälle für Länder und
Kommunen
- 439 Länderhaushalt nicht mehr
verfassungskonform
- 446 Betrug an den Steuerzahlern
- 300 Kernelement der Strukturreform/
Modernisierung Agenda 2010
- 301 Meinung von Experten
- 305 Merz-Konzept ist unsolidarisch
- 313 Steuerrecht im EU-Vergleich günstig
- 322 Politik bleibt handlungsfähig
- 354 Staat wird verschlankt
- 440 Ja bei gleichzeitiger Strukturreform
- 442 Ausweg aus gesamtwirtschaftlichem
Ungleichgewicht
- 447 Popularitätserhöhung für Rot-Grün

15bb: 0	Contra Regierung	410	Vorziehen ist Vertragsbruch
Sonstiges		420	Experten lehnen Konzept ab
		426	Reformen wurden verzögert
		430	D benötigt eine Bestandsaufnahme
		450	Bürger geben zusätzliches Geld nicht für Konsum aus, sondern sparen es

A1.4.5 Bewertungsobjekte in der Debatte um einen Kongo-Einsatz

3	Krieg
4	Frieden
7	Bündnisverpflichtung/EU-Position
9	Kampf gegen Terror
13	Bundeswehreinsatz/ Militäreinsatz
14	Menschenrechtsverletzungen
15	Stabilität der Region
16	Bundestagsbeschluss zum Einsatz nötig/unnötig
21	Deutschland/EU trägt Verantwortung
22	Begrenzung des Mandats
23	Ansehen Deutschlands in der Welt
24	Bedrohung der Zivilbevölkerung
25	Völkerrecht/UN-Mandat erforderlich
26	Schutz der Zivilbevölkerung
27	Sicherung der Wahlen
28	längerfristiges Konzept
29	Schutz nur von Europäern
30	rechtsstaatlich aufbauen
31	Unparteilichkeit des Einsatzes
32	konsequentere Ahndung von Verstößen gg. UN-Resolution
33	Situation nach Einsatz
34	zivile statt militärische Projekte
35	Möglichkeit humanitärer Hilfe
36	Beteiligung nur mit Logistik

37	führende Funktion der Bundeswehr
38	Kapazitäten der Bundeswehr
39	Kosten des Einsatzes
40	Transparenz der Entscheidung
41	Vorfestlegung eines Einsatzes
42	Regime Kongo

A1.4.6 Begründungen in der Debatte um einen Kongo-Einsatz

V15bb: 1 Situation im Kongo	Pro Einsatz	500	Zukunft des Kongos
		501	Stabilität im Kongo/Region
		505	kongol. Regierung hat zugestimmt
		507	Kongo ist so groß wie Westeuropa
		509	Flüchtlinge bereits zurückgekehrt
		510	Hoffnung für Bevölkerung
		511	Wahlverlierer greifen zu den Waffen
		512	Frieden in der Region sichern
		513	Schutz von Zivilisten stabilisiert
		514	Zeichen von Solidarität mit leidgeprüfter Bevölkerung
		515	Milizen sind wieder eingegliedert
		517	Gewaltexzesse an Zivilbevölkerung
		519	Wahlen sind Voraussetzungen für den Frieden
		521	Kongo rechnet mit einer Truppe
		526	Chance für Demokratie im K
		527	Flüchtlingsströme nach E
		528	kongol. Regierung ist nicht demokratisch legitimiert
		532	Milizen sind bereits entwaffnet
		533	keine Kindersoldaten in Kinshasa
		534	E ist sehr angesehen im Kongo
535	Demokratie im Kongo wird gestärkt		
537	25 Mio. Wahlberechtigte sind bereits registriert		
538	in der Hauptstadt zeigt sich, ob		

**V15bb: 2
Situation im
Kongo**

Contra Regierung

- 539 Wahlen korrekt gelaufen sind
Unruhen könnten von der
Hauptstadt auf das Umland
übergreifen
- 541 legitimierte Regierung wäre
verlässlicher Ansprechpartner für
EU
- 542 Stabilität nur gewährleistet, wenn
Bev. Wahl akzeptiert
- 544 Absicherung der Wahlen
- 550 Kongo eines der
ressourcenreichsten Länder der
Welt
- 551 Kongo verfügt über strategische
Rohstoffe, die für Europa wichtig
sind
- 553 Man kann nicht riskieren, dass
Uranlagerstätten Kongos in die
falschen Hände geraten
- 556 strategische Bedeutung Kongo
- 564 Kongo darf kein Rückzugsraum
für Islamisten und Kriminelle
werden
- 575 verstärkter Abschreckungseffekt
für mögliche Störer der Wahl
- 602 Zivilisten müssen auch vor
Kabilas Truppen geschützt
werden
- 603 Entwicklung für leidgeprüftes
Volk
- 606 Konflikt wurde zu lang
vernachlässigt
- 607 kongol. Armee besteht aus
Rebellen
- 608 kongol. Armee tötet Zivilisten
- 609 Militäreinsatz vernachlässigt
Osten des Kongos
- 610 Wahlen alleine garantieren weder
Frieden noch Demokratie
- 611 gegen Ausbeutung der
Bodenschätze konsequent
vorgehen
- 613 humanitäre Katastrophe
- 614 Kongo wird nur politische
Showbühne
- 626 kongol. Regierung hat Einsatz
noch nicht zugestimmt
- 628 Situation könnte eskalieren
Bürgerkrieg ist möglich

**V15bb: 3
Bündnis-
Verpflichtungen
Deutschlands**

Pro Regierung

- 635 Kindersoldaten
638 zu hohe Risiken im Unruhegebiet
644 Wahl in Kongo verschoben
646 Kongo so groß wie Westeuropa
664 Lage des Kongo
665 Konflikt zu unübersichtlich
667 Einsatz in Kinshasa reicht nicht
aus, um ganz Kongo zu
stabilisieren
504 auch andere EU-Länder beteiligen
sich am Einsatz
506 UN-Mandat ist Voraussetzung
508 Zahl der UN-Soldaten relativ
gering
516 D und EU tragen Verantwortung
518 Westen hat zu lange weggesehen
522 auch D hat Wahlbeobachter im
Kongo
523 D/EU haben Wahlen
mitfinanziert
525 E/D hat sich finanziell engagiert
530 UN-Einsatz kostet 1,2 Mrd. Euro
im Jahr
531 Blauhelme sind auf Einsatzort
beschränkt
536 D hat Hilfen für Kongo nie
ausgesetzt
540 UN-Truppen sind zu klein
545 übliche „Arbeitsteilung“ bei
internat. Missionen
546 Beitrag zum D-F-Verhältnis
548 F und GB lehne Führungsrolle ab
552 bisherige UN-Truppe kann keine
Sicherheit bieten
554 Europapolitik Ds
563 Effizienz und Glaubwürdigkeit
europäischer Außenpolitik steht
auf dem Spiel
566 neue europäische Verpflichtung
569 UN-Sicherheitsrat hat zugestimmt
572 gesamteuropäisches
Sicherheitsinteresse
574 Truppenaufstockung trägt dazu
bei, dass die EU-Truppe besser
wahrgenommen wird
601 franz. Regierung unterstützt
Kabila
617 Verstöße gegen Resolution nicht
genügend geahndet
618 koloniale Vergangenheit mancher
EU-Länder

**V15bb: 4
Bündnis-
Verpflichtungen
Deutschlands**

Contra Einsatz

**V15bb: 5
Kapazität der
Bundeswehr
und Legitimität
des Einsatzes**

Pro Regierung

- 621 Nato-Truppen existieren nur auf dem Papier
- 622 EU-Truppe kam bislang nicht zum Einsatz
- 627 Beteiligung anderer EU-Staaten steht noch nicht fest
- 640 faire Lastenverteilung nötig
- 642 andere Länder besser prädestiniert
- 659 Hinweis auf internationale Verantwortung reicht nicht aus, um einem Einsatz zuzustimmen
- 660 klarer Nutzen für Deutschland und Europa muss verdeutlicht werden
- 668 nicht möglich, die europäischen Interessen in Afrika zu wahren
- 502 Stabilisierung im Interesse Ds
- 503 Einsatz wird zeitlich und/oder räumlich begrenzt
- 520 Bedingungen der Bundesregierung für Einsatz wurden erfüllt
- 524 andere erfolgreiche Operationen
- 529 Einsatz ist auch mit Risiken verbunden, die sind aber kalkulierbar
- 543 auch Mission Artemis war erfolgreich
- 547 dt. Truppe hat sich bei Einsätzen bewährt
- 549 dt. Truppe dafür ausgebildet
- 553 Fakten über den Einsatz bald klar
- 557 Regierung hat ihren politischen Willen geäußert
- 558 „Riesenerfolg“, der schon erreicht worden sei
- 559 koloniale Vergangenheit Ds
- 560 deutsche Interessen in Afrika
- 561 Bedingungen an den Einsatz erfüllt
- 562 Bedenken ausgeräumt
- 565 Vorbereitungen schon zu weit gediehen
- 567 Einsatz verantwortbar
- 568 500 Soldaten reichen nicht aus
- 570 Bundeswehr gilt als neutral
- 571 Mandat ordentlich vorbereitet
- 573 humanitäre Gründe
- 600 langfristiges Konzept fehlt
- 604 Zahl der Wahlbeobachter/Soldaten viel zu gering
- 605 Mission könnte von

**V15bb: 6
Kapazität der
Bundeswehr
und Legitimität**

Contra Regierung

des Einsatzes

- Wahlbeobachtung zu
Kampfeinsatz werden
612 isolierter Einsatz hilft Kongo nur
bedingt weiter
615 Soldaten sind skeptisch
616 Militäreinsatz kostet 180 Millionen
619 Finanzierung ist unklar
620 Armee ist an Kapazitätsgrenzen
623 Bundesregierung sagt nicht, was
D beitragen kann
624 Transparenz der Entscheidung ist
nicht gegeben
625 Bundestag hat noch nicht
zugestimmt
629 Zustimmung zum Einsatz kommt
vom Bundestag, nicht der
Regierung
630 vorzeitige Zusage
verfassungswidrig
631 abschreckende Wirkung der EU-
Truppe wird geschwächt
632 Einsatz wird UN-Mandat nicht
gerecht
633 es gibt kein UN-Mandat
634 zivile Hilfe ist Militär-Einsatz
vorzuziehen
- 636 Einzelheiten des Einsatzes noch
unklar
637 Bundeswehr an Grenzen der
Belastbarkeit
639 Truppen noch nicht voll
einsatzfähig
641 Delegationsbericht abwarten
643 dt. Truppe bringt nicht die
nötigen Voraussetzungen mit
645 Anforderungen an die/Funktion
der Truppe unklar
647 „nationale Interessen“ berührt
648 Bundeswehr nicht in Kämpfe
verwickeln
649 schlechte Vorbereitung des
Einsatzes
650 Auftrag/Pläne im Kongo unklar
651 Bundeswehr unterfinanziert
652 Sonderzahlungen für Soldaten
gekürzt
653 wachsende Frustration in der
Truppe
654 Sparzwang im Bundeshaushalt
2007

- 655 Skepsis der Bundesbürger gegenüber Militäreinsätzen
- 656 Absicherung von Wahlen ist ein Polizei-, kein Militäreinsatz
- 657 keine klare politische Zielsetzung
- 658 nicht das Leben deutscher Soldaten aufs Spiel setzen
- 661 deutsches Militär gegenüber Afrika zu vorbelastet
- 662 offen, worin das besondere deutsche Interesse liegen soll
- 663 möglich, dass der Einsatz länger als geplant dauert
- 666 Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee
- 669 Einsatz gegen das Grundgesetz
- 670 verheerend, wenn Mandat verlängert werden müsste
- 671 Einsatz in Afrika nicht unter deutscher Dominanz bestreiten
- 672 es gibt keine Mehrheit für den Einsatz in der Bundeswehr/ Bevölkerung
- 673 lieber den Ehrgeiz auf die Lösung der Probleme Deutschlands verwenden
- 674 Sinn und Erfolg auch bei anderen Auslandseinsätzen umstritten
- 675 schlüssiges Konzept fehlt
- 676 Kriterien nicht erfüllt
- 677 das Fehlen einer „klaren Strategie zur Stabilisierung Afrikas“
- 678 Bundesregierung hat den Einsatz nicht genügend begründet

A1.4.7 Bewertungsobjekte in der ersten Phase der Gesundheitsreform

- 200 Gesundheitsreform
- 201 Strukturen grundlegend verändern
- 202 Verhandlungen in der Koalition/ Sorgfalt bei dem Gesetz
- 203 Finanzierung des Gesundheitswesens
- 204 Versorgung der Patienten und Versicherten allgemein
- 205 Interessen der Beitragszahler
- 206 Effizienz des Gesundheitssystems
- 207 Wettbewerb im Gesundheitssys.
- 208 finanzieller Rahmen für Kassen

209	Wahlfreiheit der Kasse
210	Erhebung eines Zusatzbeitrages
211	Deckelung des Zusatzbeitrages
212	Solidaritätsprinzip
213	Krankenversicherung für alle
214	Öffnung der PKV
215	Eckpunkte der Koalition
216	Prävention
217	Abbau von Bürokratie/mehr Transparenz
218	Gesundheitsfonds
219	Kassenfinanzierung aus dem Haushalt/Steuermitteln
220	öffentliche Debatte über Gesundheitsreform
221	Situation der Ärzte
222	Generat.-Gerechtigkeit bei Reform
223	Abschaffung der PKV
224	Konzept Union (Gesundheitsprämie/ Kopfauschale)
225	Konzept SPD Bürgerversicherung
226	Ministerin Ulla Schmid
227	Positivliste für Arzneimittel
228	Gesundheitskompromiss
229	Kassenbeiträge
230	Koppelung der Beiträge an Arbeitslohn
231	Leistungskatalog
232	Kassenpflicht für alle
233	Zusammenlegung Kassenverbände
234	Apotheker nur Arzneimittelhändler
235	Einfluss des Staates
236	Souveränität der Kassen
237	Eigenbeteiligung
238	Abschaffung der Budgetierung
239	Gesundheitsreform verschieben
240	Einfluss der Lobbys und Kassen
241	amtliche Gebührenordnung für Ärzte
242	Steuererhöhungen zur Finanzierung
243	Ausgabenbegrenzung
244	Kürzungen bei Krankenhäusern
245	Senkung der Beiträge
246	Zusatzprämie
247	Umstrukturierung GKV
248	Nutzenbewertung von

	Arzneimitteln
249	Situation der Krankenkassen
250	Veränderungen für PKV/ Beitragserhöhung
251	Finanzausgleich der Länder
252	Ein-Prozent-Klausel
253	Zwei-Klassen-System
254	Finanzausgleich zwischen Kassen
255	Einzugsstellen der Kassen (regional oder zentral)
256	ein Dachverband für die Kassen
257	Überforderungsklausel
258	Arzneimittelversorgung
259	Belastungsobergrenze für gesetzl. Versicherte
260	finanzielle Ausstattung der Kassen
261	Arzneimittelfinanzierung
262	Parität
263	Risikostrukturausgleich der Kassen
264	Gesetzesentwurf
265	Situation der Apotheken
266	Finanzausgleich zwischen den Kassen/Ländern
267	Versichertenstruktur der Kassen
268	Honorarsystem der Ärzte
269	Bevorteilung von Privatpatienten
270	Finanzberichte der Kassen an Regierung
271	Verwaltungskosten der Kassen
272	Finanzierung der kostenlosen Versicherung von Kindern in der Krankenversicherung (gesetzlich)
273	Finanzierung der kostenlosen Versicherung von Kindern in der Krankenversicherung (privat)
274	Beitragseinzug (bei den Kassen)
275	Privatisierung des Gesundheitswesens
276	Finanzierungslücke im Gesundheitswesen
277	Kürzung des Leistungskatalogs
278	Änderungen bzgl. Pharmaindustrie
279	Dualität der Krankenversicherung
280	Finanzreform der Krankenkassen
281	Belastungen Arbeitnehmer und Arbeitgeber
282	Beitragserhöhung
283	Entkoppelung der Arbeitskosten

	von Sozialkosten
284	Änderungen, die Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser betreffen
285	Preisverhandlungen Arzneimittel
286	ambulante Behandlungen
287	Kostensenkungen durch Reform
288	Verschuldung der Kassen
289	Unterstützung (Mitfinanzierung) GKV durch PKV
290	Patientenversorgung
291	Verkauf der Arzneimitteldaten
292	Gerechtigkeit in der Reform
293	Einbeziehung der PKV in die Reform und Fonds
294	Patientenzuzahlungen
295	ältere Menschen als Belastung für das Gesundheitssystem
296	ständige Erhöhung der Zusatzprämie
297	Eingrenzung der Kassenmacht
298	Vermittlungsausschuss
299	morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich
300	Finanzausgleich der PKV
301	Abspeckung der Reform
302	Ruin der Kassen
303	Pauschalprämie statt Ein-Prozent- Klausel
304	Überforderungsgrenze von Zwei- Prozent (als Kompromiss zur Ein-Prozent Klausel)
305	Schwächung der Kassenärztlichen Vereinigungen
306	verschärfter Wettbewerb zwischen Ärzten
307	Abrechnung der Privatpatienten = Abrechnung der Kassenpat.
308	Zentralisierung des Gesundheitssystems
309	einprozentiger pauschaler Sanierungsbeitrag der Krankenhäuser
310	Änderung der Eckpunkte
311	Gesundheitsreform komplett von vorne anfangen, jetzige Ergebnisse einstampfen
312	mehr Wettbewerb in der PKV
313	Wechsel von Arbeitnehmern von gesetzl. in PKV
314	Neuregelung des

	Risikostrukturausgleichs
315	Vertragsfreiheit zwischen Kassen und Ärzten, Krankenhäusern sowie anderen Leistungsanbietern
316	Leistungsausweitungen und die neuen Vertragsmöglichkeiten für die Kassen
317	Transparenz bei Kassen
318	zentralisierter Einzug durch Gesundheitsfonds
319	Liberalisierung des Gesundheitswesens
320	Verschleierung der Kosten
321	keine Kopfpauschale
322	Einheitsversicherung/ Staatsversicherung
323	demografischer Faktor
324	fehlende Altersrückstellungen
325	Eigenverantwortung

A1.4.8 Begründungen in der ersten Phase der Gesundheitsreform

15bb: 1 Effizienz des Gesundheits- Wesens	Pro Regierung	700	Abbau von Bürokratie
		705	bessere Verzahnung des ambulanten und stationären Sektors
		706	Gesundheitssystem wird transparenter
		712	Schnittstellen mit negativen Auswirkungen werden behoben
		716	keine vorschnellen Einweisungen in Krankenhäuser mehr
		717	unnütze Kosten werden verhindert
		721	Qualität und Effizienz der med. Versorgung wird verbessert
		722	Verbandsstrukturen werden gestrafft
		727	Gesundheitswesen wird grundlegend verbessert/erneuert
		979	Gesundheitssystem wird effizienter
		985	mehr Wettbewerb
		994	immense Einsparungen durch Verringerung der Zahl der Spitzenverbände auf einen einzigen
		1023	Gesundheitsreform bietet Sicherheit für die Versicherten
1044	vernünftiger, wenn regionale Stellen die Einnahmen und Ausgaben verwalten, als wenn das viele tausend Mitarbeiter bei den Kassen machen		
1086	Ein-Prozent-Regelung ist praktikabel und vernünftig		

**15bb: 2
Effizienz des
Gesundheits-
Wesens**

Contra Regierung

- 1089 Ein-Prozent-Regelung schützt arme und kranke Menschen
- 1134 keine Berücksichtigung des demografischen Faktors positiv, da sonst der Beitragszahler zusätzlich um etwa 20 Euro im Monat belastet worden wäre
- 1135 Einstieg in Strukturreform geschaffen: durch den Gesundheitsfonds und das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge
- 1063 Kassen verlieren Macht; werden abhängig vom Gesundheitsfonds
- 800 Gesundheitswesen wird durch Kompromiss nicht zukunftsfähiger
- 805 Verschlechterung zum bisherigen System
- 807 noch mehr Staat in der Gesundheitspolitik
- 826 Folgen wären Zuteilungsmedizin, Wartezeiten, Versorgungsengpässe und Qualitätseinbrüche
- 848 führt nicht zu mehr Effizienz im Einsatz der Mittel
- 858 noch mehr Bürokratie
- 881 Gesundheitsfonds ist nutzlos und schafft mehr Bürokratie
- 921 Schwächung der Selbstverwaltung
- 935 staatliche Fondsverwaltung ist nicht bürgernah
- 963 an Gesundheitsreform wird schon seit drei Jahren gearbeitet (Beginn noch unter der Regierung Schröder)
- 966 keine Berücksichtigung des demografischen Faktors
- 969 keine marktwirtschaftlichen Impulse
- 970 keine langfristige Orientierung
- 983 Ziel und Folgen der Gesundheitsref. werden nicht verstanden
- 984 Gesundheitsfonds/Reform führt nicht zu mehr Transparenz
- 992 dezentraler Einzug der Krankenkassenbeiträge kann regional besser als zentral gesteuert werden
- 995 Reform ist nicht sozial
- 1012 Reform/Fonds ist teuer
- 1019 liegt kein triftiges Argument dafür vor, was am zentralen Einzug besser sein soll und wie er in der Praxis

- funktionieren soll Bewährtes ist
besser
- 1022 Fonds belohnt einen
Leistungsverweigerungs-Wettbewerb
- 1029 bei Umstrukturierung öffentlicher
Behörden große Risiken
- 1030 Kompromiss nicht zukunftsfähig
- 1034 keine grundlegende Systemreform
- 1049 Gesundheitsreform ist dann
effizient, wenn es weniger Kosten
und weniger Kranke gibt
- 1058 Gesundheitssystem wird zentralisiert
- 1070 die Interessen der Normalverdiener
werden nicht ausreichend
berücksichtigt
- 1076 Privatversicherte werden geschont
- 1078 Reform ist mit Fonds sinnlos
- 1079 Reform ist nicht praktikabel
- 1080 der Reform zugrundeliegende
Berechnungen begründen Zweifel
- 1082 Gesundheitsfonds, Finanzausgleich
benachteiligt reiche Bundesländer
- 1088 Gesundheitsfonds/-reform hat
„mehr Nachteile als Vorteile“
- 1090 Ein-Prozent-Regelung ist
unpraktikabel
- 1096 diejenigen, die Gesundheitsreform
begleiten und vorantreiben,
werden nur marginal betroffen sein
- 1103 in den Eckpunkten liegen zu viele
Detailfragen offen
- 1104 Bundesländer, speziell Hamburg,
müssen hohe Einbußen durch
Gesundheitsfonds hinnehmen
- 1105 Regionen haben durch
Zentralisierung keinerlei
Einflussnahme mehr
- 1112 zu den alten Strukturen gibt es keine
wirkliche Alternative
- 1113 bisherige Schritte in Richtung
Wettbewerb sind nicht schlüssig
- 1114 nur Privatisierung des
Gesundheitswesens bringt Effizienz
- 1118 reformiert werden muss nicht die
PKV: Anders als die GKV ist die
PKV gut für die Zukunft einer
alternden Gesellschaft gerüstet. Die
Privatkassen bilden für jedes
Mitglied Altersrückstellungen.
- 1119 Gesundheitskompromiss ist nicht
langfristig, beide Koalitionsparteien

**15bb: 3
Finanzierung
Gesundheits-
Wesen**

Pro Regierung

- spekulieren nur auf eigene Pläne in der Zukunft
- 1124 Reform führt ins planwirtschaftliche System
- 1126 Arbeitsplätze werden durch den Gesundheitsfonds bedroht
- 1128 nicht mal Politiker können vorherhersehen, welche Konsequenzen die Neuerungen durch die Reform haben werden
- 1129 Fonds schafft doppelt so hohe Verwaltungskosten
- 1131 Reform/Fonds löst keine Probleme
- 1138 Fonds schafft Möglichkeit für SPD und Union, nach der Wahl das jeweils eigene Konzept umzusetzen
- 701 Honorierungswesen wird reformiert
- 702 solidarische Finanzierung/ allewerden abhängig von ihrer Leistungsfähigkeit beteiligt
- 708 mehr Wettbewerb
- 719 gerechtere Entlohnung für medizinische Leistungen
- 731 Kostenexplosion wird eingedämmt
- 732 Defizit der Kassen
- 735 Finanzierung der GKV wird stabilisiert
- 740 Einführung einer Kosten-/Nutzenbewertung von Arzneimitteln
- 742 Verlängerung der Anschub-Finanzierung Integrierter Versorgung
- 745 Verbesserung des Managements der Entlassung aus dem Krankenhaus
- 938 Finanzierung KV von Kindern über Steuermittel
- 967 Einstieg in die Abkoppelung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten
- 1021 Fonds schafft neue Arbeitsplätze Krankenkassen benötigen qualifiziertes Personal für die neu entstehenden Rabatt-, Vertrags- und Versorgungsmöglichkeiten
- 1037 Kassen müssen schuldenfrei in ein neues System starten können
- 1045 Mittel werden durch Fonds gerechter verteilt als mit dem bisheriger Risikostrukturausgleich

**V15bb: 4
Finanzierung
Gesundheits-
Wesen**

Contra Regierung

- 1046 Steuerfinanzierung ist gerechter, alle
Steuerzahler werden herangezogen,
als nur diejenigen, die in die
Sozialversicherungen einzahlen
- 1048 keine höheren Steuern, dafür höhere
Versicherungsbeiträge
- 1056 Gesundheitsfonds in seiner
Frühform hätte Privatversicherte
stärker beteiligt und die Finanzbasis
der Kassen wäre gestärkt worden
- 1064 Fonds vernichtet keine Arbeitsplätze
1068 durch Gesundheitsreform fallen
Kosten bei Kassen und Firmen weg
- 1072 Steuererhöhungen zur Finanzierung
des Sozialsystems sind gerechter, als
Beitragserhöhungen
- 1081 Fonds grenzt Macht der Kassen ein
1107 bestehende PKV-Verträge sollen
unberührt bleiben (keine
Beteiligung am Basistarif/
Zusatztarif)
- 1119 private Krankenkassen bleiben und
werden nicht „drangsaliert und
stranguliert“
- 1126 durch Gesundheitsfond können bei
Bedarf die Kassenbeiträge und damit
die Lohnzusatzkosten gesenkt
werden, um das Wachstum
anzukurbeln
- 1139 Regierung muss die Steigerung der
Sozialbeiträge (Lohnnebenkosten)
aber an anderer Stelle mehr als
ausgleichen
- 801 Kosten der Krankenversicherung
bleiben an Arbeitsverhältnis
gekoppelt
- 802 angekündigte Beitragserhöhungen
machen Arbeit wieder teurer
- 803 stärkt Wettbewerb im System nicht
- 808 erhöht die Lohnzusatzkosten und
vernichtet Jobs
- 809 Belastung für den Standort D
- 810 Apotheker sollen das volle Risiko
von Preisverhandlungen tragen
- 816 Kosten falsch eingenommener
Medikamente gehen in Milliarden
- 818 Kassenschulden werden nur hin
und her geschoben
- 821 Einheitshonorare für ärztliche
Leistungen
- 827 schwächt wichtigen

- Wirtschaftszweig
- 831 Menschen mit niedrigem
Einkommen benachteiligt
- 832 geht zu Lasten der Arbeitnehmer
- 835 Steuerfinanzierung fremder Leistung
nur bedingt erkennbar
- 841 lediglich Rumpf- Steuerfinanzierung
- 842 Tabaksteuer geht zurück
- 843 Steuerfinanzierung ist
unbürokratisch
- 847 keine tragfähige Finanzierung
- 849 Steigende Ausgaben nicht begrenzt
- 850 Steuerfinanzierung für Kinder in der
KV niedriger als bisher
- 852 Wettbewerb wird stranguliert und
Leistungen nivelliert
- 857 Gesundheitsfonds ist gezielte
Verschleierung der Kosten
- 864 Budget wird gekürzt
- 865 Einnahmen werden nicht stabilisiert
- 866 kein Abbau der Unterfinanzierung
der Leistungen
- 885 dramatische Einsparungen bei
Ärzten und Krankenhäusern
- 896 Belastung durch MwSt.-Erhöhung
- 851 viele Praxen überleben nur noch mit
Privatpatienten
- 859 Krankenhäuser in Existenz bedroht
- 860 Investitionsstau der Krankenhäuser
- 861 Reform schadet Patienten
- 862 Qualitätsverluste durch
Personalabbau
- 863 bessere Verzahnung von stationär
und ambulant gescheitert
- 867 Entmündigung Arzt und Patient
- 868 Weg in die Staatsmedizin
- 869 Weiterentwicklung der
medizinischen Versorgung gefährdet
- 883 Fortschreibung der ambulanten
Budgetierung
- 887 GOA kennt keine Budgetgrenze
- 888 System ist unterfinanziert
- 890 Sozialreformen belasten System
- 903 Pauschale müsste permanent erhöht
werden
- 905 Kliniken finanziell überfordert
- 906 Erhöhung der Mehrwertsteuer
belastet Gesundheitswesen
- 911 Einnahmeproblematik der GKV
infolge einer sinkenden Lohnquote

- 912 Abschottung der Versorgungsbereiche durch Sicherstellungsauftrag
- 913 Bedarfsplanung
- 914 Vergütungsbudgets
- 918 kein Interessensausgleich
- 919 beschleunigte Auszehrung der Investitionsförderung
- 920 verschärfter Wettbewerb zwischen gesetzlichen Kassen und privaten Krankenversicherungen
- 925 MwSt.-Belastung auf Arzneimittel
- 927 Finanzierung belastet Steuerzahler zusätzlich/z. B. über Einkommensteuer
- 928 keine effiziente Abgabe von Medikamenten
- 929 keine direkten Verträge zwischen Ärzten und Krankenkassen
- 933 verteilt lediglich die Finanzströme im Gesundheitswesen anders

- 936 GKV trage hohe Solidarlasten durch die Reduzierung der Beiträge für Arbeitslose
- 942 Aufweichung der paritätischen Finanzierung
- 948 keine Lösung für das Problem der demografischen Entwicklung in Kombination mit dem medizinisch-technischen Fortschritt
- 960 Arbeitsplätze bei den Krankenkassen sind bedroht
- 961 keine Änderung von kostentreibenden Strukturen wie der fachärztlichen Doppelversorgung
- 964 Steuerfinanzierung zu gering
- 968 Unregelmäßigkeiten beim Beitragseinzug
- 971 Gesundheitsfonds kostet mehr als Risikostrukturausgleich
- 972 gleichzeitige Senkung der Ausgaben
- 973 Grundlohnsumme ist höher
- 975 Krankenkassen verlieren Finanzautonomie
- 976 finanzpolitischer Spielraum der Kassen beschränkt sich allein auf die Festlegung der Höhe der zusätzlichen Prämien
- 986 Ein-Prozent-Grenze stürzt Krankenkassen in Schwierigkeiten

- 987 Risikostrukturausgleich ist ungerecht gegenüber wirtschaftlich intakten Ländern
- 988 durch die Härtefallregelung werden viele Versicherte von der Zusatzprämie freigestellt, kein Wettbewerb
- 989 nur eine hohe Zusatzprämie sorgt für mehr Wettbewerb
- 991 Ein-Prozent-Regelung muss weg
- 993 zentralisierter Beitragseinzug kostet Arbeitsplätze bei den Kassen
- 1001 Finanzausgleich nimmt keine Rücksicht auf regionale Besonderheiten
- 1002 Finanzausgleich der Kassen berücksichtigt nicht nur Alter und Geschlecht sondern auch die Anzahl kranker Versicherter
- 1004 kein klarer Schritt in Richtung Kopfpauschale
- 1005 Gesundheitsreform ist Sanierung des Bundeshaushaltes auf Kosten der Patienten und Beitragszahler
- 1009 Gesundheitsfonds kann nur funktionieren, wenn er aus verschiedenen Quellen finanziert wird
- 1011 Kassen müssen erst Schulden abgebaut haben, bevor Fonds starten kann
- 1013 statt Steuern oder Beiträge zu erhöhen, wird die Politik eher die Deckelung des Zusatzbeitrages aufheben
- 1016 Honorarsystem der Ärzte ist ungerecht und intransparent
- 1017 Fonds nur sinnvoll bei deutlich gestärkter Steuerfinanzierung und bei Anstreben eines integrierten Krankenversicherungssystem
- 1018 Gesundheitsfonds wird eine systematische Unterfinanzierung der GKV bewirken
- 1024 Gesundheitsfonds nur sinnvoll bei einem „krankheitsorientierten Finanzausgleich“
- 1025 jüngster Tarifabschluss für Ärzte verursacht neue Kosten und belastet die Finanzierung des Gesundheitswesens
- 1026 Umstellung des Vergütungssystems für niedergelassene Mediziner verursacht zusätzliche Kosten
- 1032 im Falle künftiger Finanzengpässe werden Zusatzbeiträge oder Pauschalen nur von den Beschäftigten erhoben
- 1033 Zusatzbeitrag führt zu einer Abkopplung der Arbeitgeberbeiträge von der Ausgabenentwicklung im

- Gesundheitswesen
- 1035 Unternehmen werden aus der Beitragspflicht entlassen und erhalten dazu noch Steuersenkungen
- 1036 versicherte Arbeitnehmer bezahlen in Zukunft alleine die Sozialabgaben auf zwei Arten: einmal die Beitragserhöhung (ohne Unternehmeranteil) und die Steuererhöhung
- 1039 für Anfang 2007 angekündigten Beitragssatzsteigerungen um rund 0,5 Prozentpunkte reichen nicht aus, um die Finanznot zu beheben.
- 1050 Beschlüsse der Reform reißen Loch in die Rentenkasse
- 1053 Beschlüsse der Reform verursachen auch bei der Arbeitsagentur Kosten
- 1054 Kassenpatienten tragen mit ihren Beiträgen größtenteils auch die Gesundheitskosten für Arbeitslose, Geringverdiener und Alte mit
- 1055 gesetzlich Versicherte zahlen mit ihren Steuergeldern noch die Beihilfe-Ausgaben der Beamten und finanzieren deren privatärztliche Behandlung.
- 1057 Kassen haben durch Gesundheitsfonds Angst ums Überleben
- 1059 Kassen können aufgelöst werden, weil sie für ihre Hauptaufgabe (das Aushandeln von Gesamtvergütungen) nicht mehr benötigt werden
- 1065 ohne PKV in Fonds werde die finanzielle Situation der Kassen entgegen den ursprünglichen Plänen nicht verbessert
- 1066 klassische Arbeitsplätze werden seltener, die Menschen arbeiten flexibel oder auf Teilzeit, sind selbstständig oder längere Zeit arbeitslos => deswegen fehlt den Kassen Geld
- 1067 Finanzbasis wird durch den Abbau von Steuermitteln geschmälert
- 1071 Finanzierung der Versicherung der Kinder über Steuern ist nicht geregelt, woher das Geld genommen werden soll, ist unklar
- 1073 ältere Menschen sind keine Belastung für das Gesundheitswesen, zahlen bis zu ihrem Exitus ihren Obolus an die Solidargemeinschaft
- 1077 Arbeitgeber sind zu wenig beteiligt/müssen mehr beteiligt werden
- 1083 durch Ein-Prozent-Grenze werden bei manchen Kassen die meisten

- Versicherten von diesen Zahlungen
ausgenommen ungerecht, Finanzierung
für manche Kassen dann schwierig
- 1084 Gesundheitskosten steigen
weiterhin
- 1087 Gesundheitsfond kaschiert durch
Zusatzprämie die stärkere
Selbstbeteiligung
- 1091 Zusatzbeitrag führt zu
„Selbstverstärkungseffekt“
(günstige Kassen bleiben günstig,
teure Kassen mit vielen Kranken
und Alten werden immer teurer)
- 1095 Pauschalprämie vs. Ein-Prozent-
Klausel: „deutlich weniger verzerrte
Preissignale aus als von einem
einkommensabhängigen Zusatzbeitrag“
- 1099 bei der Erhebung des Zusatzbeitrages
sind „relevante Zusammenhänge und
Probleme nicht zu Ende gedacht“
- 1106 Zusatzbeiträge und Praxisgebühr
müssen wegfallen => entwürdigend
- 1108 keine Vereinbarung darüber, dass die
Ausgaben der Kassen vollständig aus
einem vom Bund festgelegten
Einheitsbeitrag finanziert werden
- 1109 keine Vereinbarung darüber, dass gut
wirtschaftende Kassen nur zehn Euro
Beitrag an ihre Mitglieder zurückzahlen
dürften
- 1111 Kassen sehen sich durch Verschiebung
der Reform/Fonds/Finanzausgleich in
ihrer Existenz bedroht
- 1115 einseitige Belastung für Versicherte
nach Einführung des Fonds
- 1116 Gesundheitsfonds führt nur dazu, dass
die Profilierungsmöglichkeiten der
Kassen durch niedrigere
Beitragssätze verschwinden
- 1117 Einheitsbeiträge werden den
Wettbewerb erschweren
- 1127 Finanzierung der Kinderversicherung
über Steuermittel bedeutet: Eltern,
zahlen Steuern und die
Familienleistung – Schritt ist also keine
familienpolitische Wohltat, sondern
dient ausschließlich dem Zweck, den
Kassenbeitrag und damit den offiziellen
Preis für die Krankenversicherung
optisch zu verringern
- 1132 erhebliche Risiken bei der Finanzierung
des Gesundheitswesens werden
ausgeblendet (Entlastungen,
Beitragssteigerungen, Belastung
durch Schuldenabbau).

**15bb: 5
Leistung und
Versorgung**

Pro Regierung

- 1133 durch Ein-Prozent-Klausel ist eine Senkung der lohnbezogenen Beiträge zur Krankenversicherung gegenüber dem heutigen Niveau nicht möglich
- 1036 Alterssicherung: Solange es keine Alterssicherung gibt, wird auch das nächste Kassendefizit durch höhere Beiträge ausgeglichen.
- 1042 Sparmöglichkeiten wurden verschenkt
- 1110 Neuordnung des Finanzausgleichs führt zu falschen Anreizen
- 990 Altersrückstellungen aus PKV fließen in den Gesundheitsfonds, ungerechtfertigte Bereicherung der GKV zu Lasten der PKV
- 924 ausschließliche Kopfpauschalener Finanzierung
- 703 Versorgung wird ausgebaut
- 710 Teilhabe am medizinischen Fortschritt
- 711 einzelne Leistungen werden zu Pflichtleistungen aufgewertet/
Leistungen verbessert
- 713 Verbesserung der Pflege
- 714 Vorrang ambulanter vor stationärer Reha
- 715 stärkerer Ausbau häuslicher Pflege
- 718 sozial gerechtere Versorgung
- 728 Prävention wird im System verankert
- 730 bessere Versorgung im Alter
- 734 demographische Entwicklung
- 738 Schlüsselrolle für Hausärzte bleibt/
Verbesserung für Hausärzte
- 744 Stärkung der Geriatrie/ Palliativmedizin
- 746 Reduzierung der Prüfpflicht durch MDK bei Vorsorge und Reha
- 943 Übergang des Morbiditätsrisikos auf die Krankenkassen
- 1040 keine Kürzungen im Leistungskatalog
- 1041 keine höheren Zuzahlungen
- 1047 stärkerer ambulanter Wettbewerb
- 1074 durch Arzneimittelbewertung sparen die Kassen Geld
- 1075 durch Arzneimittelbewertung werden Patienten vor unsinnigen Therapien bewahrt
- 823 Aufbau von Innovationshürden
- 838 Gesundheitsversorgung wird nicht verbessert/wohnnah
Versorgung gefährdet
- 856 Ungerechtfertigte Leistungskürzungen
/Beitragsanhebungen
- 872 Innovation wird durch häufigen

**15bb: 6
Leistung und
Versorgung**

Contra Regierung

- Einsatz kostengünstiger
- 886 Ende niedergelassener Ärzte
- 889 privatärztliche Behandlung ist unverzichtbar
- 893 Auswirkungen auf Ärzte und Patienten sind unkalkulierbar
- 908 Eigenverantwortung ist zu wenig berücksichtigen
- 909 Sportunfälle müssen aus dem Leistungskatalog gestrichen werden
- 926 Verschlechterung der Versorgung für Patienten/Versicherte
- 930 keine Begrenzung versicherungsfremder Leistungen
- 931 keine Gestaltungsmöglichkeiten der Versicherten auf den Leistungskatalog
- 932 Verringerung des Leistungskatalogs der Kassen
- 937 Streichung Bundeszuschuss versicherungsfremder Leistungen
- 945 Umstieg vom System der Vollversorgung in ein nicht näher definiertes System der Grundversorgung
- 949 Angestellte können erst nach dreimaligem Überschreiten der Versicherungspflichtgrenze zur PKV Wechseln
- 950 zeitliche Verzögerung und Teuerung des demografiefesten Schutzes in PKV
- 951 Kontrahierungszwang bei Unternehmenswechsel für die heutigen Bestandsversicherten ist in den bestehenden PKV-Tarifen versicherungstechnisch nicht möglich
- 952 vorgesehene Beteiligung der PKV an der Primärprävention hat keine rechtliche Grundlage
- 953 von einer Steuerfinanzierung der Kinderversicherung müssen auch die privatversicherten Kinder profitieren(PKV)
- 904 Ungerechtigkeit des Zwei-Klassen-Systems wird verstärkt
- 981 es soll mehr an Arzneimitteln gespart werden
- 982 Forderung nach besserer Zusammenarbeit in der Krankenversorgung
- 996 Gesundheitsreform zielt auf Abschaffung der PKV
- 1003 Ende der flächendeckenden ambulanten Versorgung
- 1006 Gesundheitsreform ist Weg in die

**15bb: 7
Kassensystem
und Beiträge**

Pro Regierung

- Billigmedizin
- 1027 Kürzungen im Leistungskatalog bzgl. Kuren
- 1028 Kürzungen im Leistungskatalog bzgl. der Versorgung von Schwerkranken
- 1038 Reform benachteiligt die jüngere Generation
- 1092 mit bisherigen Vorschlägen kann Spitzenmedizin nicht weiter gewährleistet werden
- 1102 Gefährdung der fachärztlichen Versorgung
- 704 Beschäftigungsimpuls/ Lockerung Regierung von Krankenkassenbeiträgen vom Faktor Arbeit
- 707 Wahltarife schaffen Transparenz
- 709 größere Vertragsfreiheit für Kassen
- 720 niemand mehr ohne Versicherung
- 724 Verbesserung für Patienten/kKeine Leistungen streichen
- 725 Kassen tragen nicht die Last
- 726 ohne Reform wird es für die Versicherten teurer
- 729 Kassen können vielfältige Verträge anbieten
- 733 Verhältnis Versicherte/Arzt wird verbessert
- 736 Beiträge sinken
- 737 Risikostrukturausgleich wird zielgenauer
- 739 Kassen müssen hausärztliches Versorgungsangebot bereit stellen
- 741 Wahl zwischen Versorgungsformen
- 743 Absicherung kleiner Risiken durch den Einzelnen ist Gewährleistung für Solidarität bei großen Risiken
- 747 Einbezug der Pflegeversicherung in die Integrierte Versorgung
- 946 PKV bleibt als Vollversicherung erhalten
- 997 Wechsel zur privaten Krankenversicherung wird einfacher
- 965 Kindermitversicherung wird künftig aus Steuermitteln finanziert
- 980 Versicherte können ihre Altersrückstellungen beim Wechsel zu einem anderen Anbieter mitnehmen
- 998 Privatversicherungen könne künftig keine Kunden mit hohen Gesundheitsrisiken mehr ablehnen („müssen jeden nehmen“)
- 999 PKV müssen einen Basistarif anbieten, der jene Leistungen abdeckt, die auch

**15bb: 8
Kassensystem
und Beiträge**

Contra Regierung

- 1051 die gesetzlichen Kassen anbieten
PKV kann keine Risikozuschläge mehr erheben
- 939 Benachteiligung von chronisch Kranken/Risikopatienten/alten Menschen
- 940 Kosten bei hinausgezögerten Arztbesuchen höher als bei umgehender Behandlung
- 804 stärkt Eigenverantwortung der Versicherten nicht
- 806 Steigende Beiträge für alle
- 811 Krankenkassen profitieren
- 817 Vertrags- und Preisdiktat der Kassen
- 819 Staatlich festgesetzte Beitragssätze
- 820 Zentralisierung des Beitragsinzugs
- 822 Schaffung einer Kassen-einheitsverbandsstruktur
- 824 Preisregulierung durch solidarische Sonderopfer
- 825 Gefährdung der Dualität von GKV und PKV
- 828 schwächt Solidaritätsprinzip
- 829 Krankenversicherung muss für alle finanzierbar bleiben
- 830 private Kassen gestärkt, gesetzliche geschwächt
- 834 Beitragspflichtgrenzen werden nicht angehoben
- 836 Versicherte werden in Zukunft stark belastet
- 837 (unbegrenzt steigende) Zusatzbeiträge
- 839 Elemente der Bürgerversicherung sind kaum mehr zu erkennen
- 840 Entsolidarisierung der GKV (durch die kleine Kopfpauschale)
- 844 ungeklärt, wie Fonds-Modelle ohne Kopfpauschale möglich sind
- 845 Zwei-Klassen-System bleibt erhalten
- 846 kein zentrales Problem der GKV wird gelöst
- 853 Kassen geht es um die Sicherung von Macht und Einfluss
- 854 mit Protestaktion sollen Beitragszahler zu Handlangern der Kassen werden
- 855 Kassen haben Glaubwürdigkeit als Vertreter der Beitragszahler verloren
- 856 ungerechtfertigte Leistungskürzungen /Beitragsanhebungen
- 870 GKV per Gesetz wirtschaftlichen Zwängen unterworfen

- 871 PKV fördert medizinischen Fortschritt
- 873 Einheitszwangsversicherung
- 884 geht zu Lasten der PKV
- 891 Kosten der Krankenversicherung
nicht an Arbeitsverhältnis gekoppelt
- 892 Kassen mit hohem Risiko werden
zu Bittstellern des Staates
- 894 GKV verkommt zu Teilkasko
- 895 Risikoselektion muss beendet werden
- 897 sonstige Belastung durch
Verschiebe-Bahnhöfe für GKV
- 898 Benachteiligung von Kassenpatienten
- 899 Benachteiligung von Familien und
Geringverdienern
- 900 ignoriert unterschiedliche
Krankheitsrisiken
- 901 Ausgaben der Kassen sind ungleich
- 902 Finanzierungsbedarf kann von
Kassen nicht abgedeckt werden
- 907 es werden keine Beiträge auf
andere Einkommensarten erhoben
- 910 mehr private Vorsorge
- 915 Verbreiterung der Beitragsbasis
- 916 Kostendämpfung
- 917 neue Kostensteigerung durch
Tarifabschlüsse
- 922 Verlust der Finanzautonomie der
Kassen
- 923 deutlich geringerer Einfluss der
Beitragszahler
- 934 zukünftig drei parallele
Einzugsverfahren (Fonds, Prämie
und übrige Sozialversicherungsbeiträge)
- 941 Arzneimittel und Krankenhauskosten
- 944 Krankenkassen können mit allen und
jedem Versorgungsverträge schließen
- 954 Abschaffung des Produktwettbewerbs
in der Vollversicherung (PKV)
- 955 Senkung der Vergütung ärztlicher
Leistungen auf Kassenniveau (PKV)
- 956 Portabilität im Bestand (PKV)
verfassungswidrig
- 957 Versicherungspflicht zu nicht
kostendeckenden Beiträgen (PKV)
- 958 Subventionierung des Basistarifs
durch Bestandsversicherte (PKV)
- 959 Eingriffe in bestehende Verträge
der PKV-Versicherten sind
verfassungswidrig
- 947 rechtliche Beschneidung der PKV
- 962 Kopfprämie in den Krankenkassen
mit den höchsten Versorgungslasten
am größten

		974	hohe Kosten durch die Vereinheitlichung der Basisfallwerte der Fallpauschalen
		977	hohe Ausgabendynamik/keine geringeren Ausgaben
		978	hohes finanzielles Risiko
		1007	bei prozentualem Versicherungsbeitrag verlieren GKV -Versicherte mit höherem Einkommen
		1008	Krankenkassen werden durch Überforderungsklausel versuchen, möglichst finanzkräftige, relativ gesunde Mitglieder anzuwerben
		1014	Kassen machen Jagd auf junge Mitglieder, vernachlässigen alte
		1015	Die aus einem System der KV (GKV oder PKV) herausgefallenen Menschen erhalten nur Zugang zum System, sind aber deswegen nicht versichert
		1020	Ausgabensteigerungen werden über Zusatzbeiträge den Versicherten aufgebürdet
		1052	unklar, unter welchen Bedingungen Privatversicherte wieder zu den GKV wechseln können
		1069	durch den Fonds werden Doppelstrukturen geschaffen
		1093	fordert nicht die Bereitschaft, persönliche Rückstellungen zu leisten
		1094	private Krankenkassen sollen Gesundheitsfonds nicht mitfinanzieren
		1130	mit kleiner Kopfpauschale werden Versicherte über Gebühr belastet
		1137	Option für die Kassen, selbst zu entscheiden, ob sie die künftige kleine Prämie von den Versicherten in Form einer einheitlichen Pauschale oder als prozentualen Anteil des Einkommens erhalten
15bb: 9	Pro Regierung	1120	Positivliste fördert Kosteneffizienz: Hersteller würden gezwungen, konkurrenzfähige Abgabepreise für ihre Präparate festzusetzen
Situation der Ärzte, Apotheker und Patienten		1121	Positivliste fördert Kosteneffizienz: kassenindividuelle Rabatte müssten gewährt werden
		1122	Positivliste: einen „unverzerrten und funktionstüchtigen Preiswettbewerb auf der Hersteller- und Vertriebssebene“ in Gang setzen
15bb: 10	Contra Regierung	812	Reform ist nicht patienten-orientiert
Situation Ärzte Apotheker und Patienten		814	Packungsbeilage light informiert Patienten nur unzureichend
		815	Patient müsste Ursachen seiner Beschwerden nachweisen

- 813 Reform schwächt Position der
Heilberufe
- 833 mächtige Lobbys setzen sich durch
- 874 ist gegen Therapiefreiheit und
Freiberuflichkeit
- 875 Ärztekammer wird
Auftragsverwaltung für Rationierungen
- 876 Reform wird für Menschen und
nicht Menschen für Reform gemacht
- 877 innovativen Wachstumskräfte des
Gesundheitssektor geschwächt
- 878 Spaltung von Haus- und Fachärzten
- 879 Ärzte werden ohne Schutz der KVB
in Einzelverträge getrieben
- 880 Privat-Gebühren sollen angeglichen
und damit abgeschafft werden
- 882 Bundesausschuss für Arzneimittel
wird Rationalisierungsbehörde
- 1000 durch neue Arzneimittelversorgung
und Einsparungen werden
Arbeitsplätze in Apotheken bedroht
- 1010 Apotheker tragen das volle Risiko
von Preisverhandlungen
- 1031 Gesundheitsreform und
Versandhandel belasten Apotheken
- 1043 Arzneimittelverhandlungen seien
ein „enteignungsgleicher Eingriff
ins Privatvermögen“
- 1060 die Regeln für die
Anwendungsbeobachtungen seien
„ganz hübsch“, doch am eigentlichen
Problem ändere sich wenig (=>
bringen überwiegend keinen
wissenschaftlichen Gewinn)
- 1061 bei Unterbindung des
Arzneimittelverkaufs informieren
sich die Pharmaref. nur anderweitig
- 1085 Gesundheitsreform führt zu
Stellenabbau bei Ärzten
- 1097 Generikahersteller: „Branche, die zu
Einsparungen im Gesundheitssystem
beiträgt und geringsten Kostenblock
darstellt, bestraft wird“
- 1098 besonders der pharmazeutische
Mittelstand wäre in Existenz gefährdet
- 1101 Abrechnung der Privatpatienten
wie Kassenpatienten bedeutet für
viele Ärzte erhebliche Einbußen
- 1123 Gesundheitsreform hält Trend zu
teuren Präparaten und
patentgeschützten Arzneimitteln nicht
- 1125 Kassenpatienten decken
lediglich die laufenden Kosten der
Praxis/Privatversicherung, darf
nicht abgeschafft werden

A2 Reliabilität der wichtigsten Variablen

Die Überprüfung der Reliabilität eines Studiendesigns ist notwendig, wenn man die erhobenen Daten im Hinblick auf ihre Gültigkeit bewerten will. „Die Ergebnisse des Reliabilitätstests sagen sowohl etwas über die Güte des methodischen Instrumentariums als auch über die Sorgfalt der Codierer aus.“¹ Ein Reliabilitätstest ist – auch angesichts der Komplexität des Messinstruments, dem Umfang der erhobenen Daten sowie der Tatsache, dass vier Codierer an der Erhebung arbeiteten – unverzichtbar.

Jedoch ist es nicht nötig, alle Variablen zu testen. Eine eingehende Codierer-Schulung hat sichergestellt, dass formale Variablen wie Datum, Länge des Artikels, Medium, aber auch Genre treffsicher codiert wurden. Die zentralen Erhebungs-Variablen sollen deshalb im Zentrum des Reliabilitätstests stehen. Diese sind:

- V11: Bewertung/Begründung
- V15a: Bewertungsobjekt
- V15bb: Begründungsrahmen
- V16: Richtung der Bewertung
- V21: Aus welchem Lager stammt der Bewerter?

Auf den ersten Blick scheint dies eine sehr kleine Auswahl der insgesamt 21 Variablen zu sein, doch diese lässt sich leicht begründen: Die Erhebung von Bewertungen und Begründungen ist das zentrale Anliegen dieser Untersuchung. Es ist nicht nötig, die Treffsicherheit der Codierer bezüglich der je Debatte weit über 100 Begründungen zu überprüfen. Wichtig ist vor allem, dass die richtige Ausrichtung (pro oder contra Regierungshaltung und Rahmen) codiert wird.

Durchaus von zentraler Bedeutung ist allerdings, ob die codierten Bewertungen und Begründungen dem richtigen Akteur zugeordnet werden. Insgesamt kann aber davon ausgegangen werden, dass die Überprüfung dieser fünf Variablen verlässliche Angaben über die Reliabilität der Untersuchung zulässt.

Eine intensive Schulung der Codierer sollte von Beginn an eine hohe Reliabilität der Studie gewährleisten. Zudem war es möglich, aufgrund der wörtlichen Codierung der

¹ Früh (2001): S. 177.

wichtigen Variablen wie Akteur, aber auch Wortlaut der Bewertung und Begründung, Codierungen nachzuvollziehen. Eine Korrektur war also durch den Autor dieser Studie durchgängig möglich und wurde zu Beginn der Erhebung häufiger, schließlich nur noch in Einzelfällen durchgeführt. Dementsprechend positiv fiel auch der Reliabilitätstest für die wichtigsten Variablen aus. Dieser konnte aufgrund der Studien-Anlage auf wenige Artikel reduziert werden: Aus jeder der vier Debatten wurden sechs bzw. sieben Artikel heraus gegriffen, die Gesamtzahl der untersuchten Artikel belief sich auf 25.

Bezüglich der wichtigen Variable 11, also der Frage, ob es sich um eine Bewertung oder Begründung handelt, lagen 128 Codierungen von den wissenschaftlichen Hilfskräften vor. Der Autor der Studie hat 129 Fälle codiert, wobei 125 übereinstimmend waren. Die Codierer-Reliabilität von 0,97 ist äußerst zufriedenstellend. Hinzuzufügen ist, dass der Autor dieser Studie paarweise mit jeweils einer wissenschaftlichen Hilfskraft dieselben Artikel codierte, da jeder Hilfskraft jeweils eine Debatte (also Irak-Krieg, Vorziehen der Steuerreform, Einsatz im Kongo sowie erste Phase der Debatte um eine Gesundheitsreform) zugeordnet wurde.

Erwartungsgemäß fiel die Codierer-Reliabilität bei der Zuordnung der Bewertungen und Begründungen zu Bewertungsobjekten niedriger aus, ist aber mit 0,81 durchaus im zufriedenstellenden Bereich. Erwartungsgemäß hoch fiel die Übereinstimmung bezüglich der Variable V15bb (Zuordnung der Begründung zu Rahmen) aus. Hier wurde ein Wert von 0,95 erreicht. Dieser Wert wäre bei der genauen Zuordnung einer Begründung zu einer Nummer sicher nicht erzielt worden.

Als äußerst zufriedenstellend kann die Codierer-Übereinstimmung der Variable V16 mit einem Wert von 0,91 bezeichnet werden. Denn die Richtung einer Bewertung festzulegen war sicherlich die schwierigste Anforderung an die Codierer abgesehen von der Identifikation von Bewertungen und Begründungen überhaupt. Der sehr hohe Wert belegt, dass eine intensive Codierer-Schulung, aber auch die stete Überprüfung der Codierung und ggf. die Korrektur von falschen Codierungen durch die Dokumentation im Wortlaut zu sehr zufriedenstellenden Ergebnissen führte.

Ich, Christian Eckl, geboren am 9. Februar 1977 in Regensburg, versichere hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Dissertation zum Thema:

**Wie unabhängig von politischen Eliten sind die Printmedien?
Eine Argumentationsanalyse von innen- und außenpolitischen
Debatten in deutschen Qualitätszeitungen.**

selbständig angefertigt und keine anderen Hilfsmittel als die angegebenen benutzt habe. Alle Stellen der Arbeit, die dem Wortlaut oder dem Sinn nach anderen Werken entnommen sind, habe ich unter vollständiger Angabe der Quelle kenntlich gemacht.

Regensburg, den 1. Dezember 2010

Curriculum Vitae

Der Lebenslauf ist in der Online-Version
aus Gründen des Datenschutzes nicht enthalten